



## Niederschrift

57. Plenarsitzung des Gemeinderates  
21. November 2023, 9:00 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

### **Tagesordnungspunkt 1: Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderats sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf**

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Tagesordnung, und da stehen die Haushaltsberatungen ganz vorne unter Tagesordnungspunkt 1. Damit können wir jetzt auch gleich beginnen. Ich darf kurz noch einmal darauf hinweisen, was Ihnen alles vorliegt, nämlich der Entwurf des Doppelhaushalts 2024/2025, der auch die mittelfristige Finanzplanung umfasst, dann der Stellenplan, die Wirtschaftspläne und Finanzplanung der Gesellschaften, die erste Veränderungsliste, die wir Ihnen als Verwaltung zugeleitet haben, dann die Stellungnahmen der Verwaltung auf Ihre Anträge und Anfragen sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern zum Haushaltsentwurf, natürlich auch Ihre entsprechenden Anfragen und Anträge und auch die Haushaltssicherungsmaßnahmen, die in die Zuständigkeit und damit in die Entscheidungsbefugnis des Gemeinderats fallen.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass wir heute sozusagen zum Fast-Abschluss eines doch sehr langen Prozesses kommen, der sich mit zwei Runden der Haushaltssicherung und auch dem Versuch, mit weniger Aufwendungen und Ertragssteigerung befasst hat, um am Ende mit rund 90 Millionen Euro im Ergebnishaushalt zu einer verbesserten Situation beizutragen. Ich darf mich bei Ihnen noch einmal ganz herzlich bedanken, aber auch sehr gerne bei der ganzen Stadtverwaltung, dass wir doch sehr frühzeitig begonnen haben, über diese Themen intensiv zu diskutieren, dass wir bereits im letzten Dezember dazu auch schon eine tiefgreifendere Diskussion und Ansage hatten, und dass es uns dennoch gelungen ist, jetzt noch bis zum eigentlichen Haushalt zusätzliche mehrere 30 Millionen Euro freizustellen.

Dennoch kommen wir im Ergebnishaushalt bei dem Haushaltsentwurf, der Ihnen vorliegt, im Jahr 2024 nach wie vor auf ein Defizit von 38,5 Millionen Euro und für das Jahr 2025 von 44,2 Millionen Euro. Unser Ziel muss es sein, dann in der Haushaltsbewirtschaftung diese Defizite noch zu schließen, was dann möglicherweise durch die entsprechenden Beschlüsse heute und morgen noch erschwert wird. Wir müssen auch noch darauf hinweisen,

dass es bereits für den aktuellen Doppelhaushalt eine Kreditobergrenze von 200 Millionen Euro für das jeweilige Haushaltsjahr gibt, das das Regierungspräsidium vorgegeben hat. Wir haben das in 2022 und 2023 nur erreichen können, weil wir viele Maßnahmen verschoben oder gestreckt haben. Trotzdem ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die nicht wegfallen, sondern dass wir die sozusagen nachgeholt noch umsetzen müssen. Wir haben im Wesentlichen auch die aktuellen geplanten Investitionen auf den Fortsetzungsmaßnahmen aufgebaut und auch das nur geringfügig erweitern können. Im aktuellen Doppelhaushalt liegen wir mit einem Nettosaldo der Investitionstätigkeit von über 237,8 Millionen Euro in 2024 und 222,4 Millionen Euro in 2025 bereits jetzt über der eigentlich verordneten Kreditobergrenze durch das RP.

In einer Grafik haben wir zwischenzeitlich auch die aus unserer Sicht notwendigen Veränderungen, die Sie in Ihrer ersten Veränderungsliste finden, dargestellt. Ich werde die entsprechenden Veränderungen im Rahmen des Durchgangs durch den Haushaltsentwurf aufrufen.

Das vielleicht noch als ein paar Hinweise. Was passiert jetzt genau? Wir gehen jetzt Seite für Seite durch. Die Haushaltsposition 2000 wird erst zum Ende der Haushaltsberatungen aufgerufen werden. Ansonsten gehen wir einfach die Zahlen entsprechend ihrer Numerik durch. Ich würde jeweils die Anträge zur Abstimmung aufrufen. Ich würde die Haushaltssicherungsmaßnahmen zur Abstimmung aufrufen, die den Gemeinderat betreffen, und ich würde auch jeweils Hinweise geben, ob auf der Veränderungsliste zu bestimmten Positionen sich im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsentwurf etwas ergibt, da Sie die Punkte aus der Veränderungsliste in Ihrem großen Ordner oder in Ihrer ursprünglichen Datei so nicht vorliegen haben können. Wir haben mitunter Situationen, dass die Verwaltung Ihnen eine Kürzung vorschlägt, Sie zu dieser Kürzung einen Antrag eingebracht haben, dass Sie sie nicht wollen. Da wäre mein Vorschlag, dass wir uns an den Anträgen orientieren, denn ich hätte sonst die Möglichkeit, die über den Vorschlag der Verwaltung hier zur Abstimmung zu stellen, was dann aber gegenläufig ist. Insofern würde ich an dieser Stelle eher ausgehend von Ihren Anträgen agieren. Da wo es keine Anträge gibt, wird natürlich die Haushaltssicherungsmaßnahme als solche zur Abstimmung gestellt. Sollte es da irgendwie Unsicherheiten geben, dann sprechen Sie es bitte an. Es muss im Grunde klar sein, über was wir jeweils abstimmen, bevor wir in die Abstimmung gehen. Sonst kommen wir völlig durcheinander.

Wir haben auch manchmal mehrere Anträge zum selben Thema. Bevor wir dann herumdiskutieren, ob der eine Antrag nicht schon durch die Ablehnung des anderen Antrags erledigt ist, wird es manchmal vielleicht so sein, da, wo es nicht so klar ist, dass ich dann lieber alle Anträge nacheinander zur Abstimmung stelle, bevor wir uns irgendwie verzetteln. Ich glaube, dass wir damit am Ende zeitsparender sind, als uns in irgendwelche Detaildiskussionen zu begeben.

Gut, damit können wir in die Haushaltsberatungen einsteigen. Ich würde jeweils die Seite aufrufen, die Sie in Ihren jeweiligen Unterlagen haben und werde dann mich auch immer auf die jeweiligen Positionen beziehen. Für die Öffentlichkeit ist vielleicht auch noch wichtig zu wissen, dass heute nicht die Redezeitbegrenzung von drei Minuten gilt, sondern wir ein vorgesehenes Zeitkontingent in Abhängigkeit von den Größen der Fraktionen bzw. der Gruppen und einzelne Stadträt\*innen haben. Wenn diese Zeit abgelaufen ist, dann ist auch die Redezeit vorbei. Insofern haben Sie auch die Möglichkeit, noch in anderer Weise

Schwerpunkte zu setzen bei diesen Beratungen, als das üblicherweise bei Gemeinderatssitzungen der Fall ist. Damit können wir vorne einsteigen.

## Haushalt Gesamt

Es gibt eine ganze Reihe von Anträgen, die sich auf allgemeine Positionen beziehen. Da gibt es zunächst auf der Seite 9 von uns zugeordnet den Antrag der Freien Wähler | FÜR Karlsruhe, Personaleinstellungsverfahren beschleunigen.

### Antrag 1.1 (Seite 9): Personaleinstellungsverfahren beschleunigen (FW|FÜR)

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Ich vertrete im Anfangsstatement unseren Kollegen Friedemann Kalmbach, der leider erkrankt ist und einer schwierigen Behandlung gerade zugeführt wird. Er wird uns die Tage hoffentlich per Stream beobachten. Wir werden nicht zu jedem Punkt reden, weil das auch gar keinen Sinn macht. Es geht ums Sparen, und entsprechend werde ich und meine Kollegin uns so verhalten.

Zu unserem Antrag jetzt. Die Verwaltung hat das Problem erkannt, geht auch in Ihrer Antwort darauf zu, dass im Personalwesen etwas gemacht wird. Wir sind mit der Verweisung in den Personalausschuss mit der ernsthaften Suche nach Optimierung einverstanden. Über diesen Punkt braucht jetzt hier auch nicht direkt abgestimmt werden.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** In der Sache folgen wir der Ausführung der Verwaltung. Grundsätzlich möchte ich als erster Redner der SPD-Fraktion aber die Gelegenheit nutzen, auf einige Grundsatz-Prämissen unserer Fraktion hinsichtlich der Haushaltsberatungen einzugehen. Uns ist die prekäre Haushaltslage durchaus bewusst, und wir werden damit verantwortlich umgehen. Nichtsdestotrotz, so wie es auch in der Vergangenheit sozialdemokratische Politik ausgezeichnet hat, geht es darum, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen und auch Zukunft zu gestalten. Diese Restriktionen, die uns der Haushalt auferlegt, kann nicht heißen, dass wir keine Zukunft für zukünftige Generationen schaffen. Und wir werden dieser Verantwortung auch gerecht werden.

**Der Vorsitzende:** Damit ist der Antrag verwiesen in den Personalausschuss. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir auf die Seite 10. Dort haben wir den Antrag der LINKE., keinen Stellenabbau oder vorübergehende Nichtbesetzung adressiert.

### Antrag 1.2 (Seite 10): Kein Stellenabbau oder vorübergehende Nichtbesetzung von Stellen in städtischen Ämtern und Einrichtungen (DIE LINKE.)

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Ich muss krankheitsbedingt auch die Kollegen vertreten, deshalb, es gibt eine ganze Reihe von Anträgen, die nicht meinem fachpolitischen Bereich entsprechen, aber ich versuche es dennoch. Die Antwort der Verwaltung geht auf viele der Forderungen ein. Deshalb hat die Verwaltung auch erklärt, dass er als erledigt zu betrachten ist. Das würde ich zu 80 % unterschreiben. Die letzten 20 % würde ich sehen, dass bei der Sozial- und Jugendbehörde Stellen vorgesehen sind, nicht zu besetzen, was damit auch abgedeckt ist mit dem Antrag. Da kommen wir zwar später schon dazu, deshalb würden

wir ihn trotzdem zur Abstimmung stellen. Wir halten weiter daran fest, wenn in irgendeinem Fachbereich die Stellen nicht genutzt werden müssen, sollten wir umschichten, was wir auch teilweise tun. Aber gerade im Fall der Sozial- und Jugendbehörde sehen wir, dass, wenn andere Aufgaben da sind, wir in dem anderen Bereich sicherlich diese Personalstellen nutzen können.

**Der Vorsitzende:** Sie erhalten den Antrag aufrecht, dass wir im Bereich des Sozialbereichs keine Stellen, nicht nicht besetzen, nicht besetzen, so herum, aber wir wissen, was wir meinen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Sie haben in Ihrem Antrag die Frage aufgeworfen, ob wir so etwas Ähnliches wie eine Wiederbesetzungssperre haben. Mir ist noch mal ganz wichtig, öffentlich zu sagen, dass wir die schon vor einigen Jahren abgeschafft haben und wir im Moment eher den Weg gehen zu sagen, wir müssen Stellen möglicherweise sogar schon besetzen, wenn der vorherige Stelleninhaber/die Stelleninhaberin noch da ist, um das Wissen zu transferieren, also dass wir im Grunde im Moment gerade in einer völlig gegenläufigen Richtung versuchen, die Personalquote nicht auch noch weiter nach unten gehen zu lassen. Die ist schon niedrig genug und eigentlich auch schon ungesund niedrig.

Damit kommen wir auf der Seite 10 zu einem **Haushaltsicherungsvorschlag**, den wir Ihnen gemacht haben, der aber in die Zuständigkeit des Gemeinderats fällt. Da geht es um die **Verschiebung der beamtenrechtlichen Beförderungen auf Termine ab dem 1. August eines Kalenderjahres**. Dass wir Ihnen das vorschlagen können, ist auch das Ergebnis eines sehr intensiven Diskussionsprozesses mit dem Gesamtpersonalrat und hat etwas mit einem Gesamtpaket zu tun, das wir mit dem Gesamtpersonalrat ausgehandelt haben. Insofern können wir hier auch ein Stück weit zumindest mit Duldung durch den Gesamtpersonalrat und Akzeptanz Ihnen diese Maßnahme vorschlagen, die natürlich letztlich auch keine schöne Maßnahme ist, die uns aber hier an der Stelle doch erhebliche Einsparungen bringt, und zwar gar nicht so sehr durch die entsprechende Aufschiebung der Beförderung, sondern es hat etwas mit den damit verbundenen Abführungen an den KVJS zu tun, die uns hier deutliche Ersparnisse bringen. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **Einstimmigkeit**.

**Antrag 1.3 (Seite 31): HHSM\_GR (Diverse) – Ertragssteigerung: HHB Maßnahmen Entscheidung Gemeinderat – Streichung aller Gebühren-, Beitrags- und Steuererhöhungen (AfD)**

Dann springen wir auf die Seite 31 ff. Dort haben wir Anträge der AfD-Gruppe. Da geht es um unter dem unter der Vorlage 1.3 um den Antrag Ertragssteigerung Maßnahmen Entscheidung Gemeinderat - Streichung aller Gebühren-, Beitrags- und Steuererhöhungen.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Wir haben diesen Antrag gestellt in dem Wissen, dass die Finanzmittel der Stadt sehr knapp sind, so knapp wie die Redezeit der AfD. Wir haben pro Person nur 12,5 Minuten. Darum müssen wir uns kurz fassen. Wir wollen oder sollen sparen, aber ein erheblicher Teil dieses Haushaltsentwurfs ist kein Sparen, sondern Einnahmemehrungen, die die Bürger und Unternehmen in Karlsruhe belasten. Die sind dieses Jahr und insbesondere in den Folgejahren weiterhin stark belastet durch steigende Abgaben, zum Beispiel des Bundes, um nur ein Beispiel zu nennen, die **CO<sub>2</sub>-Abgabe**, die Jahr für Jahr bis 2027

Heizkosten und Transportkosten massiv verteuern wird. Daher beantragen wir, diese Einnahmemehrungen der Stadt bei Gebühren, Steuern und Abgaben nicht durchzuführen.

Ich muss dazu noch betonen, wir haben über 40 Anträge gestellt, und in Summe ist es ganz klar so, dass alle unsere Anträge, auf Einnahmemehrungen zu verzichten, gedeckt sind durch Anträge, an anderer Stelle Ausgaben einzusparen, sodass wir mit gutem Gewissen diese Forderung stellen können, auf Einnahmemehrungen zu verzichten. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Der Vorsitzende:** Für die Öffentlichkeit und für Sie noch mal zur Erklärung. Wir haben den Antrag der AfD-Gruppe auf zwei verschiedene Teile gesplittet, die wir jetzt nacheinander zur Abstimmung stellen unter 1.3 und 1.4. Das hat etwas damit zu tun, dass wir die entsprechenden Maßnahmen, für die der Gemeinderat zuständig ist, und die Maßnahmen, die die Verwaltung selber durch eigenes Tun entscheiden kann, gesplittet haben. Ich stelle jetzt 1.3 zur Abstimmung. Das sind die Dinge, die unter die Entscheidung des Gemeinderats fallen. Und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.4 (Seite 31): HHSM\_V (Diverse) – Ertragssteigerung: HHB Maßnahmen Zuständigkeit Verwaltung - Streichung aller Gebühren-, Beitrags- und Steuererhöhungen (AfD)**

**Der Vorsitzende:** Jetzt kommt die nächste Entscheidung über die Maßnahmen, die in die Zuständigkeit der Verwaltung fallen. Und da bitte ich auch um Ihr Votum ab jetzt. Das ist auch **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.5 (Seite 32): Prüfantrag freiwillige Leistungen (FW|FÜR)**

Auf der Seite 32 haben wir zugeordnet den Antrag 1.50. Wir nehmen zu Protokoll, dass Herr Arslan das als Versehen betrachtet. Ich rufe auf den Antrag 1.5 Freie Wähler | FÜR Karlsruhe. Da geht es um einen Prüfantrag, freiwillige Leistungen.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Herr Oberbürgermeister, jetzt habe ich Sie unterbrochen. Sagen Sie, was Sie sagen wollten, und dann sage ich, was ich will. Vielleicht sind wir einer Meinung.

**Der Vorsitzende:** Wir hätten vorgeschlagen, ihn als erledigt zu betrachten, aber ich wollte Ihnen nicht Dinge aufnötigen.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Also so ganz erledigt ist er nicht, denn im Prüfantrag, den wir gestellt haben, ist daran gedacht, dass Leistungen nicht unendlich laufen. Sie schreiben zwar, es wird ständig geprüft, wir sind uns aber nicht ganz sicher, ob das tatsächlich so der Fall ist. Wenn Sie sagen: erledigt, könnte ich mir vorstellen, dass wir nochmal im Ausschuss darüber reden. Wenn Sie sagen: ja, dann brauchen wir nicht abstimmen. Ansonsten würde ich hier abstimmen lassen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wir haben einen ähnlichen Antrag gestellt und auch schon in den letzten Beratungen. Wir werden den noch einmal außerhalb des Haushaltes stellen, dann immer entsprechend. Ich denke, da können wir den dann mit reinnehmen, dann müssen wir das aber angehen. Der Kollege hat vollkommen Recht. Wir müssen natürlich

hier in die Prüfung gehen, nur ist es kein originärer Haushaltsantrag. Von daher ist er hier glaube ich als erledigt zu betrachten.

**Der Vorsitzende:** Gut, dann können wir den Weg gehen. Mir ist noch mal ganz wichtig, dass Sie uns mit dem, wir müssen alle freiwilligen Leistungen alle fünf Jahre angucken, auch ganz schön fordern würden. Nein, wir müssen es, glaube ich, in die Förderrichtlinien übernehmen, für kulturelle Zuschüsse, für soziale Zuschüsse und Ähnliches. Und darüber müssen wir in den Fachausschüssen diskutieren. Da wird es dann auch für das eine oder andere etwas unterschiedliche Vorgehensweisen geben müssen. Damit nicht verwiesen, sondern im Moment als **erledigt**, aber wir nehmen das Thema außerhalb der Haushaltsberatungen gerne noch mal auf.

Dann kommen wir auf die **Seite 33**. Da gibt es über die **Veränderungsliste** den Hinweis, dass wir hier die **Mittel für Telefonbuch-Eintragungen** der Stadt vom Teilhaushalt 1700 zum Teilhaushalt 1000 übertragen haben. Das hat keine Auswirkungen auf die Summe, um die es geht. Das ist eine Position, die Sie auf der Veränderungsliste finden.

## Teilhaushalt 1000

### Antrag 1.6 (Seite 34): HHSM\_GR5 – Keine Kürzungen bei Parkwertkarten für Gemeinderatsmitglieder (CDU | SPD)

Auf der Seite 34 gibt es eine weitere **Haushaltssicherungsmaßnahme**, die von Ihnen eine Entscheidung abverlangt. Das ist die **Gewährung einer Mobilitätspauschale bei Verzicht auf Freifahrtberechtigung und Parkwertkarten**. Dazu gibt es einen Antrag der CDU und SPD, dass es keine Kürzungen geben soll. Entsprechend meiner Ankündigung würde ich jetzt den Antrag zur Abstimmung stellen. Damit hätte sich das andere Thema dann auch quasi erledigt.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich hatte mehrfach schon im Hauptausschuss und in den anderen Ausschüssen hierzu gesprochen. Ich denke, es ist einfach wichtig, dass wir unsere Funktion als ehrenamtlich gewählte Stadträtin und Stadträte nicht derart beschneiden, dass der eine oder andere an diesen Sitzungen oder insgesamt nicht mehr so teilnehmen könnte, weil er beruflich und auch in anderen Dingen wirklich sehr stark davon betroffen ist. Und ich denke, gerade der Bereich der Mobilität ist hier extrem wichtig. Der eine oder andere hat einen Beruf, wo er auf das Auto angewiesen ist, der andere kommt gerne mit dem ÖPNV oder mit dem Fahrrad. Aber wir müssen flexibel sein und je nachdem, wie die Termine gesetzt sind, zur Verfügung stehen. Deswegen wäre dies ein erheblicher Einschnitt. Ich kann für mich sagen, das habe ich immer wieder gesagt, dass dies zu erheblichen Einschränkungen bis eventuell zu einem Verzicht kommen würde. Deswegen haben wir diesen Antrag auch entsprechend gestellt. Ich habe das mehrfach schon gesagt, das muss ich auch so. Das geht einfach nicht. Ich habe teilweise meinen Wohnort, meinen Berufsort und das Rathaus an drei verschiedenen Ecken. Das kann ich nicht anders leisten. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, und ich denke, er ist auch in vielen Dingen mehr als gut begründbar.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Die Mitglieder des Gemeinderates haben unterschiedliche Lebensentwürfe, möchte ich mal sagen.

Ich spreche jetzt für mich als Selbstständigen, der absolut auf das Auto angewiesen ist jeden Tag. Das ist für mich, dass überhaupt die Verwaltung in die Richtung denkt, schon irgendwie unglaublich. Wir haben im Vorfeld immer wieder gesagt, also die Kolleginnen und Kollegen, die davon betroffen sind, die auf das Auto angewiesen sind, dass es uns, und ich spreche jetzt wieder für mich, total einschränkt in meiner Arbeit. Ich weiß gar nicht, wie ich das leisten soll, wenn ich nicht mehr die Möglichkeit habe, mit einer Parkwertkarte in die nächste Tiefgarage einfahren zu können. Das funktioniert nicht. Das schränkt mich ein, und es wird immer wieder draußen, auch in der Öffentlichkeit gesagt, dass Selbstständige und Handwerker hier zu wenig im Haus vertreten sind, und das ist mit ein Grund. Ich möchte gerade in Richtung der LINKEN und auch der GRÜNEN nochmal sagen, Sie leben Ihr Leben, wie Sie es wollen, und das ist auch richtig so, aber bitte drängen Sie mir nicht auf, zu sagen, wie ich mein Leben zu führen habe und wie ich mein Geld zu verdienen habe. Von daher erwarte ich, dass dieser Antrag angenommen wird, denn sonst kann ich in Zukunft so nicht mehr arbeiten wie zurzeit, wie seit 40 Jahren. Jetzt auf einmal kommt der große Hammer, und das ist unglaublich.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Es wurde jetzt gerade nur darüber gesprochen, dass die Parkwertkarten gestrichen worden sind. Das ist aber doch nur die halbe Wahrheit, denn es soll eine Mobilitätspauschale als Ersatz geben, die dann für alle Mitglieder des Gemeinderats eine Möglichkeit gibt, für ihre individuelle Mobilität eine entsprechende Unterstützung zu bekommen. Und damit werden die bestehenden Angebote zusammengeführt, die es gibt aus den Freifahrtsberechtigungen im ÖPNV und dem Parken in den Tiefgaragen rund um das Rathaus. Und es wird auch tatsächlich dadurch noch ergänzt, dass, wer häufig mit dem Fahrrad fährt, auch mit den Kostenerstattungen sozusagen auch einmal eine Reparatur in dem Sinne abgegolten hat, weil mit dieser Pauschale alle Aspekte berücksichtigt werden können und genau diese von Ihnen gerade angesprochene Individualität der Lebensentwürfe und der Mobilität gewährleistet werden. Und daher können wir diesem Vorschlag sehr gut zustimmen.

Es haben gerade alle von vielen Beispielen gesprochen, wie man denn sonst nicht mehr zum Rathaus kommen könnte oder nicht. Ich denke, wenn ich mit dem Auto fahren würde, dann würde ich so viel Zeit verlieren hier in der Stadt wie im Vergleich zum Weg mit dem Rad zwischen meiner Wohnung und meinem Arbeitsort hierher. Demzufolge ist das sicherlich für ganz viele hier einfach eine sehr persönliche Begründung. Und diese Mobilitätspauschale, die Sie vorgeschlagen haben, Herr Oberbürgermeister, ermöglicht diese persönliche Entscheidung, gleichberechtigt für alle Gemeinderatsmitglieder.

Ich möchte an dieser Stelle noch zwei, drei Aspekte zu den nachfolgenden Anträgen ergänzen, wo es weiterhin auch um die Aspekte der Fraktionen, der Finanzierung der Fraktionen geht, um das in einem Aufwand abzuhandeln. Auch da unterstützen wir die Vorschläge der Verwaltung, die mit einer gewissen Weitsicht angelegt sind, dass sie erst dann gelten, wenn sie so oder so neu gewählt werden und jede Fraktion ihre Finanzierung neu auf den Prüfstand stellen muss. Überall wird es Veränderungen geben, und das ist genau der richtige Zeitpunkt auch für Sie, liebe CDU, neu zu überlegen, wie es danach ausgeht. Und das ist für alle gut möglich. Einige Fraktionen kommen jetzt schon locker hin, ihre Personalkosten zu finanzieren, und andere müssen jetzt schon immer aus den Sachleistungen etwas rüberschieben. Das ist vielleicht auch nicht so ganz im Sinne des Erfinders. An der Stelle können wir die Einsparvorschläge der Verwaltung auch gut mittragen.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Diese Diskussion, was die Parkwertkarten anbelangt, ist nicht neu, die haben wir schon oft genug geführt. Ich kann meinem Vorvordner, dem Herrn Hofmann, nur recht geben. Herr Löffler, auch in der Peripherie und in den Bergdörfern wohnen Menschen, und die haben einen etwas komplizierteren und längeren Anfahrtsweg. Wenn ich mein Amt pflichtbewusst ausübe, das beschränkt sich nicht nur auf die Stadtratssitzungen, auf die vielen Ausschusssitzungen und auf die Aufsichtsratssitzungen, sondern ich nehme auch abends Termine wahr, und dann brauche ich eben diese Flexibilität durch die Parkwertkarte, wo ich mit meinem Auto auch mal von A nach B fahren kann. Die muss mir gewährleistet sein, denn sonst nimmt mir das einen großen Teil der Zeit, die ich eh schon in dieses Amt genau wie jede andere hier investiere.

Es ist leicht gesagt, von der Sophienstraße oder von der Amalienstraße mit dem Fahrrad hierherzufahren. Heute habe ich zum Beispiel zwei Aktenordner getragen. Sie müssen schon ein bisschen berücksichtigen, zwischen Ehrenamt und Wohnort von dem einen und dem anderen ist schon ein Riesenunterschied. Wenn ich heute früh in Hohenwettersbach mit dem Bus gefahren wäre, wäre am Zündhüttele umgestiegen und wäre dann irgendwann von der Haltestelle hierher gelaufen, wäre ich wahrscheinlich immer noch nicht da. Sie müssen sich die Fahrpläne angucken. Nicht überall ist die Flexibilität gewährleistet. Insofern bin ich für den Erhalt dieser Parkkarte, weil es für uns eine Erleichterung ist, die vielen Termine, die zusätzlich zu dem Gemeinderatsamt noch anfallen, wahrzunehmen.

Zu dem zweiten Punkt, die Einsparung der Sachkosten in den Geschäftsstellen, da rede ich auch gleich dazu. Wir gehen mit dem Antrag mit, dass im Sachkostenbudget eingespart werden kann und muss, aber nicht bei den Personalkosten. Die Fraktionsgeschäftsstellen wären die einzige Stelle, wo in diesem Haushalt Personal eingespart werden müsste. Und das tragen wir nicht mit.

**Der Vorsitzende:** Die Aussage, dass in den Personalbereichen der Verwaltung nicht eingegriffen wurde, ist schlichtweg falsch. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, aber es ist genau das Gegenteil der Fall. Es wird überall in die Personalkosten eingegriffen, weil wir an keiner Stelle so viel Geld einstellen, dass wir überhaupt davon ausgehen, alle Stellen besetzen zu können. Insofern stimmt das schon mal einfach nicht.

Dann möchte ich darauf hinweisen, dass wir genau die Kürzungen vorschlagen, die auch sonst meistens als Restmittel wieder zurückfließen. Das trifft nicht für jede Fraktion gleichermaßen zu. Da bin ich bei Ihnen, aber wir müssen trotzdem feststellen, dass wir in diesem Bereich immer mehr Mittel einstellen, als am Ende abgerufen werden. Und das können wir uns bei der aktuellen Sparsituation nicht leisten.

Wir packen nicht den Hammer aus, Herr Stadtrat Cramer, sondern wir vereinfachen die Mobilitätszuschale auf eine monatliche Zuschale und nehmen Abstand von diesen individuellen Berechnungen, die wir mit Ihnen veranstalten. Das ist in anderen Städten, die zum Teil ein schlechteres ÖPNV und Radsystem haben, gang und gäbe. Aber Sie können natürlich hier gerne das Signal geben, dass wir hier auf jede persönliche Lebenslage auch noch durch den Ausgleich der Fahrkosten eingehen müssten, da, wo Sie als Selbstständiger auch andere Möglichkeiten haben, das steuerlich zu berücksichtigen und vieles andere mehr, was wiederum andere hier in diesem Haus nicht haben. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. Ich will nur darauf...



**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Weil es übergriffig ist, wie Sie da oben reden und mir Worte in den Mund legen, die ich nie gebraucht habe. Sie können da oben lachen, weil Sie dies überhaupt nicht betrifft.

**Der Vorsitzende:** Ich verstehe Ihre Argumentation. Ich will nur darauf hinweisen, dass für individuelle Lebenslagen unser System andere Ausgleichsmechanismen hat und das nicht meines Erachtens hier über die Fahrkostenpauschale gewährleistet werden muss. Mehr habe ich nicht gesagt. Das ist kein Vorwurf an Sie. Wir schlagen eine Pauschale vor. Es gibt jetzt einen Antrag, davon abzusehen. Ich stelle den Antrag der CDU und der SPD jetzt zur Abstimmung, dass wir diese Parkwertkarte pauschal nicht abschaffen. Da bitte ich jetzt darüber abzustimmen, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme** des Antrags. Damit ist die Parkwertkarte nicht abgeschafft.

Jetzt muss ich gucken, ob auch die Höhe der Pauschale jetzt kassiert ist, oder ist das damit ganz erledigt, Herr Dollinger? Okay, dann brauchen wir unseren Vorschlag nicht erneut zur Abstimmung stellen. Sie haben den quasi abgelehnt.

**Antrag 1.7 (Seite 34): HHSM\_GR1 - Aufwandsreduzierung durch Kürzung der Zuschüsse an die Fraktionen des Gemeinderates (CDU, KAL/Die PARTEI, FDP, DIE LINKE. | FW|FÜR)**

**Der Vorsitzende:** Wir kommen jetzt zu den Anträgen, die sich mit der Aufwandsreduzierung durch Kürzung der Zuschüsse beschäftigen. Da gibt es zunächst den Antrag CDU, Karlsruher Liste/Die PARTEI, FDP, DIE LINKE. unter der Ziffer 1.7. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme** des Antrags. Damit ist der Kürzungsvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Jetzt gibt es einen weiteren Antrag der Freien Wähler | FÜR Karlsruhe, der eine Kürzung von 20 % des Sachkostenbudgets vorschlägt. Und den stelle ich jetzt auch zur Abstimmung.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Unser Antrag hat sich damit erledigt, Herr Oberbürgermeister.

**Antrag 1.8 (Seite 34): Reduzierung der Aufwandsentschädigung für Gemeinderät\*innen (DIE LINKE.)**

**Der Vorsitzende:** Dann kommen wir zum Antrag der Linken unter 1.8.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Ich traue mich fast gar nicht mehr, den Antrag einzubringen, denn wenn wir schon über die Parkwertkarte so emotional diskutieren, will ich gar nicht die Diskussion machen. Tatsächlich ging es uns darum, dass wir zu Recht festgestellt haben, dass wir in allen Bereichen Kürzungen vornehmen, um die Stabilität des Haushalts zu gewährleisten. Unser Anliegen war deshalb, dass wir die Aufwandsentschädigung zu einem Vorzeitniveau zurückführen, das wir vor ein paar Jahren hatten, zu den 890 Euro. Wir glauben nicht, dass der einzelne Gemeinderat im Gegensatz zur Einsparung der personalen Sachkosten sehr stark in seiner Ausübung seines ehrenamtlichen Mandats eingeschränkt ist. Wir sehen dadurch eine einfache Möglichkeit, insgesamt 80.000 Euro zu sparen, die wir später, wenn wir in den Kulturbereich kommen, sicherlich auch in derselben Summe diskutieren würden. Deshalb schlagen wir vor, dass die Aufwandsentschädigungen angepasst werden. Das Ehrenamt ist ein zusätzliches Mandat zum Brot-und-Butter-Geschäft.

Das wollen wir nicht beeinträchtigen. Es hat in der Vergangenheit auch mit der Summe schon funktioniert. Deshalb glauben wir auch, dass wir eine Anpassung hier vornehmen können.

**Der Vorsitzende:** Ich stelle damit den Antrag der LINKE. zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung** des Antrags.

#### **Antrag 1.9 (Seite 34): HHSM\_GR4 – Budget für Bürgervereine nicht kürzen (SPD | FDP)**

Wir kommen damit zur Haushaltssicherungsmaßnahme, die den Gemeinderat betrifft, Nummer 4. Da geht es um die Reduzierung der Zuschüsse an die Bürgervereine, und es gibt dazu einen Antrag von SPD und FDP, diese Kürzungen nicht vorzunehmen. Ich werde dann anschließend über den Antrag abstimmen lassen, so wie wir das bisher auch miteinander diskutiert haben.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Auch wenn vonseiten der AKB, sprich der Bürgervereine, das Signal kam, dass sie diese Kürzung mittragen, sehen wir als SPD-Fraktion trotzdem die Notwendigkeit, das Budget in der bisherigen Höhe zu erhalten. Hintergrund ist, dass wir von den Bürgervereinen einerseits auch ein Stück weit erwarten, dass sie sich in den Stadtteilen engagieren für die Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgervereine haben sehr beschränkte finanzielle Mittel. Hier sehen wir, dass an der verkehrten Stelle gespart wird. Wir sehen das auch ein Stück weit im Sinne der Wertschätzung des Engagements der Aktiven in den Bürgervereinen und halten entsprechend den Antrag weiterhin aufrecht.

**Stadtrat Høyem (FDP):** In der Politik spricht man oft darüber, dass man Politik macht für den Bürger. Das ist eigentlich arrogant. Man macht Politik mit den Bürgern. Und ich denke, die ehrenamtliche Arbeit in den Bürgervereinen sollten wir als Partizipation loben und unterstützen. Wir können den Einfluss von den Bürgervereinen nur stärken. Wir finden, das ist ein wichtiger Teil unserer demokratischen Entwicklung.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Kollege Høyem und Kollege Dr. Fechler, Sie haben vollkommen Recht. Wir hatten den Antrag erst auch gestellt, haben ihn dann aber zurückgenommen, weil uns die Bürgervereine signalisiert haben, dass dies ihr Beitrag ist, den sie dazu bringen wollen, und dass sie darauf in Abstimmung mit der Verwaltung verzichtet haben. Von daher haben wir gesagt, wir wollen sie da nicht ausnehmen. Die Argumentation von beiden war vollkommen richtig, aber so wurde es uns mitgeteilt, und wir wollten genau da die Bürgervereine auch entsprechend mitnehmen und den Willen von ihnen. Denn sie haben gesagt, das ist eine freiwillige Sache, die abgestimmt ist entsprechend. Und deswegen würden wir dem auch so zustimmen.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Wir würden den Antrag mittragen. Wir sehen es auch schwierig, das Budget bei den Bürgervereinen zu kürzen. Die leisten für die Verwaltung vor Ort in den Stadtteilen ganz wertvolle Arbeit, die der Verwaltung auch oft Expertise und Kosten spart, und eine Nichtkürzung oder eine Gleichbeibehaltung der Zuschüsse ist letztendlich eine Kürzung, weil auch die mit Kostensteigerungen zu kämpfen haben.

**Der Vorsitzende:** Dann stelle ich jetzt beide Anträge gemeinsam. War das eine Wortmeldung, Frau Stadträtin Weber?

**Stadträtin Weber (GRÜNE):** Ja, ich wollte nur noch sagen, dass wir auch als Zeichen der Wertschätzung keiner Kürzung zustimmen möchten, zumal der Kürzungsbetrag von 5.000 Euro pro Jahr nun auch nicht mehr ins Gewicht fällt.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe jetzt beide Anträge auf. Der eine begehrt, die Kürzung zurückzunehmen, der andere begehrt 5.000 Euro. Da das inhaltlich dasselbe ist, können wir sie beide gemeinsam zur Abstimmung aufrufen. Also der FDP-Antrag und der SPD-Antrag stehen jetzt zur Abstimmung unter 1.9. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der Antrag **mehrheitlich angenommen** und die **Kürzung ist abgelehnt**.

**Antrag 1.10 (Seite 33): HHSM\_GR2 - Mittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeiten nicht streichen (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI | FDP)**

Wir kommen damit auf der Seite 33 zum Vorschlag der Verwaltung, Wegfall der Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Da gibt es einen interfraktionellen Antrag der GRÜNE, der SPD, der Karlsruher Liste/Die PARTEI und von FDP, dass das nicht erfolgen soll.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Ich werde auch gleich den nächsten interfraktionellen Antrag mitbehandeln, den Antrag zur Partnerschaftsbörse Eine Welt Karlsruhe e.V. Wenn man das zusammen mit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sieht, sind es insgesamt 36.000 Euro, die in zahlreiche Projekte fließen. Da werden wichtige kleine Projekte, aber auch riesengroße Projekte angestoßen. Viele Ehrenamtliche sind beteiligt, die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit den Entwicklungsländern. Und genau dieser Wissensvermittlung haben wir uns auch verpflichtet. Im Juli 2016 sind wir, die Stadt Karlsruhe, der Resolution des Deutschen Städtetags „Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung“ beigetreten. Damit haben wir uns wieder einmal zu den Sustainable Development Goals bekannt und dass wir diese auf lokaler Ebene umsetzen wollen. Aus unserer Sicht wäre es jetzt kein gutes Zeichen, in Zeiten der zunehmenden Krisen und Unsicherheiten hier zu streichen, sondern im Gegenteil, wir müssen die Entwicklungszusammenarbeit fortführen. Deswegen sprechen wir uns gegen diese Kürzung aus und haben den Antrag gestellt.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Die Kollegin hat viel Richtiges gesagt. Auch wir als CDU-Fraktion lehnen die Kürzung in diesem Bereich, entwicklungspolitische Bildungsarbeit und auch Partnerschaftsbörse Eine Welt Karlsruhe ab, denn wir halten das für sehr essentielle Projekte. Gerade angesichts der weltpolitischen Lage und der vielen, ich sage mal in Anführungszeichen, Brände, die gerade überall entstehen, halten wir es für sehr wichtig, dass sich im Bereich der Bildung etwas tut, dass wir hier sogar mehr machen müssten als bisher und auch im Bereich der Partnerschaftsbörse. Hier sind viele wichtige Projekte, die zur Selbsthilfe anregen, zum Beispiel im Bereich Brunnenbau, Bohrungen, aber auch viele kleinteilige Projekte. Viel wertvolles Ehrenamt steckt in dieser Arbeit, viel gute Vernetzung, die wichtig ist, um auch andere Teile der Welt und Lebensweisen zu verstehen. Insofern möchten wir, dass diese Projekte auch weiterhin unterstützt werden.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Sowohl die Bildungsarbeit wie die Partnerschaftsbörse dient dem Ziel global denken, lokal handeln. Es sind viele Ehrenamtliche unterwegs, die beispielsweise Rollstühle sammeln und dementsprechend weitermachen. Es sind Bescheide, die wir als Kommune bereitstellen für die Entwicklungsarbeit. Und die sollte so erhalten bleiben.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Es ist eigentlich alles gesagt. Für uns ist es wichtig, dass die aufgerufenen Mittel nicht wegfallen. Diese Netzwerke stützen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Dieser kostengünstige Blick in die Welt auch für junge Menschen ist zwingend zu erhalten, und der Schaden wäre größer als die Einsparungen.

**Der Vorsitzende:** Wir haben keine Wortmeldung mehr. Wir sind jetzt im Moment bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und hatten ausgeführt, dass die Mittel überwiegend bisher nicht mehr abgerufen worden sind und wir deswegen diese Kürzung vorgeschlagen haben. Jetzt begehrt ein Antrag interfraktionell, dass wir diese Mittel wieder einfügen. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Wir beantragen nicht die 10.000 Euro, sondern die 5.000 Euro. Nach unseren Informationen sind diese 5.000 Euro sehr wohl abgerufen worden. Wir beantragen aber bewusst nicht die 10.000 Euro, um das vielleicht noch klarzustellen.

**Der Vorsitzende:** Dann wird derjenige, der bisher auch abgerufen hat, wieder mit den 5.000 Euro bedacht. Und die beiden anderen? Okay, alles klar, dann haben wir es verstanden. Dann steht das jetzt hier zur Abstimmung, Ihr Antrag, dass wir die 5.000 Euro wieder einsetzen und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

#### **Antrag 1.11: HHSM\_GR3 - Mittel für die Partnerschaftsbörse "Eine Welt Karlsruhe e. V." nicht streichen (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI | FDP)**

Damit kommen wir zur Position, die sich in dem Antrag 1.11 wiederfindet. Hier geht es um die Mittel für die Partnerschaftsbörse. Da geht es um 30.750 Euro. Sie haben dazu, glaube ich, schon gesprochen. Sie nicken alle. Dann können wir gleich den Antrag 1.11 zur Abstimmung stellen. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Ja schon interessante Konstellation, also der Antrag ist **mehrheitlich angenommen**, die entsprechenden Mittel werden wieder eingestellt.

#### **Antrag 1.12: Mietkostenzuschüsse an Sanitätsorganisationen (AfD)**

Ich rufe damit unter 1.12 einen Antrag der AfD-Gruppe auf. Da geht es um die Mietkosten, Zuschüsse an die Sanitätsorganisation.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Auch ich habe pro Verhandlungstag nur fünf Minuten Redezeit, muss mich also kurz fassen. Es geht hier darum - ich beziehe mich auf die Verwaltungsantwort -, dass die im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen bisher 4.600 Euro pro Jahr an Zuschüssen bekommen für Mietkosten, Heizkosten usw. Wir beantragen hier lediglich diese Zuschüsse aufgrund der Inflation, aufgrund der gestiegenen Heizkosten, um 1.000 Euro pro Jahr zu erhöhen.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Teilhaushalt 1100**

#### **Antrag 1.13 (Seite 41): Gutachtenkosten reduzieren (SPD)**

Wir kommen damit auf die Seite 41 unter dem Teil Haushalt 1100 Personal und Organisation. Ein Antrag der SPD: Gutachten Kosten reduzieren.

**Stadtrat Zeh (SPD):** In unserer Anfrage vom 19. September 2023, TOP 29, sieht man, die Stadt verbraucht mehr wie 2,5 Millionen Euro an Gutachtenkosten. Es ist etwas schwierig. Wir wollten eigentlich das Hotelgutachten streichen. Das haben wir hier nicht gefunden. In der BNN steht drin, es kommt doch 2024. Bei dem Punkt sind unter dem ersten Punkt jeweils 50.000 Euro je Haushaltsjahr für externe organisatorische Untersuchung beim Personal zusammen vorgesehen. Hier steht jetzt die Antwort der Verwaltung. Sie wollen gar keine durchführen. Das ist natürlich dann der erste Punkt, dass wir 50.000 Euro je Haushaltsjahr für die Gutachten bei Personal und Organisation, was vorgesehen ist, für diese externen Gutachten streichen können. Das beantragen wir hiermit.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte darauf hinweisen, dass hier nicht behauptet wird, wir würden dort keine Gutachten erstellen, sondern dass wir nur darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren dort keine erstellt hatten. Das ist mir nur noch mal wichtig.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE):** Dieser Antrag wird uns im Laufe der nächsten Tage öfter begegnen. Ich werde jetzt aber nur einmal dazu sprechen. Ich muss sagen, dass wir dem nicht zustimmen werden. Auf der einen Seite sind ganz viele Gutachten, die wir erstellen lassen, gerade auch später im Bereich HGW, einfach Pflichtaufgaben. Da können wir nicht streichen. Und bei den freiwilligen Gutachten geht es darum, dass wir fundierte Entscheidungen treffen können und eben nicht auf unser Bauchgefühl hören. Das sind aus unserer Sicht oft auch wichtige Gutachten. Wir werden hier nicht zustimmen.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Der Antrag der SPD-Fraktion kommt genau in unsere Richtung. Ich glaube, die Verwaltung braucht wieder mehr Mut, eigene Entscheidungen zu treffen. Wir haben eine hohe Expertise - das muss man auch einmal lobend sagen -, die wir einfach viel zu wenig nutzen, der wir auch was zutrauen müssen. Wir müssen wieder selber beurteilen, entwerfen, konstruieren und bauen. Wir müssen die Angst ablegen, dass Entscheidungen immer durch mehrere Dritte begutachtet werden müssen. Ein restriktiver Umgang mit Gutachteraufträgen wird von uns in aller Form unterstützt. Allerdings brauchen wir auch eine gewisse Fehlerkultur. Fehler sind nämlich manchmal dazu da, dass man sie macht. Und das muss auch der Gemeinderat dann akzeptieren, dass nicht immer alles so läuft, wie man sich das idealiter vorstellt. Ich kann wenig für das Argument gewinnen, dass wir pflichtgemäß Gutachten erstellen müssen. Ich spreche hier auch für alle anderen Anträge, die die SPD in dieser Richtung gestellt hat.

**Stadtrat Wenzel (FWJFÜR):** Wir freuen uns über den Antrag, denn in der Vergangenheit hatten wir ähnliche Anträge, die hier nie durchgekommen sind. Selbstverständlich sind Pflichtgutachten notwendig, an denen werden wir nicht vorbeikommen. Aber die Gutachteritis, so haben wir es damals genannt, hat überhandgenommen. Und deshalb werden wir in allen Punkten, wo dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen wird, die SPD im eigenen Interesse unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es doch eine gewisse Übereinstimmung aller Wortbeiträge gab, dass wir gewisse Pflichtgutachten machen müssen, die wir nicht selbst erstellen können. Wir werden diesen Punkt jetzt an mehreren

Teilhaushalten wieder aufrufen, und die SPD möge dann entscheiden, ob sie sie jeweils wieder zur Abstimmung stellen oder nicht. Hier geht es jetzt erst einmal nur um den Teilhaushalt Personal und Organisation, und ich stelle jetzt den Antrag der SPD, 50.000 Euro, zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **Annahme**. Damit sind die **Beträge dort gestrichen**.

**Antrag 1.14 (Seite 49): (Re-)Inklusion von Menschen mit psychischen und seelischen Erkrankungen/Behinderungen in den Arbeitsmarkt der Stadt und ihrer Gesellschaften (SPD)**

Wir kommen damit auf der Seite 49 zu einem Antrag der SPD. Re-Inklusion von Menschen mit psychischen und seelischen Erkrankungen in den Arbeitsmarkt.

**Stadtrat Fechler (SPD):** Stellenschaffungen sind in öffentlichen Haushalten grundsätzlich etwas Schwieriges, gerade in angespannten Haushaltszeiten. Jeder von uns kennt Menschen mit psychischen, seelischen Erkrankungen, Behinderung, sei es im privaten Kontext oder im beruflichen Kontext. Wenn nicht ein öffentlicher Arbeitgeber, wer dann kann Menschen mit solchen Funktionseinschränkung wieder in den Arbeitsmarkt integrieren? Leider ist es bei Menschen mit psychischen, seelischen Erkrankungen, Behinderung nicht, in Führungszeichen, so einfach wie bei Menschen mit körperlichen Behinderung. Hier können die Funktionseinschränkungen durch technische Hilfsmittel überbrückt werden, sei es die Rampe, um dem Rollstuhlfahrer, der Rollstuhlfahrerin den Zugang zu ermöglichen. Hier bedarf es eines Mehr an Initiativen. Hier geht es darum, durch eine Projektstelle Menschen mit psychischen, seelischen Erkrankungen, Behinderung die Möglichkeit zu geben, wieder in den Arbeitsmarkt zu finden. Hier geht es darum, qualitativen und quantitativen Einschränkungen Rechnung zu tragen. Und eine Projektstelle kann durchaus hilfreich sein. Es geht nicht nur um die Inklusion dieser Personengruppe, sondern es geht auch darum, Expertise in der Verwaltung zu halten. Es sind zum Teil wirklich hochqualifizierte Menschen. Es kann die Architektin sein im HGW. Es kann der Ingenieur an sonstiger Stelle sein, aber es kann natürlich auch der/die Sachbearbeiterin sein. In diesem Sinne halten wir trotz der schwierigen Haushaltslage diese Stelle für unabdingbar.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Es fällt oft schwer, auch gerade im Sozialbereich manche Anträge abzulehnen, auch wenn sie zunächst sinnvoll und gut wären. Aber die Haushaltslage lässt nur zu, dass wir auch eine Priorisierung in unseren Anträgen und unseren Zustimmungen machen. Die Stadt Karlsruhe tut bereits einiges, um diesen Menschen in der Stadtverwaltung zu helfen, sowohl bei einer Regio-Inklusion, das heißt auch nach Krankheit wird die Wiedereingliederung durchgeführt, als auch; es gibt schon drei Vollzeit-Planstellen für junge Erwachsene mit wesentlicher seelischer Beeinträchtigung, die entsprechend auch mit einem Coaching ausgestattet sind, um ihnen die Möglichkeit der Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen. Wir glauben, dass hier schon einiges erreicht ist, und wir lehnen deshalb, weil wir keine neue Stellenschaffung möchten, diesen Antrag ab.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der SPD. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.15 (Seite 49): Verstetigung des Projektes "Perspektive Ausbildung - Berufliche Integration von Geflüchteten bei der Stadtverwaltung Karlsruhe" (GRÜNE, CDU, DIE LINKE. | SPD)**

Ich rufe ebenfalls auf der Seite 49 einen Antrag der GRÜNE, CDU, Die LINKE, SPD auf: Verstetigung des Projekts Perspektive Ausbildung berufliche Integration Geflüchteten bei der Stadtverwaltung.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir natürlich weiter an dieser Thematik arbeiten. Sie begehren hier aber noch eine zusätzliche Stelle.

**Stadträtin Sardarabady (GRÜNE):** Das seit 2018 bestehende Projekt war schon mehrfach Thema im Gemeinderat bzw. in entsprechenden Ausschüssen. In den letzten fünf Jahren hat sich der große Mehrwert auf verschiedenen Ebenen immer wieder deutlich gezeigt. Erstens, die Entwicklung der jungen Auszubildenden wird durch die Arbeit in einem wertschätzenden Umfeld ganzheitlich gefördert. Zweitens, berufliche Integration von Geflüchteten erhöht die gesellschaftliche Akzeptanz und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Drittens, passend zur gerade vom Gemeinderat verabschiedeten Charta der Vielfalt wird durch dieses Projekt die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung gefördert. Dass wir gerade mit Blick auf die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie Fach- und Arbeitskräftemangel, gestiegene Zahl auch junger Geflüchteter und Zuwanderungs-skepsis genau solche Leuchtturmprojekte brauchen, steht außer Frage, ebenso wenig wie die Tatsache, dass den beiden Projektleitern eine zentrale Rolle hinsichtlich eines erfolgreichen Ausbildungsabschlusses zukommt. Bei ihnen laufen alle Fäden zusammen. Die konzeptionelle Begleitung, die intensive Unterstützung der Auszubildenden, die zentrale Rolle als Ansprechpartner für Ausbilder und Ausbilderinnen, Berufsschulen und Behörden ist nicht nur wertvoll, sondern unverzichtbar.

Um den Erfolg dieses Leuchtturmprojekts zu sichern bzw. auch die Weiterentwicklung hinsichtlich weiterer Zielgruppen und Berufsfelder voranzubringen, brauchen wir dringend die Verstetigung des Projekts und damit auch die dauerhafte Einrichtung der zentralen Betreuungsstelle beim POA. Erfreulicherweise können bei einer Verstetigung die Kosten der Ausbildungsplätze für die Geflüchteten über die vorhandenen Ressourcen abgedeckt werden. Das Geld, das jedoch die dauerhafte Planstelle für die beiden Projektleiter kosten wird, ist aus unserer Sicht bestens angelegt. Ihre aus dem Projekt gewonnene zusätzliche Fachexpertise kann als wichtige Ergänzung im gesamten Ausbildungsmanagement der Stadtverwaltung betrachtet werden und hat Vorbildcharakter.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Die Kollegin Dr. Sardarabady hat viel Richtiges gesagt. Ich möchte auf unserer Seite ergänzen, auch die CDU-Fraktion möchte dieses Projekt unbedingt verstetigen, denn auch wir sehen einen wichtigen Mehrwert. Zum einen bietet es den Geflüchteten die Möglichkeit teilzuhaben reell am Arbeitsleben, am Berufsleben, in der Ausbildung und in der Stadtgesellschaft. Die Stadt profitiert hiervon auch mit einem guten Image, denn letztlich hat dieses gute Projekt auch Vorbildfunktion und strahlt aus in die Wirtschaft, in die Gesellschaft. Wir sind immer daran, Fachkräfte zu gewinnen. Umso besser, wenn wir sie selbst ausbilden können und die Menschen auch sich einbringen können in die Gesellschaft.

Insofern möchten wir dieses Projekt verstetigen, es weiterhin auch fördern und halten es für das Leuchtturmprojekt im Bereich der Integration, das wir als Stadt Karlsruhe anbieten.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Dieses Projekt ist ein Erfolgsprojekt, und wenn wir Erfolgsprojekte nicht verstetigen und fortschreiben, dann stellt sich die Frage, was wir überhaupt noch fortschreiben, auch in schwierigen Zeiten, weil sonst können wir Projekte in Gänze oder Projektstellen infrage stellen. Und von daher sprechen wir uns für eine Verstetigung dieser Stelle aus.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte noch korrekturhalber erwähnen, dass es einen interfraktionellen Antrag der GRÜNE, CDU und DIE LINKE. gibt und einen eigenen Antrag der SPD inhaltsgleich. Und beide stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der Antrag **mehrheitlich angenommen**.

## Teilhaushalt 1200

### Antrag 1.16 (Seite 62): Aufhebung der Sozialen Erhaltungssatzung (CDU)

Ich darf feststellen, dass wir damit zum Teil Haushalt 1200 Stadtentwicklung kommen. Und hier können wir gleich springen auf die Seite 62. Auf der **Seite 62** ist über die **Veränderungsliste** an die **Mittel für das EEG** in den Folgejahren ein Sperrvermerk angesetzt. Das entspricht Ihrer Beschlusslage vom 16. Mai, weil wir festgestellt haben, dass der neue Gemeinderat dann noch einmal über die Freigabe dieser Mittel entscheiden soll. Das haben wir jetzt über die Veränderungsliste im Haushalt nachgeholt.

Ebenfalls auf der Seite 62 haben wir zugeordnet einen Antrag der CDU zur Aufhebung der sozialen Erhaltungssatzung und der damit verbundenen Option einer Stellenumschichtung.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Die Verwaltung hat in ihrer Antwort zu unserem Antrag eigentlich schon selbst das Wesentliche ausgeführt. Es ist eine überraschend oder vielleicht auch erwartbar kleine Zahl an Baugesuchen zu bewerten gewesen. Und ich stelle es gleich voran, die CDU-Fraktion ist nicht der Auffassung, dass man jetzt noch eine weitere Frist abwarten müsste, in der dann noch einmal etwas evaluiert wird. Ich hoffe nicht mit Sachverständigen, sondern mit eigener Expertise. Ich glaube, wir sehen jetzt schon ab, dass sich die Idee, die die andere Mehrheit hier im Haus für diese Erhaltungssatzung hat, nicht als realistisch erwiesen hat. Ich denke, die Auswirkungen sind extrem gering. Das Ziel, ungewollte Bauentwicklungen zu verhindern, kann man vernachlässigen. Die Modernisierung der kleinen einzelnen Wohnungen wird behindert und das Handwerk noch obendrauf. Also man könnte es nach unserem Willen bereits jetzt abschaffen.

**Stadträtin Weber (GRÜNE):** Wir sehen es anders. Wir haben entschieden, dass um über die Effektivität der sozialen Erhaltungssatzung zu entscheiden, es jetzt noch viel zu früh ist. Deshalb wollen wir die Ergebnisse der Evaluation in 2025 abwarten und dann aufgrund der Daten über den weiteren Einsatz entscheiden. Deshalb stimmen wir der Stellungnahme der Verwaltung zu.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Lieber Kollege Pfannkuch, Sie sehen leider nur einen Teil der Wahrheit. Ich kenne zwei Hausbesitzer in der Südstadt, die ganze Häuser haben und eigentlich teilen wollten und jetzt aufgrund der Satzung nicht geteilt haben. Das ist kein Antrag, den die Verwaltung bearbeiten muss. Wir stimmen der Antwort der Verwaltung zu. Wir wollen den



angemessenen Zeitraum bis 2025 abwarten, und dann werden wir nach der Evaluation neu entscheiden.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Insbesondere an die CDU-Fraktion mit all Ihren Initiativen: Heute unterstreichen Sie, dass bezahlbare Mieten offenbar nicht zu Ihren Prioritäten gehören, um ein viel bemühtes Wort dieser Verhandlungen zu bemühen, sei es, wenn wir später über die Abführung der Gelder der Volkswohnung sprechen oder zu diesem Antrag zur Aufhebung der sozialen Erhaltungssatzung. Hier wollen Sie wieder streichen, aber ohne eigene Ideen. Denn die Standardantwort, mehr zu bauen, die kann fast gar nicht greifen wegen dem völlig zum Erliegen gekommenen Neubaugeschehen. Das heißt, mehr denn je müsste doch allen klar sein, wir müssen gucken, dass wir den günstigen Wohnraum, den wir aktuell haben im Bestand, gesichert bekommen. Und genau dafür ist die Erhaltungssatzung eines der ganz wenigen Werkzeuge, die der Bund und die Länder in den sehr spärlich ausgestatteten Werkzeugkasten der Kommunen gegeben haben.

Und ich will auch noch daran erinnern, dass diese Initiative von den Südstädter\*innen selbst ausging und von dem Bürgerverein vor Ort, die mit einer Sorge diesen Veränderungsdruck gesehen und auch besonders die Praktiken gewisser Investoren gesehen haben, denen jetzt das Investment in die Südstadt sicherlich nicht mehr so viel Spaß macht, was sonst ganz gut ist an der Stelle. Und dieser Verdrängungsdruck und das Potenzial wurden einer Untersuchung auch festgestellt, und darum hat der Gemeinderat gehandelt. Deswegen nochmal die abschließende Frage an Sie: Wenn Sie schon alle möglichen handfesten Möglichkeiten beiseitelassen wollen, was wollen Sie denn tun gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und nicht, was Sie alles nicht tun wollen.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Wir würden den Antrag der CDU unterstützen. Wir verstehen das, was ursprünglich auch von uns initiiert war oder mitinitiiert war, den Zweck der sozialen Erhaltungssatzung, haben aber dann, als wir die auf den Weg gebracht haben, erkannt, dass hier ein Bürokratiemonster geschaffen wurde, das nicht diesen Zweck erfüllt, nämlich den Charme und die reduzierten Mieten in der Südstadt und den Ankauf von Investoren zu verhindern, sondern es ist wirklich ein Bürokratiemonster. Wenn Sie heute ein Waschbecken in Ihrer Wohnung erneuern wollen, müssen Sie einen Bauantrag stellen. Wir würden den CDU-Antrag unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Damit stelle ich den Antrag der CDU zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

## Teilhaushalt 1300

### Antrag 1.17 (Seite 69): Stellenschaffung im Presse- und Informationsamt für Planungskommunikation, insbesondere von Rad- und Fußverkehrsmaßnahmen (GRÜNE)

Wir kommen jetzt zum Teilhaushalt 1300, Presse und Information. Dort auf der **Seite 69** will ich verweisen auf die **Veränderungsliste**. Summenneutral sind da Mittel, **Umplanungen zum Teilhaushalt Informationstechnik und Digitalisierung** vorgenommen worden. Wir kommen auf der Seite 69 dann zu einem Antrag der GRÜNEN, Stellenschaffung im PIA für Planungskommunikation, insbesondere von Rad- und Fußverkehrsmaßnahmen.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Bei diesem Antrag können wir ehrlicherweise sagen, waren wir anfangs auch nicht so ganz sicher, ob das PIA das richtige Amt ist oder vielleicht das Stadtplanungsamt oder das Tiefbauamt. Aber genau diese Fragestellung lese ich auch aus der Stellungnahme der Verwaltung heraus, dass es ein Zusammenspiel der planenden und der kommunizierenden Ämter ist oder dass die planenden Ämter auch selbst kommunizieren müssen, und weil wir genau in dieser Aufgabe einen wirklich erhöhten Bedarf sehen, weil wir sehen, dass diverse Rad- und Fußverkehrsmaßnahmen eine, zwei oder drei Extrarunden drehen. Bei der Kriegsstraße West oder der Eggensteiner Straße oder auch die Karlstraße in der Innenstadt gehen wir davon aus, dass hier eine Unterstützung erforderlich ist, um die Planungen zu kommunizieren, dass die Bürger\*innen wissen, was die Stadtverwaltung vorhat und auch, um die Beteiligungsformate auszubauen, damit an verschiedenen Informationsabenden, Bürgerversammlungen etc. qualifiziertes Personal da ist, um diese Planungen zu kommunizieren und die Anregungen aus der Bürgerschaft mitzunehmen. Das ist der Hintergrund dieses Antrags.

Wir sagen nicht, dass die Verwaltung das aktuell nicht kann. Wir sehen nur, dass es aktuell deutlich mehr geworden ist, wofür wir uns diese personelle Verstärkung vorstellen mit diesem Antrag.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Ich glaube, dass wir in den letzten Monaten hautnah erlebt haben, mit welcher öffentlichen Wirkung verschiedene Projekte des Planungsamts gerade im Zusammenhang mit Fahrradwegplanungen kommuniziert wurden. Es ist nicht das Problem der Veröffentlichung der Vermittlung, dass etwa durch das PIA gefördert werden könnte, sondern es sind einfach gescheiterte und vernünftige Planungen, die aus dem Amt kommen müssen und dann werden sie auch kommuniziert. Ich habe auch kein Problem gesehen, dass in der letzten Zeit das nicht so richtig von den Fachorganisationen und Vereinen bearbeitet worden wäre. Da ist mehr als früher üblich diskutiert worden. Und gerade die Fachvereine oder der Fachverein, der ADFC, in der letzten Zeit nimmt keine Gelegenheit aus, um nicht detailliert in solche Planungen einzusteigen. Was wir machen müssen, ist in der Tat, die Bürgerschaft mitzunehmen und da kann man vielleicht noch dazulernen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich weiß, dass eine Haushaltsdebatte eigentlich eine ernste Sache ist. Aber diese ist komisch, nicht freiwillig komisch, aber unfreiwillig komisch. Da gibt es nicht eine einzige Gemeinderatssitzung in den letzten fünf Jahren, wo wir nicht über die grüne ideologische Radfahrerpolitik kommuniziert haben. Und da sage ich ein bisschen kritisch, die Medien in dieser Stadt sind jedes Mal mehr als bereit, unkritisch die grüne ideologische Radfahrpolitik zu vermitteln. Entschuldigung, das ist ganz einfach komisch.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Der Beitrag von Herrn Høyem hat das Grundproblem schon auf den Weg gebracht, dass wir unterschiedliche Wahrnehmung dafür haben. Ich glaube, meine Wahrnehmung ist wie im Rad- und Fußverkehr. Wir machen jeden Monat dasselbe Theater. Wir schlagen eine Maßnahme vor oder es gibt eine Maßnahme im Planungsausschuss, es wird fachlich vorbereitet, dann kommt es in den Gemeinderat, dann gibt es einen riesigen Aufruhr, weil ein bisschen Verzerrungen von Wahrheiten stattfinden oder unterschiedliche Interpretationen von der Realität stattfinden. Da gibt es einen Ruf von einer Seite, wir brauchen mehr Öffentlichkeitsarbeit, wir brauchen ein neues Modell, wir brauchen eine neue Öffentlichkeitsbeteiligung. Dann werden Vor-Ort-Termine gemacht, dann wird die Maßnahme zurückgenommen. Wir stellen sie zurück für mehrere Monate. Und dann kommt aber am Ende doch wieder dasselbe Ergebnis raus, und so weiter und so fort. Also das Tempo, das wir eigentlich brauchen, um die Stadt so umzugestalten, das kriegen wir so nicht hin. Und das kann man dann so sehen, wie man möchte, in welche Richtung auch.

Aber die Diskussion, die wir benötigen, führt zu gar nichts. Und ich glaube, wenn wir für die Bürger\*innen aktiv kommunizieren - das war übrigens auch immer wieder eine Kritik, was auch von der Seite des Hauses geäußert wurde, dass wir nicht frühzeitig kommunizieren -, dann ist die Stelle sehr gut investiertes Geld, weil wir allein unsere Arbeitszeit und die Arbeitszeit der Verwaltung deutlich verschlanken können für diesen Prozess.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Dass die Antragsteller diese Stelle beim PIA anordnen wollen, ist eigentlich schon entlarvend. Denn es geht nicht nur darum, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen und die Umerziehung, die linksgrün vorhat, insbesondere um zum Thema Verkehr in schöne Worte zu kleiden. Also wir lehnen sowas strikt ab. Es haben immer noch nicht alle Leute begriffen, dass das Radfahren und das Nicht-Autofahren so toll ist. Und da wollen Sie jetzt nochmal mit der zusätzlichen halben Stelle nachhelfen. Nein, so nicht.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung. Es steht der Antrag der GRÜNEN zur Abstimmung. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Wir haben eine **mehrheitliche Ablehnung**.

## Teilhaushalt 1500

Ich rufe auf unter dem Teilhaushalt 1500 Ortsverwaltungen und Stadtamt Durlach. Wir sind mittlerweile auf der Seite 79 angekommen. Ich weise darauf hin auf der **Seite 81**, dass es hier eine summenneutrale Mittelverschiebung im Ortsteil Neureut beziehungsweise im Stadtamt Durlach gegeben hat bezogen auf die **Reinigungsleistungen bei Veranstaltungen**. Und wir haben über die erste Veränderungsliste zur Förderung der B-Zentren noch etwas bezogen auf Durlach hinzugefügt. Ich darf auf die erste Haushaltssicherungsmaßnahme bei diesem Kapitel hinweisen. Das ist die **Maßnahme Nummer 7, Reduzierung Mietzuschüsse an Grötzingervereine** und darf hier um Ihr Votum bitten für diesen Vorschlag der Verwaltung ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

Dann rufe ich auf unter **HHS\_GR8** den Vorschlag der Verwaltung, **Ertragssteigerung durch Pachtzinserhöhung für die Gaststätte der Begegnungsstätte**, bezieht sich auch auf Grötzingen und der Ortschaftsrat Grötzingen hat dem auch zugestimmt. Es ist sogar auch ein Vertrag schon abgeschlossen. Trotzdem müssen wir darüber hier abstimmen. Ich stelle das

jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Auch eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich rufe dann unter der dem **Vorschlag HHS\_GR9 die Ertragssteigerung durch Anpassung der Entgeltordnung für Dauernutzer der Begegnungsstätte Grötzingen** auf und bitte hier auch um Ihr Votum ab jetzt. Auch das wird **mehrheitlich mitgetragen**.

Unter der **Ziffer HHS\_GR10**, ein weiterer Vorschlag **Ertragssteigerung Badnerlandhalle ab 2024**, auch das war schon im Ortschaftsrat, und ich darf um Ihr Votum bitten ab jetzt. Ich soll darauf hinweisen, dass das dann bei entsprechenden Satzungen hier durch den Gemeinderat muss. Auch das wird **mehrheitlich mitgetragen**.

Ich würde jetzt vielleicht die **Ziffern HHS\_GR11 bis HHS\_GR13** gemeinsam aufrufen. Da haben wir nämlich jeweils **Ertragssteigerung durch Entgelt, Ordnungsanpassung, Leistungsentgelte, Anpassung der Raummieten** und würde dann, wenn Sie einverstanden wären, 11 bis 13 gemeinsam aufrufen und bitte da um Ihr Votum ab jetzt. Auch das **wird mitgetragen**.

Dann kommen wir unter der **Ziffer HHS\_GR14** zu den **Mehrerträgen aus Vermietung**, bezogen auf die Ortsverwaltung Wolfartsweier. Auch das war bereits im Ortschaftsrat. Und hier bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Auch das wird **mehrheitlich mitgetragen**.

Jetzt würde ich **HHS\_GR15, HHS\_GR16, HHS\_GR17 und HHS\_GR18** gemeinsam aufrufen. Da geht es um **Ertragssteigerung durch Mehrerträge aus Vermietungen** bezogen auf den Gewölbekeller, die Karlsburg, den Turmberg und Festhalle, alles in Durlach. Es war dort im Ortschaftsrat und würde dann über eine entsprechende Satzung noch durch Hauptausschuss und Gemeinderat im Dezember durchlaufen. Also nochmal, 15, 16, 17, 18, alles Durlach betreffend, jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

Dann darf ich auf **Seite 85** darauf hinweisen, dass hier über die erste **Veränderungsliste noch IP-Mittel zum Thema Renovierung, Sitzungssaal und Umgestaltung Eingangsbereich** in Neureut aufgenommen wurden.

**Antrag 1.18 (Seite 85): Anschaffung einer Lautsprecheranlage für die Ortschaftsratssitzungen (Ortschaftsrat Wolfartsweier)**

Und ich komme dann auf der Seite 85 zu einem Antrag der Ortsverwaltung Wolfartsweier, Anschaffung einer Lautsprecheranlage für die Ortschaftsratssitzungen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** In meiner Funktion als Ortsvorsteher möchte ich den Antrag zurückziehen. Es tut mir leid, dass ich das nicht vor Einstieg in die Tagesordnung bekannt gegeben habe. Es war ein Versäumnis von meiner Seite. Wir haben auch in kreativer Zusammenarbeit mit der Kämmerei Wege gefunden, wie wir aus Haushaltsresten und aus neuen Ansätzen diese 15.000 Euro aufbringen konnten. Aber ich muss gleich sagen, dass es nicht einfach ist und dass es schon durchaus eine gewisse Flexibilität verlangt hat. Aber trotzdem freue ich mich, dass ich den Antrag zurückziehen kann.

**Teilhaushalt 1700**

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Damit kommen wir zum Teilhaushalt 1700 Informationstechnologie. Da darf ich auf der **Seite 106** darauf hinweisen, dass über die erste **Veränderungsliste** eine summenneutrale **Mittelumplanung** aus dem Teilhaushalt Presse und Information stattgefunden hat und ebenfalls auf der dann die entsprechende äquivalente **Übertragung der Mittel für Telefonbucheintragungen** zum Teilhaushalt Hauptverwaltung. Das hatte ich vor ein paar Minuten auch schon angesprochen.

**Antrag 1.19 (Seite 107): HHSM\_GR19 - Kein Verzicht auf Glasfaser-Ausbau an Schulen (CDU)**

Wir kommen dann zu einer Maßnahme, die wir Ihnen vorschlagen zur Haushaltssicherung mit der Ziffer 19 auf der Seite 107 **Reduzierung durch Verzögerung, Ausbau der LWL Datenleitungen, Anbindung von Schulen und städtischer Lokationen**. Und dazu gehört der Antrag 1.19 der CDU, Kein Verzicht auf Glasfaserausbau an Schulen.

**Stadtrat Lamprecht (CDU):** Angesichts der allorts fortgeschrittenen Digitalisierung ist es uns natürlich besonders wichtig, dass auch alle Schulen an das Glasfasernetz angebunden werden. Dadurch, dass Sie in der Antwort gesagt haben, dass es bereits erfolgt ist, dass die Schulen angebunden sind, erachten wir den Antrag als erledigt.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Das hat sich somit auch erledigt.

**Der Vorsitzende:** Trotzdem müssen wir die Haushaltssicherungsmaßnahme abstimmen, weil wir die entsprechenden Beträge reduzieren, aber sie brauchen wir auch nicht mehr. Das habe ich jetzt so verstanden. Darüber müssten Sie jetzt aber abstimmen, weil das ursprünglich wohl ein Mittelansatz war, den Sie beschlossen haben, sonst bräuchten wir es nicht hier. Ich bitte Sie also um das entsprechende Votum ab jetzt. Das ist **Einstimmigkeit**.

Auf die **Seite 107** gehört noch der Hinweis, dass wir hier über die erste **Veränderungsliste** noch mal die **Planwerte im Bereich des SAP-Betriebs** aktuellen Entwicklungen angepasst haben.

Wir kommen damit zum nächsten Teilhaushalt. Den verschieben wir, 2000 überspringen wir.

## **Teilhaushalt 3000**

Damit kommen wir auf den Teilhaushalt 3000. Das ist auf dieser Gesamtübersicht, auf dieser kleinen Leitfaden-Übersicht, dann auf **der Seite 7**. Und im Haushaltsentwurf sind wir dann bei dem Teilhaushalt 3000, Zentraler Juristischer Dienst, und schlagen jetzt zunächst auf der Seite 137 zur **Haushaltssicherungsmaßnahme HHS\_GR28 Ertragssteigerung durch Erhöhung der Verwaltungsgebühren, Gutachterausschuss, Grundstücksbewertungsstelle** auf. Das wie auch alle nachfolgenden Haushaltssicherungsmaßnahmen würden Sie am 19.12. nochmal zur endgültigen Satzung bringen. Wir müssen es trotzdem heute schon hier beschließen oder eben nicht beschließen. Und deswegen rufe ich jetzt die **Haushaltssicherungsmaßnahme HHS\_GR28** auf und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Annahme**.

Jetzt traue ich mich doch die **Haushaltssicherungsmaßnahmen HHS\_GR29, HHS\_GR30, HHS\_GR31 und HHS\_GR32** gemeinsam aufzurufen. Gibt es da Widerspruch? Da geht es jeweils um entsprechende **Gebührenerhöhungen** für die verschiedenen Leistungen des ZJD, bezogen auf **untere Umweltverwaltungsgebühren, untere Denkmalschutzbehörde** und Verschiedenes andere, alles auf der Seite 137 beziehungsweise 141. Können wir das so machen? Dann würde ich das so zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.30 (Seite 139): Weiterführung der Koordinierungsstelle Istanbul Konvention (GRÜNE, CDU, SPD, KAL/DIE PARTEI, DIE LINKE.)**

Wir kommen auf der Seite 139 zu einem interfraktionellen Antrag. GRÜNE, CDU, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., Weiterführung der Koordinierungsstelle Istanbul Konvention.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Am Samstag ist der 25. November. Das ist der internationale Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen. Auch die Stadt Karlsruhe und das Büro der Gleichstellungsbeauftragten ist wieder mit dabei. Rund um die „Orange your City-Aktionen“ wird hier in den kommenden zwei Wochen ein breites Angebot gefahren. Es ist wichtig, dass wir hier keine Ruhe geben, weil die Zahlen sind nach wie vor erschütternd. Sie hören es von mir immer wieder. Jede vierte Frau ist im Laufe ihres Lebens Opfer von häuslicher Gewalt, von Gewalt durch ihren Partner oder ihren Expartner. Und auch wenn wir in Sachen Umsetzung der Istanbul Konvention - das ist das Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt - hier in Karlsruhe wirklich Vorbild sind, nicht nur in Baden-Württemberg, sondern deutschlandweit, dann dürfen wir hier nicht aufhören. Dann ist es aus unserer Sicht falsch, dass diese Koordinierungsstelle, die aktuell eine befristete Stelle ist, ausläuft. Und deswegen setzen wir uns für die Fortführung ein, für eine unbefristete Stelle, dass wir auch weiter in diesem Tempo und in diesem Sinne die Konzeption vorantreiben und die Vernetzung der verschiedenen Träger\*innen, die hier Großartiges leisten, weiterhin vonseiten der Stadtverwaltung so gut unterstützen und weiterhin Kampagnen, Aufklärungskampagnen, Informationskampagnen fahren können. Und deswegen freue ich mich, wenn wir heute alle gemeinsam uns für diese Stelle einsetzen und dieser unbefristeten Einrichtung zustimmen.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Auch wir als CDU-Fraktion halten es für unabdingbar, dass die Koordinierungsstelle weitergeführt wird, die sonst 2024 ausgelaufen wäre. Unsere Gleichstellungsbeauftragte, der wir ausdrücklich danken möchten für ihr wirklich überragendes Engagement, auch ihrem Team stadtweit, auch den Trägerinnen und Trägern, die immer zusammenarbeiten, nicht nur am 25.11., wenn es um den Tag gegen Gewalt an Frauen geht, sondern das ganze Jahr. Das möchten wir hier betonen. Denn die Umsetzung der Istanbul Konvention ist eine tägliche Herausforderung und die Hilfestellung und Beratung für betroffene Opfer. Insofern sagen wir, das muss weitergeführt werden. Wir brauchen auch diese Stelle tatsächlich. Leider brauchen wir sie, das muss man auch sagen. Wir wären alle glücklicher, wenn die Fälle an Gewalt abnehmen würden und sich diese Problematik künftig nicht mehr stellen würde. Aber die Fälle zeigen, dass auch Aufklärungsarbeit, Prävention ganz wichtig ist in diesem Bereich.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ich kann nahtlos anknüpfen. Frauen vor Gewalt zu schützen, ist uns allen eine Verpflichtung. Und die Umsetzung der Istanbul Konvention braucht

Menschen auch in der Verwaltung und das dauerhaft. Deswegen sehe ich es auch als ganz starkes Signal, dass wir hier interfraktionell in großer Mehrheit diesen Antrag gestellt haben, dass wir Frauen durch eine dauerhafte Koordinierungsstelle besser vor Gewalt schützen möchten. Die Frauenverbände, die hier tätig sind und grandiose Arbeit leisten, haben gemeinschaftlich zum Ausdruck gebracht, dass diese Stelle innerhalb der Verwaltung für sie die höchste Priorität im Rahmen dieser Haushaltsberatung hat. Und das finde ich ein ganz starkes Signal. Welche gute Arbeit das Gleichstellungsbüro hier leistet, eine ganz hohe Anerkennung, auch wie wichtig und wie hilfreich diese Koordinierungsarbeit ist, die brauchen wir weiterhin. Und deswegen setzen wir uns mit diesem Antrag dafür ein.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrem Wahlprogramm für Ihre Wiederwahl die Istanbul Konvention als einen wichtigen Punkt genannt, dass das Ihr Ziel ist, dass es da weitergeht. Und meine Fraktion ist glücklich, heute Ihnen behilflich zu sein und ich denke letztendlich das ganze Haus. Es ist ein guter Tag. Es ist ein guter Tag für diesen Antrag.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Eigentlich ist es traurig und als Mann muss ich sagen unglaublich, dass es noch notwendig ist, aber die Realität ist leider so. Ich fasse das ganz einfach nicht, dass es besonders in Ehen, die man in Liebe eingegangen hat, dann mit Gewalt endet. Ich kann das nicht fassen, aber selbstverständlich stimmen wir zu.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Meine Vorrednerin hat es schon angesprochen, der 25. November steht an und damit auch der Tag, um deutlich zu machen, dass so viele Frauen immer noch von Gewalt betroffen sind und dass wir das niemals akzeptieren werden und dass es auch keine Privatsache ist, sondern uns alle angeht. Und ich glaube, dass es uns alle angeht, haben wir auch mit dieser breiten Unterstützung dieses Antrags zur dauerhaften Sicherung einer Koordinierungsstelle heute wieder wunderbar gezeigt und bewiesen, dass wir auch als Gemeinderat das als unsere gemeinsame Verpflichtung ansehen und auch die Verpflichtungen aus der Istanbul Konvention, die eine dauerhafte Koordination vorsieht, natürlich auch umzusetzen und die wahnsinnig wichtige Arbeit, die in der Vergangenheit geleistet worden ist, weiterzuführen. Das Konzept, das wir gemacht haben, was toll und wichtig ist, müssen wir auch umsetzen und dann dauerhaft unser Hilfesystem evaluieren, schauen, wo sind noch Lücken, wo erreichen wir vielleicht Personen nicht und da dann strategisch zu steuern für eine Stadt ohne Gewalt. Das sollte unser aller Anliegen sein.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Und dabei auch noch schön **Einstimmigkeit**. Wunderbar. Ich habe Ihre Hilfe dankbar angenommen, Herr Cramer.

## Teilhaushalt 3100

### **Antrag 1.31 (Seite 153): Umsetzung des Biodiversitätskonzepts: Stadtbiotopkartierung und Monitoring von Flora und Fauna (GRÜNE)**

Wir kommen zum Haushalt des Umwelt- und Arbeitsschutz, unter dem er unter der Ziffer 3100 steht, und hier auf der Seite 153 rufe ich auf einen Antrag der GRÜNEN, Umsetzung des Biodiversitätskonzepts statt Biotopkartierung und Monitoring von Flora und Fauna.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir haben bereits eine Biotopkartierung landesweit und eine Biotopkartierung auch im Außenbereich der Stadt Karlsruhe. Die ist umfassend vorhanden für den gesamten Außenbereich. Was uns noch fehlt, ist eine Biotopkartierung für den gesamten Siedlungsbereich. Und in unserem großartigen Biodiversitätskonzept wird diese Lücke besonders hervorgehoben und die Notwendigkeit betont, auch innerhalb der Siedlungsbereiche diese Biotopkartierung durchzuführen, um dann entsprechend auch Maßnahmen zum Schutz und zum Erhalt und zur Kenntnis der Arten, die hier vorhanden sind, der seltenen Arten zu schaffen. Deshalb haben wir jetzt für diesen Doppelhaushalt beantragt, dass dafür für die zwei Jahre, in der die Kartierung dann erfolgen soll, jeweils 18.000 Euro eingestellt werden. Das Konzept dafür liegt schon vor. Das muss gar nicht mehr erarbeitet werden. Das wurde uns im Umweltausschuss schon vorgestellt. Und dann wäre nur noch ein Monitoring vorgesehen für die nächsten Jahre. Wir halten das für besonders wichtig, denn die letzte Biotopkartierung liegt schon über 20 Jahre zurück. Es gibt wertvolle Flächen für Insekten, aber auch für seltene Pflanzenarten und bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

**Stadtrat Maier (CDU):** Der Antrag wäre schön gewesen, wäre nice to have, aber ich glaube, wir brauchen weniger Kartierungen und Karten und Dokumentationen, mit denen die Verwaltung beschäftigt ist, sondern mehr, ich würde gerne sagen PS auf der Straße, eher PS im Feld, und von daher wollen wir diesem Antrag nicht zustimmen, sehen das so wie die Verwaltung und stimmen hiergegen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich hatte in meiner Rede zum Haushalt auf unser Grundsatzzprogramm der AfD hingewiesen. Wenn man das durchliest, merkt man, die AfD ist eine ökologische Partei.

(Heiterkeit)

Ja, Sie lachen. Sie haben es noch nie gelesen. Deswegen unterstützen wir auch diesen Antrag der GRÜNEN, den wir für ganz wichtig halten, mit dem Antrag, den wir gleich stellen werden. Da geht es um Unterhaltungsmittel für ökologische Maßnahmen. Da ist es auch so, dass die Inflation und die gestiegenen Energiekosten zuschlagen. Und deswegen fordern wir mit unserem Antrag, der das Ganze ergänzt, 10.000 Euro pro Jahr zusätzlich für die ökologischen Maßnahmen. Das sind einfach die zusätzlichen Kosten, mit denen wir rechnen. Und ich möchte dann auch bei der Gelegenheit für Ihre Unterstützung für diesen Antrag bitten.

**Der Vorsitzende:** Damit steht der GRÜNE-Antrag zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der **Antrag angenommen**. Jetzt bringen wir die Bienen-PS auf die Straße.



### **Antrag 1.32: Unterhaltungsmittel für ökologische Maßnahmen (AfD)**

Ich rufe damit den Antrag der AfD-Gruppe, Unterhaltungsmittel für ökologische Maßnahmen auf. Zum Antrag ist schon gesprochen worden und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen auf der Seite 155 zum **Haushaltsicherungsvorschlag der Verwaltung, HHS\_GR33**. Da geht es um Förderung zusätzlicher Energiesparmaßnahmen in städtischen Liegenschaften, und wir nehmen eine Reduzierung vor. Und ich bitte hier um das Votum ab jetzt. Gut, das ist **mehrheitlich angenommen**.

### **Antrag 1.33 (Seite 157): Streichung Klimaschutzkampagne (AfD | Stadträtin Fenrich/pl.)**

Ich rufe unter der Ziffer 1.33 einen Antrag der AfD-Gruppe und einen Antrag von Frau Stadträtin Fenrich auf, Streichung der Klimaschutzkampagne. Gibt es von den Antragstellern eine Wortmeldung?

**Stadtrat Schnell (AfD):** Die Abstimmung zum Haushaltssicherungskonzept HHS\_GR33 war schon ganz brauchbar, aber das geht uns nicht weit genug, denn diese ganze Klimaschutzkampagne streut letztendlich den Menschen Sand in die Augen. Denn damit wird hier postuliert, wir könnten in Karlsruhe irgendetwas ändern an der Veränderung des Weltklimas. Und das ist ganz einfach Humbug. So ehrlich sollten Sie nun wirklich sein. Was wir hier machen, bewirkt gar nichts. Es kostet nur sehr viel Geld, und damit ist diese Kampagne sinnlos und im Grunde völlig unaufrichtig. Und daher wollen wir, dass sie nicht durchgeführt wird.

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Von der AfD-Gruppe und der Stadträtin Fenrich kommt eine längere Reihe von Anträgen, die sich um das Thema Klima drehen. Zu diesem möchte ich gesamthaft Stellung nehmen. Wir lehnen die Anträge ab, Mittel für den Klimaschutz pauschal und weitestgehend zusammenzustreichen. Es ist unsere Verantwortung als heute handelnde Generation, den Klimaschutz beherzt voranzutreiben. Nur so können wir eine gute Zukunft für die kommenden Generationen erhalten und dazu beitragen, dass die Menschen auch 2030, 2040 und auch danach ihre Freiheiten leben können, diese Freiheiten, die unser Grundgesetz ihnen garantiert. Die parallel unter dem Etikett Klimaanpassungsmaßnahmen oder ökologiegestellten Anträge sind keine tragfähige Politik. Wenn wir keinen Klimaschutz betreiben, wird es kaum gelingen, eine lebenswerte Stadt Karlsruhe zu erhalten. Die Veränderungen des Klimas werden so schnell und drastisch sein, dass unsere Ökosysteme sich nicht mehr daran anpassen können. So schnell können wir gar keine neuen Bäume pflanzen, so schnell werden sie nicht wachsen, die sich dann an tropisches Klima in Karlsruhe anpassen könnten.

Für mich zeigen diese Anträge dieser Gruppe eine Geisteshaltung, die ich ganz klar zurückweise. Hier wird eine Haltung der Verachtung für die wissenschaftliche Erkenntnis deutlich. Hier zeigt sich eine Verweigerung gegenüber den berechtigten Interessen der zukünftigen Generationen. Eine derartige Politik lehnen wir ganz klar ab.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Zunächst möchte ich insgesamt etwas sagen zum Klimaschutz, zu den ganzen Klimaschutzmaßnahmen. Sie haben wahrscheinlich in der Mail vom Montag

um 16:14 Uhr einen Vermerk als Anlage 3 gelesen und haben sich vielleicht auch gewundert über die Sprache, die da drin war. Es ging darum, ich habe an Herrn Oberbürgermeister und an Frau Erste Bürgermeisterin eine Anfrage geschickt wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, weil ich der Auffassung war - das ist auch hier in Fett gedruckt - und auch immer noch der Auffassung bin, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch Auswirkungen haben wird. Es ist mir natürlich klar, dass diese Auswirkungen nicht im Detail jetzt schon genannt werden können. Es geht aber einfach darum, ob man hier vielleicht eine Notbremse zieht und sagt, man nimmt Maßnahmen raus und überlegt, ob man die später einnimmt oder ob man, wenn es genehmigt ist, einen Sperrvermerk macht oder wie auch immer. Ich bin kein Haushälter, von daher kann ich dazu nicht sagen, welche geeigneten Maßnahmen es gibt. Aber ich finde es falsch, dass wir von der Stadt dieses Bundesverfassungsgerichtsurteil einfach ignorieren und so tun, als gäbe es das nicht, denn einzelne Bundesländer sind schon vorgeprescht und haben gesagt Moment, wir können gar nicht so, wir müssen uns erst überlegen.

Und wenn die Länder überlegen müssen, denn wir kriegen das Geld von den Ländern, zumindest mal zum Teil, dann müssen wir natürlich auch überlegen, dann muss Baden-Württemberg überlegen, das wird es auch und wir natürlich auch. Das ist nur vorab so.

Deswegen hätte ich mir an sich gewünscht, dass man vielleicht vorab irgendwie etwas dazu gesagt hätte, dann hätte es das erleichtert. Dass diese Mittel natürlich nur städtische Mittel sind zu dem Punkt 1, die da eingestellt waren, das war mir klar. Es ging mir aber darum, wenn man so eine Maßnahme anleiert, dann überlegt man sich, kriegt man vielleicht noch Mittel vom Land oder vom Bund und lohnt es sich dann oder gehe ich einen Einzelweg, der vielleicht ins Nirwana führt. Also von daher bedauere ich, dass keine Stellungnahme seitens der Stadtverwaltung getroffen wurde.

Zum eigentlichen Antrag Klimaschutzkampagne. Ich verwahre mich dagegen, wenn jetzt vorgeworfen wird vom Kollegen Arslan, dass die AfD das nicht richtig sieht oder auch ich nicht richtig sehe. Ich bewerte einfach Maßnahmen der Stadt. Aber immer muss es einen Sinn haben, und man muss überprüfen, welchen Wert bringt es eigentlich? Und das darf man nie außer Acht lassen, denn wir nehmen das Geld der Bürger, die Steuern, und machen irgendwas, und die Bürger können es nicht nachvollziehen.

Und jetzt bin ich bei meinem Antrag Klimaschutz-Kampagne. Für mich muss ich ganz ehrlich sagen, sieht es aus wie eine Showveranstaltung. Es gibt vielleicht dem einen oder anderen Bürger, meistens aus dem grün-linken Lager natürlich ein gutes Gefühl, irritiert aber vielleicht die bürgerlichen Bürger, die konservativen Bürger. Und ich möchte auch nicht, dass Bürger infiltrierte werden. Die sollen selber nachdenken, die sollen sich das anhören, sollen selber nachdenken und entscheiden, was sie möchten und wofür sie letztendlich auch Steuergeld ausgeben. Für mich stellt es dann, wenn ich ganz ehrlich bin, eine Kopfwäsche dar. Von daher, ich kann mir vorstellen, Sie werden das natürlich ablehnen. Aber gut, wir werden sehen, was die Zukunft bringt.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Im Gegensatz zur AfD ist die SPD eine ökologische Partei, und zwar mit einer Tradition von schon über 130 Jahren. Und deswegen sind wir sehr froh darüber, dass dieser Doppelhaushalt 2024/2025 auch wieder einen seiner Schwerpunkte trotz der schwierigen Vorzeichen im Bereich des Klimaschutzes legt. Wir setzen ein Rekordvolumen von 40 Millionen Euro pro Haushaltsjahr zur Umsetzung unseres Klimaschutzkonzepts

ein und davon auch dieses Jahr erstmals dezidierte Mittel für die Klimaanpassung. Das ist für uns als SPD ganz wichtig. Ich mag es aber kurz, knapp und deutlich sagen, für uns als SPD-Fraktion ist zum jetzigen Zeitpunkt das Maximum erreicht, was wir als Kommune finanziell stemmen können, auch wenn man die Erfahrungen der letzten Jahre betrachtet, auch was wir als Verwaltung umsetzen können. Deswegen werden wir keine weiteren Mittel erhöhungen zustimmen.

Ich möchte trotzdem noch etwas auch ganz besonders zu den Maßnahmen zur Klimaanpassung sagen. Da gab es einige Anträge, die finden wir sehr gut, da danken wir dafür. Aber auch hier möchten wir auf die bestehenden Haushaltsmittel hinweisen, auf den Hitzeaktionsplan, der gerade erarbeitet wird. Wir sind auch der Meinung, dass die 1 Million Euro erst einmal ausreichen und die ganzen guten Maßnahmen, die da vorgeschlagen sind. Wir haben hohe Sympathie für die Trinkbrunnen, wir haben hohe Sympathie für die Flächen in Siedlungen, aber wir denken, dass das durch diese 1 Million Euro abgedeckt ist.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich möchte nur klarstellen, wir sind dafür, Geld auszugeben, um uns als Stadt anzupassen an das geänderte Klima. Da sind wir dafür, da waren wir nie dagegen. Und wir haben auch entsprechende Ausgabenmehrungen vorgesehen in unseren Anträgen. Klimaanpassung Ja. Was jetzt als Klimaschutz bezeichnet wird, ist nur CO<sub>2</sub>-Vermeidung um jeden Preis. Und da kann ich den Kollegen Dr. Cremer und Dr. Huber sagen, kommen Sie einmal vom hohen Ross, weil das, was Sie uns vorwerfen, haben Sie selbst verbochen. Und Herr Dr. Cremer, Sie wissen ganz genau, dass wir in Baden-Württemberg 2/3 unseres Stroms aus der Kernenergie bekommen haben, mit fünf Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde. Wir reden schon bei Photovoltaik von einem Wert von 100 bis 200 Gramm pro Kilowattstunde an CO<sub>2</sub>. Das heißt, mit Ihrer Politik im Bund, liebe SPD, liebe GRÜNE und die anderen Parteien haben da auch mitgemacht, die CDU kann ich da gar nicht ausnehmen, haben Sie dafür gesorgt, dass wir die effektivste Art, CO<sub>2</sub> einzusparen, ohne dass es uns was gekostet hätte, abgeschaltet haben, und zwar ohne Not, dass diese Kraftwerke abgerissen werden. Das heißt, seitdem setzen wir in Baden-Württemberg und hier in dieser Region viel mehr CO<sub>2</sub> frei als zuvor. Und das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Deswegen, Herr Dr. Cremer, was Sie sagen, gilt vor allem für Sie. Sie als GRÜNE verweigern sich vor der Wissenschaft. Sie als GRÜNE haben die ganze Zeit die Abschaltung der Kernkraftwerke vorangetrieben. Das, was Sie uns vorwerfen, trifft vor allem auf Sie selber zu. Wir als AfD waren die einzige Partei, die die ganze Zeit dafür gekämpft hat, die Kernkraftwerke weiter am Netz zu behalten. Und wir sind immer noch dafür, sie wieder anzufahren und weitere Kernkraftwerke zu bauen, weil es die effektivste Art ist, CO<sub>2</sub> einzusparen.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Da möchte ich doch auch anschließen. Ich finde es auch letztendlich heuchlerisch, wenn man einerseits sagt, man macht für Klimaschutz alles. Klimaanpassung, wie gesagt, da schließe ich mich meinem Vorredner an. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wie heuchlerisch ist es denn? Man macht für den Klimaschutz alles, legt sich da krumm und andererseits schmeißt man wieder Kohlekraftwerke an, die CO<sub>2</sub> ausstoßen. Wir geben dann Geld aus, im Prinzip für nix. Das erklären Sie mal den Bürgern bitte.

**Der Vorsitzende:** Frau Fenrich, Sie hatten auf die Stellungnahme hingewiesen. Die Stellungnahme gibt es von uns, und wir haben in der Stellungnahme ausdrücklich dargestellt, dass unsere Klimaschutzaktivitäten nicht davon ausgehen, dass es dazu Bundeszuschüsse gibt. Insofern gibt es aus unserer Sicht keine Notwendigkeit, jetzt in irgendwelchen Ansätzen, die wir hier haben, etwas verändern zu wollen. Im Übrigen sind, glaube ich, so ziemlich alle

unsere Klimaschutzaktivitäten und Finanzpositionen gegenseitig deckungsfähig. Sollte es also doch an irgendeiner Stelle klemmen, weil wir nur durch zusätzliche Zuschüsse in der Lage wären, größere Räder zu drehen, und die gibt es dann vielleicht nicht, können wir dafür dann an anderer Stelle, denke ich, mit dem Geld trotzdem etwas für den Klimaschutz tun.

Insofern hätten Sie sich zwar gewünscht, dass wir Ihnen Vorschläge machen, aber es gibt inhaltlich keine Notwendigkeit, das zu tun. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich klarstellen. Wir kommen damit zu den beiden gleichlautenden Anträgen der AfD-Gruppe und von Ihnen, Frau Stadträtin Fenrich, zum Thema Klimaschutzkampagne, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Damit treten wir jetzt in die Pause ein und wir sehen uns um 11:10 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:52 bis 11:16 Uhr)

#### **Antrag 1.34 (Seite 157): Streichung Fördertopf für die Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen (AfD | Stadträtin Fenrich/pl.)**

Wir setzen die Sitzung fort. Ich soll darauf hinweisen, dass es Pressevertreter gibt, die hier heute fotografieren, nur dass Sie sich davon nicht irritieren lassen. Wir sind immer noch beim Teilhaushalt Umwelt und Arbeitsschutz auf der Seite 157. Und hier rufe ich jetzt auf einen Antrag der AfD-Gruppe und einen gleichlautenden Antrag von Frau Stadträtin Fenrich, Streichung Fördertopf für die Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen. Gibt es hier eine Wortmeldung der Antragstellenden? Das ist nicht der Fall, sonst auch keine. Dann können wir gleich in die Abstimmung einsteigen und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag 1.35 (Seite 157): Klimaschutzfonds (AfD)**

Ich rufe auf unter der Ziffer 1.35 einen Antrag der AfD-Gruppe, den Klimaschutzfonds komplett abzuschaffen. Ich sehe keine Wortmeldung. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag 1.36 (Seite 157): KSK2030 - Klimaschutzkonzept 2030 (AfD)**

Ich rufe auf unter der Ziffer 1.36, auch ein Antrag der AfD-Gruppe zum Klimaschutzkonzept 2030. Und auch hier gehen wir gleich in die Abstimmung. Und zwar ab jetzt. Das ist auch eine **Ablehnung**.

**Antrag 1.37 (Seite 157): KSK2030 - Reduzierung Klimaschutzkonzept 2030 um 50 Prozent (Stadträtin Fenrich/pl.)**

Und jetzt rufe ich den Antrag von Frau Fenrich auf, unter 1.37. Es geht um dieselbe Position, aber um einen etwas geringeren Kürzungsvorschlag. Und ich darf jetzt auch hier um die Abstimmung bitten ab jetzt.

Jetzt kommen wir zu den **Haushaltsicherungsmaßnahmen**, die wir vorschlagen, **HHS\_GR34** und **HHS\_GR35**. Da geht es um die **Reduzierung des Sammelansatzes für das Klimaschutzkonzept**. Das hat einen Ergebnishaushaltsanteil und einen Investivhaushaltsanteil. Wir sind der Meinung, dass wir durch die vorherige Erhöhung des Budgets jetzt wiederum eine Reduzierung ermöglichen können, ohne dass die projektbezogenen Mittelbedarfe, die wir für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes benötigen, uns da fehlen würden. Es gibt jetzt dazu eine ganze Reihe von Anträgen unter 1.38 bis 1.41. Jetzt gucken wir mal, wie wir da durchkommen. Und es gibt noch einen Änderungsantrag der GRÜNEN, der jetzt bei uns noch eingegangen ist. Das würde zu 38.1 passen. Damit können wir vielleicht die Haushaltsicherungsmaßnahmen des Gemeinderats jetzt überspringen und bearbeiten nur die Anträge, so wie wir das an den anderen Punkten auch gemacht haben. Ich würde sie jetzt einfach der Reihe nach aufrufen, weil da ergeben sich Überschneidungsbereiche. Aber da blicken wir, glaube ich, dann so schnell nicht mehr durch.

**Antrag 1.38 (Seite 157): HHSM\_GR35 - KSK 2030 - Klimaschutz und Wärmewende für die Bürger\*innen (GRÜNE)**

**Änderungsantrag 1.38.1 (GRÜNE)**

Ich würde deswegen jetzt im Moment 1.38 der GRÜNE aufrufen und auch 1.38.1, der heute eingegangene Änderungsantrag.

**Stadträtin Bischoff (GRÜNE):** Ein zentraler Punkt unseres Klimaschutzkonzept, das wir vor einigen Jahren beschlossen haben, ist die Energieleitplanung, die wir auch in der kommenden Gemeinderatssitzung beschließen werden. Und ich will in der Diskussion auch gar nicht so viel wegnehmen, nur dass in den nächsten Jahren ein massiver Aufwand auf uns zukommen wird. Nur um das ein bisschen in Perspektive zu setzen: Zwei Drittel der Heizungsanlagen, die hier in Karlsruhe bestehen, wurden vor 2008 errichtet, und über 50 Prozent sind älter als 20 Jahre und damit bald beziehungsweise akut erneuerungsbedürftig. Das heißt, im Zuge dieses Energieleitplans und der Wärmewende wird für uns als Stadt auf der einen Seite für die Stadtwerke im Bereich der Planung, der Fernwärme und dem weiteren Fortbestand der Gasnetze, wie auch immer, etwas auf uns zukommen im Bereich der Beratung, vor allem durch unsere Karlsruher KEK, die viel leistet. Aber auch die Koordination dieser ganzen Player, die irgendwie zusammenarbeiten, wird uns in den nächsten Jahren begleiten. Uns ist deshalb wichtig, dass wir entsprechend auch gut finanziell für die kommenden Jahre aufgestellt sind.

Der Energieleitplan ist jetzt der Startschuss, um dann die entsprechenden Maßnahmen umsetzen zu können. Deswegen haben wir diesen Änderungsantrag, der quasi die Reduzierung der Mittel im Klimaschutzkonzept zurücknehmen soll, gestellt. Wir haben auch die Stellungnahme der Verwaltung wahrgenommen und deswegen den Änderungsantrag, der jetzt vorliegt, gestellt, in dem die Punkte, die von der Verwaltung als erledigt erklärt

wurden, entsprechend aufgenommen sind. Das sind zum einen das Förderprogramm, bei dem die Verwaltung richtigerweise darauf hinweist, dass das Ganze natürlich erst erarbeitet werden muss. Wir sind aber der Meinung, dass dann ab dem zweiten Jahr entsprechende Mittel auf jeden Fall schon eingestellt werden sollten. Entsprechend haben wir nur für das zweite Jahr diese Mittel vorgesehen. Zusätzlich sind wir der Meinung, dass es eine koordinierende Stelle braucht, die diese ganzen Maßnahmen überschaut. Die SPD hat hierzu auch einen Antrag gestellt, der in der nächsten Gemeinderatssitzung dann entsprechend in den Ausschuss verwiesen werden soll. Wir wollten aber auch, dass das Ganze finanziell auf jeden Fall schon einmal auf festen Beinen steht. Die ganzen Punkte haben wir entsprechend als Sperrvermerk vorgesehen. Wir wollen darüber abstimmen und genau das war es damit.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Wir wurden jetzt auch ganz direkt angesprochen, und deswegen möchte ich noch einmal ganz kurz auf diesen 6. Punkt des Änderungsantrags eingehen. Wir haben genau diese Koordinierungsstelle auch beantragt vor einigen Wochen und nächste Woche werden wir darüber sprechen. Wir sind der Meinung, dass wir das über Projektmittel beziehungsweise über bestehende Stellen abdecken können und sind auch fest davon überzeugt, dass es funktionieren wird. Deswegen werden wir heute diesem Punkt nicht zustimmen, die Mittel in Voreile zu beschließen. Wir hoffen aber sehr, dass die Verwaltung dann einen Weg findet, wie das funktionieren kann. Das wäre nämlich sehr schwierig für uns, weil ich glaube, dass der Antrag mit der Koordinierungsstelle eine große Mehrheit hier finden wird, weil er auch fraktionsübergreifend als sehr wichtig angesehen wird. Deswegen werden wir hier dagegen stimmen und dann hoffen, dass wir eine Lösung finden.

**Stadtrat Maier (CDU):** Ich kann mich in Teilen meinem Vorredner anschließen. Auch wir wollen natürlich weiter vorangehen, sehen aber an dieser Stelle nicht das geeignete Mittel, und von daher werden wir heute ablehnen.

**Stadtrat Wenzel (FWJFÜR):** Wir folgen dem Vorschlag der Verwaltung, können den Änderungsantrag überhaupt nicht behandeln, weil das zu kurzfristig gekommen ist, und werden auch im Rahmen der Haushaltssicherung sämtliche zusätzlichen Ergänzungen, die diesen Themenbereich betreffen, ablehnen.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Wir würden dem Antrag zustimmen. Ich glaube, es ist ein exemplarischer Bereich, wo wir nachjustieren können oder sollten. Wir kommen gleich noch zu unserem eigenen Antrag. Aber wir würden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Ich würde den Ball gerne aufnehmen, zu sagen, weil wir jetzt keine Stellungnahme dazu abgeben konnten, dass ich glaube, die Notwendigkeit einer solchen Koordinierungsstelle ist unbestritten. Nur wir müssen uns überlegen, ob wir dazu die Koordinierungsstelle und wenn ja, wo schaffen oder wie wir da konzeptionell mit umgehen. Das sollten wir dann auf alle Fälle, unabhängig von dem, wie jetzt der Antrag ausgeht, noch miteinander entsprechend klären in den Fachausschüssen und auch im Gemeinderat. Und wenn dafür dann eine solche Koordinierungsstelle da ist, hätten wir noch Möglichkeiten, dann auch aus den bestehenden freien Deputaten daran zu arbeiten. Nur um diesen Aspekt einfach aufzugreifen, das konnten wir jetzt in der Stellungnahme nicht vertiefen.

Ich habe das jetzt so verstanden, dass der Änderungsantrag quasi eine Art Ersatzantrag ist für den anderen Antrag. Insofern stelle ich jetzt den Änderungsantrag und die Ziffern, die gleich geblieben sind aus dem ersten Antrag gemeinsam zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.39 (Seite 157): HHSM\_GR34, HHSM\_GR35 - KSK 2030 - Vollständige Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts (DIE LINKE.)**

Ich rufe auf den Antrag der LINKE, 1.139, vollständige Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Der Antrag ist, glaube ich, nicht neu. Jährlich grüßt das Mummeltier, würde ich sagen. Immer wieder weisen wir auf das Klimaschutzkonzept hin, wo wir sehen, dass wir aktuell, wenn wir die Finanzmittel vergleichen, auch wenn ich natürlich Teile der Antwort der Verwaltung nachvollziehen kann, immer noch deutlich im Rückstand sind, was jährlich da ist. Jetzt können wir natürlich darauf hinweisen, dass die Mittel nicht ausgeschöpft werden können. Das führt uns wieder zu der Personalfrage zurück. Das heißt, wir drehen uns in einen Kreislauf. Aus unserer Sicht, wenn wir die nächsten zwei Jahre oder auch danach so weitermachen, haben wir natürlich einen Riesenverzug im Klimaschutzkonzept, das ist annähernd anhand der Jahreszahl umzusetzen.

Deshalb geht es uns darum, wieder die gesamte Summe wie ursprünglich geplant einzustellen. Da kann man sicherlich im Detail nochmal draufschauen, was denn genau fehlt. Wir haben auch eine Antwort gehabt, wie es mit den Stellen aussieht. Aber prinzipiell sehen wir einfach, dass wir einen Berg an Investitionen oder an Projektmitteln aufarbeiten an nicht umgesetzten Maßnahmen, dass das spätestens in zwei, drei Jahren zu einer Situation führt, wo wir das Tempo gar nicht mehr beschleunigen können, selbst wenn die Haushaltslage etwas besser wird, um nur annähernd die Jahreszahl zu erreichen, die wir hinsichtlich einer klimaneutralen Stadt gesetzt haben. Damit ist, glaube ich, der Antrag zu Genüge erklärt.

**Stadträtin Bischoff (GRÜNE):** Ich kann den Erläuterungen des Kollegen voll und ganz zustimmen. Allerdings haben wir quasi versucht, über unseren Antrag eine konkrete Maßnahme, die wir im Klimaschutz weiterverfolgen würden, auch entsprechend finanziell zu hinterlegen. Einer allgemeinen Ausfinanzierung, wie man es auch immer benennen will, würden wir nicht folgen, weil wir der Meinung sind, einfach nur Mittel zu erhöhen, ohne das Ganze hinterlegt zu haben, ist an der Stelle nicht zielführend.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung über den LINKE.-Antrag 1.39, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Da haben wir eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1:40 (Seite 157): KSK2030 - Vollständige Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts - Sammelansatz ErgHH (DIE LINKE.)**

Jetzt kommt ebenfalls der LINKE.-Antrag, Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts. Hier geht es um den Ergebnishaushalt. Und damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. (**mehrheitliche Ablehnung**)

**Antrag 1.41 (Seite 157): KSK 2030 - Vollständige Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts – Personalstellen (DIE LINKE.)**

Und damit kommen wir zum dritten Bestandteil des Ganzen, nämlich zu den Personalstellen. Und auch da, denke ich, können wir gleich in die Abstimmung einsteigen, und zwar ab jetzt. Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Weil es jetzt keine Korrekturen am ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung gab, müssen wir die **Haushaltssicherungsmaßnahmen HHS\_GR34** und **HHS\_GR35** jetzt doch noch mal hier in die Abstimmung bringen. Und wenn Sie einverstanden wären, würde ich das zusammen aufrufen. Da geht es einmal um den Ergebnishaushalt, einmal um den Finanzhaushalt und bitte um Ihr Votum für beides ab jetzt. Es geht um die Haushaltssicherungsvorschläge HHS\_GR34 und HHS\_GR35 der Verwaltung, die jetzt unverändert immer noch dastehen, die stelle ich jetzt zur Abstimmung. (**mehrheitliche Annahme**)

**Antrag 1.42 (Seite 157): KSK 2030 - Klimaschutz durch Projektteam Bebauungspläne Innenstadt (KAL/Die PARTEI)**

Weiter geht es auf der **Seite 157**, ein Antrag der Karlsruher Liste/DIE PARTEI, Klimaanpassung, Projektteam Bebauungspläne Innenstadt.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Mit diesem Antrag wollen wir Mittel des Klimaschutzkonzeptes für ein interdisziplinäres Projektteam binden. Diese Projektgruppe Bebauungspläne Innenstadt kann mit gut durchdachten Bebauungsplänen einen aktiven Klimaschutz betreiben. Sie verweisen in Ihrer Antwort auf das Bebauungsplanverfahren Grünsatzung. Die Ziele attraktive, klimaresistente grüne Quartiere sind auch die unseren und ein guter erster Schritt, auf den man aufbauen kann. Die Grünsatzung enthält somit viele wichtige Punkte. Es gibt aber Punkte, die die Grünsatzung nicht klären kann.

Neben folgenden drei Punkte sind aus unserer Sicht die Bebauungspläne notwendig. Zum einen bezieht sich die Grünsatzung nur auf die Kernstadt, Innenstadt West und Ost, und nicht auf Gebiete, in denen gewohnt wird, Südstadt, Südweststadt etc. Die Grünsatzung ist nur zusätzlich zu den bestehenden Bauplänen oder § 34 BauGB zu sehen. Damit bekommen Eigentümer und Bauherren nur die aus der Grünsatzung resultierenden Pflichten, haben aber keine Rechte. Und der dritte Punkt, wieso wir Bebauungspläne erforderlich halten, ist, dass in der Grünsatzung nicht alle Aspekte betrachtet werden, nicht Art und Maß, nicht überbaubare Grundstücksfläche inklusive Baulinien und Baugrenzen und so weiter. Das sind aber für uns wichtige Aspekte, wichtig für das Ziel, attraktive klimaresistente grüne Quartiere zu erreichen.

**Stadtrat Maier (CDU):** Auch hier wäre es nett gewesen, aber wir sehen die Prioritäten woanders, gehen mit der Verwaltungsantwort mit, denn wir glauben, dass gerade beim Stadtplanungsamt jetzt schon die Personaldecke recht dünn ist und von daher wollen wir dem Ganzen aktuell widerraten.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Herr Kollege Maier, das wäre jetzt die Argumentation gewesen, dem Antrag zuzustimmen, wenn die Personaldecke dünn ist, weil dann müsste man mehr Personalstellen schaffen. Das ist aber vielleicht nicht das Einzige, wo die Schwierigkeit liegt, sondern da lesen wir auch die Stellungnahmen der Verwaltung so, dass um das Ziel, das



hier sicherlich viele teilen, die Grünstrukturen in der Innenstadt zu schützen, es eben nicht unbedingt die eine Maßnahme ist, nur Bebauungspläne im Stadtplanungsamt voranzutreiben, sondern auch in vielen anderen zuständigen Ämtern, die an der Erarbeitung von Bebauungsplänen beteiligt sind, sei es das Gartenbauamt, der Zentrale Juristische Dienst. Ich denke, dass wir das Thema inhaltlich wirklich aufgreifen sollten, nach Beschlussfassung der Grünsatzung, die jetzt auch wirklich sehr zeitnah ansteht, um dann zu gucken, wo müssen wir wirklich nochmal nachjustieren, und in welchen Ämtern braucht es dann welchen Personalbedarf, um hier in einer Maßnahme der Klimaanpassung auch wirklich einen Schritt voranzukommen. Und das ist auch wieder ein Beispiel dafür, warum es so wichtig ist, Klimaanpassung und Klimaschutz zu differenzieren und zu sagen, was wir denn eigentlich meinen, weil Klimaschutz machen wir durch Bebauungspläne in den seltensten Fällen, sondern wir verhindern nur, dass beispielsweise das Aufheizen in den hochbelasteten Innenstadtquartieren geringer wird in den Sommermonaten. Das ist eine ganz klassische Klimaanpassungsmaßnahme, weswegen wir auch an dieser Verschiebung der Gelder im Klimaschutzkonzept jetzt erstmal nicht zustimmen können, sondern da wirklich darauf drängen, dass die Klimaanpassung nochmal sehr vertieft durchdacht wird, auch in den Budgets und in den verschiedenen Ansätzen, wofür die dann aufgewendet werden sollen.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortmeldungen bei Ihnen. In dem Regieplan steht das jetzt mit zwei Positionen drin, nämlich einmal die Schaffung, einmal die Gegenfinanzierung. Da es aber derselbe Tatbestand ist, können wir das zusammen aufrufen. Und damit stelle ich den Antrag der Karlsruher Liste/DIE PARTEI zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.43 (Seite 157): KSK2030 - Einbau Zentralheizung städtisches Gebäude, Ortsstraße 2, Stupferich (Ortsverwaltung Stupferich)**

Jetzt kommt aus dem Ortschaftsrat der Ortsverwaltung Stupferich ein Antrag auf Einbau einer Zentralheizung in ein städtisches Gebäude. Da können wir gleich zur Abstimmung kommen, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.44 (Seite 157): Klimaanpassung/Liegenschaftsamt (AfD)**

Ich rufe auf, ebenfalls auf der Seite 157, ein Antrag mit der Ordnungsnummer 1.44 der AfD-Gruppe, Klimaanpassung, Stellenschaffung von vier Stellen beim Liegenschaftsamt.

**Stadtrat Schmidt (AfD):** Ich hatte gesagt, die Anpassungsmaßnahmen ans geänderte Klima tragen wir mit. Deswegen haben wir auch bei dem Antrag von KAL/Die PARTEI mit Ja gestimmt. Ich rede jetzt für die beiden Punkte Klimaanpassung, Liegenschaftsamt, Schaffung von vier Stellen und Gartenbauamt, Schaffung von vier Stellen. Forstamt kommt später, das würden wir dann gerne beim Forstamt behandelt sehen, so wie die anderen Anträge der Fraktionen auch.

Wir haben in den entsprechenden Ausschüssen oft darüber gesprochen, dass wir für die Klimaanpassung sowohl im Liegenschaftsamt als auch im Gartenbauamt dringend zusätzliche Stellen brauchen. Deswegen stellen wir jetzt den Antrag, diese Stellen zu schaffen, damit wir diese dringend nötigen Klimaanpassungsmaßnahmen auch durchführen können. Da geht es darum, die Mahd zum richtigen Zeitpunkt durchzuführen. Da geht es darum, nach den Bäumen zu schauen. Wir haben darüber oft diskutiert, welche Probleme wir

haben. Ich brauche jetzt nicht alle zu wiederholen, insbesondere da ich kaum Redezeit habe. Aber die anderen Fraktionen haben sich auch entsprechend geäußert. Deswegen hoffe ich jetzt auf Unterstützung für unseren Antrag.

**Der Vorsitzende:** Damit rufe ich auf 1.44 ein AfD-Antrag, Klimaanpassung Liegenschaftsamt und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 1.45 (Seite 157): Klimaanpassung/Gartenbauamt (AfD)**

Ich rufe auf 1.45, Klimaanpassung Gartenbauamt, ein Antrag der AfD-Gruppe und bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 1.46 (Seite 157): Klimaanpassung/Forstamt (AfD)**

Den Antrag unter der Ordnungsziffer 146, Klimaanpassung, Forstamt, rufen wir dann beim Forstamt auf. So hatten Sie richtigerweise darum gebeten.

**Antrag 1.47 (Seite 157): Klimaanpassung (AfD)**

Dann kommen wir zu 1.47. Es geht nochmal um Klimaanpassung. Dann können wir das hier auch zur Abstimmung stellen und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.48 (Seite 157): Beschleunigte Umsetzung des Trinkbrunnenkonzeptes von 2021: Ausbau und Sanierung von Trinkbrunnen als Teil der Klimaanpassungsstrategie (GRÜNE)**

Ebenfalls auf der Seite 157 rufe ich jetzt auf den Antrag der GRÜNEN, 1.48, Beschleunigte Umsetzung des Trinkbrunnen-Konzeptes Ausbau und Sanierung von Trinkbrunnen als Teil der Klimaanpassungsstrategie. Gibt es keine Wortmeldungen?

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Dieses Jahr wird wohl als das heißeste globale Jahr gewertet werden, so wie es aussieht. Und wir als Stadt Karlsruhe haben bereits eine sehr ambitionierte Klimaanpassungsstrategie entwickelt. Wenige Städte haben eine solche professionell ausgestaltete Klimaanpassungsstrategie, wie wir hier in Karlsruhe. Wir haben 16 Handlungsfelder, dazu gehören auch die Handlungsfelder Stadtgrün, aber auch die Handlungsfelder Stadtentwicklung und insoweit gehört es hier dazu, dass wir auch dafür sorgen, dass wir genügend Trinkwasserbrunnen in der Stadt Karlsruhe haben. Das ist in unserer Klimaanpassungsstrategie eine extrem wichtige Maßnahme, dass allen Menschen, vor allem auch Kindern und älteren Leuten Trinkbrunnen zur Verfügung stehen. Das Konzept existiert bereits umfassend. Jetzt geht es darum, das auch konsequent umzusetzen, denn die meisten Brunnen sind sanierungsbedürftig. Wir müssen natürlich die Anzahl der Brunnen deutlich vermehren im gesamten Stadtgebiet. Deshalb beantragen wir jährlich 100.000 Euro, um die Trinkbrunnen, die zusätzlich notwendig sind, einzurichten, aber auch um die bestehenden endlich sanieren zu können. Alle haben sich inzwischen schon ausgesprochen für mehr Trinkwasserbrunnen, deshalb bitten wir jetzt um Zustimmung zu unserem Antrag.

**Stadtrat Maier (CDU):** Bei guten Dingen stimmen wir als CDU immer gerne zu und da senden wir ein Lob in Richtung der GRÜNEN. Auch für uns sind die Brunnen ein ganz

wichtiger Bestandteil, ein wesentlicher Bestandteil in dem konkreten Fall als Teil der Klimaanpassungsstrategie, wie auch die Brunnen uns als CDU schon immer wichtig waren, wenn ich in Richtung meiner Kollegin Dogan gucke. Von daher stimmen wir hier mit Freude zu.

**Stadtrat Huber (SPD):** Auch wir würden total gerne mit Freude zustimmen, aber wir halten es, wie ich es vorhin schon gesagt habe, nicht für notwendig. Wir haben eine Million Euro bereitgestellt für Klimaanpassungsmaßnahmen, die noch nicht zugeteilt sind zu verschiedenen Maßnahmen nach unserem Wissen. Und diese eine Million Euro müssen wir erst einmal ausgeben.

Und das wäre jetzt, finde ich, ein wunderbares Projekt, das man von dieser Million bezahlen könnte. Genauso schreibt es die Verwaltung beim Entsiegelungskonzept. Das sind alles Dinge, die wir gut und richtig finden, die wir selbst beantragt haben als Fraktion und wo wir einfach wissen, dass eine Million Euro dafür da sind. Jetzt lasst uns diese Millionen erstmal ausgeben und wenn wir die ausgegeben haben, sprechen wir weiter.

**Stadtrat Hock (FDP):** Frau Rastätter hat vollkommen recht, es ist ein Projekt, was wir schon lange diskutieren und auch schon lange auf den Weg bringen wollen. Aber auch da hapert es, wie auch bei den anderen Brunnen. Da kommen wir irgendwann heute, wahrscheinlich morgen noch dazu, ein Antrag von uns. In der Brunnenlandschaft hakt es sowieso. Trinkwasserbrunnen ist ein wichtiges Thema. Die Klimaanpassungsstrategie haben wir schon besprochen. Meine Fraktion geht diesen Weg gerne mit, weil es sinnvoll und wichtig ist in diesen Zeiten, wo die Wärme und die Hitze in Karlsruhe extrem gestiegen ist. Herzlichen Dank für diesen Antrag. Meine Fraktion stimmt gerne mit.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Ich kann mich dem nur anschließen. Einer meiner ersten Anträge in diesem Haus vor vielen, vielen Jahren ging tatsächlich um die Reparatur und die Verfolgung der Trinkwasserbrunnen, und es ist ein guter Antrag und deshalb auch von unserer Seite hier die Unterstützung.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das sieht aus wie eine **Mehrheit**.

## **TOP 2: Sanierung und Instandhaltung der Karlsruher Brunnen – Verbindliche Zusage der Stellenbesetzung beziehungsweise der externen Beauftragung bis 31.12.2023 (FDP)**

Ich rufe jetzt auf den FDP-Antrag, den wir hierher verwiesen hatten. Die Zeile TOP 2 steht ja oben drauf, Sanierung und Instandhaltung der Karlsruher Brunnen. Da geht es noch einmal um die Besetzung der Stelle oder die Vergabe des Auftrags.

**Stadtrat Hock (FDP):** Genau deshalb habe ich Ihnen einen kleinen Wink im Zaun freigegeben, weil wir genau über dieses Thema noch sprechen wollten. Herr Oberbürgermeister, ich möchte es pragmatisch angehen. Wir alle im Haus wissen, dass wir dort eine Schwachstelle haben. Diese Schwachstelle besteht schon seit Jahren. Wir aber alle wissen auch, dass dieses Problem nur zu lösen ist, wenn wir das Gartenbauamt, und das wissen alle in der Verwaltung, das wissen alle hier, mit dem nötigen Personal ausstatten, dass die Brunnen auch in diesen Zeiten in das versetzt werden, dass sie sprudeln. Lieber Herr Oberbürgermeister, Sie haben auch eine Liste, wo es noch Personalstellen gibt, die Sie selber verteilen dürfen. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, ob es vielleicht angedacht ist, in diesem

Bereich das Personal aufzustocken, weil die zwei Leute, die es jetzt machen, sind nicht in der Lage, das zu bewerkstelligen, was wir uns wünschen, dass die Brunnen in dieser Stadt so hergestellt werden, dass wir als Stadt Karlsruhe auch ein Aushängeschild für andere Regionen sein können. Für das Mikroklima sind die Brunnen in unserer Stadt wichtig. Deshalb war dieser Auftrag und dieser Antrag, dass wir es wünschen, dass jetzt das Personal in diesem Bereich so aufgestockt wird, dass sie die Arbeit leisten können. Wenn sie es nicht können, dann sollte man an die Privatwirtschaft herantreten, um dort abzufragen, was möglich ist, ob es nicht Dienstleister gibt, die uns helfen können, die Brunnen instand zu setzen. Das war unser Antrag, den haben wir damit jetzt heute aufgerufen und würden Ihnen auch gerne vielleicht..., Herr Oberbürgermeister, sagen Sie noch was dazu? Ansonsten, wenn Sie nicht in der Lage sind, irgendwas adäquat an Personal hinzuzufügen, würden wir den Antrag bitte abstimmen lassen.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Wir wollen wirklich verstehen, worum es Ihnen geht, Herr Kollege Hock. Sie beantragen, eine Stelle bis zum 31.12. dieses Jahres zu besetzen und die Verwaltung sagt, seit 1. November diesen Jahres ist die Stelle besetzt. Also ich weiß nicht, ob Sie die Stellungnahme gelesen haben oder warum dieser Antrag jetzt zum dritten Mal aufgerufen wird. Inhaltlich stimmen wir der Verwaltung vollkommen zu, dass wenn die Stelle besetzt worden ist, wir das auch gut finden und können das auch noch ein zweites und ein drittes Mal bestätigen, wenn es ihnen dann gut tut. Aber eigentlich ist es nicht erforderlich, darüber noch einmal abzustimmen, wenn es denn schon getan ist.

**Stadtrat Hock (FDP):** Kollege Löffler, das ist alles wunderbar, aber dann haben Sie vielleicht den Antrag nicht richtig gelesen, oder wir reden aneinander vorbei. Entweder Sie sind jetzt dafür, dass die Brunnen endlich mit Personal ausgestattet sind, dass man es machen kann, oder sind Sie es nicht. Die Ingenieurstelle, um die es da geht, von der Sie sprechen, das ist ja wunderbar, aber Sie müssen den Antrag weiterlesen. Es geht darum, dass die Brunnen auch mit Personal so ausgestattet werden, dass sie angefahren werden können, dass sie repariert werden können, dass das Wasser sprudelt. Um das geht es.

**Der Vorsitzende:** Es geht offensichtlich um eine weitere Stelle und nicht nur um die Wiederbesetzung. Das ist glaube ich auch für mich jetzt eine ergänzende Information. Also es geht um eine weitere Stelle. Sie haben mich nach unseren Stellenkontingenten gefragt, und ich mache Ihnen einen Vorschlag, wie wir diese Kontingente besetzen. Ich entscheide das nicht alleine. Nur, wenn Sie beim Gartenbauamt anfragen, wo im Moment der größte Stellenbedarf ist, dann ist der sicherlich auch aus haftungsrechtlichen Gründen im Bereich der Baumpflege und Ähnliches. Deswegen würde ich jetzt im Moment Ihnen nicht zusagen können und wollen, dass aus diesem Stellenkontingent jetzt auch noch eine zweite Stelle für die Brunnenpflege zur Verfügung gestellt werden kann. Deswegen könnten Sie, wenn wir das jetzt richtig verstanden haben, aktuell nochmal eine weitere Stelle beantragen oder Sie tun es dann, wenn wir Ihnen die Stellen vorlegen, dass Sie sagen, an der Stelle ist mir eine andere Aufgabenstellung für die Stelle wichtiger. Das ist die Variante, Sie wären **mit der zweiten Variante einverstanden**. Okay, dann brauchen wir jetzt nicht zur Abstimmung kommen und Sie rufen das dann einfach wieder auf, wenn wir Ihnen die Liste vorlegen.

**Antrag 1.49 (Seite 157):** Entsiegelungskonzept für die Innenstadt erstellen und stufenweise umsetzen – Potentialanalyse (GRÜNE)

**Antrag 1.58 (Seite 162): Entsiegelungskonzept für die Innenstadt erstellen und stufenweise umsetzen – Umsetzung ab 2026 (GRÜNE)**

Dann kommen wir zu einem Antrag der GRÜNEN. Wir sind immer noch auf der Seite 157, Entsiegelungskonzept für die Innenstadt erstellen und stufenweise umsetzen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Über die Entsiegelung von Flächen haben wir schon öfter gesprochen und auch diskutiert. Alle werden wohl auch der Meinung zustimmen, dass wir dringend Flächen entsiegeln und begrünen müssen, weil das auch die zweite wichtigste Maßnahme der Klimaanpassungsstrategie ist. Denn die Aufheizung durch die vollversiegelten Flächen ist so gigantisch und wird das Leben hier auf Dauer unerträglich machen. Sie haben bisher immer gesagt, wenn irgendeine Baumaßnahme ansteht, prüfen wir, ob wir dann noch gleichzeitig entsiegeln können. Das reicht natürlich bei weitem nicht aus. Wir brauchen proaktiv ein umfassendes Konzept, wo an welchen Stellen entsiegelt werden kann und was dann dort möglich ist, entweder reine Rasenfläche oder Gebüsche oder Stauden oder eben auch Bäume. Letzteres ist natürlich der größte Wunsch und der größte Bedarf an zusätzlichen Bäumen.

Deshalb haben wir jetzt beantragt, dass wir die ersten zwei Jahre das Konzept entwickeln werden. Da gibt es Umfragen, man kann von einer bestimmten Summe ausgehen, die erforderlich dafür ist. Und ab 2026 - es ist der zweite Antrag, der dazugehört, für den ich auch gleich spreche, nämlich der Antrag 1.58, dass wir ab 2026 dann proaktiv mit der Umsetzung beginnen, mit 200.000 Euro jeweils im Jahr, was durchaus noch ausbaufähig ist. Wir bitten angesichts der wirklich dramatischen Situation in der Innenstadt um Zustimmung bei den anderen Fraktionen, würden uns freuen, wenn Sie hier zustimmen könnten.

**Stadtrat Maier (CDU):** Wieder einmal ein Konzept, wieder einmal zusätzliche Arbeit für die Verwaltung, wieder einmal Kosten, die anfallen. Die Verwaltung hat dargelegt, dass sie dies im täglichen Geschäft ohnehin schon prüft. Diese proaktive Herangehensweise, wie die Kollegin sie gerade gefordert hat, sehen wir nicht als erforderlich. Dieses Geld kann eingespart werden. Die Verwaltung macht ihre Arbeit gut und weiter so. Deswegen Ablehnung unsererseits.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Wir können als LINKE gar nicht darum herumkommen, dem Antrag zuzustimmen, weil tatsächlich der Änderungsantrag, auf den sich die GRÜNE bezogen, ein Änderungsantrag zu unserem eigenen Antrag war, der damals übrigens von der GRÜNEN-Fraktion abgelehnt wurde, nur so am Rande, und dann mit denselben Worten nochmal eingereicht wurde. Potenzialanalyse stand drin, aktive Maßnahmen außerhalb von Baumaßnahmen, also viele der Themen, die damals schon besprochen wurden. 2021 haben wir es wieder da. Wir sehen, dass es weiterhin Bedarf gibt in der Stadt. Wir sehen, dass weiterhin wir alle hören, dass es zu wenig Grünfläche gibt. Wir sehen, dass die Erhitzung zunimmt in den Stadtteilen. Begründungsmäßig kann man 2021 alle Redebeiträge der Fraktion noch einmal anlesen. Ich glaube, es ist unabdingbar, dass wir jetzt zeitnah damit starten, endlich die Maßnahmen durchführen. Und ansonsten hat die Kollegin Rastätter hier sehr schön den Antrag begründet. Sie darf natürlich sehr gerne Anträge von uns auch immer wieder einbringen.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Werte Kollegen von den GRÜNEN, wir stimmen Ihnen hier zu. Denn wenn Sie meine Haushaltsrede lesen, haben wir genau dieses Thema, das

Aufbrechen der Versiegelung, Klimaanpassung per excellence. Bäume, wo es nur geht, denken Sie nur an die Diskussion der Bäume auf dem Marktplatz. Denken Sie an die Diskussion der Bäume, die weiter fallen. Und auf unsere Anfrage, die wir gestellt haben, verlieren wir mehr Bäume in Karlsruhe, als dass wir pflanzen. Und offene Versiegelung aufzubrechen, ist einer der nachweislich besten Themen. Deshalb zu diesem auch unsere Zustimmung.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank für den Hinweis, Frau Stadträtin Rastätter, die Ziffer 1.49 und 1.58 können wir gemeinsam aufrufen, weil das eine investiv ist und das andere im Ergebnishaushalt. Das beides stellen wir jetzt hier zur Abstimmung und ich bitte um das Votum ab jetzt. Eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich habe Ihnen mitzuteilen, dass auf der **Seite 157** über die **Veränderungsliste** nochmal ein Mehrbedarf bei der **Finanzierung der Altlastenbeseitigung** aufgenommen worden ist.

**Antrag 1.50 (Seite 158): Einrichtung und Betrieb der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) (AfD)**

**Antrag 1.51 (Seite 158): Reduzierung Einrichtung und Betrieb der Karlsruhe Energie- und Klimaschutzagentur um 50 Prozent (Stadträtin Fenrich/pl.)**

Wir kommen auf der Seite 158 zum Antrag 1.50 der AfD-Gruppe. Da geht es um die Einrichtung und Betrieb der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur. Und das können wir mit 1.51 zusammen aufrufen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Entschuldigung, aber mir geht es zu schnell teilweise. Es kann auch einmal sein, dass sich einer verdrückt hat und bei so einem engen Ergebnis hätte ich zumindest gerne kurz geguckt. Wenn man nicht direkt guckt, es war da, wupp und wieder weg. Es könnte auch sein, dass man irgendwas übersehen hat oder sonst irgendwas. Es ist wirklich schwierig. Teilweise vor allem, wenn man nach vorne und nach hinten hopft, dann immer wieder dem Ganzen zu folgen. Von daher würde ich einfach bitten, bei so einem ganz engen Ergebnis wie eben, das ein bisschen länger zu lassen, dann kann jeder auch mal gucken. Es war eben zum Beispiel bei einer Partei. Da hat der eine so, der andere so gestimmt, das kann durchaus sein, dass es so ist. Aber von daher würde ich das bitte gerne nochmal sehen, denn das ist echt ein Problem, wenn eventuell ein Abstimmungsergebnis falsch dargestellt wird. Aber das war so schnell eben. Ich weiß nicht, ob das alle locker hinkriegen. Vielleicht liegt es dann an meinem Alter, dass ich jetzt schon so fortgeschritten bin, aber ich hätte es gerne einfach ein bisschen länger.

**Der Vorsitzende:** Ursachenforschung betreiben wir jetzt nicht, sondern wir sind ein inklusiver Verein und jeder soll die Zeit bekommen. Machen wir so, Herr Hofmann, können wir gerne machen. Wenn es knapp ist, versuchen wir es ein bisschen länger stehen zu lassen. Können wir es nochmal wiederholen oder sollen wir es nachher klären? Okay, dann müssen wir es nachher nochmal aufrufen, können wir in der Pause gemeinsam drauf gucken und gegebenenfalls müssen wir es dann halt nochmal wiederholen.

Jetzt sind wir wieder bei der KEK. Ein Antrag der AfD-Gruppe.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich bin dagegen, dass die Abstimmung wiederholt wird, die war eindeutig, und sie muss nicht wiederholt werden. Es können sich die Kollegen daran gewöhnen, dass wir mit den GRÜNEN stimmen, wenn es um Klimaanpassung geht. Ich hatte das in meiner Haushaltsrede bereits angekündigt, dass wir für Klimaanpassung sind und es uns egal ist, welche Partei den Antrag stellt, wir werden immer dafür stimmen. Vorhin haben wir auch bei der KAL dafür gestimmt. Und vor dem Hintergrund möchte ich nochmal darauf hinweisen, dass das die eine Sache ist, und die andere Sache ist aber das, was unter dem Stichwort Klimaschutz hier die ganzen Jahre schon ausgegeben wird. Und da weiß ich, dass ich, auch wenn die Abstimmung nachher anders laufen wird, einigen konservativen Kollegen hier aus dem Herzen spreche, wenn ich sage, die KEK brauchen wir nicht mehr. Wir haben derart viele Zuschussprogramme von Land und Bund. Wir haben gerade vorhin darüber gesprochen, ein schönes Sanierungsprojekt, wo es am Ende 70 Prozent Zuschuss gab für die ganzen Investitionsmaßnahmen, inklusive Wärmepumpe für ein Mietshaus. Davon kam kein Cent von der KEK. Und wenn man bedenkt, dass wir jede Menge Energieberater haben, niedergelassene Energieberater, deren Job es ist, die Leute zu beraten, dann müssen wir auch sagen, wir brauchen hier keine unnötigen Doppelstrukturen. Dazu kommt, dass Strom, Gas und Öl inzwischen so teuer sind, dass jeder alles tut, um zu sparen. Das heißt, wir brauchen die KEK nicht mehr. Und deswegen macht es auch keinen Sinn, dafür Geld auszugeben. Das ist unser Antrag.

**Der Vorsitzende:** Wir stimmen über den Antrag 1.50 ab, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der Antrag von Frau Stadträtin Fenrich, der sich darin unterscheidet, die Mittel um die Hälfte zu kürzen. Und ich bitte da um die Abstimmung ab jetzt. Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag 1.52 (Seite 158): Zuschuss Kühlgerätetausch (AfD)**

Unter 1.52 kommen wir jetzt zum Thema Zuschuss Kühlgerätetausch, auch ein Antrag der AfD-Gruppe.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Dazu ganz kurz, wir haben dieses Programm seit 2010, also seit 13 Jahren. Ich rede jetzt auch über Stromsparpartner. Seit 13 Jahren haben wir hier Maßnahmen, um Kühlgeräte auszutauschen. Irgendwann müssten die alle ausgetauscht sein. Und wenn man dann schon einen modernen Standard erreicht hat, dann macht es keinen Sinn, auch energetisch nicht, immer wieder weiter auszutauschen, weil nämlich die Entwicklung schon so weit fortgeschritten ist bei den Geräten, die dann ausgetauscht werden, dass am Ende die Energie, die ich brauche, um die neuen herzustellen, mehr ist als das, was ich einsparen kann. Deswegen bei dem Kühlgerätetausch keine Notwendigkeit mehr, genauso bei Stromsparpartner, aus denselben Gründen, die ich vorhin genannt habe. Die Leute tun eh alles, um Strom zu sparen, auch keine Notwendigkeit mehr. Unser Haushalt ist wirklich sehr eng gestrikt und wir müssen die Dinge vorantreiben, die notwendig sind und dafür Dinge lassen, die nicht mehr notwendig sind.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Auch eine ganz kurze Erwiderung unsererseits. Die Anträge unter Ordnungsziffer 1.52 und 1.53 der AfD-Gruppe zeigen beispielhaft, und stehen sicher noch für weitere Anträge, die wir hier heute vorfinden, ihr fehlendes Verständnis für die soziale Stadt, dass sie diese weder leben noch verstehen. Das sind herausragende

Instrumente, der Kühlgerätetausch, Stromsparpartner, um soziale Hilfe und den Klimaschutz zu verbinden, Menschen mit geringem Einkommen besonders zu fördern. Hier werden auch immer wieder Weiterentwicklungen stattfinden. Die KEK ist dabei übrigens ein unverzichtbarer Partner, nicht nur da, aber auch insbesondere an dieser Stelle. Und deswegen lehnen wir ihre Anträge entschieden ab.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung über das Thema Kühlgerätetausch.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Frau Kollegin von der SPD, ich weiß jetzt gar nicht, warum Sie sich da so echauffieren. Es gibt doch für Menschen, die wenig Geld haben, andere Möglichkeiten. Das muss man doch nicht über Klimaschutzmaßnahmen machen. Ich verstehe das nicht. Das Ding ist wirklich so alt, dieser Kühlgerätetausch und dieser Stromsparpartner. Ich finde auch, das kann durchaus auslaufen. Die Leute, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind oder die Transferleistungen bekommen, die bekommen doch das sowieso.

**Der Vorsitzende:** Für das Protokoll, nein. Wir kommen damit zur Abarbeitung der Anträge. Unter 1.52 bitte ich um das Votum ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.53 (Seite 158): Stromsparpartner (AfD)**

Dann rufe ich jetzt gleich auf den Antrag unter 1.53, da geht es um die Stromsparpartner, und zwar ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.54 (Seite 158): Streichung projektbezogener Zuschüsse für externe Unternehmen (Stadträtin Fenrich/pl.)**

Dann rufe ich auf unter 1.54 einen Antrag von Frau Stadträtin Fenrich, Streichung projektbezogener Zuschüsse. Ich sehe jetzt keine Wortmeldung. Dann können wir darüber auch gleich abstimmen, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.55 (Seite 162): KSK2030 - vollständige Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts - Sammelansatz Finanzhaushalt (DIE LINKE.)**

Ich rufe dann auf den Antrag unter 1.55. Das ist ein Teil des Antrags, den wir teilweise schon hatten, zur vollständigen Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts, ein Antrag der LINKEN. Hier geht es um den Sammelansatz Finanzhaushalt. Gesprochen wurde, glaube ich, schon. Dann können wir darüber abstimmen, und zwar ab jetzt. Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.56 (Seite 162): KSK2030 - vollständige Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts - Rücknahme Kürzung investive Mittel (DIE LINKE.)**

Ich rufe unter 1.56 einen weiteren Teilaspekt auf, nämlich die Rücknahme der Kürzung investiver Mittel und bitte um Ihr Votum – wir sind noch bei dem LINKE.-Antrag - ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.57 (Seite 162): KSK2030 - Eine Photovoltaikanlage im Monat auf Karlsruher Schulen (DIE LINKE.)**



Wir kommen jetzt zum Antrag unter 1.57 ebenfalls der LINKEN, eine Photovoltaikanlage im Monat auf Karlsruher Schulen.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Das zeigt mal wieder, dass wir unsere Titel so präzise formulieren müssen, dass sie nicht ganz wörtlich verstanden werden. Also es ging natürlich nicht darum, dass wir jeden Monat genau am 31. eine Anlage irgendwo draufstellen, sondern natürlich im Mittel daraus geplant. Es ist schon klar, dass es so nicht funktioniert. Tatsächlich haben wir gesehen, dass im Haushaltsentwurf die Anzahl der Photovoltaikanlagen deutlich geringer sind, als wir sie für notwendig halten. Aus meiner Sicht, jetzt muss ich mich korrigieren, ist nur wirklich ein kleiner Bruchteil vorgesehen in den investiven Maßnahmen. Wir sehen auch nicht als geeignete Strategie, immer nur eine Gebäudesanierung abzuwarten, dann die Photovoltaikanlage draufzumachen. Wenn wir sehen, wie viele Investitionsmittel wir verschieben müssen und nicht rankommen, wird es nicht gleichzeitig funktionieren, weil sonst müssen wir bis 2050 warten, bis wir überhaupt eine Photovoltaikanlage drauf haben oder später. Das heißt, wir würden gerne tatsächlich dieses Photovoltaik-Thema von den Umbaumaßnahmen trennen, separat angehen und deshalb durchsetzen und deshalb diesen Antrag an der Stelle.

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Nach der Rede von Herrn Arslan bin ich nicht ganz so sicher, ob das, was Sie wollen und was im Antrag steht, wirklich deckungsgleich ist. Ich glaube, gemeinsam ist uns allen das Ziel, dass wir Photovoltaik möglichst schnell ausbauen wollen. Und ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, wie es im Antrag steht, Schulen herauszunehmen und in eine besondere Schiene zu setzen, sondern alle städtischen Gebäude sollten möglichst schnell mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden. Nach meiner Kenntnis ist man nicht mehr komplett an die Sanierung gebunden, aber natürlich muss geplant werden. Und da sind wir auch auf der Seite der Verwaltung. Wir sind auch der Einschätzung, dass durch Einleitung anderer Akteure wie Bürgerenergiegenossenschaften das Tempo erhöht werden kann. Deswegen glauben wir nicht, dass der Antrag der LINKEN jetzt so sinnvoll ist und würden dem auch so nicht folgen wollen.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Photovoltaik liefert Strom nicht immer dann, wenn man ihn braucht und vor allem liefert sie keinen im Winter, wenn man tatsächlich welchen braucht. Zusätzliche Photovoltaik sorgt dafür, dass wir immer größere Strommengen im Sommer in andere Länder abtreten müssen und dafür zum Teil auch Geld bezahlen, und im Winter kriegen wir das dann für teures Geld wieder zurück. Das sorgt nur dafür, dass für die Haushalte in Deutschland die Energiestrom noch viel, viel teurer wird. Und ein weiterer Aspekt ist, diese Photovoltaikanlage muss man nach 25 Jahren entsorgen, und das ist ziemlich teuer. Das heißt, das Ganze lohnt sich nicht, weder für die Stadt noch für die Bürger dieses Landes.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

So ein Ausbauprogramm von unseren Dächern wird Ihnen demnächst nochmal vorgestellt für die nächsten zwei Jahre, so wie es auch angekündigt ist, unabhängig von Sanierung.

### **Teilhaushalt 3200**

Wir kommen damit zum Teilhaushalt 3200, Ordnungs- und Bürgerwesen. Ich darf bei der **Seite 167** auf die erste **Veränderungsliste** hinweisen, wo eine summenneutrale

Verschiebung von der Stadtkämmerei zu Fachämtern der entsprechenden **PayPal-Gebühren** erfolgt ist.

**Antrag 1.59 (Seite 169): Einstellung von 15 zusätzlichen Kräften für den Kommunalen Ordnungsdienst (Stadträtin Fenrich/pl.)**

Ich bin dann auf der Seite 169. Hier gibt es einen Antrag von Frau Stadträtin Fenrich zur Einstellung von 15 zusätzlichen KOD-Kräften.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Mir ist schon bewusst, dass der KOD unterbesetzt ist, und bei der letzten Vorstellung des Sicherheitskonzepts haben wir alle oder die, die da waren, erfahren, dass die Stellen auch nicht besetzt werden können. Ich hatte damals den Vorschlag gemacht, dass man vielleicht gucken muss, ob man Aufgaben bündelt entsprechend und dann mehr oder weniger Qualifikationen fordert. Nichtsdestotrotz denke ich, ist es wichtig. Die Sicherheit ist enorm wichtig. Das höre ich immer wieder bei Gesprächen, und ich rede nicht nur von meiner Generation, sondern auch von wesentlich jüngeren und ich rede auch nicht nur von Frauen, sondern ich rede von jüngeren Menschen, ich rede auch von Männern. Wenn sich Menschen in einer Stadt zu bestimmten Tages- oder Abendstunden, Tages- oder Nachtzeit nicht mehr sicher fühlen können und sie das Sicherheitsgefühl aber erlangen könnten, wenn sie sehen, dass Polizei Streifengänge macht oder auch im Tiefbahnhof ist, dann wäre für die Gesellschaft wirklich was gewonnen. Wie gesagt, ich weiß, dass das Personal nicht aus dem Ärmel geschüttet werden kann, aber ich denke, wir sollten das uns gut überlegen hinsichtlich der Straftatbestände, die wir jeden Tag in der Presse auch lesen können.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit steht der Antrag zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.61 (Seite 169): 2,5 Vollzeitwerte - Clearingfunktion Humanitäre Bleibeperspektive (GRÜNE)**

**Antrag 1.62 (Seite 169): Schaffung von zwei Stellen bei der Ausländerbehörde "Clearingstelle" (SPD)**

Ich rufe damit auf die Anträge 1.61 und 1.62. Da geht es um einmal zweieinhalb, einmal zwei Stellen zur sogenannten Clearing-Funktion in der Ausländerbehörde. Ich darf darauf hinweisen, dass wir die im Rahmen dieser Stellenbesetzung, die wir Ihnen vorschlagen, aufnehmen. So gesehen würde ich meinen, dass sich das damit erledigt hat.

**Stadträtin Sardarabady (GRÜNE):** Da uns die Einrichtung der zweieinhalb Stellen bei der Ausländerbehörde sehr wichtig ist, hätte ich einfach noch eine Nachfrage, bevor der Antrag als erledigt betrachtet wird. Wir danken der Stadtverwaltung für die Stellungnahme und die Feststellung der unabweisbaren Bedarfe. Wenn wir die Informationen aus dem Hauptausschuss richtig verstanden haben, soll aber über die genaue Verteilung der Stellen auf die Ämter erst im Personalausschuss im Februar entschieden werden. Deshalb die Nachfrage an der Stelle, ob die Einrichtung dieser 2,5 Stellen in der Ausländerbehörde gesichert ist.

**Der Vorsitzende:** Also ich werde Ihnen einen Vorschlag machen über, ich glaube, insgesamt 27 Stellen als Reste aus dem aktuellen Jahr und als Vorgriff, nicht Vorgriff, sondern dann sind wir ja schon im Jahr 2024, und werde Ihnen diese 2,5 Stellen als Teil dieser, wie viel sind es dann, 17 Stellen, glaube ich, oder 15, die wir aus dem Budget von 2024 nehmen, werde ich Ihnen vorschlagen. Wenn Sie sich dem Vorschlag mehrheitlich anschließen, dann ist das gesichert. Okay, dann haben wir das beides erledigt.

Ich darf auf der **Seite 169** noch einmal darauf hinweisen, dass über die erste **Veränderungsliste** summenneutral die **Rahmenvereinbarung zum Abschleppen, Verwahren und Entsorgung von Kraftfahrzeugen** eingepflegt wurde.

Wir kommen damit zur **Haushaltssicherung**, da die **Ziffer HHS\_GR21**, Ertragssteigerung durch **Neukalkulation Sondernutzungsgebühren**. Dem haben Sie mit dem Beschluss des Gemeinderats vom Ende letzten Jahres bereits zugestimmt. Insofern brauchen wir es, glaube ich, nicht nochmal abzustimmen.

Und dann haben wir nochmal die Ertragssteigerung durch Erhöhung der Bewohnerparkausweise. Da hat sich die Rechtslage entsprechend geändert durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Und es ist jetzt eine Rechtsverordnung, die der Oberbürgermeister alleine entscheiden kann.

#### **Antrag 1.60 (Seite 170): HHSM\_GR36 – Keine Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren (CDU)**

Ich rufe dazu auf den Antrag der CDU, über den ich dann noch abstimmen lasse, nämlich keine Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren hier vorzunehmen.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Wir haben es heute schon öfters gehört in diesem Hause, es gibt tatsächlich noch Bürgerinnen und Bürger, die auf das Auto angewiesen sind. Und wenn ich das sage, dann sind es nicht nur Unternehmer, lieber Lüppo Cramer, dann sind es auch Pflegerinnen und Pfleger, Krankenschwestern und Krankenpfleger, die manchmal in die Bereitschaft fahren müssen oder die ganz einfach aus dieser Stadt auspendeln müssen und das 365 Tage im Jahr. Und diese Menschen sind auf das Auto angewiesen, und die wohnen halt auch in unseren Innenstädten. Das muss uns bewusst sein. Ich bin mir sicher, dass Sie mit mir einer Meinung sind, dass kein einziger Unternehmer in dieser Stadt diesen Parkausweis jemals absetzen kann und wird, weil es wäre ein Betrug am Finanzamt. Soviel zu den Vorbemerkungen, die vorhin hier in diesem Hause gefallen sind.

Was wir heute vorhaben und was die Verwaltung uns vorschlägt, ist eine Erhöhung um 100 Prozent. Sie müssen sich vorstellen, dass das für einen Privathaushalt nahezu 600 Euro Bruttoverdienst ist im Jahr, das erwirtschaftet werden muss in einer Zeit, wo, und das wissen wir alle, jeder Cent dreimal teilweise rumgedreht werden muss, wo eine unheimliche Belastung durch Inflation, Teuerungszuschläge und so weiter auf jeden Haushalt in dieser Stadt zukommt. Wer diesen Antrag stellt, meine Damen und Herren, der hat die Realität verloren, der hat verloren den Blick darauf, dass es noch Menschen gibt, wie ich gesagt habe am Anfang, die auf das Kfz angewiesen sind. Es ist eine Vorlage der Verwaltung, die ein falsches Zeichen nach außen setzt und vor allem kommt er zur falschen Zeit. Deshalb eine klare Ablehnung dieses Antrags der Verwaltung von Seiten der CDU-Fraktion. Ich bitte das Haus, sich mit uns anzuschließen.

Und vor allem, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Sie haben gesehen, wir haben auch Gegenfinanzierungsvorschläge eingearbeitet, weil wir uns der Verantwortung in diesem Haushalt sehr bewusst sind. Aber so kann man mit Bürgerinnen und Bürgern nicht umspringen, wie es in diesem Antrag von Ihrer Seite her gefordert wird.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Vor längerer Zeit, als dieses Bewohnerparken mit eigentlicher Gebühr eingeführt wurde, wurde festgelegt, dass es in Schritten eingeführt werden soll, erstmal nur die Hälfte und im zweiten Schritt dann der endgültige Betrag. Und der Betrag, um den es heute geht, ist kein politisch gegriffener Wert, sondern die Stadtverwaltung hat ausgerechnet, was kostet uns ein solcher Parkplatz. Und genau das soll auch von den Leuten, die ihn nutzen, dann bezahlt werden. Insofern ist es folgerichtig, dass wir jetzt diesen zweiten Schritt machen, damit nicht in einem Schritt gleich so viel bezahlt werden musste damals. Das Einzige, was uns an dieser Erhöhung stört, ist, dass es insofern ungerecht ist, dass nur in manchen Teilen der Stadt dieses Bewohnerparken bisher eingeführt wurde. Es müsste eigentlich auf einer größeren Fläche eingeführt werden. Dann wäre das wesentlich gerechter. Dadurch würden auch viele Verdrängungseffekte nicht stattfinden. Deshalb haben wir schon vor längerer Zeit darauf gedrungen, dass es ausgeweitet wird auf mehr Straßen. Da ist die Verwaltung ein bisschen auch dran. Den genauen Stand kennen wir nicht, aber wir warten händeringend darauf, dass es auch auf größere Fläche ausgeweitet wird. Und dann hätten die, die dringend auf ein Auto angewiesen sind, eher die Chance, einen Parkplatz zu finden, weil so eine Gebühr dann auch dazu führt, dass manche Leute sich überlegen, brauche ich denn wirklich das Auto. Bei vielen ist das eben nicht der Fall.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Wir haben die Bewohnerparkausweise auf 180 Euro festgesetzt. Das war damals die Freiheit. Im Moment sind noch ein bisschen juristische Turbulenzen, sage ich jetzt mal, durch das Urteil in Freiburg, bis die Rechtsgrundlage in Baden-Württemberg wieder stabil ist, um dies auch durchzuführen. Wir halten die Bewohnerparkgebühren in der Höhe im Moment für richtig. Wir haben auch klar gesagt, irgendwann kommt man noch eine weitere Stufe, aber im Moment liegen wir deutlich im Mittelfeld und sehen für diesen Doppelhaushalt noch nicht die Erhöhung.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir in der FDP haben immer gesagt, dass wir eine lebendige Innenstadt haben wollen. Wir wollen eine Innenstadt, wo man leben, arbeiten, einkaufen kann. Die Hauptstadt in Kopenhagen, in meinem Heimatland, hat entschieden, dass man lange Zeit zu restriktiv das Bewohnerparken und die Bewohner mit Automobilen gestraft hat. Deshalb hat man jetzt mehrere Parkplätze in Kopenhagen für Bewohner eingerichtet. Da ist ein Problem, wenn man das erhöht, so wie hier vorgeschlagen. Wir wollen eine Innenstadt für alle Menschen, auch die, die nicht wohlhabend sind. Es ist klar, für wohlhabende Menschen spielt es nicht so eine große Rolle, wie hoch diese Gebühr ist, aber für eine Durchschnittsfamilie ist es wirklich wichtig. Wir wollen eine lebendige Innenstadt und wir wollen nicht sagen, nur wenn wir kein Auto haben, Herr Honné, kann man in die Innenstadt wohnen. Dieser Idee können wir überhaupt nicht folgen. Wir wollen nicht eine Innenstadt nur für wohlhabende Menschen. Wir wollen eine Innenstadt für alle. Und Automobil ist eine Realität. Und nur in absurden Ideologien kann man Autos abschaffen.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Bei der Mobilitätspolitik stelle ich irgendwie zwei Parallelgesellschaften fest, da werden einfach Fakten komplett verzerrt. Es geht um Bewohnerparkausweise und nicht um die Abschaffung der Parkplätze. Damit fängt es an. Es geht um 360

Euro. Herr Kollege Ehlgötz, in den letzten Jahren habe ich Sie jetzt nicht vernommen gehabt, als wir die ÖPNV-Preise angepasst haben, dass Sie dann ganz groß gesagt haben, die Pflegerin kann sich das ÖPNV-Ticket nicht mehr leisten. Da haben wir teilweise über das Doppelte gesprochen. Dann reden wir davon, dass es um einen speziellen Ausweis geht, wo man auch entscheiden kann, einen zu haben oder woanders zu parken oder in den verfügbaren Parkflächen, Parkhäusern reinzugehen. Also es werden so ganz viele Fakten so hin verdreht, dass es jetzt um eine soziale Ausgrenze geht von Autofahrern. Darüber sprechen wir in keinsten Weise. Wir haben übrigens das letzte Mal auch eine Ermäßigung für einkommensschwache Bürger\*innen eingeführt. Also dieser Spin, den Sie da immer wieder drehen in der Debatte, der wird dem Thema überhaupt nicht gerechnet. Das ist einfach tatsächlich an der Grenze der Fake News teilweise.

**Stadtrat Wenzel (FW/FÜR):** Mal wieder ein schönes Thema, wo jeder seine Sichtweisen sieht. Ich sehe meine Sichtweise als Durlacher erstmal.

Meine Tochter hat einen Parkausweis in der Durlacher Altstadt. Im Laufe der letzten Jahre sind dort Parkflächen weggekommen. Für die Gastronomie haben wir zugestimmt, für Fahrradplätze haben wir zugestimmt, für sonstige Sachen haben wir zugestimmt. Wir haben mit der Faust in der Hand zugestimmt, dass die Anwohnerparkausweise jetzt diesen Preis haben, den sie jetzt haben. Es ist für eine Studentin schon ein bisschen arg und für andere auch. Ich höre es immer wieder. Wir haben eine Situation, es gibt, wie meine Vordröner, die meisten jedenfalls gesagt haben, Menschen, die auf das Auto angewiesen sind. Und es sind nicht immer nur Unternehmer, es sind Studenten, es sind Rentner, und heutzutage ein Rentner zu sein, ist finanziell, das kann ich von meiner Mutter sagen, grenzwertig. Da sind wir bereit, anderen Leuten viel..., sagen wir es lieber nicht. Wir werden das ablehnen, die Erhöhung, dem Antrag der CDU zustimmen, und wir wollen nicht nur eine lebendige Innenstadt, wir sollen die Möglichkeit haben, da zu parken. Mit diesem Anwohnerparkausweis hat man nicht das Anrecht, sondern vielleicht die Chance, irgendwo zu parken. Wir finden es im Augenblick recht und kann nur den Herrn Zeh unterstützen, zum jetzigen Zeitpunkt. Und wenn die Zeiten vielleicht etwas anders werden, sollten wir wieder darüber reden.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir haben in der Vergangenheit auch immer dagegen argumentiert, die Bewohnerparkausweise noch teurer zu machen. Deswegen schließen wir uns voll dem an, was der Herr Ehlgötz gesagt hat, auch dem, was der Herr Wenzel gesagt hat. Wobei, Herr Wenzel, machen Sie es wie wir, stimmen Sie nicht zu, sondern dagegen, wenn Sie schon die Faust in der Tasche haben. Das als Tipp für Sie, weil Sie sehen ja, was es bringt, immer nur zuzustimmen, obwohl man eigentlich dagegen ist.

Ich möchte noch einmal aufgreifen, Sie haben als Anwohner keine Garantie, obwohl Sie hier einen Haufen Geld bezahlen. In Karlsruhe sind je nachdem, wo diese Anwohnerparkausweise sind, 1,5 bis 2,5 mal so viele Autos mit diesen Parkausweisen ausgestattet, wie es Parkplätze gibt, also 1,5 bis 2,5 mal so viele, und dafür soll man jetzt noch mehr Geld bezahlen, da sind wir definitiv dagegen. Und was der Kollege von den LINKEN eben zum BesTen gegeben hat, das war Fake News par excellence, weil er hat völlig unterschlagen, dass wir den ÖPNV hier schon maximal subventionieren. Aus Bundes-, Landes- und städtischen Mitteln wird der ÖPNV die ganze Zeit maximal subventioniert, während Kfz-Halter die ganze Zeit schon Kfz-Steuer zahlen, um die Straßen in Schuss zu halten, damit sie eine

Stelle haben, wo sie parken können. Und wir als Stadt verlangen nochmal von denen Geld. Das Argument sticht überhaupt nicht.

Abschließend möchte ich mich bedanken bei der SPD. Wir hier auf der rechten Seite des Hauses nehmen es mit Wohlwollen zur Kenntnis, dass Sie sich nicht an die Vereinbarung des Oberbürgermeisters mit den GRÜNEN gebunden fühlen und machen Sie weiter so.

**Der Vorsitzende:** Ich verkneife mir jetzt zu den ganzen Argumenten etwas zu sagen. Wir steigen jetzt in die Abstimmung ein. Zur Abstimmung steht der CDU-Antrag, nicht der Vorschlag der Verwaltung. Und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der CDU-Antrag **angenommen**.

Wir müssen uns dann doch langsam über die Gegenfinanzierung Gedanken machen. Aber das machen wir zu gegebener Zeit.

**Antrag 1.63 (Seite 170): Verdopplung des Zuschusses an den Tierschutzverein Karlsruhe (CDU | SPD | Stadträtin Fenrich/pl.)**

**Antrag 1.64 (Seite 170): Erhöhung des Zuschusses an den Tierschutzverein (AfD)**

Wir kommen zum Nächsten. Das sind drei Anträge. Ein Antrag der CDU, ein Antrag der SPD, ein Antrag von Frau Stadträtin Fenrich zum Thema Erhöhung, Zuschuss an den Tierschutzverein.

Und ich kann auch 1.64 gleich mit aufrufen, ein Antrag der AfD-Gruppe. Gibt es Wortmeldungen dazu?

**Stadtrat Zeh (SPD):** Nur ganz kurz, die Zahl der Tiere hat durch Corona zunächst zugenommen, Teile werden jetzt leider beim Tierschutzheim abgegeben. Dazu kommt die größere Auslastung im Tierschutzheim, dazu kommen noch die gestiegenen Futterkosten für die Tiere und Energiekosten. Die 30 Cent je Einwohner reichen nicht mehr aus, deshalb sind wir für die Verdopplung, sprich für die 60 Cent je Einwohner für das Tierschutzheim.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Der Tierschutzverein mit seinem Tierheim leistet einen wichtigen Beitrag für die Stadt Karlsruhe. Wäre dies nicht der Fall, müsste die Stadt Karlsruhe selber diese Aufgaben übernehmen. Bisher ist dieser Betrag, der pro Einwohner an den Tierschutzverein bezahlt wird, sehr gering, liegt deutlich unter denen anderer Städte. Man sollte wenigstens an die unteren Grenzen im Vergleich zu anderen Städten rangehen. Deswegen sind wir auch für die Verdopplung des Zuschusses.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Wir GRÜNE freuen uns über den Antrag der SPD und der CDU. Vielen Dank dafür, denn die Gehege des Tierheims füllen sich in den letzten Jahren immer mehr. Auch bedingt durch Corona, werden viele große Hunde, aber auch viele Fundkatzen dort abgegeben. Viele Halter sind dadurch überfordert. Die Erhöhung des Zuschusses an den Tierschutzverein ist deshalb dringend erforderlich und eine notwendige Anerkennung für die Arbeit im Tierheim, gleichzeitig auch alternativlos, weil in der Stadt, weil die Nebenkosten des Gebäudes auch immer größer werden. Das Tierheim übernimmt eine Pflichtaufgabe der Stadt und deshalb muss sie entsprechend honoriert und bezahlt werden.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Wir stimmen auch dem Antrag der CDU, SPD und der Stadträtin Fenrich sehr gerne zu. Ich kann mich eigentlich nahtlos meiner Vorrednerin anschließen. Ich sehe das ganz genau so. Die Kosten steigen. Die leisten eine wertvolle Tierschutzarbeit. Als Stadt würde uns es deutlich mehr kosten, weil sie natürlich auch Spenden und ehrenamtliche Tätigkeit in sich vereinen, von daher volle Zustimmung für die Verdopplung.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wenn man sieht, was dort alles an Arbeit geleistet wird, und durch die Corona-Krise wurde es jetzt noch viel mehr, viel mehr Tiere wurden abgegeben, viel mehr Arbeit für die Menschen dort. Wir können diesen Antrag nur befürworten, und meine Fraktion wird gerne zustimmen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir würden gern in der Reihenfolge, wie Sie es vorgeschlagen haben, abstimmen, denn wir hatten nur 20.000 Euro pro Jahr mehr beantragt. Der jetzige Antrag, der vorliegt, fragt nach 100.000 Euro mehr.

Wir werden dem natürlich zustimmen. Falls der Antrag nicht durchgehen sollte, könnte man dann als Nächsten unseren abstimmen, der deutlich niedriger angesiedelt ist. Falls der Antrag durchgeht, wäre unser Antrag dann erledigt.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Ich freue mich, dass Sie auf der linken Seite auch meinem Antrag zustimmen, auch wenn Sie, Frau Großmann, meinen Antrag jetzt nicht erwähnt haben, aber er ist ja inhaltsgleich. Es wurde alles schon gesagt, was wichtig ist. Vielleicht das eine möchte ich noch ergänzen. Wir wissen nicht, wie sieht es durch die Inflation, durch die gestiegenen Energiepreise, durch die Lebenshaltungskosten, die weiterhin steigen werden, ab nächstes Jahr aus. Wir werden das alle miteinander spüren. Viele Leute werden das sehr stark spüren. Wir müssen damit rechnen, dass nicht nur wegen Corona Hunde abgegeben worden sind, weil sie lässig geworden sind, sondern weil sich Leute das schlichtweg nicht mehr leisten können. Ich kenne einen Fall, wo eine Dame damit liebäugelt und, ich muss es so sagen, ihr blutet das Herz. Und deswegen denke ich, dass es ganz gut ist, wenn wir hier das Tierheim entsprechend unterstützen.

Und ich möchte an dieser Stelle auch meinen allerherzlichsten Dank sagen an die vielen Ehrenamtlichen. Ich weiß, die machen eine super Arbeit, Leute, die die Hunde ausführen, aber auch die Hauptamtlichen. Es ist eine tolle Sache und es kommt der Stadt zugute. Ich freue mich, dass diese Anträge von CDU, SPD und meiner Wenigkeit hier eine große Zustimmung finden werden.

**Der Vorsitzende:** Damit rufe ich die drei Anträge von CDU, SPD und Stadträtin Fenrich auf und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Wer ist denn noch der eine Verbündete? Frau Moser hat sich vertippt oder das Gerät hat sich verrechnet. Ich möchte bitten, dass ein Ja daraus wird. Der AfD-Antrag ist damit überflüssig geworden.

Ich darf auf der **Seite 170** darauf hinweisen, dass wir den **städtischen Fonds für Tierarztkosten** in der ersten **Veränderungsliste** nochmal hier entsprechend eingepflegt haben. Und wir haben auf der **Seite 167** mehr Erträge aus **Bußgeldern** zur Finanzierung des städtischen

Fonds für Tierarztkosten und für Zuweisungen an Panorama e.V. aufgenommen. Das korreliert dann mit einem anderen Thema im Kulturretat.

**Antrag 1.65 (Seite 170): Städtischer Fonds für Tierarztkosten (Tierschutzfonds) - Einstellung der Mittel (GRÜNE)**

Ich rufe auf der Seite 170 auf den Antrag der GRÜNEN, städtischer Fonds für Tierarztkosten, Einstellung der Mittel. Ich glaube, das können wir alles zusammen machen. Frau Stadträtin Fenrich, Sie haben auch etwas mit Tierarztkosten beantragt, das können wir, glaube ich, zusammen aufrufen. Nein? Okay, dann machen wir das getrennt. Ist auch erledigt.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Wir sind mit der Antwort der Verwaltung einverstanden. Die Kosten für die Tierarztrechnung werden weiterhin übernommen. Deshalb hat sich für uns der Antrag erledigt.

**Antrag 1.66 (Seite 170): Städtischer Fonds für Tierarztkosten (Stadträtin Fenrich/pl.):**

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Ich bin über diesen Antrag der GRÜNEN hinausgegangen und habe beantragt, dass wir eine Erhöhung machen um 30 Prozent, weil die Tierarztkosten seit November letzten Jahres enorm gestiegen sind. Also nicht nur diese Einstellung von diesen 30.000 Euro oder 35.000 Euro, sondern dann um 30 Prozent erhöht, das war ein weitergehender Antrag von mir.

**Der Vorsitzende:** Wir hatten aber über die Veränderungsliste nochmal 30.000 Euro draufgepackt, wenn ich das richtig lese. Das heißt, es ist damit erledigt.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Ich habe es so verstanden, dass es rausgenommen war, dass die 30.000 Euro wieder reinkommen, dass wir auf dem Stand sind, wie wir Anno Dazumal waren. Und ich gehe darüber hinaus noch und sage, diese 30.000 Euro, die wir jetzt wieder einstellen, plus 30 Prozent noch dazu, das wären dann wie viel? Noch mal 10.000 Euro, oder?

**Der Vorsitzende:** Nein, Sie meinten 30 Prozent, das wären aber dann 9.000 Euro.

**Stadträtin Fenrich:** Ja, gut, okay.

**Der Vorsitzende:** Dann stelle ich den Antrag von Frau Fenrich noch einmal zur Abstimmung, noch einmal 9.000 Euro on Top zu setzen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.67 (Seite 170): Bewältigung der Tierschutzaufgaben im Stadtgebiet Karlsruhe (Landestierschutzverband Baden-Württemberg e. V.)**

Ich rufe auf unter der Ordnungsziffer 1.67 ein Antrag des Landestierschutzverbands Baden-Württemberg. Der hat sich erledigt.

**Antrag 1.68 (Seite 172): Beschaffung von einem Enforcement-Trailer (Anhänger zur Geschwindigkeitsmessung) pro Jahr (GRÜNE)**



Dann rufe ich auf unter 1.68 ein Antrag der GRÜNE, Beschaffung von einem Enforcement-Trailer.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Der Antrag hat sich zur Hälfte erledigt. Damit gehen wir auf die Stellungnahme der Verwaltung ein, die sagt, dass im Jahr 2024 ein Blitzeanhänger beschafft werden soll. Wir haben diese Beschaffung aber für beide Haushaltsjahre gefordert. Das heißt für das Jahr 2025 ist der Antrag noch aufrecht zu erhalten, soviel zur Form.

Inhaltlich geht es uns darum, dass wir vor allem auf die Wünsche der Bürger\*innen eingehen, die sich bei uns melden. Das sind Menschen, die in der Innenstadt wohnen, wo in der Stephaniestraße, Amalienstraße Autoposer aufgrund des Lärms eine Belastung sind und Lärm korreliert mit Geschwindigkeit. Das heißt, da kann man an der Stelle gegen vorgehen. Wir werden regelmäßig auch von Schulleitungen angesprochen, beispielsweise aus der Merkur-Akademie in der Nordstadt, dass sich dort vor der Tür vielleicht was tun sollte. So wie wir das wahrnehmen, wird die Liste beim Ordnungsamt immer länger, wo man denn mal tätig werden sollte, und das ist eben nicht zu machen aktuell oder halt nur sehr langsam, sehr zögerlich zu machen. Deswegen wollen wir dort diese Möglichkeit geben, dass verstärkt die Geschwindigkeit kontrolliert werden kann und das nicht einfach nur weiter unten auf einer langen Liste landet.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Herr Löffler, was glauben Sie? Ich will anmerken, wie viel Beschwerden wir über die Radfahrer haben. Ich werde mich nach der Sommerpause damit beschäftigen, als Unternehmer wohlgermerkt, wie man Fahrradblitzer bauen wird. Und dann werde ich den GRÜNEN vorschlagen, dass sie Fahrradblitzer im nächsten Doppelhaushalt investieren und sie werden sehen, dass der Geldsack der Stadt sich schnell füllen wird.

Aber nun Spaß beiseite, Sie haben in Ihrem Antrag vielleicht eines vergessen, wir haben sehr viele stationäre Blitzer, Sie hatten es vor wenigen Tagen in einer Tageszeitung hier nachlesen können. Sie haben auch erkennen können, dass es nicht nur um Sicherheit geht, dass es teilweise auch schon um Abzocke der Autofahrer geht. Was wir uns in dieser Stadt leisten, ist grenzwertig. Ich glaube, es ist das Maß der Dinge, deshalb sehen wir es genauso, dass wir keine weiteren städtischen blitzerfahrbaren Mobilitätsgeräte anschaffen werden. Es ist genug. Deshalb sind wir natürlich Ihrem Antrag nicht positiv gegenübergestellt.

**Stadtrat Hock (FDP):** Ich will es so sagen, Herr Dr. Käuflein, Sie haben natürlich auch die Einsparungen beim Schopfe gepackt und haben dann ein Gerät beschafft, was jetzt auf unseren Straßen die Leute dementsprechend zur Kasse bittet. Und ich sage es mal ganz ehrlich, das, was der Herr Kollege Ehlgötz gerade sagte zu den Fahrradfahrern, er hat das spaßig gemeint, aber ich mache da ernst draus. Wissen Sie, wie viele Fahrradfahrer ohne Licht durch unsere Straßen fahren und viel zu schnell? Massenhaft. Deshalb, da hat der Kollege vollkommen Recht. Lassen Sie uns über das auch einmal diskutieren. Wenn Sie die Autofahrer laufend zur Kasse bitten wollen, dann sollen Sie aber bitte so ehrlich sein und diese Problemstellung auch angehen. Machen Sie das doch. Das wäre ehrliche Politik. Aber das machen Sie nicht. Sie machen das, was Sie tun, nur um den Leuten...

(Zuruf)

- Genau, der Kollege sagt es gerade, ich wollte es auch gerade sagen, mache ich aber gerne.

Nochmal, man will die Leute zur Kasse bitten, man will die Leute nicht in der Innenstadt haben im Auto, Hauptsache noch geblitzt, Hauptsache noch ein Zettel, schöne Andenken an die Stadt Karlsruhe, herzlichen Dank. Deshalb, ich sage es nur ganz klar, das, was er scherzhaft gesagt hat, das werden wir im nächsten Jahr hundertprozentig angehen. Denn was hier in der Stadt abläuft, wie die Fahrradfahrer durch die Innenstadt fahren, das ist inakzeptabel und ohne Licht. Wenn Sie jemanden überfahren, sind Sie noch dran. Und Sie können jeden Abend hier rausgehen und nur mal kurz durchblicken, wie viele Leute ohne Licht durch die Innenstadt fahren. Inakzeptabel. Das sollten Sie aufgreifen.

**Der Vorsitzende:** Ich glaube, wir sind alle der Meinung, dass wir auch den Fahrradfahrern mehr Regeln vorgeben müssen. Ich darf aber darauf hinweisen, dass wir mit dem KOD keine fahrenden Fahrradfahrer anhalten dürfen, nur in ganz besonderen Ausnahmesituationen. Insofern können Sie den Kollegen Ehlgötz bitten, dass er über seine Regierungsbeteiligung in Stuttgart dafür sorgt, dass wir hier entsprechende Möglichkeiten bekommen. Ich kann bestätigen, dass es sehr viele Beschwerden gibt im Moment über Raserei, und zwar nicht nur in der Innenstadt und dass wir deswegen schon aus diesen Gründen heraus solche entsprechenden Geräte brauchen.

Ich möchte auch nochmal deutlich machen, Herr Stadtrat Ehlgötz, Sie können subjektiv der Meinung sein, dass wir sie abzocken, aber da wir diese Geräte nur nach ganz besonderen Kriterien aufstellen dürfen, wäre es mir sehr recht, wenn hier nicht quasi unbewiesen solche Behauptungen in den Raum gestellt werden, sondern dass Sie uns dann bitte an einzelnen - bezieht sich jetzt nicht nur auf Sie persönlich, dann hat es doch funktioniert - Punkten dann auch nachweisen, dass wir ein Gerät an einer Stelle aufgestellt haben, wo es eben nicht um Sicherheitsaspekte geht, sondern um das, was Sie hier unterstellen.

Der Bericht kürzlich in der Zeitung, wo im Grunde ein Konnex hergestellt wurde zwischen unseren Geschwindigkeitsmessungen im Karoline-Luise-Tunnel, und einer zusätzlichen Einnahmequelle, die wir dadurch erschließen, wenn Sie sich die Enge dieses Tunnels vor allem bei den Ein- und Ausfahrten anschauen und überlegen, dass dann die Leute auch noch mit überhöhter Geschwindigkeit fahren, dann muss ich Ihnen ehrlich sagen, bin ich heilfroh, dass es dadurch einigermaßen gelingt, die Geschwindigkeit im Zaum zu halten und die vielen Bußgelder, die wir dort einnehmen, zeigen, dass die Autofahrerinnen und Autofahrer das völlig unterschätzen, welche Gefahr einem solchen Tunnel existiert. Und da dann von Abzocke zu sprechen, statt anzuerkennen, dass es offensichtlich doch überproportional viele völlig unvernünftig schnell fahrende Autofahrerinnen und Autofahrer gibt, das ist schon eine wagemutige Argumentation. Das will ich hier an der Stelle auch deutlich machen.

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Ich möchte gerne noch auf einen Zungenschlag in dieser Debatte hinweisen, in zwei Punkten. Zum einen habe ich auf der rechten Seite des Hauses einen klassischen Whataboutism festgestellt. Wir haben hier debattiert über Enforcement-Trailer für Autos und man diskutiert über Fahrradfahrer. Wir wollen hier über die Autos sprechen, wir können gerne separat über Fahrradfahrer sprechen und Fahrradfahrinnen. Das ist im Moment der Antrag. Und als weiteres möchte ich auch noch darauf hinweisen, aus Freiheit erwächst auch Verantwortung. Wenn wir hier den Menschen die Freiheit

geben wollen ohne Kontrolle, ohne Blitze durch die Stadt zu fahren, erwächst auch die Verantwortung, dass die Menschen sich an die Regeln halten. Diese Verantwortung gilt natürlich für alle. Deswegen bin ich der Meinung, dass es keine Abzocke sein kann, denn jedem steht frei, sich an Geschwindigkeitsbegrenzungen zu halten. Und deswegen bin ich der Meinung, wir sollten heute über den Enforcement-Trailer sprechen und genauso gehört es für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer auch zu ihrer Verantwortung, mit einem ordnungsgemäßen Fahrrad zu fahren. Daran beißt die Maus keinen Faden ab, aber darüber diskutieren wir nicht jetzt hier, weil sie dafür nichts beantragt haben.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Also irgendwo hat der Herr Dr. Cremer schon Recht, nur muss man eines sagen, hier wird mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen. Bei Autofahrern kommt der Blitzer hin. Und bei Radfahrern, wir haben das bei der Diskussion über die Karlstraße erlebt, heißt es, wenn wir die Karlstraße für Radfahrer öffnen, dann gibt es kein illegales Radfahren in Nord-Süd-Richtung mehr. Also so unterschiedlich werden hier Dinge gehandelt und das ist nicht in Ordnung.

**Stadträtin Fenrich (pl):** Herr Oberbürgermeister, weil Sie vorhin sagten, Ihnen ist jetzt kein Fall bekannt: Ich sage Ihnen einen Fall. Wenn Sie beim Ärztehaus am Kühlen Krug auf die B10 fahren, Richtung stadteinwärts, also Richtung Bahnhof, ist da ein Blitzer aufgestellt. Da müssen Sie in der Einfädelspur manchmal, weil die Fahrzeuge auf der rechten Fahrbahn ziemlich dicht fahren, beschleunigen. Und wenn Sie Pech haben - mir ist es nicht passiert -, aber ich habe schon gesehen, dass es geblitzt hat. Sie müssen dann beschleunigen und wenn Sie dann fünf Stundenkilometer drüber sind, werden Sie geblitzt. Das ist jetzt kein Grund der Sicherheit, dass dieses Ding aufgestellt ist, sondern das ist meines Erachtens in der Tat Abzocke. Zu dem Fahrrad erlaube ich mir trotzdem etwas zu sagen. Es wäre ganz gut und es wäre dem Sicherheitserfordernis Genüge getan, wenn die Fahrradfahrer mit Licht fahren, und vielleicht auch nicht auf Anlagenwegen in einem 10 Zentimeter Abstand und von hinten an die Fußgänger heransausen. Aber wir besprechen das sicherlich später. Aber wie gesagt, es ist mir ein Anliegen, das jetzt zu sagen.

**Der Vorsitzende:** Der von Ihnen angesprochene Blitzer war sogar schon Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Nein, ernsthaft, wir haben über den vor fünf Jahren oder so schon einmal diskutiert. Das können wir Ihnen gerne heraussuchen. Da wird auch erläutert, warum der an der richtigen Stelle steht. Ich gebe Ihnen aber recht, es gibt dort spannennderweise auch von Leuten, die normalerweise unverdächtig sind, relativ viele Verfehlungen. Aber das zeigt für mich auch wieder, dass es hier, weil man von der Südtangente herunterkommt und dann vorne an der Kreuzung völlig andere Verhältnisse hat, dringender erforderlich ist, dass man sich hier rechtzeitig auf eine niedrigere Geschwindigkeit begibt.

Jetzt wird aber der veränderte Antrag der GRÜNEN, im Jahr 2025 auch die Anschaffung eines solchen Gerätes vorzusehen, hier zur Abstimmung gestellt und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

## Teilhaushalt 3700

### Antrag 1.69 (Seite 177): Neue Stellen Feuerwehr (AfD)

### Antrag 1.70 (Seite 177): Notwendige Sanierung unserer Feuerwehrhäuser angehen (CDU)

Wir kommen damit zum Teilhaushalt 3700 und beschäftigen uns mit der Feuerwehr. Ich darf auf der **Seite 177** auf die erste **Veränderungsliste** hinweisen. Da geht es um die **Umpfanung der Kosten für die integrierte Leitstelle**. Da wird ein Sachkonto korrigiert. In der Summe ist es am Ende neutral. Wir kommen auf der Seite 177 ebenfalls zu einem Antrag der AfD-Gruppe. Neue Stellen Feuerwehr. Gibt es hier eine Wortmeldung?

Dann rufe ich gleichzeitig auf den Antrag der CDU. Das ist die Ordnungsziffer 1.70. Hier geht es um zwei Vollzeitstellen, während die AfD-Gruppe fünf Vollzeitstellen begehrt.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Wir alle wissen, dass wir in dieser Stadt, in unseren Gebäuden manchmal einen erheblichen Sanierungsstau haben, und so ist es auch in den Feuerwehrhäusern der Freiwilligen Wehren der Fall. Wir wissen, wie die Haushaltslage ist, und wir wissen natürlich auch, dass wir in den nächsten Jahren relativ wenig Spielraum haben werden, um Neubauten in den Wehren durchzuführen, aber wir dürfen und wir müssen ein Stück Erhalt vorantreiben. Wir müssen die Feuerwehrhäuser einigermaßen im Schuss halten, um letztendlich die Bausubstanz der Häuser zu gewährleisten. Und diese Feuerwehrleute, das wissen wir alle, stehen auch für einen großen Teil der Sicherheit und ersparen uns relativ viel Kosten im Bereich der Branddirektion. Deshalb glauben wir, ist es richtig, dass wir mit zwei Stellen, eine wurde bereits von Ihnen eingestellt, Frau Lisbach, dass wir diese zwei Stellen bzw. eine Stelle beantragen wollen, um der Berufsfeuerwehr die Möglichkeit zu geben, teilweise in Eigenleistung und Eigenregie die Gerätehäuser sukzessive zu sanieren und Unterhaltsmaßnahmen durchzuführen. Dies wäre unser Antrag und wir sagen dann bloß, eine Stelle anstatt die von uns vorgeschriebenen zwei.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Seit neun Jahren bin ich hier im Gemeinderat, und seit dieser Zeit diskutieren wir darüber, dass die Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr dringend saniert werden müssen. Jetzt ist es offensichtlich, wir haben es im Ausschuss gehabt, die Feuerwehr hat darauf hingewiesen, sie haben einfach nicht die Leute, Bauingenieure oder Poliere oder Bausachverständige, um diese Maßnahmen anzugehen, um überhaupt die Bauherrenfunktion wahrzunehmen. Und deswegen tut sich an der Stelle die ganzen Jahre nichts. Und das ist genau die Stelle, wo wir aktiv werden müssen. Die Feuerwehr hat uns gesagt, sie brauchen fünf Stellen. Wenn jetzt eine Stelle eingeplant ist, würden wir unseren Antrag auf vier reduzieren, vier weitere, damit insgesamt die fünf Stellen geschaffen werden, die die Feuerwehr braucht. Es bringt nichts, jetzt an der Stelle zu sparen, weil damit schieben wir diesen Aufwand nur vor uns her, und die freiwilligen Feuerwehrleute sind damit jeden Tag, wenn sie zum Dienst kommen, konfrontiert, dass sie Probleme haben in ihrer Umkleide, dass sie letztendlich sich nicht geschickt umziehen können, obwohl sie Rauch an den Klamotten haben. Also das sind eigentlich untragbare Zustände und wir dürfen das nicht weiter rauszögern.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Meine Feuerwehr in der Ritterstraße, die war 75 Jahre lang mein Nachbar. Ich hörte die immer ein- und ausfahren, das ist klar, aber das Bauliche muss natürlich auch geregelt werden. Vor allen Dingen für die Leute, die freiwillig bei den

Feuerwehren sind. Das ist im Moment kein Zustand, wie der besteht, zumal die jungen Leute jetzt getrennte Umkleide haben müssen. Die Mädchen und die Jungen brauchen getrennte Umkleideräume. Und von daher allein ist eine weitere Aufstockung des Personalbestands bei der Feuerwehr dringend notwendig. Wir stimmen deswegen dem Antrag der CDU zu.

**Der Vorsitzende:** Ich stelle zur Abstimmung den Antrag der AfD auf fünf zusätzliche Stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den CDU-Antrag, zusätzliche zwei Stellen, eine Stelle, also eine zusätzliche Stelle und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

### **Antrag 1.71 (Seite 177): Zwei Stellen für die Branddirektion bei der Integrierten Leitstelle (GRÜNE)**

Wir kommen zum Antrag der GRÜNEN. Zwei Stellen für die Branddirektion bei der integrierten Leitstelle.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Wir möchten eine fachlich ausgezeichnet besetzte integrierte Leitstelle. Das ist sozusagen das Kernelement unserer Notfallversorgung. In der integrierten Leitstelle wird eine unschätzbar wichtige Arbeit geleistet, die die volle Konzentration der Mitarbeiter\*innen erfordert. Die von uns beantragten Vollzeitstellen für die ILS Stadt Karlsruhe und Land müssen jetzt besetzt werden, denn es geht trotzdem und nach wie vor um die Sicherheit unserer Bevölkerung. Aufgrund eines Gutachtens im Jahr 2020 wurden bereits drei Stellen beschlossen, hier im Gemeinderat. Diese Stellen sind Teil des Stellenbeschaffungsbedarfs aller Disponent\*innen. Diese sind von der Stadt Karlsruhe abzudecken. Alle anderen Träger, wie zum Beispiel das Landratsamt Karlsruhe, haben, wie vereinbart, die ihnen zugeschriebenen Stellen besetzt. Die Stellen, die die Branddirektion Stadt Karlsruhe übernehmen sollen, sind bis auf eine nicht besetzt und genehmigt worden. Damit möchten wir GRÜNEN uns nicht zufriedenstellen. Für eine ausreichende Sicherstellung im Ablauf und in der Versorgung von Notfällen sehen wir die Bevölkerung derzeit einfach nicht ausreichend geschützt. Für diese extrem anspruchsvolle, aber auch stressige Arbeit müssen jetzt speziell geschulte und ausgebildete Mitarbeiter\*innen gesucht werden. Derzeit erledigen die Arbeiteroffenen zwei Stellen Mitarbeiter\*innen der Berufsfeuerwehr durch Abrechnung über Überstunden. Das sollte sich unbedingt ändern.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Frau Großmann, Ihren Ausführungen habe ich wohl gelauscht und wundere mich, dass man innerhalb von wenigen Sekunden einen Paradigmenwechsel hinlegen kann, der seinesgleichen sucht. Wir wissen wohl, was die Integrierte Leitstelle für Stadt und Landkreis Karlsruhe auf die Füße stellt, und deshalb ist dieser Antrag richtig und wir unterstützen ihn mit zwei weiteren Stellen. Bloß das erklären Sie mir bitte, das erklären Sie mir aber bitte nachher auch mal den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden, die im freiwilligen Dienst ihren Dienst leisten.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Herr Kollege Ehlgötz, das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Jetzt muss ich die Frau Großmann in Schutz nehmen. Auch uns liegt die Feuerwehr sehr am Herzen. Wir sehen durchaus die Notwendigkeit. Die Feuerwehr Karlsruhe wird im Übrigen von der Verwaltung und von der Stadt Karlsruhe wie auch hier von diesem Gremium nie in Stich gelassen. Die Feuerwehr Karlsruhe ist über Jahre hinweg eine der

bestversorgtesten Feuerwehren im ganz Land Baden-Württemberg. Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel. Da haben also einige Großstädte noch die Feuerwehruniformen, die neuen Uniformen sukzessive ihren Feuerwehrleuten peu à peu beschafft, und die Stadt Karlsruhe war schon da gestanden mit der neuen Uniform, da haben andere Städte noch davon geträumt. Nur mal ein Beispiel von vielen, warum wir heute jetzt nicht den vorhergehenden Anträgen zugestimmt haben, das ist alleine dem Haushalt geschuldet. Wir müssen auch irgendwo einsehen, dass gespart werden muss, und dieser Punkt scheint uns schon sehr wichtig, aber hat nicht oberste Priorität und Dringlichkeit. Oberste Priorität und Dringlichkeit haben für uns die Schaffung von diesen zwei Vollzeitstellen in der integrierten Leitstelle. Und das hat die Kollegin Großmann auch beschrieben und begründet, weshalb und warum. Das ist eine Arbeitsbelastung für die Kolleginnen und Kollegen dort, die die Arbeit der anderen Kollegen oder der nicht besetzten Stellen übernehmen müssen. Mir leuchtet das auch nicht ein, wenn ein Gutachten sagt, wir brauchen hier drei Stellen und es ist also bisher nur eine geschaffen worden.

Deshalb ein Riesenunterschied zwischen der vorhergehenden Abstimmung, wo wir mit Sicherheit mit vollem Herz und Verstand dabei sind, aber die Vernunft sagt, aus monetären Gründen geht es nicht. Und hier sehen wir die Dringlichkeit gegeben und stimmen dem Antrag zu.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Frau Kollegin Ernemann, Sie haben jetzt schöne Worte gebraucht, um zu bemängeln, dass Sie letztendlich kein Herz für die Freiwillige Feuerwehr haben. Das ist einfach so.

(Zurufe)

Das ist einfach so. Ich sage Ihnen das, was ich für notwendig halte. Denn Sie hätten beim Antrag vorher zustimmen können, ohne dass der Haushalt hier jetzt in Schieflage geraten wäre. Das ist doch an den Haaren herbeigezogen, das finanzielle Argument. Es ist einfach so, und da verstehe ich Sie jetzt gar nicht, aber Sie reden ja für die Fraktion offensichtlich und nicht für Ihr Dorf oben. Denn das kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie jetzt nach Hause gehen und der Freiwilligen Feuerwehr oben in den Bergdörfern erklären können, warum Sie nicht für die Freiwillige Feuerwehr gestimmt haben. Also es ist für mich auch absolut unverständlich. Da hat der Herr Ehlgötz total Recht mit seiner Argumentation am Anfang, und wir haben für die Freiwillige Feuerwehr gestimmt, und wir werden natürlich auch jetzt diesem Antrag zustimmen, aber dass hier gesagt wird, das eine hätte mit dem anderen nichts zu tun, das muss man draußen dann nochmal genauer erklären, mir erschließt sich das nicht.

**Stadtrat Hock (FDP):** Dem Vortrag vom Kollege Cramer - lieber Kollege Cramer, erst mal gute Besserung - aber toll, dass er jetzt dazu was gesagt hat, sonst hätte ich da auch was dazu gesagt, aber da erspare ich mir jetzt. In dem Vorhergehenden hätten wir auf jeden Fall zustimmen können, zumal es in jedem Ausschuss der letzten Jahre immer wieder vorgetragen wurde, dass wir da Problemstellungen haben. Was uns jetzt ein bisschen irritiert, muss ich ganz ehrlich gestehen, vielleicht haben wir auch was nicht ganz verstanden, wir waren bei der integrierten Leitstelle, wir haben explizit nachgefragt, ob es dort Problemstellungen im Personalbereich gibt und man hat uns gesagt, das wäre auskömmlich. Ich bin jetzt da ein bisschen hin und her gerissen. Ich sehe das natürlich, dass wir da immer

gut aufgestellt sein müssen. Nur uns hat man auf explizit die Frage, ob man mit dem Personalstellen, die man jetzt hat, dorthin kommt. Da war das mit dem Ja beantwortet. Deshalb würden wir jetzt diesen Antrag ablehnen.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Frau Kollegin Ernemann, jetzt muss ich mich doch wundern. Sie auf der Seite drüben, Sie setzen sich immer sehr stark für die Jugend und auch für Kinder ein. Und Sie wissen ganz genau, dass die Freiwillige Feuerwehr auch ein Problem hat, Nachwuchs zu bekommen, ich meine jetzt in der Feuerwehr natürlich, und ich könnte mir natürlich auch vorstellen, wenn jetzt die Gebäude so aussehen, wie sie halt aussehen und in die Jahre kommen, und die Kinder kriegen das mit und die Eltern sagen dann, da guck, und das ist nicht in Ordnung, das ist nicht in Ordnung, da frage ich Sie dann schon, wie wollen Sie denn dann Kinder motivieren, dass sie da in die Fußstapfen ihrer Eltern, ihrer Väter oder gar Mütter treten. Das müssten Sie mir auch mal erklären.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Eigentlich wollte ich dazu gar nichts sagen, aber da muss man sich beim CDU-Antrag doch mal fragen, geht es wirklich um eine Abstimmung für oder gegen die Freiwillige Feuerwehr? Man muss sich den Antragstext durchlesen und sich die Frage stellen, ist das, was da gefordert wird, auch wirklich zielführend, um das Ziel, das der Antrag formuliert, zu erreichen? Und ich habe da bei den zwei Handwerksstellen ehrlich gesagt meine Zweifel. Die Planungsstelle, die die Verwaltung vorsieht, ist richtig. Es geht um Sanierung, also müssen wir da Planungen machen, und das andere muss man ausschreiben. Ich habe einfach meine Zweifel, dass das, was die CDU hier fordert, nämlich zwei Handwerkerstellen, dann auch zu dem Ergebnis führt, was wir alle wollen, nämlich dass die ganzen Feuerwehrhäuser auf dem neuesten Stand sind. Das geht für mich nicht zusammen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ich brauche jetzt auch gleich die Feuerwehr hier vorne, weil ich gerade koche. Ich ertrage dieses Gerede nicht, Herr Kollege Cramer, Herr Kollege Hock, so sehr ich Sie schätze, aber ich ertrage es nicht. Wir haben in den letzten Jahren fast jede freiwillige Feuerwehr mit einem neuen Dienstfahrzeug ausgerüstet. Das sind Hunderttausende von Euro, die da reingeflossen sind. Wir rüsten aus mit neuen Funkgeräten, mit neuen Uniformen. Wir sind top unterwegs. Wir haben Kinderfeuerwehren gegründet in dieser Stadt. Das hat alles Geld gekostet. Wir stecken so viel Geld in die Feuerwehr. Wir haben auch in diesem Haushalt wieder 430.000 Euro für die Vormaßnahmen, für die Sanierung drin. Wir werden jetzt noch mal eine Ingenieursstelle dort ansiedeln und wahrscheinlich noch mal zwei ILS-Stellen jetzt drauf packen. Und dieser, Entschuldigung, Schönwetter-Antrag der CDU, der da etwas völlig Sinnfreies beantragt, wie zwei Handwerkerstellen. Was sollen die Handwerkerstellen denn machen? Wir müssen diese Häuser sanieren. Da reicht es nicht, wenn man zwei Handwerker hinstellt, die dann da ein bisschen die Wände streichen. Wir müssen da richtig rangehen und das werden wir mit diesem Antrag nicht erreichen und deswegen, ich verstehe es nicht, wie das jetzt der Punkt ist, wo hier nochmal eine Polarisierung reinkommen muss bei den Feuerwehren, die uns allen an den Herzen liegt.

Herr Cramer, ich freue mich, wenn ich Sie das nächste Mal auf einer Versammlung der Stadtfeuerwehr sehe, weil da können Sie sich mal mit den Menschen austauschen, über die Sie ja sprechen, und da können Sie mal sehen, wer da wirklich hingehht und wirklich dabei ist und mit den Menschen im Austausch ist.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich finde es schade, dass bei so einem wichtigen Thema jetzt hier das so abgeht. Nein, überhaupt nicht. Es ist einfach eine komplette unterschiedliche Wahrnehmung des Ganzen. Es geht hier um einen wahnsinnigen Sanierungsstau in den Feuerwehrhäusern, den wir nie und nimmer städtisch abarbeiten können. Kollege Huber hat eben gesagt, wir sitzen mit den Menschen zusammen und genau das haben sie uns gesagt. Das können wir intern selbst, wenn wir diese Stelle machen. Also von daher ist es überhaupt kein Schönwetterantrag. Es ist genau das, was wir fordern. Es ist weg von Bürokratie Es bedeutet kurze Wege. Es ist mit der Feuerwehr teilweise abgestimmt sogar. Und genau das ist es, was wir hier fordern. Und nein, wie Frau Göttel sagt, wir sollen es wieder ausschreiben. Wir sollen wieder Wege machen. Wir sollen ein Konzept machen. Am besten noch einen Wettbewerb dazu. Da kriegen wir überhaupt nichts, da werden wir nichts hinbekommen, und das ist schade, hier bei einem Thema, wo sie vollkommen Recht haben, dass wir alle zu den Feuerwehren stehen und dass wir alle immer auch die Feuerwehr gut bedacht haben. Aber dies wäre ein Weg gewesen, hier ganz mit einfachen Mitteln den Feuerwehren, den Freiwilligen Feuerwehren vor allem schnell und unbürokratisch zu helfen.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Ich finde diese Diskussion jetzt auch sehr emotional und zum Teil auf beiden Seiten verständlich, aber ich würde jetzt gerne über unseren Antrag für die integrierte Leitstelle abstimmen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir haben von der Feuerwehr gehört, dass sie unbedingt für die Freiwilligen Feuerwehren diese Stellen brauchen, die vorhin abgelehnt wurden. Da hat man dann gesehen, wer nur theoretisch auf der Seite der Feuerwehr steht und wer wirklich auf der Seite der Feuerwehr steht. Und jetzt würde ich gerne mal wissen, ob diese zwei Stellen in der Branddirektion wirklich erforderlich sind, denn wir haben bisher auch nicht von der Feuerwehr gehört, dass die benötigt werden. Vielleicht kann Frau Lisbach was dazu sagen, weil wir würden gerne entsprechend abstimmen. Wenn der Bedarf da ist, stimmen wir gerne zu, aber das hätten wir jetzt gerne noch geklärt.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte zunächst den Satz von Herrn Stadtrat Hofmann wiederholen, der ein bisschen abgewichen hat auch von Meinungen aus seiner eigenen Fraktion. Wir stehen alle zur Freiwilligen Feuerwehr. Und ich finde es sehr schade, dass bloß wenn man mal an einer Stelle mitstimmt oder nicht mitstimmt, sie auch zum Teil ihre eigene Arbeit der letzten Jahre so entwerten, weil wir haben wirklich da ganz viel Unterstützung reingegeben. Und ich würde jetzt für das, was uns nach der Mittagspause blüht, noch bitten, dass wir versuchen, da etwas gemäßiger miteinander umzugehen. Das wäre jetzt einfach erst mal die Botschaft zur Mittagspause.

Zum Thema, Herr Hock, Sie waren auch gut dabei. Und dass wir jetzt diese eine Stelle, die für die Planung und auch Koordinierung der Sanierungsbedürfnisse der Freiwilligen Feuerwehr notwendig sind, in diese ja doch sehr enge Liste mit aufgenommen haben, zeigt ja, dass wir das als Stadtverwaltung genauso sehen. Mit der Handwerkerstelle oder den Handwerkerstellen gibt es unterschiedliche konzeptionelle Einschätzungen. Zu der Frage, die aufgeworfen wurde, die integrierte Leitstelle ist ausreichend mit Personal versorgt, weil die Branddirektion zwei Stellen aus ihrem sonstigen Bedarf abgegeben hat, um dort die erforderliche Stellenanzahl aufzurüsten. Die fehlen dadurch natürlich an anderer Stelle in der Branddirektion. Insofern stimmt die Aussage in der ILS, dass man dort ausreichend Personal hat und da jetzt nicht zwei freie Stellen sind, aber es sind im Grunde aus anderen



Bereichen der Feuerwehr ausgeliehene Personen, die jetzt hier an der Integrierten Leitstelle ihren Dienst tun. Trotzdem möchte ich noch mal darauf hinweisen, dass die Feuerwehr einer der wenigen Bereiche ist, in denen es von der Verwaltung selber keinerlei Kürzungsansätze gab. Das möchte ich bei der Geschichte auch mal doch unterstreichen, dass wir an der Stelle, glaube ich, auch in hoher Loyalität zur Feuerwehr stehen. Und von daher einfach ein bisschen gemäßiger die ganze Diskussion, damit wir uns selber nicht auch noch beginnen in Frage zu stellen.

Und jetzt kommen wir zur Abstimmung des Antrags. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Damit schließen wir jetzt für heute Morgen die Sitzung, gehen in die Mittagspause. Und wir sitzen dann um 14.05 Uhr wieder hier und setzen die Sitzung fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:06 bis 14:08 Uhr)

## Teilhaushalt 4000

### Antrag 1.72 (Seite 191): HHSM\_V89 - Outsourcing von Reinigungsleistungen und Abbau von 5,12 Vollzeitstellen stoppen (GRÜNE, SPD)

**Der Vorsitzende:** Sicherungsmaßnahme HHSM\_V89, da geht es um das Outsourcing von Reinigungsleistungen und Abbau von 5,12 Vollzeitstellen. Ein Antrag der GRÜNEN und der SPD, der sich aber aus unserer Sicht **erledigt** hat, weil wir das gar nicht selber sozusagen wieder einkassiert haben. Sie sehen das auch so, von daher brauchen wir den Antrag jetzt auch weder diskutieren noch abstimmen.

Ich will dazu ergänzen, für die **Seite 191** über die erste **Veränderungsliste** mussten wir den Betrag, den Ansatz für **den Support für die IT Karlsruher Schulen** etwas erhöhen. Wie Sie wissen, gehen wir da jetzt auf externe Dienstleister zu und der Ansatz, den wir bisher vorgesehen hatten, der war nicht ausreichend. Das ist in der ersten Veränderungsliste hinterlegt.

Wir kommen dann zu den **Haushaltssicherungsmaßnahmen** mit der numerischen Ziffer **HHS\_GR38** und **HHS\_GR39**. Da geht es zum einen um die Schülerbeförderung und hier die gleiche Behandlung der Schüler an Grundschulförderklassen wie der an den Grundschulen. Und unter der Ziffer **HHS\_GR40** wird durch die Einführung eines Eigenanteils an den Beförderungskosten im freigestellten Schülerverkehr ab Klassenstufe 5 auch eine Haushaltssicherungsmaßnahme durchgeführt. Die Frage wäre, ob wir beide zusammen abstimmen können. Ich sehe jetzt hier keinen Widerspruch.

Dann stelle ich diese beiden Maßnahmen jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

Auf der **Seite 194** geht es weiter mit der ersten **Veränderungsliste**. Hier haben wir einen **Mehrbedarf** durch Preissteigerungen und zusätzlich notwendige **Beförderungsleistungen** als Pflichtaufgabe eingebracht. Und wir haben ebenfalls auf der Seite summenneutral den sogenannten Inflationstopf umgeplant.

Dann kommt auf der **Seite 192**, wir springen jetzt offensichtlich wieder zurück, auch über die erste Veränderungsliste wurden **Mindererträge bei den Schulsachkostenbeiträgen** nach § 17 FAG, Finanzausgleichsgesetz, den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Wir haben dann unter der **Haushaltssicherung** Maßnahme numerisch Nummer **HHS\_GR39** auf der Seite 191 den Verzicht auf das Projekt Berufseinstiegsbegleitung. Da müssten wir jetzt einen Beschluss drüber fassen und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

#### **Antrag 1.73: HHSM\_GR41 - Keine Erhöhung der Fachschulgebühren (SPD | DIE LINKE.)**

Wir haben unter der **Haushaltssicherungsmaßnahme HHS\_GR41** eine Ertragssteigerung durch die Erhöhung der Gebühren für den Besuch der öffentlichen Fachschulen um 50 Prozent und eine entsprechende Änderung der Gebührensatzung zum Schuljahresbeginn 01.08.2024. Und dazu gehört ein Antrag der SPD und ein Antrag der LINKE. unter der Ordnungsziffer 1.73, auf diese Erhöhung zu verzichten. Und ich würde deswegen jetzt den Antrag hier zur Abstimmung stellen, so wie wir das ja bei anderen Punkten auch gemacht haben. Zwei Wortmeldungen der antragstellenden Fraktionen.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Wir haben gemeinsam mehrheitlich in den letzten Haushalten für die Reduzierung der Fachschulgebühren um 50 Prozent zugestimmt. Aufgrund der Finanzlage wurde der zweite Schritt der Schulgeldreduzierung, nämlich keine Erhebung der Schulgelder ab 2022, ausgesetzt, was wir natürlich sehr bedauern. Jetzt sollen wir laut der Verwaltung eine Rolle rückwärts machen.

Wir beantragen, weiterhin den Status Quo zu behalten, nämlich 50 Prozent Reduzierung der Fachschulgebühren. Denn ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, die Fachschulen sind ein bedeutender Baustein in der Schullandschaft. Sie wirken als starke Motoren für Weiterbildung in der Mittelstandswirtschaft. In ihnen werden vor allem Meisterinnen und Meister und Technikerinnen und Techniker für Industrie und Handwerk als Leitungskräfte in Betrieben ausgebildet. Mit der Weiterbildung an den Fachschulen ist es möglich, dringend benötigte Fachkräfte mit hoher Qualifikation nach Karlsruhe zu locken, von denen viele anschließend hier bei uns bleiben. Auf keinen Fall darf wegen der Sparbemühungen die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Karlsruhe geschwächt werden. Bitte vergessen Sie nicht, dass wir unmittelbar in der Nähe in Rheinland-Pfalz und aber auch in Stuttgart Fachschulen haben, die keine Gebühren erheben. Von daher würde ich mich sehr freuen, wenn wir den Status Quo weiterhin behalten würden.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Ich glaube, wir können uns zu 100 Prozent der Argumentation der Kollegin Uysal anschließen. Seit der letzten Diskussion hat sich der Sachstand nicht verändert. Da geht es wesentlich um die Finanzlage der Stadt. Wir halten aber den Antrag aufrecht. Für uns geht es darum, dass wir ein bisschen Stabilität in unseren Entscheidungen bringen. Von der Verwaltungsspitze ist das total verständlich. Sie haben beim letzten Mal schon darauf hingewiesen. Sie haben jetzt Ihre Position nicht geändert, aber wir würden unsere Position auch ungern ändern, weil das macht auch, finde ich, politisch keinen super tollen Eindruck.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Die Gebührenbefreiung bei den Fachschulen ist natürlich sehr wünschenswert, und wir GRÜNEN hatten auch beim letzten Doppelhaushalt ein

Drittel der Verringerung beantragt. Es handelt sich aber nicht um eine Erstausbildung, sondern um eine berufliche Weiterbildung. Natürlich kann man als Kommune die Gebühren befreien. Allerdings haben wir jetzt auch einen sehr schwierigen Haushalt. Wir sehen das so, dass wir nicht noch weitere Gebühren, für die wir nicht zuständig sind, übernehmen sollten. Da sind im Prinzip Bund, Land und Kommunen gefordert. Insoweit können wir heute für diesen Haushalt nicht zustimmen.

Wir möchten aber betonen, wofür wir zuständig sind. Das ist die Ausstattung der beruflichen Schulen, auch für die Fachschulen. Hier ist es so, dass gerade Karlsruhe enorm viel Geld in die beruflichen Schulen investiert und damit auch hervorragende Ausbildungssituation schafft, auch für die Schüler der Meisterschulen, die übrigens auch ein BAföG beantragen können vom Bund, und für die Fachschüler und Fachschülerinnen. Und von dieser Ausstattung profitieren die erheblich für ihre Qualifizierung und gehen deshalb auch nach Karlsruhe und nicht unbedingt nach Stuttgart. Wir haben auch nicht gehört, dass sich Menschen an uns wenden, die in Not sind und deshalb sagen, sie können die Ausbildung nicht machen. Von daher können wir dieses Mal nicht zustimmen, aber sichern die Qualität und da investieren wir auch weiter sehr viel Geld und sind sehr froh darüber, dass wir das machen können, auch in Zukunft.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Frau Uysal, 100 Prozent Zustimmung zu dem, was Sie gesagt haben. Vielleicht noch ein Satz dazu. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, wenn unsere Schulgebäude heute nicht mehr besetzt werden mit Schulklassen, Meisterschülern oder Fachschülern in andere Richtungen, dann haben wir ein Problem. Das Problem heißt nämlich dann, dass diese Räume nicht mehr benutzt werden, und letztendlich stehen sie leer und das sind unheimliche große Folgekosten, die die Stadt zu zahlen hat. Auch das muss uns klar sein und wenn ein Standort wie Karlsruhe heute keine Meisterfachschule mehr voll bekommt, und das ist der Fall ab nächstem Schuljahr, dann hat es Auswirkungen auf ganz Baden-Württemberg. Dann bin ich wieder bei Ihnen, Frau Uysal, dass es Auswirkungen hat auf den Facharbeitermangel. Wir brauchen hier in dieser Stadt dringend Handwerker. Liebe Frau Kollegin aus den grünen Reihen, Sie werden kein einziges Solardach mehr auf die Füße stellen können, wenn Sie morgen keinen Elektromeister mehr in einer Meisterschulrunde als Ausbildung durchgeführt haben. Und es muss Ihnen bewusst sein, volle Zustimmung für den Antrag der SPD.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion möchte sich nachdrücklich bei der SPD und bei der LINKE.-Fraktion bedanken, dass sie diesen Antrag gestellt haben. Wir waren in den letzten Haushaltsberatungen schon dabei, und wie der Herr Kollege Ehlgötz gerade sagt, die CDU auch, die an sich praktisch die Schulgebühren auf Null fahren wollten. Und wir sind dann diesen Weg mitgegangen, diesen Kompromiss. Aber dass man jetzt diesen Kompromiss auch nochmal aufweicht oder jetzt auch noch rückgängig machen will, das können wir nicht mittragen.

Frau Kollegin Rastätter, natürlich wird niemand bei Ihnen, bei der GRÜNEN anrufen und sagen, ich brauche Unterstützung. Da sind Sie gar nicht der Ansprechpartner dafür. Wir bekommen die Rückmeldung aus den Berufsschulen, dass das weiterhin als ein absoluter Standortvorteil gesehen wird, diese Meisterschulen, und eben auch - und das möchte ich einfach nochmal wiederholen - in der Nachbarschaft, in Rheinland-Pfalz drüben, in Stuttgart, sind die Schulgebühren auf Null. Da können wir uns nicht davon verabschieden, uns jetzt auf einmal schlechter zu stellen. Aus den Berufsschulen wird absolut drum gebeten,

dass zumindest der Status Quo, wie wir ihn jetzt haben, weiterhin gilt. Und nochmal, Frau Rastätter, sich auf Land und Bund jetzt wieder zu beziehen und auf BAföG und, und, und, das sind doch alles Hilfsargumente. Ich denke, Sie sollten nochmal in Ihrer Fraktion sich überlegen, diesem Begehren, diesem Antrag der SPD und von den LINKEN, letztendlich auch Antrag von uns und von der CDU zu folgen.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Natürlich stimmen wir mit der SPD um den Erhalt des Zuschusses für die Fachschulen. Die Fachschulen sind unsere Basis für unsere Ausbildung. Die lassen nicht nur ausbilden, die bilden auch selber aus, die sorgen für den Nachwuchs. Und nebenbei machen manche das schon. Ich habe morgens gearbeitet und bin danach in die Berufsschule. Ich bin fast eingeschlafen oft, natürlich. Und das ist ein riesiges Opfer, das die Leute hier bringen. Und das dürfen wir nicht vernachlässigen. Das müssen wir unterstützen, natürlich auch finanziell. Wir stellen uns in Karlsruhe selbst ins Abseits. Deswegen stimmen wir voll dem SPD-Antrag zu.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Mein Kollege sagt, ich soll richtig schwätzen, das werde ich jetzt auch machen. Natürlich stimmen wir dem Antrag der SPD, der LINKE zu, denn ich freue mich tatsächlich, dass die SPD endlich wieder zurückgefunden hat zu ihrer Klientel der Arbeiterschaft und mehr möchte ich hier dementsprechend nicht ergänzen.

**Der Vorsitzende:** Also ich möchte zur Klarstellung, Herr Stadtrat Jooß, sagen, es geht hier nicht um den Bäckergehilfen, der morgens arbeitet und nachmittags in der Berufsschule schläft, sondern es geht hier um die Meisterkurse. Und das ist nicht das normale Angebot der Berufsschulen. Also nicht, dass jetzt der Eindruck entsteht, wir wollten an den Berufsschulen irgendwas...

(Zuruf)

- Nein, aber das ist hier so formuliert worden, als wollten wir jetzt Gebühren einführen oder hätten Gebühren bisher. Darum geht es doch überhaupt nicht.

Es geht um Fachschulen, und dass das nicht eine quasi anerkannte Ausbildung ist, sondern nur als Qualifizierung gilt. Das ist wohl ein Thema auf Landes- und Bundesebene. Und deswegen gehört da die Diskussion eigentlich auch hin. Und wir wollen den Status Quo auch nicht verschlechtern. Wir wollen nun die zweite Stufe nicht zünden, die Sie uns einmal aufgetragen haben. Das ist eine klassische freiwillige Aufgabe. Die dürften Sie unterjährig gar nicht einführen, weil Ihnen das Regierungspräsidium das quasi schon verbieten würde.

Ich will nur noch mal klarstellen, worum es geht. Hier wird im Moment nichts schlechter als zum Status Quo, wenn Sie jetzt das nicht wieder zurücknehmen. Und es geht hier auch nicht um die normale Berufsschule. Es geht auch nicht darum, einen Zuschuss an die Berufsschule zurückzuziehen, sondern es geht darum, die Einnahmesituation an der Stelle, das sind nach wie vor bezuschusste zusätzliche Qualifizierungen, die Einnahmesituation zulasten der Stadt noch mal zu verschlechtern an dieser Stelle, aber sie ist sowieso schon negativ, weil wir natürlich nicht die gesamten Kosten umlegen auf den einzelnen Schüler. Das ist vielleicht auch nochmal wichtig zu sagen.

Wir kommen damit zur Abstimmung und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Gut, der Änderungsantrag ist angenommen, **mehrheitlich**.

**Antrag 1.74 (Seite 193): HHSM\_GR37 - Keine Erhöhung der Entgelte für Schulesen zum 01.01.2024 (DIE LINKE.)**

**Antrag 1.75 (Seite 192): HHSM\_GR42 - Bezahlbares Mittagessen in Ganztagschulen - keine Erhöhung der Entgelte zum 01.01.2025 (CDU | SPD | DIE LINKE.)**

Wir kommen jetzt zu den **Haushaltssicherungsmaßnahmen** numerisch **HHS\_GR37**, Ertragssteigerung durch Erhöhung der Entgelte Mittagessen an Ganztagschulen und Haushaltssicherung Nummer **HHS\_GR42**, Ertragssteigerung durch Erhöhung der Entgelte für Schulesen an Ganztagschulen auf 4,50 Euro. Dazu gibt es einen Antrag der LINKE., keine Erhöhung der Entgelte für Schulesen und es gibt einen Antrag der CDU, einen der SPD und einen der LINKE. Einmal geht es um den 01.01.2024, einmal um den 01.01.2025, wenn ich es richtig wiedergegeben habe. Auch da können wir aus meiner Sicht mit den Anträgen das Thema abarbeiten, abfrühstücken hätte nicht ganz gepasst, und brauchen die Haushaltssicherungsmaßnahmen der Stadt gegebenenfalls nicht zur Abstimmung stellen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Dass wir dieses Mal eine schwierige Haushaltsberatung haben, das ist jedem klar. Und dass wir sparen müssen und sollen, das ist auch jedem klar. Ich glaube, wir haben auch schon sehr viele oder die meisten Maßnahmen auch wirklich schweren Herzens mitgetragen. Aber Maßnahmen, die in einem Staccato hintereinander erfolgen und die dann auch noch bei denjenigen erfolgen sollen, die es vielleicht am wenigsten ertragen können, wollen wir so nicht mittragen. Eine grundsätzliche Preissteigerung ist bei der allgemeinen Inflation, bei den immer höher werdenden Preisen natürlich notwendig. Das ist uns allen sicherlich klar. Aber eine Steigerung jetzt zum 01.01.2024 und dann direkt die nächste schon ankündigen zu 2025, ist unserer Meinung nach überhaupt nicht verhältnismäßig und deswegen haben wir auch diesen Antrag gestellt. Wir werden die erste Steigerung natürlich mittragen, ich denke, das ist auch vertretbar. Aber die zweite, die jetzt schon angekündigt wird, werden wir so auf keinen Fall mittragen, denn wir können nicht bei unseren Kindern in dieser Art und Weise sparen.

**Stadträtin Moser (SPD):** Aufgrund der prekären Haushaltssituation tragen wir, die SPD-Fraktion, die Erhöhung von 50 Cent von 3,50 Euro auf 4 Euro zum 1. Januar 2024 mit. Der Erhöhung auf 4,50 Euro ab 2025 stimmen wir nicht zu. Und ich möchte das auch ganz kurz begründen. Das Schulmittagessen gewährt nämlich, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer finanziellen Situation Zugang zu einem warmen Essen am Tag haben. Konzentration, Leistungsfähigkeit werden gesteigert, der Gemeinschaftssinn wird gefördert und entlastet die Eltern. Die beiden Erhöhungen kurz hintereinander sind unserer Meinung nach unangemessen für die Eltern und deswegen lehnen wir ab 2025 die Erhöhung ab.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Ich glaube, wir haben oft genug schon gesagt, was wir uns darunter vorstellen beim Mittagessen, dass wir eher Richtung Entgeltfreiheit gehen wollen und die, ich sage es mal in Anführungszeichen, wirkliche Spirale, kleine Spirale, die wir da haben, dass wir die nicht mittragen wollen. Da unterscheiden wir uns ein bisschen, dass wir auch für 2024 die Erhöhung nicht mittragen wollen. Wir glauben einfach, dass das Mittagessen ein elementarer Bestandteil des Bildungssystems ist und wir verstehen die finanzielle Lage. Wir sollten aber nicht bei den Kindern und Jugendlichen ansetzen. Ich

glaube, das sind diejenigen, die es am wenigsten schultern können und genauso die Karlsruher Familien.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Das Schulmittagessen ist ein wichtiger Bestandteil des pädagogischen Konzepts von Schulen. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele, im Prinzip eigentlich sogar alle, am Schulmittagessen teilnehmen. Das ist in den Grundschulen der Fall, aber nicht an den weiterführenden Schulen. Wir können heute dem Antrag von SPD und GRÜNE zustimmen. Die Begründung ist auch schon genannt worden. Wir wollen nicht, dass Kinder und Eltern noch mehr belastet werden und deshalb ist vier Euro für uns das absolute Maximum. Denn wir wollen auch ein hochwertiges Essen. Es geht nicht nur um eine Verpflegung, sondern es geht darum, dass dieses Essen auch mit hochwertigen Zutaten und auch ein gesundes und gut schmeckendes Essen ist. Dafür kann vier Euro im Augenblick bezahlt werden, aber mehr geht hier einfach gar nicht.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Ich möchte noch einmal etwas sagen zu dem schon den ganzen Tag und wahrscheinlich morgen auch immer wieder fallenden Begriff und die prekäre Finanzsituation. Die Finanzsituation ist nicht einfach, aber ich möchte trotzdem am Ende der ganzen sozialen Fragen oder Anträgen hier im Gemeinderat kurz erwähnen, dass wir vom Land 25 Millionen Euro bekommen haben, was natürlich das Prekäre etwas abmildert. Und ich denke, da muss auch für die Beschlüsse des Gemeinderats ein gewisser Spielraum da sein. Uns wurde von der Finanzdezernentin das heruntergerechnet, dass die 25 Millionen Euro an sich nur noch 3 Millionen Euro sind. Aber das sieht meine Fraktion anders. Ich möchte einfach daran erinnern, wir haben 25 Millionen Euro vom Land bekommen, und das muss sich auch positiv dahingehend auswirken, dass wir hier mehr Spielraum haben, als uns die Verwaltung zugestehen will.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Wir Freien Wähler|FÜR Karlsruhe sehen es ähnlich. Eine Erhöhung im nächsten Jahr gehen wir mit, wie die Verwaltung vorschlägt. Es sind 14, fast 15 Prozent Erhöhung. Für das Jahr 2025 folgen wir dem Antrag der Antragsteller, weil das wären dann fast 30 Prozent innerhalb eines kurzen Zeitraums, und das zu vermitteln ist schwierig und sonst sehen wir die gleiche Argumentation, die hier vorgetragen wurde.

**Der Vorsitzende:** Gut, dann arbeiten wir jetzt die Anträge ab. Ich rufe zunächst auf den Antrag der LINKEN bereits zum 01.01.2024 auf die Erhöhung zu verzichten. Ich würde dabei implizieren, dass wenn der abgelehnt wird, wir damit der Erhöhung um 50 Cent zugestimmt haben, sonst muss ich es nochmal aufrufen, das macht keinen Sinn. Also, dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf, die Anträge der CDU, SPD und LINKEN zum 01.01.2025 auf die zweite Erhöhung zu verzichten und bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

Es gibt so Allianzen. Ich möchte auch anknüpfen an das, was Herr Cramer gesagt hat, nochmal auf Folgendes hinweisen. Wenn wir jetzt aufrechnen würden, was wir vom Land allein für die Krankenhausinvestitionen bekommen müssten und vieles mehr, wobei ich nicht genau weiß, was mit den 25 Millionen Euro gemeint war, dann relativieren sich irgendwelche Mehreinnahmen, die wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle haben, zumindest im Verhältnis zum Land sehr. Da sind wir am Ende immer eher diejenigen, die,

auch wenn es vom Land übertragene Aufgaben sind, dann noch mit kommunalem Geld draufzahlen müssen.

Zur Gesamtdiskussion würde ich gerne nochmal einführen, weil das jetzt erneut ein Thema war, wo hier der Eindruck entsteht, wir müssen bei jeder Erhöhung, die auf irgendeinen Bürger oder Bürgerin einen Einfluss hat, immer berücksichtigen, dass im Moment Inflation und vieles andere mehr jeden von uns und damit auch jede Bürgerin, jeden Bürger trifft. Wir müssen aber auch feststellen, dass wir entsprechende Auswirkungen auch auf den städtischen Haushalt haben. Auch wir haben mit Inflation zu kämpfen. Wir haben relativ hohe Tarifabschlüsse zu erwarten. Auch die müssen wir bei unseren Menschen umsetzen. Und wenn ich jetzt höre, dass die GDL 11 Prozent Tariferhöhung für nicht ausreichend betrachtet, dann habe ich nicht den Eindruck, dass... Und wir hatten im öffentlichen Personennahverkehr auch schon eine Steigerung innerhalb von zwei Jahren von 16 Prozent insgesamt. Wenn man bei den Tarifergebnissen bei allen ausgehandelten Aspekte versucht, das Geld umzusetzen, dann bitte ich doch zu berücksichtigen, dass wir hier in einem funktionierenden Sozialsystem, in einer funktionierenden Sozialpartnerschaft leben und wir nicht immer nur die eine Seite betrachten können und auf der anderen Seite, da wo es bei uns nämlich zu deutlich steigenden Kosten kommt, der Meinung sind, wir könnten jetzt alles dadurch ausgleichen, dass wir das nicht auch ein Stück weit umlegen auf die Bürgerinnen und Bürger, die an vielen Stellen auch von Dienstleistungen von uns profitieren und dass wir die Armen oder die ärmeren Gruppen versuchen über den Karlsruher Pass dann nochmal separat aufzufangen und zu begleiten. Da haben Sie auch gerade in den letzten Jahren doch entsprechende weitreichende Beschlüsse gefasst, sodass ich ehrlich gesagt bei manchen Punkten diese stark steigende Schieflage nicht erkennen kann, sondern eher erkenne, dass wir nicht nur die zusätzlichen Ausgaben, die wir für viele Dinge haben, nicht wieder umlegen können, sondern insgesamt sich die Defizite auch zum Teil, was die Gesamtschere betrifft, weiter auseinanderentwickeln. Da kommen wir, glaube ich, auf Dauer so nicht weiter. Aber das werden wir dann zu gegebener Zeit noch einmal gemeinsam betrachten.

Ich rufe jetzt auf der Seite 191 auf, **Ertragssteigerung durch die Entgelterhöhung um 5 Prozent für flexible Nachmittagsbetreuung und Fernbetreuung**. Das ist eine **Haushaltssicherungsmaßnahme** unter der Ziffer **HHS\_GR43**. Über die müssten wir jetzt abstimmen und wir haben eine ähnlich gelagerte Ertragssteigerung bei **HHS\_GR44**. Da geht es um ergänzende Betreuung und modulare Schulkindbetreuung. Das können wir vielleicht zusammenfassen und beides stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank.

#### **Teilhaushalt 4100**

Wir kommen damit zum Teilhaushalt Kultur 4100 und beginnen auf der Seite 214 mit einer **Haushaltssicherungsmaßnahme, Reduzierung der Projektförderung für das Karlsruher Forum für Kultur, Recht und Technik**, und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

Dann kommt unter der Ziffer **HHS\_GR46** eine **Haushaltssicherungsmaßnahme, Reduzierung durch Streichung der Sommerleseaktion Freibadbüchereien**. Auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

Dann kommen wir unter **Haushaltssicherung**, Ziffer **HHS\_GR47**, **Einstellung der institutionellen Förderung für das Haus der Heimat ab 2024**. Auch da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. Auch **mehrheitliche Zustimmung**.

Und dann kommen wir zum Karpatendeutschen Kulturwerk. Da empfehlen wir auch die **Streichung der institutionellen Förderung, HHS\_GR51**. Das ist im Einvernehmen auch mit dem Kulturwerk so besprochen und wird schon seit 2022 so gehandhabt. Da bitten wir um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **Einstimmigkeit**. Vielen Dank.

Wir kommen zur **Haushaltssicherung** der Ziffer **HHS\_GR54**. Da geht es um die **Vereinsförderung Hallenmiete**. Da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

#### **Antrag 1.76 (Seite 207): Kunstkommission straffer organisieren (FW|FÜR)**

Wir kommen damit auf der Seite 207 zu einem Antrag der Freien Wähler | FÜR Karlsruhe, Kunstkommission straffer organisieren.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Hintergrund von uns ist natürlich auch ein bisschen das Einsparen im Blick zu haben. Die Kunstkommission, da geht es um die Kunst im öffentlichen Raum. Es fallen manchmal Sitzungen aus. Es gibt aber auch Sitzungen, die drei oder vier Stunden dauern. Wir hatten uns vorgestellt, dass die Vorlage in Vorbereitung einfach ein bisschen dezidierter ausfallen kann, vielleicht auch schon mit Bebilderung zu den Kunstwerken oder die Präsentationen auf digitalem Weg vorab und dass man dann die Kunstkommission im Anschluss an die Kulturausschusssitzung durchführen kann, um das einfach ein bisschen effektiver zu gestalten und nicht das Gremium komplett zweimal anreiben zu lassen. Die Argumentation der Stadt können wir nachvollziehen. Das war uns auch bewusst. Wir wollten hier den Anstoß zum Nachdenken geben, dass für 2024 die Termine bereitstehen. Dazwischen liegt auch noch eine Kommunalwahl und deswegen würden wir unseren Antrag gerne in den Kulturausschuss verweisen.

**Der Vorsitzende:** Das können wir gerne tun, damit verwiesen in den Kulturausschuss.

#### **Antrag 1.77 (Seite 207): Reformierung der institutionellen Förderung (FW|FÜR)**

Wir kommen zu einem weiteren Antrag. Freie Wähler | FÜR Karlsruhe, Reformierung der institutionellen Förderung.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Auch hier gilt zunächst unser großer Dank Frau Szope, die mit ihrem Team wirklich einen tollen Job macht und sicherlich kein einfaches Erbe angetreten hat. Statt die Kultur zu gestalten, ist sie eher eine Krisenmanagerin. Ich glaube nicht, dass sie sich das so vorgestellt hat. Prinzipiell, als Freien Wähler | FÜR Karlsruhe wollen wir im Kulturbereich keine Kürzungen, außer bei den beiden großen Institutionen. Bei allen anderen und vor allem den Kleinen sehen wir das als äußerst schwierig. Aber wir werden auch keiner Erhöhung zustimmen in Anbetracht der schwierigen Haushaltslage. Wir sind bereits, das Kulturamt hat das vorgeschlagen, auf dem Weg der Reformierung, die uns vielleicht noch nicht weit genug geht und deswegen denke ich, dass das ein Prozess ist, der kontinuierlich fortbetrieben werden muss, um vor allem junge Künstler eine Möglichkeit zu



geben, hier ein Start-up zu gründen oder in den wirtschaftlich sinnvollen Bereich zu kommen.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Ganz kurz noch ein Beitrag von mir. Es stimmt, die Kulturförderung ist ein Spiegelbild der kulturpolitischen Schwerpunktsetzung unserer Stadt. Ich denke, dass der Kulturausschuss sich dann über dieses Thema verständigen wird und die finanziellen Auswirkungen werden wir dann auch sehen. Wir würden den Prozess dann wohlwollend begleiten und auch die Ergebnisse abwarten.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Wir befinden uns zwar noch in diesem Prozess des Kulturamtes, aber ich will schon vorwegstecken, dass wir sicherlich keiner Reformierung der Zuschüsse zustimmen werden, die am Ende eine weitere Prekarisierung der Beschäftigung im Bereich Kultur zur Folge hat. Und das sehen wir hier sehr massiv in dem Vorschlag, wie er gemacht wird. Wir sehen natürlich auch, dass man eine Sicherung von Kulturorten und eine Anmietung nur mit gewissen Sicherheiten im Hintergrund hat. Das wird dann darauf hinauslaufen, dass viele Einrichtungen, Orte, wo auch Freikünstlerinnen tätig sind, verloren gehen könnten. Man muss natürlich auch sehen, dass es mehr gibt, was ein Kriterium sein sollte, dass es existiert, als nur ein monetärer Erfolg.

**Der Vorsitzende:** Ich glaube, das waren jetzt eher Statements. Dann können wir so verbleiben.

Wir kommen jetzt in die ganze Diskussion um die verschiedenen **Zuschüsse im Kulturbereich**. Das hat etwas mit den **Haushaltssicherungsvorschlägen** zu tun, Ziffer **HHS\_GR49** war das Badische Staatstheater, das zweite ZKM (**HHS\_GR50**), dann **HHS\_GR52** und **HHS\_GR53**. Jetzt müssen wir gucken, wie wir da durchkommen, weil es unterschiedlich gelagerte Anträge dazu gibt.

#### **Antrag 1.78 (Seite 207): Keine Kürzungen im gesamten Teilhaushalt (FDP)**

Ich würde deswegen als weitestgehenden Antrag den Antrag der FDP jetzt aufrufen wollen unter 1.78, weil es darum geht, sämtliche Kürzungen zurückzunehmen, bevor wir uns dann den einzelnen Kürzungen eventuell nicht mehr zuwenden müssen oder eben doch noch zuwenden.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Gemäß unserem Fahrplan aus der Haushaltsrede, bei Sport, Sozialem und Kultur nicht kürzen zu wollen, haben wir diesen Antrag gestellt. Die finanzielle Lage der Stadt ist kritisch, das wissen wir auch. Wir wollen aber verhindern, dass die Empfänger der freiwilligen Leistungen, die für diese Schieflage nicht verantwortlich sind, nun dafür auch geradestehen. Ich bin überzeugt davon, dass eine lebendige und vielfältige Kultur wichtig ist für eine Großstadt wie Karlsruhe. Dieser weiche Wirtschaftsfaktor wird stets unterschätzt. Kürzungen hier schmälern die Attraktivität unserer Kommune. Der wirtschaftliche Schaden und der Kratzer im Lack der Attraktivität wären immens. Hierzu muss noch berücksichtigt werden, dass bei den Institutionen mit Komplementärförderung noch eine Einsparung der Landesmittel erfolgt.

Ich will auch nicht unerwähnt lassen, die singuläre, ich nenne es mal drakonische, Kürzung beim Kammertheater. Die vorliegende Besonderheit, dass hier Leistung am Ende bestraft wird, findet bei uns in der Fraktion der Liberalen keine Zustimmung. Die Kultur hat die

Schieflage im Haushalt nicht provoziert. Der Wirtschaftsfaktor wird übersehen. Die Lebendigkeit der Kommune leidet. All dies sind für uns Gründe, die Kürzungen im gesamten Teilhaushalt abzulehnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bitten um Ihre Zustimmung.

Wir sind uns doch alle einig, dass wir das Beste für unsere Kulturlandschaft wollen. Zumindest der Erhalt des Status Quo sollte uns allen wichtig sein, auch wenn Erhöhungen derzeit nicht darstellbar sind. Also lassen Sie uns bitte heute ein ganz starkes gemeinschaftliches Signal an die Kultur senden. Geben Sie sich einen Ruck, stärken Sie die Kultur und stimmen Sie unserem Antrag zu.

**Stadtrat Frewer (GRÜNE):** Kultur ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie trägt zur Meinungsbildung bei, setzt Akzente, stößt Diskussionen an und gerade im Bereich der freien Kultur findet dieses in einer Breite statt, wie wir sie uns eigentlich nur wünschen können. Deshalb hat meine Fraktion den Antrag gestellt, die 1,5%-Kürzung zurückzunehmen, was den Bereich der freien Kultur angeht. Anders als andere Fraktionen beziehen wir aber die Volkshochschule dort mit ein, die sonst bei den anderen Fraktionen nicht berücksichtigt wird, vielleicht mit Ausnahme der FDP. Wenn wir die Volkshochschule in diesem Bereich nicht mit einbeziehen, dann wird etwas passieren, was wir uns so nicht wünschen wollen. Wir wollen eine starke Volkshochschule. Wir werden später im Haushaltsantrag 1.130 noch über den Mietzuschuss reden. Aber auch diese 1,5 Prozent werden der Volkshochschule richtig wehtun. Sie muss entweder das Angebot reduzieren, was das Ganze unattraktiver macht. Sie müsste Dozentinnenstellen einstellen oder kürzen, auch das trägt nicht zur Attraktivität der Volkshochschule bei, oder eben die Gebühren erhöhen. All das wollen wir nicht. Deshalb werden wir uns stark machen dafür, die 1,5%-Kürzung zurückzunehmen und für die freie Kultur und auch die Volkshochschule dort mit einzubeziehen. Und ich hoffe, dass wir dafür eine Mehrheit bekommen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich hatte eben ein bisschen den Eindruck bei dem Wortbeitrag von Frau Böringer, als ob wir überhaupt nichts für die Kultur machen. Ich glaube, die Kultur ist in Karlsruhe, und zwar fraktionsübergreifend immer jedem, aber wirklich jedem extrem wichtig gewesen. Herr Frewer hat es gerade gesagt, die Kultur ist der Kitt der Gesellschaft, da kann ich ihm nur zustimmen. Die Kultur wird aber in Karlsruhe auch sehr gut gefördert. Ich glaube, wir haben im Haushalt mittlerweile über 60 Millionen Euro eingestellt, und das ist auch gut so, und das ist wichtig so und das haben wir, glaube ich, über viele Jahre auch so gemacht.

Nur eins ist doch auch ganz klar, wenn wir in einer prekären Situation sind, muss man bei jedem darüber nachdenken, wo kann man vielleicht das ein oder andere entsprechend kürzen. Und da haben wir auch den Antrag gestellt, diese 1,5 Prozent zurückzunehmen bei den freien Trägern, denn hier ist es natürlich besonders wichtig, hier ist teilweise sehr viel Ehrenamt, sehr viel Engagement mit drin, und dies muss natürlich anders bewertet werden als alles andere. Ich denke auch - den Antrag haben wir auch -, die Volkshochschule muss hier mit reingenommen werden. Ich denke, das ist in dem ganzen Prozess etwas untergegangen. Von daher ist dies uns natürlich auch extrem wichtig. Uns ist aber auch wichtig, dass nicht die Kultur gegen andere Bereiche ausgespielt wird, sondern wir müssen insgesamt versuchen, eine Lösung zu finden. Hier müssen wir mittelfristig auch in eine Dynamisierung kommen, denn die ganze Problematik der immer steigenden Kosten ist für die freien Träger so natürlich nicht tragbar. Ich bin gespannt, wie wir das in den

nächsten Anträgen zusammenfassen können, dass wir hier entsprechend dann auch tätig werden.

Aber natürlich eins ist auch ganz klar und da hat Frau Böhringer recht, es kann nicht sein, dass auch im Bereich der Kultur Leistung bestraft wird. Das heißt, wenn jemand Leistung bringt, dann darf er dafür nicht bestraft werden und deswegen, was hier im Fall des Kammertheaters passiert ist, das findet überhaupt nicht unsere Zustimmung und das haben wir auch ganz klar gesagt, dass wir dies so nicht mittragen werden. Aber es sind trotzdem unterschiedliche Gesichtspunkte. Wenn ich jetzt die Problematiken zum Beispiel beim Sandkorn sehe, gegenüber doch gut laufenden Institutionen wie dem Tollhaus oder dem Jazz-Club, der ein ganz neues Gebäude bekommen hat, dann muss man natürlich schon unterschiedlich werten. Das machen wir jetzt nicht, aber dies muss zum Beispiel in einen Prozess der Dynamisierung auch mit eingebaut werden. Und von daher, denke ich, müssten wir den Antrag der FDP grundsätzlich ablehnen, aber wir gehen nachher noch in andere Bereiche, wo wir ganz klar dann auch sagen, im Bereich der freien Träger stimmen wir der Reduzierung nicht zu.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ich schließe mich teilweise den Worten meines Vorredners an, muss auch nochmal erwähnen, dass die Kultur uns allen am Herzen liegt seit Jahren, seit Jahrzehnten und dass die Stadt Karlsruhe in der Größenordnung ihrer Einwohnerzahl mit den höchsten Kulturetat hat. Das muss man sich immer mal vor Augen halten. Das erzähle ich auch gern bei anderen Städten, bei Freunden und Bekannten hier in Karlsruhe. Wir haben einen sehr hohen Kulturetat.

Nichtsdestotrotz, der Hilferuf der freischaffenden Kulturträger oder Kulturinstitutionen ist auch bei uns angekommen. Die Kulturszene hat Corona überlebt. Keine Kulturinstitution ist uns in Corona-Zeiten verloren gegangen. Das wollen wir auch weiterhin. Deshalb schließen wir uns auch dem an, dass wir die Kürzung von 1,5 Prozent nicht mittragen werden. Wir machen Ausnahmen und wir haben uns entschlossen, das war unser Fahrplan von vornherein, als die Diskussion Haushalt und Kultur bei uns geführt wurde, dass wir keine Neuanträge befürworten aufgrund der finanziellen Situation. Es gibt Ausnahmen, da wird noch dazu gesprochen werden, was das Kammertheater angeht und die Dynamisierung im Kulturbereich. Aber lassen Sie mich auch eins sagen, das nehme ich jetzt mal vorweg zum Kammertheater. Dieser Zungenschlag, man darf erfolgreiche Kulturinstitutionen nicht bestrafen, der kam vom Kulturamt. Und das war für mich sehr ungünstig gewählt, Herr Bürgermeister Käuflein. Wenn ich so eine Bemerkung mache, dass ich erfolgreiche Kulturinstitutionen bestrafe, dann muss ich mich nicht wundern, dass diese Diskussion in dieser Richtung bezüglich des Kammertheaters Emotionen geschürt und hohe Wellen geschlagen hat. Aber das ist ein anderer Punkt, wir reden noch über das Kammertheater, aber grundsätzlich für meine Fraktion, wir gehen diese 1,5 Prozent Kürzung nicht mit.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Ich habe es in meiner Haushaltsrede bereits angesprochen, dass wir mit großer Sorge auf die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft blicken. Wir müssen schauen, dass wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder stärken. Aus unserer Sicht kommt dabei der Kultur eine wichtige Aufgabe zu. Unsere vielfältige Kultur, und jetzt bemühe ich mich auch um diesen Vergleich, ist der Kitt unserer Gesellschaft. Hier investieren wir in das Heute der Menschen. Kunst- und Kultureinrichtungen wie das Tollhaus, die Alte Hackerei oder Theater wie das Sandkorn und das Tiyatro Diyalog oder aber Cantus Juvenum oder die Kindermalwerkstatt und viele mehr

ermöglichen und weiten den gesellschaftlichen Diskurs. Sie verbinden Menschen und stärken somit unsere demokratischen Freiheiten. Wir haben deshalb unter anderem beantragt, die vorgesehene Kürzung des Zuschusses für die Einrichtungen um 1,5 Prozent zurückzunehmen. Außerdem wollen wir die Zuschüsse für die Kultureinrichtungen nach dem Verbraucherpreisindex dynamisieren. Damit wollen wir dem Ernst der Lage begegnen, der sich aus der seit Jahren gleichbleibenden Förderung bei gleichzeitiger Kostensteigerung ergibt. Und weil sich die Situation für die meisten Kultureinrichtungen durch die Krise der letzten Jahre zum Teil dramatisch verschlechtert hat, ist eine Dynamisierung aus unserer Sicht alleine nicht ausreichend. Wir haben deshalb noch weitere Anträge zur Zuschusserhöhung gestellt.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Mit einer sehr großen Einmütigkeit sind vor diesen Haushaltsberatungen die Kultureinrichtungen auf uns zugegangen und haben uns die Lage dargestellt. Ich glaube, diese Zusammenarbeit war an dieser Stelle ganz wichtig. Die Problematik ist klar, seit Jahren stagnieren die Zuschüsse, aber die Kosten steigen, die Mieten steigen, die Preise im Strombereich steigen und man würde sich auch wünschen, dass die Personalkosten endlich steigen können. Sie haben nochmal deutlich gemacht, eine Kürzung bestünde sogar, wenn wir die Förderung gleich bleiben lassen. Und jetzt soll auch nochmal Ihr Vorschlag von der Verwaltung zusätzlich gekürzt werden, was die Situation nochmal erschwert. Die ganzen Organisationen haben sich mit sehr viel Findigkeit und Mühe gerade über die Corona-Pandemie gerettet, die auch sehr große Herausforderungen bedeutet hat und sicherlich bis heute noch ihre Schatten nach sich wirft. Und genau in dieser Situation dann eine Kürzung vorzunehmen, ist absolut das Falsche. Ich bin sehr glücklich darüber, dass nicht nur die Kultureinrichtungen sehr einmütig dagegen sind, sondern auch hier der Gemeinderat. Und ich freue mich auch darüber, dass das Thema Dynamisierung jetzt nochmal stärker einen breiteren Rückhalt hier findet, weil um eine langfristige Sicherung der Kultureinrichtungen zu haben, müssen wir uns darüber unterhalten, dass diese ganzen Zuschüsse sich auch mit diesen wachsenden Kosten berücksichtigen und da auch mitlaufen.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Nach unserem Empfinden sollte auch die Kultur einen Beitrag zu den Haushaltseinsparungen leisten. Aber um eine Formulierung von Herrn Arslan aus seinem letzten Beitrag an die Stimmen aus dem Gemeinderat zu nennen, da sagte er, starke Schultern müssen mehr tragen. Wir sind der Ansicht, dass hier in diesem Bereich die starken Schultern die Lasten tragen sollen und deshalb lehnen wir die Kürzungen bei den kleineren institutionellen Förderungen und quasi-institutionellen Förderungen ab und sind der Ansicht, dass wir diese Kürzung insgesamt dem Badischen Staatstheater aufbürden können, denn das Badische Staatstheater hat anders als das Staatstheater in Stuttgart zum Beispiel nach wie vor nicht die Besucherzahlen des Jahres 2019 erreicht. Hier ist einfach Luft für Mehreinnahmen. Außerdem gab es den Bericht des Landesrechnungshofs, der kritisierte, wie viele Freikarten doch das Badische Staatstheater vergibt und mahnte hier an, dass Mehreinnahmen generierbar wären. Es gibt noch weitere Punkte beim Staatstheater, wo ich sehe, dass dort noch Luft für Verbesserungen da ist. Deshalb unser Antrag, die gesamten Kürzungen im Kulturhaushalt in der Summe auf das Badische Staatstheater zu übertragen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte wiederholen, dass auch über die entsprechende Steigerung von Ticketpreisen man die steigenden Kosten ein Stück weit ausgleichen kann und die Bürgerinnen und Bürger, die als Besucherinnen, Besucher in Kultureinrichtungen auftreten,

haben durchaus auch entsprechende Anpassungen über Gehaltssteigerungen und Ähnliches erleben können oder werden es noch erleben.

Mir ist auch noch einmal wichtig, wir haben unterschiedliche Zuschüsse. Es gibt Zuschüsse, die hat man bestimmten Institutionen gegeben, weil man gesagt hat, es ist eine solche kulturelle Nische, dass es allein durch die Ticketpreise nicht aufgefangen werden kann. Es gibt Zuschüsse, die hat man gegeben, weil man gesagt hat, es ist am Anfang immer schwer, einen Markt zu erschließen, aber das muss sich dann am Ende schon auch irgendwie ergeben. Und es gibt Zuschüsse, die etwas damit zu tun haben, dass man Defizite ausgleichen will, weil einem einfach diese Institution so wichtig ist. Wir haben es uns angewöhnt, alle diese Zuschüsse immer weiter zu führen und haben im Grunde keine Differenzierung mehr vorgenommen. Und deswegen halte ich es schon für richtig, heute so zu diskutieren, wie jetzt hier diskutiert wird, aber dann anschließend schon nochmal genauer reinzugucken. Und wenn eine Institution so erfolgreich ist, dass sie nachgewiesenermaßen sogar hohe Überschüsse erwirtschaften kann, dann ist das keine Bestrafung des Erfolgs, sondern dann ist es ein konsequenter verantwortlicher Umgang mit Zuschüssen, dass wir dann an der Stelle sagen, dann ist das offensichtlich in diesem Ausmaß nicht mehr notwendig. Denn es zwingt uns niemand, alle Kultureinrichtungen grundsätzlich zu finanzieren. Im Gegenteil, finanztechnisch ist es sogar eher eine ganz schwierige Kiste, weil es leider immer noch zu den freiwilligen Leistungen gehört. Aber selbst wenn es das nicht täte, müssten wir uns dann nochmal darüber Gedanken machen, für was geben wir Geld und für was auch nicht. Und deswegen, auch wenn es vielleicht irgendjemand aus der Verwaltung gesagt haben mag, dieses Narrativ der Bestrafung der Erfolgreichen möchte ich doch aus Sicht der Stadt Karlsruhe hier ausdrücklich von uns weisen.

Wir haben jetzt eine etwas komplizierte Geschichte mit den ganzen Anträgen, weil die sich zum Teil überschneiden, zum Teil auch nicht. Wir arbeiten sie jetzt einfach systematisch ab und ich bitte für Verständnis, dass nicht die Ablehnung eines Antrags automatisch die Zustimmung zu allen vergleichbaren anderen Positionen bedeutet, sondern dass wir sie immer in verschiedenen Staffeln wieder aufrufen, bis wir am Ende hier irgendwie wissen, woran wir mehrheitlich sind.

Deswegen stelle ich jetzt zunächst mal diesen Antrag mit der Ziffer 1.78 der FDP zur Abstimmung. Die sagt, alle Kürzungen in diesem Teilhaushalt werden wieder zurückgenommen. Ich bitte über diesen Gesamtantrag um Ihr Votum ab jetzt. Damit haben wir eine **Mehrheit** bei der **Ablehnung** dieses Antrags.

Jetzt würde ich mich gerne zunächst dem **Badischen Staatstheater** zuwenden und feststellen, dass unter der **Haushaltssicherung HHS\_GR49** wir Ihnen vorschlagen, prozentual das Badische Staatstheater zu kürzen. Wir haben in der ersten Veränderungsliste aus der ursprünglichen Summe zwei Kürzungen wieder korrigiert, dass wir das Badische Staatstheater nur um 1,5 Prozent kürzen wollen, wie wir das für alle anderen Kulturinstitutionen Ihnen auch vorgeschlagen haben.

**Antrag 1.79 (Seite 210): HHSM\_GR52/HHSM\_GR53 - Zuschüsse Badisches Staatstheater (AfD)**

Jetzt gibt es zum Thema des Badischen Staatstheaters verschiedene Anträge. Ich würde jetzt den Antrag 1.79 aufrufen der AfD-Gruppe, die sagt, diese Kürzung des Badischen Staatstheaters ist noch zu wenig, wir wollen noch mehr kürzen und damit die ganzen anderen Kürzungen sozusagen gegenfinanzieren, die wir automatisch wieder zurücknehmen. Ich stelle das zur Abstimmung, da geht es um diesen Finanzierungsweg über das Badische Staatstheater. Es geht nicht um die 1,5 Kürzungen an anderer Stelle. Denn da, zumindest wenn Sie diesen Antrag ablehnen, kommen wir nochmal an anderer Stelle wieder dazu. Aber wir müssen jetzt gucken, wie wir da durchkommen.

Deswegen jetzt der Antrag 1.79 der AfD-Gruppe, Zuschusskürzung des Badischen Staatstheaters noch ausgeprägter als Kompensation der anderen. Und hier bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt verstehe ich die Anträge der Karlsruher Liste/Die PARTEI und der LINKE. so, dass wir auch die 1,5 Prozent beim Badischen Staatstheater nicht durchführen sollen.

Habe ich das richtig verstanden, Herr Stadtrat? Für die Karlsruher Liste habe ich es richtig verstanden, bei den LINKE. weiß ich es ehrlich gesagt nicht so genau.

(Zuruf von Stadtrat Arslan)

Nur die Freien, alles gut. Dann beim Badischen Staatstheater gibt es den Antrag der Karlsruher Liste/Die PARTEI, die vorgeschlagenen 1,5 Prozent fürs Badische Staatstheater nicht durchzuführen. Der ist Teil der Ziffer Antrag 1.80.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister, ich war jetzt ein bisschen auf dem falschen Fuß, das bezieht sich auch auf die freien Träger.

**Der Vorsitzende:** Entschuldigung, dann habe ich Ihren Beitrag falsch verstanden gehabt. Also dann habe ich im Moment keinen Antrag vorliegen, der sagt, nachdem wir den FDP-Antrag schon hinter uns haben, der sagt, die 1,5 Prozent Kürzung beim Badischen Staatstheater soll zurückgenommen werden. Trotzdem brauche ich von Ihnen jetzt für unsere Haushaltssicherungsmaßnahme 1,5 Prozent beim Badischen Staatstheater zu kürzen. Das ist die Ziffer 49. **Haushaltssicherung HHS\_GR49 plus die Korrektur über die Veränderungsliste**. Da brauche ich jetzt ein Votum, ob Sie diesem Vorschlag der Verwaltung folgen, und zwar ab jetzt. Das ist eine **Mehrheit**.

Jetzt kommen wir zum ZKM. Beim ZKM haben wir unter der Ziffer **HHS\_GR50** eine Reduzierung des Zuschusses vorgesehen und über die erste Veränderungsliste haben wir es wieder dahin korrigiert, dass es nur 1,5 Prozent sind. Da habe ich jetzt auch keinen Antrag mehr, der sich nochmal explizit auf das ZKM bezieht. Deswegen stelle ich jetzt zur Abstimmung unseren städtischen Vorschlag, den **Zuschuss um 1,5 Prozent zu kürzen** und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 1.80 (Seite 210): HHSM\_GR52/GR53- Rücknahme der Zuschusskürzungen bei den freien Kulturträgern um 1,5 Prozent (KAL/Die PARTEI)

Antrag 1.81 (Seite 210): HHSM\_GR52/53 - Keine Kürzung der Mittel für freie Kulturinstitutionen (DIE LINKE.)

Antrag 1.82 (Seite 210): HHSM\_GR52/53- Keine Kürzungen im Kulturbereich (CDU)

Antrag 1.83 (Seite 210): HHSM\_GR52/53 - Rücknahme der 1,5 %igen Kürzungen für die Träger der Freien Kultur und die VHS (GRÜNE)

Antrag 1.84 (Seite 210): HHSM\_GR52/53- Rücknahme der Kürzungen im freien, nicht-kommerziellen Kulturbereich (SPD)

Dann kommen jetzt die beiden **Haushaltssicherungsmaßnahmen HHS\_GR52** und **HHS\_GR53**. Da geht es um die 1,5 Prozent für alle übrigen, sage ich mal so etwas flapsig, Kulturinstitutionen. Da gibt es jetzt einige Anträge. Karlsruher Liste/Die PARTEI, Rücknahme der Zuschusskürzungen bei den freien Kulturträgern, dann LINKE., keine Kürzung der Mittel für freie Kulturinstitutionen, CDU und GRÜNE und SPD, die sich im Grunde auch alle auf die freie Kulturszene beziehen.

Ausnahme ist bei der SPD nochmal das Kammertheater, das würde ich gerne ganz rausnehmen, weil das haben wir nachher nochmal in einem anderen Antrag.

Es geht jetzt nur um die 1,5 Prozent bei den freien Kulturinstitutionen mit Ausnahme des Kammertheaters und der Volkshochschule. Die ist, glaube ich, auch nicht überall drin oder kann ich die überall mit einbeziehen? Ich rede jetzt über die vielen Anträge, die 1,5 Prozent bei den freien Kulturinstitutionen zurückzunehmen, außer Volkshochschule und Kammertheater. Ich rede jetzt nicht von dem, was wir Ihnen vorschlagen, sondern von dem, was Sie ändern wollen. Diese vielfachen Änderungsanträge, auf die 1,5 Prozent bei den freien Kulturinstitutionen außer Volkshochschule und außer Kammertheater zu verzichten, stelle ich jetzt zur Abstimmung. Da haben wir keine eigene Nummer. Ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

Jetzt kommt die **Volkshochschule**. Und da war auch der Wunsch, dass wir die 1,5 Prozent wieder zurücknehmen. Das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung. Es gibt den Änderungsantrag für die Volkshochschule, die 1,5 Prozent zurückzunehmen. Das ist ein Antrag aus Ihren Reihen, aufgrund des GRÜNEN-Antrags. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

Frau Großmann erklärt sich, wir wissen schon in welcher Richtung, alles klar. Damit haben wir das abgearbeitet. Jetzt steht nur noch das Kammertheater an, das würde ich gleich nochmal separat aufrufen, weil es da auch noch separate entsprechende Anträge gibt.

**Antrag 1.85 (Seite 218): HHSM\_GR52/GR53 - Jakobus-Theater - Keine Kürzung institutionelle Förderung (Jakobus-Theater)**

Jetzt kommt aber zunächst unter 1.85 das Jakobustheater. Das begehrt, dass wir die Kürzung zurücknehmen. Nach meiner Einschätzung haben wir sie zurückgenommen. Das sehen Sie auch so, sodass sich das **erledigt** hat.

**Antrag 1.86 (Seite 218): HHSM\_GR55 – Kürzungen Kammertheater - Leistung des Kammertheaters nicht bestrafen (CDU)**

**Antrag 1.87 (Seite 218): HHSM\_GR55 - Rücknahme Kürzung Kammertheater (AfD)**

**Antrag 1.88 (Seite 218): HHSM\_GR55 - Kürzungen Kammertheater reduzieren (SPD)**

Jetzt kommen wir zum ganzen Komplex Kammertheater. Beim Kammertheater gibt es die Anträge der CDU, der AfD und dann einen etwas anderen Antrag der SPD. Gibt es von den Antragstellern jetzt noch Redebedarf? Dann ist aus meiner Sicht der weitestgehende Antrag der der CDU, ich muss erstmal gucken, was im AfD-Antrag steht. Gut, der weitestgehende Antrag ist der Antrag der AfD und der CDU, die Kürzung zurückzunehmen komplett. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der Antrag der SPD. Da geht es um 25.000 Euro, Zurücknahme der Kürzung.

(Zuruf **Stadtrat Hofmann/CDU**: Das ging zu schnell.)

Das war zu schnell, können wir wieder zurück?

(Kopfschütteln beim Sitzungsdienst)

Sorry, das geht nicht.

Jetzt kommen wir aber zum Kammertheater. Das haben wir eben gehabt, genau, AfD und CDU. Und jetzt kommt der Antrag 1.88 der SPD, wobei vorne die SPD schon mal 1,5 Prozent Kürzung vorgeschlagen hatte. Das kriege ich jetzt nicht ganz zusammen.

**Stadträtin Ernemann (SPD)**: Aber ich hatte in meinem Redebeitrag darauf hingewiesen, dass ich das Kammertheater explizit ausnehme. Ich wollte nochmal kurz auf unseren Antrag eingehen, dass das Kammertheater Kürzungen hinnehmen muss, nicht bestraft werden muss, sondern Kürzungen hinnehmen muss, das ist auch für uns klar. Und der Vorschlag kam vom Kammertheater selbst, dass wir eine Bühne zur Verfügung oder die Stadt Karlsruhe, das Kulturamt eine Bühne zur Verfügung gestellt bekommt, die im Eigentum des Kammertheaters ist, die wir uns dann ausleihen können. Ich verstehe die Antwort der Verwaltung oder des Kulturamtes nicht ganz, dass die Bühne eigentlich nicht benötigt wird. Dem muss ich widersprechen. Also wenn man in den Stadtteilen Feste macht, Veranstaltungen macht, müssen sich die Vereine immer für viel Geld eine Bühne ausleihen. Uns würde der Vorschlag des Kammertheaterintendanten sehr wohl entgegenkommen. Man könnte diesen Vorschlag durchaus annehmen und zustimmen. Und darum bitte ich auch um 25.000 Euro Reduzierung. Dafür bekommen wir dann die Bühne als Equipment. Falls



ich dann in Hohenwetttersbach, in meinem Dorf, Herr Cramer, ein Fest mache, lade ich Sie gerne ein. Sie dürfen in erster Reihe vor der Bühne stehen.

**Der Vorsitzende:** Meine Frage war nochmal, weil ich das so verstanden hatte, nicht von Ihnen, sondern aus dem, was hier vorliegt, dass die SPD gesagt hat, die Kürzung des Kammertheaters soll auf 1,5 Prozent beschränkt bleiben. Nein, okay, dann steht das bei mir falsch. Dann ist das, was Sie jetzt vorschlagen, eine Zusatzleistung, die wir beim Kammertheater mit 25.000 Euro in den Haushalt aufnehmen sollen, nach der Kürzung.

**Stadtrat Hock (FDP):** Herr Oberbürgermeister, es wäre sinnvoll, wenn uns das jemand ganz genau erklären könnte, weil ich glaube, dass es viele hier gibt, inklusive mir, die das nicht ganz verstanden haben.

**Der Vorsitzende:** Wir haben eine Mehrheit gehabt, die die Rücknahme der Kürzungen für das Kammertheater ablehnt. Damit gehe ich davon aus, dass die 65.000 Euro oder 75.000 Euro Kürzungen jetzt im Haushalt von der Mehrheit akzeptiert werden. Dann hatte ich aber den Eindruck, es gäbe noch einen Antrag, der sagt, das Kammertheater soll nur 1,5 Prozent gekürzt werden. Das ist aber falsch. Das war eine Fehlwahrnehmung. Und jetzt geht es um eine Zusatzleistung, die man beim Kammertheater einkaufen möchte, so sage ich das jetzt mal flapsig, dass die auf dem Marktplatz irgendwie eine Bühne bespielen. Und dazu begehrt die SPD wiederum, 25.000 Euro zusätzlich einzustellen.

(Zurufe von Seiten der SPD)

Dann habe ich es nicht verstanden.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ich habe leider jetzt nicht schnell genug die Zahlen finden können. Wir kürzen doch. Der Vorschlag der Verwaltung ist, im ersten Jahr 75.000 Euro Zuschuss zu kürzen und im zweiten Jahr 100.000 Euro. Bin ich da richtig? So, und das haben wir jetzt beschlossen. Das Kammertheater wird nicht um 1,5 Prozent reduziert, sondern um zwei fixe Summen. Der Vorschlag der SPD ist nun folgender: Anstatt eine Kürzung von 75.000 Euro im ersten Jahr und 100.000 Euro im zweiten Jahr einzugehen, kürzen wir im ersten Jahr nur 50.000 Euro und im zweiten Jahr 75.000 Euro. Und im Gegensatz dazu holen wir uns das Recht, die Bühne zu nutzen.

**Der Vorsitzende:** Das ist in der Konsequenz aber das, was ich eben auch interpretiert habe.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wenn wir jetzt so anfangen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir mit jeder einzelnen Kulturinstitution etwas Neues machen. Dann fangen wir beim Sportverein A an und mieten den Platz dort, und das geht doch nicht. Eins ist doch ganz klar, wie wichtig uns das Kammertheater hier ist. Hier hat eine Mehrheit klar gesagt, das Kammertheater zählt anscheinend nicht dazu, die müssen deutlich gekürzt werden. Und jetzt zu sagen auf einmal wieder, aber dann holen wir da noch was und machen so ein kleines Goodie, also das finde ich einen ganz gefährlichen Weg, den wir jetzt hier eingehen mit den Kultureinrichtungen. Wir verlassen den Pfad, den wir bisher gemacht haben. Wir haben die beiden Big Player rausgenommen, da glaube ich können alle mitgehen oder die meisten mitgehen. Aber jetzt beim Kammertheater anzufangen auch noch zu differenzieren, halten wir für den komplett falschen Weg und können sowas nicht mittragen.

**Stadtrat Frewer (GRÜNE):** Ich sehe es ein bisschen, wie Sie es gerade geschildert haben, Herr Oberbürgermeister. Es wäre einfach, wir würden uns eine Bühne für 25.000 Euro im Jahr einkaufen, ohne dass wir in irgendeiner Form ein anderes Angebot eingeholt haben, ohne dass wir überhaupt die Bedingungen dafür kennen. Niemand weiß, wer ist zuständig für den Abbau, für den Transport, für Versicherung, für alles Mögliche. In der Form können wir das so nicht mittragen.

**Der Vorsitzende:** Gut, trotzdem ist der Antrag sozusagen legitim und wir stimmen über ihn jetzt ab und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**). So, hat es jetzt jeder gesehen? Ich lerne ja oder ich strenge mich an. Gut, damit haben wir beschlossen, nur damit wir sicher sind, der Antrag von Ihnen oder von Teilen von Ihnen auf Aufhebung oder auf Nichtvollzug der Kürzung beim Kammertheater ist **abgelehnt**. Das heißt, diese Summe wird jetzt beim Kammertheater gekürzt. Ist das soweit jetzt akzeptiert als Mehrheit? Okay, gut.

#### **Antrag 1.89 (Seite 218): Zuschüsse Badisches Staatstheater (AfD)**

Dann haben wir diese Punkte alle rum, bei 1.89 haben wir nochmal von der AfD-Gruppe den zweiten Teil des Antrags zum Badischen Staatstheater. Den haben wir aber vorne schon mit abgehakt gehabt, sodass jetzt glaube ich das Thema Kürzungen der freien Kulturinstitutionen und auch der anderen so weit durch ist. Volkshochschule haben wir meines Wissens auch abgestimmt, sodass das auch klar ist.

#### **Antrag 1.90 (Seite 216): Existenzsicherungsfonds Freie Kultur (GRÜNE)**

Gut, dann rufe ich auf, auf der Seite 216 ff. das Thema Existenzsicherungsfonds, freie Kultur, ein Antrag der GRÜNEN.

**Stadtrat Frewer (GRÜNE):** Im Vorfeld zu diesen Kulturgesprächen, die wir massig geführt haben in der letzten Zeit, tauchte immer wieder die Schwierigkeit von einigen Institutionen auf, dass die institutionelle Förderung so nicht ausreichen wird und dass die Existenzsicherung droht. Explizit ist an dieser Stelle das Sandkorn-Theater genannt. Da wir als Fraktion so schnell auch nicht die Buchhaltung dieser einzelnen Institutionen überprüfen können oder uns nur ein grobes Bild der Sachlage machen können, schlagen wir an dieser Stelle vor, einen sogenannten Existenzsicherungsfonds ins Leben zu rufen, den wir mit 50.000 Euro pro Jahr ausstatten wollen und der dem Kulturamt die Möglichkeit gibt, im Falle einer Existenzbedrohung auf diesen Fonds zurückgreifen zu können. Und ich möchte sehr dafür werben, dass wir uns diesem Punkt anschließen.

**Stadträtin Dogan (CDU):** Der Antrag in der Sache ist berechtigt und für uns auch nachvollziehbar. Allerdings sehen wir, dass wir generell auch ein strukturelles Problem haben. Wir haben die große Frage der Dynamisierung. Da kommen in der Folge noch Anträge. Und wir meinen auch, dass es grundsätzlich eine Neuausrichtung, eine Konzeption bedarf. Die müssen wir erarbeiten, die muss mit den Kultureinrichtungen vor allem auch gemeinsam erarbeitet werden. Und das jetzt so auf die Schnelle durch diesen Fonds zu schaffen und dann bei der Dynamisierung dann wieder herum zu diskutieren, halten wir jetzt nicht für ganz zielführend. Daher würden wir diesen Antrag auf den Existenzsicherungsfonds nicht mitgehen. Uns wurde auch seitens des Kulturbürgermeisters Dr. Käuflein versichert, so wie

wir es aber auch aus dem Kulturausschuss aus der Vergangenheit kennen, wenn irgendeine Einrichtung existenziell in Not war, wie jetzt beispielsweise auch das Sandkorn oder so, die sehr betroffen sind, haben wir immer Wege gefunden und haben immer Mittel bereitgestellt. Also wir haben keinen bisher im Regen stehen gelassen, werden das auch künftig nicht tun, der Herr Bürgermeister nickt. Insofern, wie gesagt, den Antrag lehnen wir ab. Zur Dynamisierung kommen wir dann später.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ich denke, wir sollten jetzt noch nicht die Grundsatzdebatte zur Dynamisierung eröffnen, die kommt später nochmal. Aber ich bin auch der Meinung, wir sollten uns jetzt nicht von Sicherungsfonds zu Sicherungsfonds hangeln, sondern wir sollten grundsätzlich entweder die Förderung neu aufstellen, wie der Oberbürgermeister beschrieben hat, oder wir sollten dafür sorgen, dass die Förderung, die besteht, auskömmlich ist. Und das werden wir danach in der Dynamisierung besprechen und deswegen lehnen wir den Antrag mit dem Sicherungsfonds auch ab.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Viele Probleme, die die freien Kultureinrichtungen im Moment haben, sind sozusagen Spätfolgen der Corona-Zeit. Die Corona-Zeit selber haben sie gut überstanden, weil sie sich natürlich bemüht haben, beim Bund und bei Land alle Töpfe anzuzapfen und haben das auch erfolgreich getan. Für mich und meine Fraktion stellt sich die Frage, was ist eigentlich mit diesem Corona-Topf, so nenne ich ihn jetzt mal. Ist da noch Geld drin? Das kann man eigentlich nicht sagen. Es gibt zumindest einzelne Institutionen, die extrem heute noch darunter leiden müssen. Eben zum Beispiel das Sandkorn, in dem einfach weniger Zuschauer immer noch aus der Corona-Zeit mitgetragen werden müssen, möchte ich mal sagen, also irgendwie haben wir damals zwei Millionen oder zweieinhalb Millionen eingestellt, mit dem Ziel, dass kein freier Kulturträger aufgeben muss, vor die Hunde gehen muss, um es mal ein bisschen drastischer auszudrücken. Wie sieht es denn da aus? Ist denn da gar keine Möglichkeit mehr aus Sicht der Verwaltung, dass man sagt, da sind noch 10.000 Euro, vielleicht auch 100.000 Euro plus drin und da könnte man noch mit arbeiten.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Den Antrag müssen wir ablehnen, weil es keine Gleichbehandlung gibt zu anderen. Wir haben jetzt im Vorfeld die 1,5-prozentige Kürzung rückgenommen. Wir brauchen eine Neukonzeptionierung, worauf Kollegin Dogan auch eingegangen ist, da müssen wir hin. So wichtig uns die Kultur ist, es gibt andere Berufssparten, die durch Corona leiden, ich denke an Friseure, Einzelhandel, wo wir nicht eintraten. Und deshalb, im Sinne der Gleichberechtigung werden wir jetzt die nächsten Anträge, die Erhöhungen sind, nicht mittragen und auch in diesem Fall natürlich logisch diesen Fonds nicht.

Generell hat der Kollege Cramer recht. Was ist mit Corona? Dieses Thema sollte man auch abarbeiten, denn viele Berufssparten werden in den nächsten Jahren verschwinden, denn die müssen ihre Corona-Leistungen auch wieder zurückbezahlen. Und wie gesagt, das Thema ist vielleicht an anderer Stelle dann auch mal wichtig zu besprechen.

**Der Vorsitzende:** Auf Ihre Frage hin, die Corona-Restmittel aus diesem einen Topf stehen nicht mehr zur Verfügung, die Bedingungen sind auch nicht mehr erfüllt, und wir tun, glaube ich, der Kultur nichts Gutes daran, dass wir nicht wieder zurückkehrende Zuschauerzahlen noch Jahre nach Corona immer mit Corona begründen, sondern da müssen wir andere Lösungen finden, um dann diese Institutionen aufzufangen und nicht aus dem Verlängern von Corona-Hilfstöpfen. Insofern steht die Zusage auch des Kulturbürgermeisters,

wenn einzelne Institutionen in Notlage geraten, dass wir uns dann gemeinsam mit ihnen Gedanken machen. Aber die nicht abgerufenen Mittel aus diesem Corona-Topf stehen, wie der ganze Topf selbst, jetzt zunächst nicht zur Verfügung. Das ist der aktuelle Stand der Dinge.

Wir kommen damit zu dem Antrag der GRÜNEN, Existenzsicherungsfonds, den ich jetzt zur Abstimmung stelle und bitte um Ihr Votum ab jetzt. **Mehrheitliche Ablehnung.**

#### **Antrag 1.91 (Seite 217): Einrichtung Spendenkonto Kulturinstitutionen (AfD)**

Ich rufe auf den Antrag der AfD, Einrichtung Spendenkonto Kulturinstitution.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Frau Szope ist schon relativ aktiv darin, es den kulturellen Institutionen schmackhaft zu machen, Spendengelder einzuwerben. Diesen Weg halten wir auch für sehr gut. Trotzdem sind wir der Ansicht, es kann nicht schaden, dass auch die Stadt versucht, Spendengelder für den Kulturbereich einzuwerben, denn im Vergleich zu angelsächsischen Ländern ist bei uns das Mäzenatentum und das Spendenwesen im Kulturbereich massiv unterentwickelt. Hier gibt es einen Bereich, wo wir aktiv werden können. Das kostet uns außer Gesprächen und etwas Zeit von der Verwaltung nichts. Ich bin mir sicher, anhand der Vielzahl von Institutionen, die wir derzeit fördern, können wir sehr gut beurteilen, ob die einzelne Institution die Mittel sachgerecht verwendet oder nicht. Insoweit halte ich die Begründung der Empfehlung der Ablehnung des Antrags für die Stadt für nicht konkludent. Deshalb bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag.

**Der Vorsitzende:** Den würde ich jetzt auch zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung.**

#### **Antrag 1.92 (Seite 217): Karlsruher Schlosskonzerte: institutionelle Förderung der Schlosskonzerte (KAL/Die PARTEI)**

Ich rufe dann auf einen Antrag der Karlsruher Liste/DIE PARTEI, Karlsruher Schlosskonzerte, eine neue institutionelle Förderung, wenn ich das richtig verstanden habe. Das ist der Antrag mit der Ordnungsnummer 1.92.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Ja, Sie haben richtig verstanden, das wäre eine neue institutionelle Förderung. Es ist eigentlich ein bisschen außer der Zeit. Letztendlich gibt es die Schlosskonzerte schon, ich glaube, 20 Jahre mit guter Arbeit: Unglücklicherweise jetzt, wo es auch beim städtischen Haushalt knapp wird, brechen dort die Sponsoren weg. Wir waren der Meinung, dass wir ein Weiterbestehen ermöglichen müssen, haben deshalb diesen Antrag gestellt.

**Der Vorsitzende:** Den würde ich dann auch zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung.**

Jetzt kommen wir in eine ganze Reihe von Anträgen, in denen immer eine prozentuale Erhöhung der Zuschüsse gefordert wird. Es gab eben den Vorschlag, dass wir die Diskussion über Dynamisierung vorziehen. Für mich macht das aber nur dann Sinn, wenn sich damit die Anträge erledigen würden. Jetzt eine kurze Frage an Sie, weil wir es hier so schnell

nicht überarbeiten können. Gibt es von Ihnen einen Antrag, der die Dynamisierung schon ab 2024 vorsieht?

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ja, also unser Antrag, 1.129 ist es.

**Der Vorsitzende:** Gut, dann würde ich auf die Seite 216 springen und den Antrag mit der Ordnungsziffer 1.129 vorziehen und am Anfang jetzt zur Diskussion stellen, 1.129, Dynamisierung der Förderbeträge im freien, nicht kommerziellen Kulturbetrieb.

Dann machen wir erst die Pause, dann können wir es nochmal sortieren. Wir sehen uns in einer halben Stunde wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:38 bis 16:08 Uhr)

**Der Vorsitzende:** Gut, der Vorschlag war, dass wir, bevor wir jetzt in die einzelnen Kulturinstitutionen einsteigen, uns mit den Dynamisierungsanträgen beschäftigen. Derer sind es insgesamt drei.

**Antrag 1.111 (Seite 216):** Dynamisierung der Zuschüsse für die freie Kultur - Erhöhung von 10 Prozent der Förderung an freie Kultureinrichtungen (DIE LINKE.)

**Antrag 1.126 (Seite 216):** Dynamisierung der Zuschüsse für die freie Kultur - nach Verbraucherpreisindex (KAL/Die PARTEI | DIE LINKE.)

**Antrag 1.129 (Seite 216):** Dynamisierung der Förderbeträge im freien, nicht-kommerziellen Kulturbereich (SPD)

Das ist der Antrag 1.111 der LINKE., dann der Antrag 1.126 der Karlsruher Liste/Die PARTEI und LINKE., und dann 1.129 der SPD. Die Anträge der LINKE. und der Karlsruher Liste/Die PARTEI unterscheiden sich darin, dass die LINKE. für das Jahr 2024 10% Steigerung fordert und dann ab 2025 eine Dynamisierung entlang der Preissteigerungsrate, während der Antrag der Karlsruher Liste/DIE PARTEI die Preissteigerungsrate schon ab 2024 zur Grundlage der Erhöhung machen will. Die SPD wiederum fordert ein Konzept bis Oktober 2024 und würde, wenn ich es richtig verstanden habe, falls das nicht passiert, mit 2,5 Prozent Steigerung ab 2025 einsteigen bzw. ab Oktober.

Ich habe es nicht ganz verstanden. Das sind die drei unterschiedlichen Anträge und ich würde die gerne in der Reihenfolge LINKE., dann Karlsruher Liste/Die PARTEI und dann SPD hier zur Abstimmung stellen, das scheint mir am logischsten zu sein.

Damit rufe ich alle diese drei Anträge gleichzeitig auf.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Wir haben heute die Chance, Geschichte zu schreiben. Wir reden seit sehr vielen Jahren darüber, dass wir die Förderbeiträge für die freie, nicht kommerzielle Kultureinrichtung dynamisch erhöhen müssen. Und heute haben wir tatsächlich die Chance, diesen Schritt zu gehen. Ich möchte noch zwei Sätze sagen zu dem Antrag, den man unter Ordnungsziffer 1.129 findet, der funktioniert folgendermaßen. Wir haben jetzt die ganzen Ansätze, die die freien, nicht kommerziellen Kultureinrichtungen bekommen, genommen, und zwar exklusive der Kürzungen, die wir auch alle zurückgenommen

haben, und haben diesen Ansatz dynamisch jedes Jahr um zweieinhalb Prozent erhöht. Wir wollen den nicht flach ausschütten. Ich denke, es macht überhaupt keinen Sinn, eine flache Ausschüttung zu machen. Das wäre keine bedarfsorientierte Dynamisierung, sondern eine flache Dynamisierung.

Das ist nicht unser Ziel. Unser Ziel ist, dass wir im nächsten Jahr bis Oktober im Dialog zwischen Kulturamt, Kultureinrichtungen und Kulturausschuss eine Systematik erarbeiten und nach dieser Systematik dann Gelder verteilen. Wie viel dann verteilt wird, steht erst einmal noch nicht fest. Aber wichtig ist uns, dass wir schon Töpfe im Haushalt haben, aus denen wir dann ausschöpfen können. Um noch ein bisschen die Spannung und den Druck zu erhöhen, haben wir diese Formulierung im Antrag stehen, dass, wenn wir bis Oktober nächstes Jahr keine Lösung haben, dann erst einmal eine flache Ausschüttung erfolgt, weil wir bei den Einrichtungen Wort halten wollen. Dann können wir uns nochmal wieder hinsetzen und überlegen, wie wir für das nächste Jahr eine Dynamisierung hinbekommen. Aber wichtig ist, dass wir die Gelder jetzt erst einmal im Haushalt haben. Deswegen bitte ich um Unterstützung unseres Antrags.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ob ich mit den gleichen prosaischen Worten einsteigen würde wie Kollege Huber, weiß ich nicht, aber es ist auf jeden Fall ein sehr guter Tag für die Kultur und das in einer sehr schwierigen Zeit auch für die Kultur. Wir diskutieren jetzt schon seit der dritten Haushaltsbehandlung über das Thema Dynamisierung. Wir haben im Bereich soziale Einrichtungen sehr gute Erfahrungen damit gemacht, und ich bin auch schon in meiner Haushaltsrede darauf eingegangen, dass die Notwendigkeit gerade besonders besteht durch diese ganzen Preissteigerungen, die natürlich auch die Kultureinrichtungen treffen, wo schon seit Jahren gleichbleibende Zuschüsse steigenden Kosten gegenüberstehen. Da kann man sich nur wiederholen. Und darum fordern wir jetzt auch mit unserem Antrag, dass diese Preissteigerungen, die jetzt auch besonders eklatant waren in letzter Zeit, ausgeglichen werden und auch in Zukunft die Zuschüsse an den Verbraucherindex gekoppelt werden. Wir sehen das jetzt als das einfachste und unbürokratischste Modell, verschließen uns aber auch nicht anderen Lösungen. Was aber ganz wichtig ist, dass es nicht nur darum gehen kann, Mietkosten auszugleichen, sondern dass wir auch ganz besonders die Situation der Beschäftigten im Blick behalten sollen, die natürlich schon seit Jahren teilweise keinerlei Gehaltssteigerungen gesehen haben und jetzt in der Situation noch zusehen müssen, wo sie ihren eigenen Alltag finanziert bekommen, was natürlich zur Folge hat, dass viele Kultureinrichtungen die ganz guten und kreativen Leute nicht halten können und Schwierigkeiten haben. Ich kann es den Leuten wirklich nicht verdenken, entweder ich habe ein Ehrenamt oder ich habe einen Beruf, mit dem ich meine finanzielle Situation decken kann. Das heißt, auch da müssen wir ganz dringend schauen, dass in Zukunft auch eine tarifliche Entwicklung auch für die Beschäftigten in der freien Kultur möglich ist.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Die Dynamisierung ist, wie schon erwähnt und wie auch in der Öffentlichkeit und in der Verwaltung bekannt ist und Ihnen, Herr Oberbürgermeister, jetzt an der Zeit, dass sie umgesetzt wird. Wenn ich in den Sozialbereich schaue, da ist es schon gang und gäbe. Ich denke man muss jetzt auch in der Kultur nachziehen mit der Dynamisierung. Es kann nicht sein, dass in anderen Bereichen, wo wir finanziell unterstützen, das umgesetzt wird und speziell in der Kultur nicht.

Es gab mehrere Treffen, mehrere Einladungen vom Kulturring an alle Fraktionen, und es waren auch immer aus allen Fraktionen Vertreter dort in diesen Runden. Da wurde es ganz eindeutig auch immer von den Kultureinrichtungen benannt. So wie ich das in Erinnerung habe, haben es auch alle Vertreter\*innen der Fraktionen, die heute keinen Antrag gestellt haben, so akzeptiert und für sich mitgenommen. Und ich denke, heute ist der Tag, dass man diese grundsätzliche Notwendigkeit zur Dynamisierung auch umsetzen kann. Und da möchte ich vor allem an die Fraktionen des Hauses appellieren, die jetzt keine eigenen Anträge gestellt haben. Folgen Sie den Anträgen der SPD, der LINKEN und unserem und dann wäre es wirklich, Frau Göttel, ein großer Tag für die Kultur in Karlsruhe. Ich warte die Abstimmung zu den Anträgen ab, ob einer eine Mehrheit bekommt und dann, wenn er eine Mehrheit bekommt, dann würde ich Ihrer euphorischen Einschätzung, was heute so gut für die Kultur läuft, zustimmen. Aber die Abstimmung möchte ich doch noch abwarten, denn wenn keiner dieser Anträge eine Mehrheit bekommt, ist es auch ein Signal in Richtung der freien Kultur, der letztendlich abträglich ist gegenüber der Kultur in Karlsruhe.

**Stadtrat Frewer (GRÜNE):** Auch wir würden uns freuen, wenn es zu einer Dynamisierung käme. Ich bin jetzt noch nicht in voller Periode im Gemeinderat, habe mich aber die komplette Zeit auch schon mit der Dynamisierung auseinandergesetzt. Es wird tatsächlich Zeit, dass diese Dynamisierung kommt. Wir können dem Antrag der SPD folgen. Uns würde es sehr freuen, wenn wir ein vernünftiges Konzept bekämen, nachdem wir diese Dynamisierung auch umsetzen können. Eine einfache und flache Ausschüttung und eine prozentuale Erhöhung Jahr für Jahr wäre uns an der Stelle ein bisschen zu wenig. Von daher, vollständiges Verständnis für den Antrag der SPD und Zustimmung dafür für die GRÜNEN.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Auch von unserer Seite wird die Problematik der bislang fehlenden Dynamisierung im Kulturbereich voll erkannt. Nicht nur Inflation, sondern auch steigende Energiepreise, Mieterhöhungen machen unseren freien Einrichtungen doch schwer zu schaffen. Insofern besteht eine Notwendigkeit, allerdings sympathisieren wir mit dem SPD-Antrag, der eine Dynamisierung für alle nicht kommerzielle Kulturträger vorsieht und nicht nur beschränkt, auch nur auf den Kulturring. Aus dem Grunde gehen wir mit der SPD mit und zum anderen, weil uns auch der Gedanke der Konzepterstellung wichtig ist, denn das Ganze braucht eine Struktur, braucht ein Gerüst, und das muss man erarbeiten, und zwar gemeinsam mit den Kulturträgern. Und wenn man dann sieht, das ist ein tragfähiges Konzept, dann kann man da voll mitgehen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, das waren jetzt alle Wortmeldungen, dann können wir die drei Anträge der Reihe nach zur Abstimmung stellen.

Zunächst würde ich den Antrag der LINKE zur Abstimmung stellen, zehnpromzentige Erhöhungen 2024 und der Preissteigerungsrate entsprechend ab dem Jahr 2025 und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den Antrag der Karlsruher Liste/Die PARTEI, das ist die Nummer 1.126, da geht es um die Anpassung an den Preissteigerungsindex bereits ab 2024 und dann wieder 2025 und so weiter und bitte auch da um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den SPD-Antrag. Ich möchte gerade noch anmerken, damit wir wissen, was wir abstimmen. Sie sagen, wir sollen bis Oktober 2024 ein Konzept entwickeln. Wenn das nicht passiert, wird sowohl für 2024 als auch für 2025 - so steht es hier unten, aber drinnen. Insofern sind uns die Beträge auch nicht ganz klar. Können Sie es noch einmal erklären, Herr Dr. Huber?

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Dann war das ein Missverständnis oder ein Versehen meinerseits. Also die Idee ist, entweder wir haben bis Oktober ein Konzept vorliegen, dann schütten wir nicht aus, sondern verteilen nach dieser Regelung. Wenn bis Oktober keine Einigung besteht, dann schütten wir aus, erstmal für 2024, und dann würden wir einfach nochmal neu beginnen bis Oktober 2025. Dann würden wir die gleiche Regelung machen. Unser Ziel ist jetzt nicht, dass wir jahrelang eine Systematik erarbeiten, sondern dass wir das bis nächstes Jahr Oktober haben.

**Der Vorsitzende:** Also dann wird für 2024 erst ab Oktober 2024 die 2,5 Prozent für ein Jahr ausgeschüttet und dann würde wieder erneut, okay, dann habe ich es verstanden, vielen Dank. Sie sagen, Sie meinen alles abzüglich Badisches Staatstheater, ZKM, Kammertheater und Volkshochschule. Falls es da noch Unklarheiten gibt, wer gemeint ist oder nicht, wir müssen eh ein Konzept entwickeln und Ihnen vorlegen. Und da sollte man das nochmal gemeinsam definieren, wer alles dazugehört und wer nicht, wenn das soweit okay ist. Und da können Sie immer noch korrigieren, wenn Sie den Eindruck haben, wir haben irgendeinen vergessen oder so. Das ist okay. Aber zunächst einmal gilt das, außer den vier Institutionen, die hier stehen.

Dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. So, das ist eine **große mehrheitlich Zustimmung**, damit können Sie die Historie feiern.

**Antrag 1.93 (Seite 218): Das Sandkorn gGmbH: 20 Prozent Zuschusserhöhung (KAL/Die PARTEI)**

**Antrag 1.94 (Seite 218): Unterstützung für das Sandkorn-Theater - zinsfreies Darlehen (CDU)**

Wir kehren jetzt wieder zurück, da wo wir die Reihenfolge verlassen haben, nämlich zur Nummer 193 und zur Nummer 194, das ist ein Antrag der Karlsruher Liste/DIE PARTEI und ein Antrag der CDU, die sich jeweils mit dem Sandkorn beschäftigen. Gibt es Wortmeldungen dazu?

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Das Sandkorn-Theater befindet sich in einer strukturellen Schieflage. Trotz positiver Entwicklung der Zuschauerzahlen und steigender Ticketpreise federt dies nicht die gestiegenen Kosten von Personal, Energie und Miete ab. Und letztendlich ist das Sandkorn-Theater zu klein, das ist klar. Die Maßnahmen allerdings zur Optimierung sind völlig ausgeschöpft und da die Raumprobleme absehbar nicht lösbar erscheinen, ist hier eine Erhöhung des Zuschusses notwendig, sonst ist das Sandkorn bald Geschichte. Dies können wir so nicht wollen, insbesondere, wo jetzt dieser Antrag von dem Existenzsicherungstopf auch abgelehnt wurde, wäre das im Grunde hier ein Notrettungsplan für das Sandkorn, weil hier dringend etwas passieren muss.



**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Das Sandkorn befindet sich nochmal in einer gesondert problematischen Situation im Vergleich zu den anderen Kulturträgern, einmal durch die baulichen Beschränkungen, die es gibt. Es ist verzweifelt auf der Suche nach Büroräumen, die günstiger sind. Deswegen ist das Thema Mieterlass auch wichtig für uns. Und das haben wir mit den Vertretern des Sandkorns besprochen, wäre dem Sandkorn jetzt erstmal mit einem zinsfreien Darlehen geholfen. Wir gehen auch davon aus, dass dies möglich wäre, ihnen ein zinsfreies Darlehen zu gewähren. Es ist jetzt einfach Not am Mann und da muss schnell geholfen werden.

**Stadtrat Frewer (GRÜNE):** Der Antrag der KAL/Die PARTEI, geht uns ein Stückchen zu weit. 20 Prozent Erhöhung möchten wir nicht mittragen. Der Antrag der CDU ist uns da schon ein Stück weit näher. Das einzige Problem, was wir dabei sehen, ist ähnlich, wie es die Verwaltung sieht. Wir glauben nicht, dass das zinsfreie Darlehen an dieser Stelle in irgendeiner Form die ganze Sache weiterbringt. Allerdings könnten wir uns damit anfreunden, wirklich den Zuschuss um diesen Betrag zu erhöhen, um an der Stelle mitgehen zu können. Aber wie gesagt, wir sehen es nicht als sinnvoll an, ein zinsfreies Darlehen an jemanden auszuschütten, der ein strukturelles Defizit hat. Wie soll diese Institution das jemals zurückzahlen können?

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Es ist wunderbar, dass der Kollege Frewer vor mir gesprochen hat, denn wir sehen das exakt genauso. Wir denken auch, dass ein sinnfreies Darlehen keinen Sinn macht. Wir würden es dann lieber richtig machen und den Beitrag erhöhen.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Wir hatten auch schon Anträge zur Unterstützung des Sandkorn-Theaters gestellt. Wir würden den Antrag von KAL/DIE PARTEI mit der Zuschusserhöhung, wie bereits angedeutet, nicht mitgehen bei dem zinsfreien Darlehen. Ich überlege gerade, wir müssen auch irgendwie den zuständigen Aufsichtsrat dann im Benehmen mit der Stadt diesen Vorschlag bewerten lassen. Und ich könnte mir vorstellen, dass wir vielleicht im Zusammenhang mit dem Sandkorn-Theater eine mögliche Umsetzung finden. Also ich finde diese Idee begrüßenswert, zumindest die Idee der CDU.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wir hatten das mit dem Sandkorn so besprochen und sie haben gesagt, das könnte eine Lösung sein mit dem zinsfreien Darlehen. Aber nach der Antwort der Verwaltung sehen wir es natürlich ähnlich, dass es eventuell schwierig wäre. Von daher würden wir den Antrag dahingehend modifizieren, dass wir diesen Mieterlass von 15.000 Euro für das Sandkorn entsprechend beantragen hiermit. Das Problem ist, dass wir grundsätzlich immer unterschiedliche Problematiken bei den einzelnen Kulturträgern haben. Wir wissen selber um die Problematik des Theaterhauses aufgrund der Beengung, aufgrund der ganzen Kapazitätenfrage. Von daher würden wir gerne den Antrag diesbezüglich ändern.

**Der Vorsitzende:** Jetzt muss ich noch mal nachfragen. Sie haben unter Ziffer 1 einen jährlichen Mieterlass von 15.000 Euro, den Sie hier gar nicht beschließen können, sondern im Aufsichtsrat beschließen müssen. Und Sie haben unter der Ziffer 3 ein nicht beziffertes verbliebenes Defizit, für das es ein zinsfreies Darlehen geben soll. Insofern, Herr Stadtrat Hofmann, bräuchte ich jetzt noch einmal eine Präzisierung von dem, was Sie meinen, damit wir verstehen, worum es geht.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wir brauchen in dem Fall dann eine Zuschusserhöhung um 15.000 Euro.

**Der Vorsitzende:** Okay, das ist der sauberere Weg. Der weitergehende Antrag ist aber der von Karlsruher Liste/Die PARTEI, da geht es um 20 Prozent, das entspricht 48.500 Euro Zuschusserhöhung und den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich den CDU-Antrag auf.

**Stadtrat Hock (FDP):** Zur Präzisierung vielleicht, diese 15.000 Euro, wie verstehe ich die? 15.000 Euro im Jahr, das heißt Jahr für Jahr.

**Der Vorsitzende:** Sie wandeln, nur dass wir jetzt genau wissen, über was wir reden, Sie wandeln in der Ziffer 1 den jährlichen Mieterlass in eine Zuschusserhöhung um. Es kommen also jedes Jahr 15.000 Euro dazu. Es bleibt aber weiter die Geschichte mit dem zinsfreien Darlehen unter 3. Oder fällt das dann weg? - Das fällt weg, okay. Dann haben wir die Ziffer 3 rausgenommen. Aus der Ziffer 1 wird eine Zuschusserhöhung von 15.000 Euro. Alles Übrige hätten wir Ihnen sowieso zugesagt. dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.95 (Seite 218): WERKRAUM: Karlsruhe e. V.: Institutionelle Förderung (KAL/Die PARTEI | WERKRAUM: Karlsruhe e.V.)**

Dann rufe ich auf den Antrag mit der Ziffer 1.95 Karlsruher Liste/Die PARTEI. Und es gibt auch denselben Antrag vom Werkraum. Da geht es um eine Zuschusserhöhung an den Werkraum um, wenn ich es richtig sehe, 20 Prozent. Wenn es keine Wortmeldung gibt, können wir direkt in die Abstimmung gehen und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.96 (Seite 218): Jakobus-Theater - Institutionelle Förderung: Ausgleich zukünftiger Mieterhöhungen (KAL/Die PARTEI | Jakobus-Theater)**

Damit rufe ich auf die Anträge unter der Ziffer 1.96, Karlsruher Liste/Die PARTEI und Jakobus Theater. Auch hier geht es um eine Zuschusserhöhung, um die kommenden Mieterhöhungen jeweils auffangen zu können. Auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Das ist auch **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.97 (Seite 218): Tiyatro Diyalog: Zuschusserhöhung (KAL/Die PARTEI)**

Dann rufe ich unter 1.97 auf einen Antrag der Karlsruher Liste/DIE PARTEI, eine Zuschusserhöhung für das Tiyatro Diyalog um 51.520 Euro.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Das Tiyatro Diyalog ist für uns eine kleine Perle, die einen Großteil der Arbeit ehrenamtlich stemmt und das bei einem relativ geringen Zuschuss. Das Tiyatro zeigt in besonderer Weise, wie Kultureinrichtungen Raum für Vielfalt schaffen und ein Verständnis zwischen Kulturen herbeiführen können. Wir sehen die Situation des Tiyatro Diyalog als existenzbedrohend an und bitten um Zustimmung für unseren Antrag.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

**Antrag 1.98 (Seite 218): Zuschusserhöhung Cantus Juvenum Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)**

Ich rufe auf 1.98, auch von Karlsruher Liste/Die PARTEI, Zuschusserhöhung für Cantus Juvenum. Gibt es keine Wortmeldungen? Dann bitte ich um Abstimmung ab jetzt. Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 1.99 (Seite 221): Kindermalwerkstatt: Zuschusserhöhung für Verwaltungsstelle und erhöhte Raummieten (KAL/Die PARTEI | DIE LINKE.)**

**Antrag 1.100 (Seite 221): Kindermalwerkstatt: Zuschuss Umbau und Sanierung (DIE LINKE.)**

**Antrag 1.101 (Seite 221): Kindermalwerkstatt: Zuschuss Umbau und Sanierung (KAL/Die PARTEI)**

Ich rufe auf die Ziffer 1.99, 1.100 und 1.101. Das betrifft alles die Kindermalwerkstatt. Die Anträge unter 1.99, das ist Karlsruhe-Liste/DIE PARTEI, DIE LINKE, da geht es um eine institutionelle Zuschusserhöhung und bei 1.100 und 1.101 jeweils um einen Zuschuss für Umbau und Sanierung. Ich hoffe, ich habe es richtig wiedergegeben.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Die bald 30-jährige Bildungsarbeit von der Kindermalwerkstatt ist hier im Hause allen bekannt und wird, denke ich, auch von allen geschätzt. Jetzt ist bei der Kindermalwerkstatt eigentlich fast ein Paradox eingetreten. Durch die größere Freizeitbeschäftigung im Zuge der Corona-Pandemie haben die einen viel größeren Zulauf bekommen, was allerdings nicht eine Erhöhung nur des Umsatzes, aber nicht des Ertrags ergibt, sodass dies im Grunde einer der Gründe ist, warum aufgrund größerer Raummiete und ähnliches, die Kindermalwerkstatt einer Zuschusserhöhung bedarf. Und das andere sind im Grunde Sanierungsmaßnahmen im Gebäude, die dringend anstehen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Die Kindermalwerkstatt ist eine wunderbare Einrichtung, eine langjährige Einrichtung und sie hat auch einen besonderen Schwerpunkt bei der Förderung von sozial benachteiligten Kindern und auch VKL-Klassen zum Beispiel. Sie macht eine wunderbare Arbeit mit Mitteln, die wirklich beschränkt sind. Sie kann das auch nur machen, weil sie eine gewisse Quersubventionierung macht für Kindergeburtstage und so weiter. Sie hat den Status einer Jugendkunstschule und ist landesweit auch sogar in einer kleinen Förderung dadurch und ist die einzige, nachdem die städtische Jugendkunstschule aufgeben musste vor einigen Jahren. Und jetzt ist sie wirklich in einer Notlage und insofern sind die Mittel vor allem für die Sanierung dringend notwendig. Deshalb würden wir diesem Antrag zustimmen, der jetzt die Sanierung beantragt, also die 40.000 Euro beziehungsweise gesplittet auf zwei Jahre je 20.000 Euro.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Hinsichtlich der Ausführungen bezüglich der Qualität der Arbeit der Kindermalwerkstatt kann ich mich meinen beiden Vorrednern und Vorrednerinnen nur anschließen. Wir sehen es auch als notwendig an, die Kindermalwerkstatt in dieser herausragenden und auch für die Stadt Karlsruhe mittlerweile einzigartigen Arbeit zu

unterstützen und entsprechend würden wir die Erhöhung der institutionellen Förderung um 20.000 Euro pro Jahr mittragen.

**Der Vorsitzende:** Das macht es jetzt noch ein bisschen komplizierter. Jetzt haben wir vier verschiedene Anträge zu zwei Positionen. Ich fange jetzt mit der institutionellen Förderung, wie sie von der LINKE. und von Karlsruhe-Liste/DIE PARTEI vorgeschlagen wird, von 42.000 Euro an, das wäre eine jährliche Zuschusserhöhung, 42.000 Euro, und stelle das zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt habe ich Sie, Herr Dr. Fechner, so verstanden, dass die SPD, wenn es ein institutioneller Zuschuss von jährlich 20.000 Euro wäre, dann auch jedes Jahr zustimmen würde. Dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung. Dann bitte ich darum Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommen die beiden Anträge 1.100 und 1.101, da geht es um Investitionszuschüsse. Die einen begehren 40.000 Euro im ersten Jahr, die zweiten 20.000 Euro jeweils in den Einzeljahren. Die GRÜNEN würden sich auch für zweimal 20.000 Euro aussprechen, so habe ich Frau Rastätter verstanden. Können wir uns auf zweimal 20.000 Euro einigen als dann Grundantrag? Wäre das auch für die LINKE. in Ordnung? Der Gesamtbetrag bleibt gleich. Dann stellen wir jetzt einmalig zur Abstimmung einen Investitionszuschuss für Umbau und Sanierung von insgesamt 40.000 Euro verteilt auf zweimal 20.000 Euro im nächsten Doppelhaushalt.

Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.102 (Seite 225): Badischer Kunstverein: Institutionelle Förderung (KAL/Die PARTEI | Badischer Kunstverein)**

Dann kommen wir zum nächsten Antrag, das ist unter Ziffer 1.102, ein Antrag der Karlsruher Liste/Die PARTEI und vom Badischen Kunstverein, jeweils eine Erhöhung des Zuschusses um 65.000 Euro pro Jahr. Darüber können wir vielleicht auch gleich abstimmen, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.103 (Seite 225): Filmboard Karlsruhe e. V. – Zuschusserhöhung (KAL/Die PARTEI)**

Dann kommt ein Antrag Karlsruher Liste/Die PARTEI zum Filmboard. Zuschusserhöhung um 10.640 Euro. Das ist der Antrag 1.103. Den stelle ich jetzt auch zur Abstimmung, und zwar ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.104 (Seite 226): dokKa e. V. - Erhöhung institutioneller Förderung (KAL/Die PARTEI | DIE LINKE. | dokKa e. V.)**

Dann rufe ich auf die Anträge unter der Ziffer 1.104 Karlsruher Liste/Die PARTEI, dann die LINK. und dokKa e.V. Da geht es um eine Erhöhung der institutionellen Förderung für dokKa e.V. Keine Wortmeldung, dann bitte ich um Abstimmung ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.105 (Seite 226): dokKa e. V. - Dynamisierung der Projektförderung nach Verbraucherpreisindex (dokKa e. V.)**

Unter der Ziffer 1.105 beantragt dokKa e.V. eine Dynamisierung der Projektförderung nach Verbraucherpreisindex für die einzelne Institution. Insofern müssten wir es dann auch noch einzeln zur Abstimmung stellen, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. So, das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.106 (Seite 226): Pride Pictures e. V. - Queer Film Festival Karlsruhe – Zuschusserhöhung (KAL/Die PARTEI)**

Wir kommen jetzt unter 1.106 zu den Pride Pictures. Da gibt es aber einen Vorschlag, Herr Stadtrat Riebel.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Ich würde gerne noch vorher den Antrag 1.132 zur Sichtbarkeit und Stärkung der queeren Vielfalt vorziehen, weil daraus auch die Pride Pictures finanziert werden könnten. Und dann macht es auch erst Sinn, darüber zu entscheiden, wenn der abgelehnt werden würde, ob wir dann in die Einzelförderung der Pride Pictures einsteigen, die zu erhöhen.

**Der Vorsitzende:** Damit wir jetzt nicht durcheinanderkommen, würde ich Folgendes vorschlagen. Wir nehmen Pride Pictures und rufen ihn dann hinter dem anderen Antrag auf. Ich ziehe den anderen Antrag nicht vor, sondern ich nehme jetzt Pride Pictures zur Seite und rufe ihn nach dem anderen Antrag auf. Dann können wir nämlich jetzt in der Systematik hier weitermachen. Ich glaube, dass das vernünftiger ist.

Dann merken wir uns das und machen jetzt erst mal im Moment weiter beim, jetzt muss ich wieder gucken, beim KOHI Kulturraum.

**Antrag 1.107 (Seite 225): KOHI Kulturraum e. V. - Erhöhung der Zuschüsse (DIE LINKE.)**

Ein Antrag der LINKE. mit dem Begehrt, um 26.000 Euro zu erhöhen.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ich will es kurz machen. Das KOHI ist eine wichtige soziokulturelle Einrichtung für den Stadtteil und stemmt ein wahnsinniges ehrenamtliches Engagement. Da ist einfach die Frage, inwieweit eine Professionalisierung stattfinden muss für die ganze Technik und das Marketing und darum stellen wir den Antrag.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.108 (Seite 225): Panorama e. V. - Erhöhung institutionelle Förderung / Mietausgleich (KAL/Die PARTEI)**

**Antrag 1.109 (Seite 225): Panorama e. V. - Erhöhung institutionelle Förderung (GRÜNE | DIE LINKE. | Panorama e. V.)**

**Antrag 1.110 (Seite 225): Panorama e. V. – Förderung (SPD)**

Dann kommen wir zu dem ganzen Thema Panorama e.V. bzw. Kulturdose. Zum einen will ich darauf hinweisen, dass wir über die Veränderungsliste die entsprechende zugesagte

Finanzierung, ich glaube von 95.000 Euro, in der Veränderungsliste aufgenommen haben. Es gibt eine Reihe von Anträgen dazu. Einmal Karlsruher Liste/DIE PARTEI unter 1.108, GRÜNE, DIE LINKE, Panorama e.V. unter 1.109 und SPD unter 1.110. Ich habe insgesamt den Eindruck, dass man hier statt 95.000 Euro 110.000 Euro begehrt. Was haben wir denn eingestellt? 95.000 Euro, genau. Und hier sind jetzt einige Anträge, die von 110.000 Euro ausgehen. Das wäre dann nach meiner Rechnung eine Erhöhung um 15.000 Euro. Sehen das alle Antragstellenden so? Der **SPD-Antrag** begehrt 95.000 Euro, das wäre dann **erledigt**, wenn ich das richtig sehe, aber ich habe hier einen Antrag der GRÜNEN, DIE LINKE und Panorama e.V. eine Erhöhung auf 110.000 Euro. Das würden wir jetzt zur Abstimmung stellen.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Der Verein Panorama e.V. erhält aktuell eine institutionelle Förderung von 15.000 Euro in den vergangenen Haushaltsjahren, und der Antrag ist, jetzt um 95.000 Euro zu erhöhen, weil das die Differenz zur Miete der neuen Räumlichkeiten ist. Somit ergibt sich ein Gesamtbetrag neu von 110.000 Euro institutioneller Förderung. Ich bin mir jetzt tatsächlich nicht ganz sicher, was Sie in der Veränderungsliste als neue institutionelle Förderung aufgenommen haben. Das müssen Sie sagen.

**Der Vorsitzende:** Also ist 110.000 drin. Damit haben sich **alle Anträge erledigt**. Vielen Dank für die Aufklärung. Dann können wir das alles abhaken.

**Antrag 1.111 (Seite 216): Dynamisierung der Zuschüsse für die freie Kultur - Erhöhung von 10 Prozent der Förderung an freie Kultureinrichtungen (DIE LINKE.)**

Dann haben wir den 1.111, haben wir schon besprochen (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.112 (Seite 218): Jazzclub Karlsruhe e. V.: 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)**

Wir kommen jetzt zu 1.112, das ist Karlsruhe-Liste/Die PARTEI, 10% Zuschusserhöhung, Jazz-Club Karlsruhe.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Wir wollten Sie jetzt nicht stressen, indem wir alle zehnpromzentigen Erhöhungen einzeln gestellt haben. Das war auch im Fraktionsbüro keine so gut ankommende Idee, aber wir wollen Ihnen damit die Möglichkeit geben, vielleicht bei der einen oder anderen Institution über Ihren Schatten zu springen, denn die Gesamterhöhung um 10 Prozent wurde ja schon abgelehnt. Also vielleicht kriegt die eine oder andere Organisation ihre Zustimmung.

**Der Vorsitzende:** Wir mögen euch trotzdem und stimmen das jetzt nacheinander ab. Unter 1.112 sind wir hier beim Jazz Club und das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Votum ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.113 (Seite 219): Substage e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)**

Dann 1.113, da geht es um Substage e.V., ebenfalls 10 Prozent Zuschusserhöhung, auch das stimmen wir jetzt gleich ab. Und zwar ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.114 (Seite 219): Subculture and Underground (SAU) e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/DIE PARTEI)**

Dann kommen wir unter 1.114 zum SAU e.V., auch da wird 10 Prozent Zuschusserhöhung begehrt und wir stimmen ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.115 (Seite 225): Kinemathek Karlsruhe e. V. - Erhöhung institutionelle Förderung (KAL/Die PARTEI | Kinemathek Karlsruhe e. V.)**

**Antrag 1:116 (Seite 225): Kinemathek Karlsruhe e. V. - Erhöhung Projektzuschüsse um 10 Prozent (Kinemathek Karlsruhe e. V.)**

Damit kommen wir jetzt zur Kinemathek. Das sind zwei Anträge, einmal von Karlsruher Liste und Kinemathek. Erhöhung institutionelle Förderung. Ich glaube, es geht aber auch jeweils um zehn Prozent. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. Bei mir taucht das unter 1.116 nochmal auf, aber dann gucken wir gleich. Also das stimmen wir jetzt ab, und zwar ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

Sorry, ich habe eben eigentlich nur 1.115 zur Abstimmung stellen können, weil 1.116 doch ein separater Antrag ist. Da geht es nochmal um die Projekte der Kinematik und hier um eine 10-prozentige Zuschusserhöhung. Das müssten wir jetzt nochmal abstimmen und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist **abgelehnt**.

**Antrag 1.117 (Seite 225): Kulturverein Tempel e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)**

Wir kommen zu einem erneuten Antrag von Karlsruher Liste/Die PARTEI, Kulturverein Tempel e.V., auch hier zehn Prozent Erhöhung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.118 (Seite 225): Tollhaus e. V. - Erhöhung der institutionellen Förderung (KAL/Die PARTEI | Tollhaus Freier Kulturverein e. V.)**

Wir sind jetzt bei 1.118 Tollhaus e.V., auch ein Antrag von Karlsruher Liste/DIE PARTEI und da stimmen wir ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

**Antrag 1.119 (Seite 225): KOHI Kulturraum e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)**

**Antrag 1.120 (Seite 225): Kulturhaus MIKADO e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)**

Antrag 1.121 (Seite 225) : Panorama e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)

Antrag 1.122 (Seite 225): NUN Kulturraum e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)

Antrag 1.123 (Seite 226): Déjà Vu - Film e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)

Antrag 1.124 (Seite 226): Die Anstoß e. V. - 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)

Antrag 1.125 (Seite 226): Studentisches Kulturzentrum gGmbH 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des Kulturring Karlsruhe e. V. (KAL/Die PARTEI)

Gut, dann machen wir 1.119 KOHI Kulturraum, 1.120 Kulturhaus Mikado, 1.121 Panorama e.V., 1.122 NUN Kulturraum, 1.123 Déjà-Vu, 1.124 Die Anstoß e.V. und 1.125 Studentisches Kulturzentrum, die ganzen sieben Anträge gemeinsam, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir haben 1.126 schon abgearbeitet.

Antrag 1.127 (Seite 218): "WERKRAUM: Karlsruhe e. V.": Dynamisierung der institutionellen Förderung ab 2025 (WERKRAUM: Karlsruhe e.V.)

Wir kommen jetzt nach 1.127. Da wünscht der Werkraum Karlsruhe e.V. die Dynamisierung der institutionellen Förderung ab 2025. Da kann ich jetzt so schnell nicht erkennen, ob wir das schon abgearbeitet haben. Theoretisch haben wir das. Dann können wir das hier als **erledigt** betrachten.

Antrag 1.128 (Seite 225): Tollhaus Freier Kulturverein e. V. - Dynamisierung der institutionellen Förderung nach Verbraucherpreisindex (Tollhaus Freier Kulturverein e. V.)

Okay, dann haben wir 1.128, nochmal Tollhaus e.V., auch das Dynamisierung nach Verbraucherpreisindex bezogen, aber auf die einzelne Institution. Das müssen wir dann doch nochmal abstimmen. Es könnte ja sein, dass Sie für das Tollhaus das gerne extra hätten. Dann stellen wir das jetzt nochmal zur Abstimmung mit dem Votum ab, jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

1.129 haben wir dann schon abgearbeitet.

Antrag 1.130 (Seite 221): vhs Karlsruhe e. V. – Mietkostenzuschuss (GRÜNE, CDU, KAL/Die PARTEI | SPD | FDP |DIE LINKE.)

Dann kommen wir zu 1.130, ein interfraktioneller Antrag der GRÜNE, CDU, Karlsruher Liste/DIE PARTEI, separat dazu ein Antrag der SPD und separat dazu ein Antrag der FDP. Es geht um den Mietzuschuss für die Volkshochschule. Da gibt es jetzt viele Antragsteller. Insofern können wir der normalen Reihenfolge wieder nachgehen.



**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Ausbildung und Weiterbildung ist ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft der Gesellschaft. Gerade in unserer digitalisierten Welt darf lebenslanges Lernen nicht vernachlässigt werden. Die Karlsruhe VHS ist deshalb ein fester und unschätzbar wichtiges Puzzleteil in unserer Bildungslandschaft. Sie wurde von uns GRÜNEN zu jeder Zeit unterstützt und das wird so bleiben. Wir können uns unsere Stadt ohne VHS nicht vorstellen. Und da spreche ich auch für die zwei Parteien, die CDU und Karlsruher Liste/DIE PARTEI, die diesen Antrag mit uns gestellt haben. Mittlerweile hat sie sich zusätzlich mit ihren Integrations Sprachkursen zu einer wichtigen Anlaufstelle für Geflüchtete und Menschen entwickelt, Menschen, die Deutsch lernen wollen, Menschen allgemein natürlich auch. Um die dauerhafte Stabilität unserer VHS zu gewährleisten, müssten wir den städtischen Mietzuschuss weiterhin in voller Höhe von 700.000 Euro gewähren. Unser interfraktioneller Antrag beinhaltet zusätzlich eine Verstetigung des Mietzuschusses, damit das sich jährlich wiederholende Geschacher um eine wichtige Bildungseinrichtung ein für alle Mal beendet ist. Der immer noch laufende Kontokorrentkredit über 750.000 Euro zeigt ebenfalls die insolvenzgefährdete Situation der VHS. Trotz einer erfolgreich durchgeführten Organisationsanalyse mit Maßnahmeplan steht die VHS weiterhin auf wackligen Beinen. Sie ist einfach unterfinanziert. Uns irritiert, dass die Stadtverwaltung den Wert der VHS nicht so wertzuschätzen weiß, wie wir uns das vorstellen. Wir möchten sie nicht weiterhin ins Defizit laufen lassen. Das sind wir den motivierten Mitarbeiter\*innen schuldig.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Den Worten von Frau Großmann ist eigentlich nicht viel zuzufügen, sondern wir mussten hier reagieren, denn ansonsten wäre die Zahlungsunfähigkeit gewährleistet gewesen. Und um diese Bildungsangebote langfristig zu sichern für ein lebenslanges Lernen, mussten wir hier reagieren. Und von daher denke ich, spricht der Antrag für sich.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ich glaube, der Wert der VHS steht für uns alle außer Frage. Sie ist unverzichtbar, das ist definitiv so. Hier geht es jetzt um die Frage, braucht die VHS dauerhaft einen Mietkostenzuschuss durch die Stadt. Für uns als SPD-Fraktion hat sich diese Notwendigkeit bereits bei den letzten Haushaltsberatungen bestätigt, weswegen wir damals den von der Stadtverwaltung eigentlich vorgesehenen Sperrvermerk bereits beantragt haben zu streichen und hierfür eine Mehrheit gewinnen konnten, diesen Sperrvermerk tatsächlich schon aus dem letzten Haushalt hinaus zu nehmen, weil klar ist, die Volkshochschule ist darauf angewiesen, auf diese 700.000 Euro Mietkostenzuschuss zusätzlich zu ihrer eigentlichen Förderung. Und wir sehen durchaus, was die Stadt alles leistet, damit der Volkshochschule in schwierigen Situationen geholfen wird, der Kontokorrent-Kredit wurde bereits angesprochen. Gleichwohl sehen wir auch die Notwendigkeit dieses dauerhaften Zuschusses, und zwar eines Zuschusses ohne Sperrvermerk, weil die Verwaltung schon wieder in ihrer Antwort auf den interfraktionellen Antrag zumindest diesen nochmalig ins Felde führt. Wir lehnen einen solchen ab. Wir wollen dauerhaft die 700.000 Euro im Haushalt gesichert haben, deswegen hier auch der Antrag. Auf die verschiedenen finanziellen Belastungen könnte ich jetzt eingehen. Unsere Redezeit lässt das leider nicht zu, aber wir haben uns auch ausführlich schon in der Vergangenheit mit der Volkshochschule auseinandergesetzt hier im Hause. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Bildungslandschaft, den wir hiermit stärken.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Dieses ist meine fünfte Haushaltsdebatte, und in jeder Haushaltsdebatte haben wir diesen Punkt diskutiert. Lassen Sie uns jetzt eine Lösung finden mit diesen 700.000 Euro.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Auch wenn ich nicht Antragsteller bin, tragen wir das natürlich mit. Wir hatten zwar das Signal gegeben, da mitzumachen, aber irgendwie klappt nicht immer alles. Aber unsere Zustimmung ist hier garantiert.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass es hier unterschiedliche Wahrnehmungen gibt und man sich damit konzeptionell noch mal auseinandersetzen würde. Jetzt kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **große Mehrheit dafür**.

Damit hat sich, denke ich, der LINKE-Antrag erledigt, da Sie 700.000 Euro nur für ein Jahr hier beantragt hat.

**Antrag 1.131 (Seite 221): HHMS\_GR48 – Medienbus (GRÜNE | CDU | SPD | KAL/Die PARTEI | FDP | DIE LINKE.)**

Wir haben dann unseren Haushaltssicherungsvorschlag, die Reduzierung durch Einstellung des Medienbusses ab 2024. Ich rufe da auf unter der Ziffer 1.131 eine ganze Reihe von Anträgen, die sich mit dem Erhalt des Medienbusses beschäftigen, und eine Liste an Anträgen, die sich mit dem weiteren Bestand der einen Vollzeitstelle beschäftigen. Ich hoffe, ich habe das richtig wiedergegeben. Insofern würde ich dann gerne zur Abstimmung stellen, nach der entsprechenden Debatte, dass wir alles zusammen einfach...

Sie wollen, dass wir diese Haushaltseinsparung nicht vornehmen, und das besteht aus zwei Elementen. Sollte doch ein Antrag über das hinausgehen, dann bringen Sie es bitte nochmal hier zu Gehör. Gibt es da Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, können wir im Grunde alle Anträge gebündelt hier zur Abstimmung stellen, die da begehren, dass die Stadt ihren Einsparvorschlag zurücknimmt, nämlich sowohl das Personal als auch die entsprechenden anderen Mittel. Und diesen Antrag stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

So, auf der **Seite 223** möchte ich hinweisen auf die erste **Veränderungsliste**. Hier schlagen wir vor, die **Baukorridormittel des ZKM zu erhöhen**. Das ist in der ersten Veränderungsliste aufgenommen und wird dadurch korrigiert, dass wir dementsprechend die anderen Zuschüsse reduzieren. Das sind also kommunizierende Röhren. Wir werden das Ganze mit einem Sperrvermerk versehen, weil sich das Land noch nicht festgelegt hat, wie es mit seinen Finanzierungen umgehen wird, wir müssen immer äquivalent arbeiten. Wir werden dann also nach Klärung dieser Tatbestände das nochmal mit Ihnen genauer diskutieren, aber im Moment nehmen Sie das erstmal einfach zur Kenntnis.

**Antrag 1.106 (Seite 226): Pride Pictures e. V. - Queer Film Festival Karlsruhe – Zuschusserhöhung (KAL/Die PARTEI)**

**Antrag 1.132 (Seite 222): Einrichtung eines Fonds zur Förderung der Sichtbarkeit und Stärkung der queeren Vielfalt in Karlsruhe (GRÜNE)**

Wir haben dann Antrag der GRÜNE für einen Fonds zur Förderung der Sichtbarkeit und der Stärkung der queeren Vielfalt, das wollten Sie jetzt vor dem Pride Pictures hier zur Diskussion stellen.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Queere Menschen leben in einer cis-heteronormativen Welt. Es fehlt oft an Vorbildern, es fehlen sichtbare Menschen, die zeigen, dass man gut ist, so wie man ist. Es fällt einigen queeren Menschen, so auch manchmal mir, nicht immer ganz leicht, sich so zu akzeptieren. Die Pride Pictures leisten mitten in der Stadt einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Sichtbarkeit. Diese Sichtbarkeit fördert es, sich selbst zu akzeptieren, aber auch die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz. So sind wir für die Erhöhung der Förderung der Pride Pictures. Langfristig wollen wir die Finanzierung der Pride Pictures mit einem Fonds zur Förderung der Sichtbarkeit und Stärkung der queeren Vielfalt auf andere Beine stellen und damit auch den CSD mehr fördern, der für die Sichtbarkeit und zur Stärkung queerer Menschen auch so wichtig ist. Auch beim CSD werden die Finanzbedarfe steigen. So sehen wir es für richtig und wichtig, hierfür und für weitere Unterstützung einen Fonds zur Förderung in Höhe von 25.000 Euro einzurichten, aber erst ab 2025, damit noch ausreichend Zeit zur Konzeption besteht. Vielen Dank an die Menschenorganisationen, die sich in Karlsruhe für queere Sichtbarkeit und queere Menschen engagieren. So wollen wir über den Fonds zuerst abstimmen, da wenn die Finanzierung dessen abgelehnt wird, wir dann für eine Erhöhung des Zuschusses von Pride Pictures über das Jahr 2024 hinaus stimmen würden.

Jetzt wird es ein bisschen kompliziert, aber für die Abstimmung ist es wichtig. Wird der Finanzierung unseres Fonds zugestimmt, dann würden wir gerne nur für 2024 die Erhöhung des Zuschusses der Pride Pictures im Sinne des Antrags von KAL zustimmen. Das müsste dann so getrennt abgestimmt werden. Wenn der Finanzierung des Fonds nicht zugestimmt wird, dann würden wir dem Antrag von KAL komplett zustimmen. Auch bei unserem Antrag ist noch was zu beachten. Die Punkte unseres Antrages würden wir gerne getrennt abstimmen. In dem ersten Spiegelstrich unseres Antrags zum Fonds steht die Entwicklung des Konzeptes. Diesen Spiegelstrich wollen wir getrennt abstimmen, damit wir sehen, ob eine Konzeption vielleicht auch so möglich ist, wenn die Finanzierung trotzdem nicht sichergestellt sein sollte, damit es im nächsten Haushalt erfolgen kann. Und dann wollen wir über die Finanzierung des Konzeptes für den Doppelhaushalt und darüber hinaus ab 2025 unter Spiegelstrich 2 abstimmen.

**Der Vorsitzende:** Gab es jetzt noch weitere Wortmeldungen?

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ja, ich würde es gerne noch weiter verkomplizieren. Wir reden jetzt über 1.132, den Antrag, ein Fonds für queere Vielfalt. Vielleicht vorneweg, natürlich bedanken wir uns auch bei allen Organisationen, die sich für queere Anliegen stark machen, aber das waren jetzt Anträge, die weiter vorne kommen, zu denen kommen wir gleich noch zu sprechen. Wir unterstützen die Intention zu sagen, Queerfeindlichkeit muss angegangen werden in unserer Stadt. Das sehen wir auch so. Wir sehen es allerdings

es so wie die Antragsteller, dass wir jetzt gerade in dieser Haushaltslage und auch in Anbetracht der aktuellen Situation und auch inhaltlich einen neuen Fonds einrichten sollten, der dieses Thema queere Vielfalt speziell annimmt. Wir haben für Pride Picture beispielsweise den eigenen Haushaltsansatz, auch der CSD wird unterstützt, von uns selbstverständlich auch. Die Verwaltung antwortet jetzt in ihrer Stellungnahme auf Antrag 1.132, dass diese Themen, die zumindest Antidiskriminierung betreffen, eigentlich zur Konzeptionierung runder Tisch Antirassismus, Antidiskriminierung gehören. Hier stimmen wir der Verwaltung zu. Dann haben wir in den Haushaltsansatz geschaut von diesem runden Tisch, da stehen 30.000 Euro in diesem Haushalt drin. Wenn wir uns einig sind, dass bestimmte Themen auch noch mit bearbeitet werden sollten oder die ernsthaft angegangen werden sollten, sind zumindest wir der Meinung, dass dieser Ansatz von 30.000 Euro nicht ausreicht. Deswegen stellen wir den Änderungsantrag entsprechend dem GRÜNE-Antrag, ab 2025 die Mittel um 25.000 Euro zu erhöhen, nicht für einen neuen Fonds, da unterscheiden wir uns inhaltlich, aber für eine stärkere Antirassismus-, Antidiskriminierungsarbeit in unserer Stadt, entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung, die uns antwortet, da gehört es hin, da stimmen wir Ihnen zu. Deswegen ein Änderungsantrag 25.000 Euro ab 2025 mehr für die Umsetzung runder Tisch.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Der runde Tisch Antirassismus und Antidiskriminierung ist auch noch in der Ausarbeitung. Das sind auch noch Dinge, wo jetzt geschaut werden muss, was da umgesetzt werden kann, und deswegen sehen wir das nicht, dass es zielführend ist, das Geld jetzt einfach darein rüberzuschieben, auch wenn es vielleicht die Verwaltung anders sehen mag und die SPD. Und es geht jetzt hier um die queere Sichtbarkeit. Und liebe SPD, damit machen Sie gerade die queeren Menschen wieder etwas unsichtbar in unserer Stadt und die fühlen sich doch oft etwas unsichtbar hier. Und es wurde ganz stark auch an uns herangetragen. Und gerade der CSD und auch die Pride Pictures sind gering finanziert, die sind in anderen Kommunen mehr finanziert. Wir haben auch Anträge zur Finanzierung queerer Angebote und Anfragen zum Thema Finanzierung queerer Angebote und auch das CSD ist in der Vergangenheit gestellt und die haben das eindeutig aufgezeigt. Daher halten wir jetzt an diesem Fonds so fest und würden den Änderungsantrag der SPD ablehnen.

**Der Vorsitzende:** Also die Verwaltung wird sich dieses Themas im Rahmen des runden Tisches Antirassismus, Antidiskriminierung annehmen, und wir bleiben auch dabei, dass es bisher schon eigene Kulturfördertöpfe für bestimmte queere Veranstaltungen gibt. Darüber hinaus jetzt noch einen zusätzlichen Fonds aufzulegen, halten wir auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung der verschiedenen Gruppen, die wir in der Stadtgesellschaft fördern und sichtbar machen wollen, für nicht zielführend. Wir stimmen Ihnen aber zu, Herr Stadtrat Riebel, dass wir eine stärkere Sichtbarkeit erreichen wollen. Also, dass man dem Fonds nicht zustimmt, bedeutet für uns nicht, dass wir nicht die Forderung nach einer stärkeren Sichtbarkeit mitgehen können. Das ist mir nochmal ganz wichtig, damit da kein falscher Zungenschlag reinkommt.

Jetzt haben Sie um eine getrennte Abstimmung gebeten. Das ist mir ehrlich gesagt noch nicht so ganz klar, weil auch Ihr Spiegelstrich 1 sich mit dem Konzept für einen Fonds beschäftigt und nicht für die Sichtbarkeit. Aber wir können es auch gern getrennt abstimmen. Ich verweise nur darauf, dass alle drei Spiegelstriche etwas mit einem Fonds zu tun haben und damit ist es im Grunde immer dieselbe Sache, aber wir können es auch getrennt abstimmen, wenn Ihnen das hilft.

Dann können wir wenigstens Ziffer 1 und Ziffer 3 gemeinsam aufrufen. Da ist dann nämlich nicht von der Höhe die Rede, sondern nur von einem Fonds, über den beraten wird. Und dann machen wir die Ziffer 2, das ist die Höhe.

Dann rufe ich auf die **Ziffer 1** und **3** des GRÜNEN-Antrags zum Thema Konzept für ein Fonds und dann Entscheidung der Mittelvergabe im Hauptausschuss und im Gemeinderat und bitte hier um das Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich die **Ziffer 2** auf, einen eigenen Fonds über 25.000 Euro einzurichten. Dass wir damit natürlich trotzdem in die Gremien müssen, ist klar, weil wir noch negativ nicht wissen, für was genau. Und auch das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Auch das wird **abgelehnt**.

Dann rufe ich den SPD-Antrag auf, den Haushaltsansatz für 2025, Umsetzung der Ergebnisse des runden Tisches Antidiskriminierung und Antirassismus um 25.000 Euro zu steigern von 30.000 Euro auf 55.000 Euro und bitte um Abstimmung ab jetzt. Das hat eine **Mehrheit** (Zustimmung) gefunden.

Jetzt kommt der Pride Pictures Antrag. Das ist der Antrag Nummer 1.106. Da begehrt die Karlsruher Liste/DIE PARTEI, auch hier eine Zuschusserhöhung um 3.500 Euro im Jahr. Und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das wird mehrheitlich **abgelehnt**.

#### **Antrag 1.133 (Seite 224): Wochen gegen Rassismus und kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit (AfD)**

Jetzt gibt es noch einen Antrag der AfD, die Mittel für die Wochen gegen Rassismus zu streichen. Habe ich das richtig verstanden? Dann stelle ich den jetzt zur Abstimmung. Gibt es Wortmeldungen dazu?

**Stadträtin Sardarabady (GRÜNE):** Wir danken der Stadtverwaltung für die deutliche Stellungnahme und sind sehr froh über die klare Positionierung. Die Bedeutung und die Notwendigkeit einer engagierten kommunalen Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit wird trotz der angespannten Haushaltslage nicht infrage gestellt. Der Gemeinderat hat vor kurzem mit großer Mehrheit erfreulicherweise auch das erwähnte Positionspapier verabschiedet. Dass die AfD das städtische Engagement unnötig findet, ist nicht überraschend. Die explizite Betonung aber, dass sie gegen Rassismus ist, verwundert dagegen schon, aufschlussreich auch im Hinblick auf die späteren Anträge im Teilhaushalt 5000 das folgende ganz kurze Zitat: „Rassismus manifestiert sich auf verschiedene Weise, zum Beispiel in Form von Vorurteilen, Stereotypen, Ausgrenzung und Diskriminierung bis hin zu Hassrede und Hasskriminalität. Er führt dazu, dass bestimmte Gruppen als fremd und als nicht zugehörig markiert und als minderwertig, rückständig, kriminell oder bedrohlich stigmatisiert werden.“ So Reem Alabali-Radovan, die Beauftragte der Bundesregierung für Rassismus. Später möchte ich gern darauf zurückkommen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Nur zur Klarstellung, wir sind nur dagegen, weil bei dieser Veranstaltung grundsätzlich Wahlkampf gegen die AfD gemacht wird. Und wir werden die Veranstaltung wieder sehr genau beobachten.

**Der Vorsitzende:** Damit steht der Antrag der AfD zur Abstimmung. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.134 (Seite 223): Literarische Gesellschaft e. V. - Jubiläumszuschuss 100 Jahre (Literarische Gesellschaft e. V.)**

Auf der Seite 223 gibt es einen Zuschuss von 30.000 Euro für die Jubiläumsveranstaltungen 100 Jahre Literarische Gesellschaft. Das steht im Haushaltsentwurf noch nicht drin, aber auf der Veränderungsliste. Das entspricht der Forderung aus der Literarischen Gesellschaft, und damit können wir feststellen, dass der Antrag **erledigt** ist und wir das Geld dort eingestellt haben.

**Antrag 1.135 (Seite 225): Kinemathek Karlsruhe e. V. – Jubiläumszuschuss (KAL/Die PARTEI | Kinemathek Karlsruhe e. V.)**

Dann gibt es in der Veränderungsliste zu 50 Jahre Kinemathek auch den Vorschlag, oder nicht den Vorschlag, sondern wir haben 45.333 Euro eingestellt. Das hat etwas mit der geplanten Kofinanzierung durch das Land zu tun, die damit ermöglicht wird, und das entspricht dem, was auch die Kinemathek bei uns als Antrag eingebracht hat. Das einfach zur Kenntnis und damit wäre auch aus unserer Sicht der Antrag der Kinemathek als **erledigt** zu betrachten.

**Antrag 1.136 (Seite 225): Centre Culturel Franco-Allemand (CCFA): Zuschuss zu Reparaturarbeiten und notwendiger Modernisierung der Ausstattung (KAL/Die PARTEI)**

Dann kommen wir zum Centre Culturel Franco-Allemand. Das ist ein Antrag der Karlsruher Liste/Die PARTEI unter der Ordnungsziffer 1.136 und da geht es um eine Erhöhung um jeweils 15.000 Euro für die Jahre 2024 und 2025.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Letztendlich geht es bei dem Antrag eigentlich darum, dass Mittel, wie es auch schon steht, für die Professionalisierung und Reparaturen verwendet werden, weil diese nicht aus dem Landeszuschuss entnommen werden dürfen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

**Der Vorsitzende:** Den stelle ich dann damit hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Dann ist er damit **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 1.137 (Seite 226): Veranstaltungen im gesamtstädtischen Interesse: Brauchtum / Heimatpflege (AfD)**

Wir kommen dann zu einem Antrag, das ist die Ziffer 1.137 der AfD-Gruppe, der aus unserer Sicht **erledigt** ist, weil wir die entsprechenden Summen nicht reduziert haben.

**Antrag 1.138 (Seite 226): Veranstaltungen im gesamtstädtischen Interesse – Fastnachtsumzüge (AfD)**

Dann kommen wir zu 1.138, Veranstaltung im gesamtständischen Interesse Fastnachtsumzüge. Da begehren Sie eine Erhöhung.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Auch wenn der Oliver Schnell und ich keine Fastnachter sind, ist für uns die Fastnacht und alles, was dazugehört, trotzdem als Teil unserer Tradition sehr wichtig. Wir sind der Meinung, es sollte wieder so möglich sein, wie es früher der Fall war.

**Der Vorsitzende:** Damit steht der Antrag zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Damit haben wir den Kulturteil auch abgehakt. Nein, es fehlt noch was. Ich teile Ihnen noch mit, dass wir auf der ersten **Veränderungsliste** auch noch Mittel beim Stadtamt Durlach für die **Sanierung der Figuren im Schlossgarten** eingestellt haben.

**Teilhaushalt 5000**

Wir kommen damit zum Teilhaushalt 5000 Soziales und Jugend. Hier gibt es eine ganze Reihe von Veränderungen, die wir auf der Veränderungsliste vorgenommen haben, summenneutral, Umwidmung der Haushaltsmittel zur Quartiersarbeit, summenneutral, die Verschiebung der Dynamisierung auf die jeweiligen PSP-Elemente, summenneutral, Planansätze zum sachlich richtigen Produkt, da geht es um sonstige Einrichtungen für junge Menschen und Familien, summenneutral, Verschiebung Planansätze, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege, psychologische Beratungsstelle Leitung, Seniorenbüro und Stadtteilkoordination, städtische Kinder- und Familienzentren jeweils einige Verschiebungen in den Plan ansetzen.

Auf **Seite 256 Pflegestützpunkt** war eine doppelt geplante Ertragssteigerung eingetragen, die aber nur einfach zu realisieren ist. Das haben wir korrigiert in der **Veränderungsliste**. Und bei der Verschiebung von Pflegestützpunkt zu Netzwerk Demenz geht es um einen summenneutralen Vorgang.

**Antrag 1.139 (Seite 244): HHSM\_V108 - Keine pauschale Kürzung der Personalkosten bei der Sozial- und Jugendbehörde (DIE LINKE.)**

Wir kommen damit auf der Seite 244 zum Antrag der LINKEN. Das richtet sich gegen unsere Haushaltssicherungsmaßnahme, bei der wir die Personalansätze in der Sozial- und Jugendbehörde gekürzt haben, aber nicht, um dort irgendwie grundsätzlich Stellen abzubauen, sondern der Tatsache Rechnung zu tragen, dass wir eine große Anzahl immer nicht besetzter Stellen haben und in Zukunft durch Themen der Aufgabenkritik und der Neuorganisation mit durchschnittlich dann auch weniger Stellen auskommen wollen. Trotzdem ist es natürlich faktisch eine Stellenreduzierung, und hier begehrt die Linke, dass wir hier diese Personalkosten nicht in dieser Weise pauschal kürzen.

Das stimmen wir direkt ab und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.140 (Seite 247): HHSM\_GR56/61 - Familien nicht weiter belasten - Kindertagesstätten-Beiträge nicht erhöhen (DIE LINKE.)**

**Antrag 1.141 (Seite 247): HHSM\_GR61 - Eltern weniger belasten - Kindertagesstätten-Gebührenerhöhung halbieren (GRÜNE | CDU | SPD | FDP)**

**Antrag 1.142 (Seite 247): HHSM\_GR56 - Keine weitere Erhöhung der Kindertagesstätten-Gebühren (KAL/Die PARTEI)**

Ebenfalls auf der Seite 247 kommen wir jetzt zur Haushaltssicherungsmaßnahme Nummer HHS\_GR56, Erhöhung der Benutzerentgelte in städtischen Kindertageseinrichtungen und Nummer HHS\_GR61, Ertragssteigerung, Erhöhung der Benutzungsentgelte in Kindertageseinrichtungen, städtische Kitas und kitafreier Träger.

Also die **Haushaltssicherungsmaßnahme HHSGR\_61** haben wir bereits mit dem Beschluss im Gemeinderat vom 31.05.2022 umgesetzt. Das ist, glaube ich, damit auch erledigt. Und die **Erhöhung der Benutzerentgelte**, wie wir jetzt weiter vorsehen, muss ich jetzt mal gucken, da rufe ich dann auf die Anträge 1.140 der LINKE., Familie nicht weiter belasten, Kindertagesstättenbeiträge nicht erhöhen. Dann nochmal die LINKE., dann 1.141 GRÜNE, CDU, SPD, FDP, Kita Gebührenerhöhung halbieren. Und ich glaube, wir können dann auch gleich 1.142 mit aufrufen, Karlsruher Liste/Die PARTEI, keine weitere Erhöhung der Kita-Gebühren, das können wir alles zusammen aufrufen. Die anschließenden Anträge zu den Kita-Gebühren sind eher konzeptioneller Art. Insofern machen wir die dann im zweiten Schwung.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Wenn Kita-Gebühren steigen, dann trifft das gerade in Zeiten von Inflation, gerade in Zeiten von hohen Energiekosten nochmal verstärkt ganz direkt die Familien und beeinflusst in hohem Maße, wie viel Geld dann am Ende des Monats in den Haushaltskassen übrig ist, und zwar nicht in unserem städtischen, sondern in unseren privaten Haushaltskassen. Frühkindliche Bildung ist ein Rechtsanspruch, den wir hier in Karlsruhe wie andere Kommunen auch, da ist Karlsruhe nicht alleine, nach wie vor nicht in vollem Umfang erfüllen. Warum? Es fehlt an Plätzen, es fehlt an Fachkräften und an vielen Stellen müssen wir deshalb aktuell das Angebot sogar einschränken. Gleichzeitig sollen, nein müssen, die Elternbeiträge steigern, um eben die hohen Kostensteigerungen bei den Trägern oder auch bei uns selber noch irgendwie darstellbar zu machen. Und ohne weitere finanzielle Unterstützung von Bund oder Land können wir als Stadt diese Entwicklung nicht mehr länger aufhalten.

Daher lehnen wir auch die Anträge der LINKE., Ordnungszahl 1.140, Antragspunkt 1 und von Karlsruher Liste/Die PARTEI, Ordnungszahl 1.142 ab. Gleichzeitig erneuern wir aber heute unser Versprechen, was wir auch in den vergangenen Jahren den Familien in Karlsruhe immer wieder gemacht haben und auch gehalten haben, wir lassen die Familien mit diesen zusätzlichen Päckchen nicht alleine im Regen stehen und gemeinsam mit den Fraktionen CDU, SPD und FDP sorgen wir heute dafür, dass wir die geplante Gebührenerhöhung halbieren, und zwar mit diesem Antrag mit der Ordnungszahl 1.141. Dafür nehmen wir oder würden wir trotz der Haushaltssicherung und trotz der Einsparungen mehrere Millionen Euro in die Hand. An dieser Stelle haben wir in der Vergangenheit auch immer wieder zu Recht darauf verwiesen, dass eine Vielzahl der Familien in Karlsruhe von der



Gebührenerhöhung aufgrund der bestehenden städtischen Beitragssystematik und den damit verbundenen Förderungsmöglichkeiten gar nicht oder nur teilweise betroffen sind. Also sie zahlen keinen oder nur einen halben Beitrag. Allerdings zeigt uns die Statistik immer deutlicher, dass nicht alle Familien, die diese Möglichkeit der Beitragsfreiheit eigentlich hätten, diese dann auch in Anspruch nehmen.

Vor diesem Hintergrund der Gebührenentwicklung gehen wir zusätzlich mit unserem interfraktionellen Haushaltsantrag noch einen Schritt weiter und haben außerhalb der Haushaltsberatungen eine grundsätzliche Neuausrichtung der Gebührensystematik beantragt, also wir als GRÜNE. Wir wollen die Verteilung der Gebühren künftig gerechter gestalten, auch andere Fraktionen, das haben sie jetzt angesprochen, werden sie dann im Anschluss aufrufen. Aber erlauben Sie mir, dass ich jetzt schon dazu Stellung nehme. Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen grundsätzlichere Anträge zur Gebührensystematik gestellt, und über all diese Anträge, also da nehme ich jetzt die Ordnungszahl 1.140, Antragspunkt 2 und auch die Ordnungszahl 1.143 und 1.144, würden wir sehr gerne gemeinsam auch mit unserem Antrag konstruktiv und ausführlich dann im Jugendhilfeausschuss beraten und nicht heute hier.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich kann mich in den meisten Dingen meiner Kollegin Fahringer anschließen, aber es geht natürlich nicht nur um die finanzielle Belastung der Eltern. Es geht auch darum, dass wir einen eklatanten Personalmangel haben an den meisten Kindertagesstätten. Hier gilt es natürlich auch den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher attraktiv zu gestalten, denn eines können wir nicht gewährleisten zurzeit, die Verlässlichkeit der Betreuung. Wir sehen, dass immer mehr Einrichtungen nur teilweise Kürzungen haben, aber es liegt nicht daran, dass wir nicht wollen, sondern einfach das Personal zurzeit nicht da ist und dies muss gewährleistet werden. Daher müssen wir einen gewissen Beitrag verlangen, aber der muss auch bezahlbar sein und vor allem muss es auch für die Eltern so sein, dass sie dann entsprechend auch eine verlässliche Betreuung gewährleistet bekommen.

Ich denke, die Kollegin hat schon klar darauf hingewiesen, dass natürlich eine Vielzahl schon befreit ist, deswegen warne ich immer davor, hier wieder so eine Art Pauschaldiskussion zu machen, dass die Eltern die Beiträge überhaupt nicht mehr bezahlen können. Wir haben die Zweitkinderregelung, die das Ganze nochmal ermäßigt. Also von daher glaube ich, sind wir auf einem guten Weg und diesen Kompromiss, den wir jetzt mit der Halbierung gefunden haben, das ist ein guter Kompromiss.

Ich würde aber auch noch gleich zu dem Antrag sprechen, die Kollegin hat es ebenfalls angesprochen, eine gewisse einkommensabhängige Regelung dann zu finden demnächst. Dies hatten wir auch schon mal vorgeschlagen, aber uns wurde klar und deutlich gemacht, dass das ein Bürokratieaufwand wäre, dass wir damit überhaupt nichts gewonnen haben. Deswegen, die Grundsatzidee ist hervorragend, aber sie ist wiederum bei uns anscheinend in Deutschland nicht umsetzbar, deswegen würden wir dies natürlich so ablehnen. Wir gehen jetzt den Weg, den wir interfraktionell geschlossen haben, auch so mit, dass wir das entsprechend halbiert machen. Ich denke, das ist auch ein gutes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Es hat sich bereits abgezeichnet bei Antragstellung, dass der vorgeschlagenen Erhöhung der Kita-Gebühren der Verwaltung nicht gefolgt wird,

mehrheitlich. Gleichzeitig stellt sich natürlich die Frage in Anbetracht der vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Kinderbetreuung. Es wurde jetzt bereits angesprochen, deswegen wiederhole ich es hier nicht, und in Anbetracht der massiv gestiegenen Kosten, und ich darf Sie daran erinnern, wir haben nur einen geringen Teil der Plätze selbst in städtischer Hand, sehr viele sind bei den freien Trägern, kommen wir nicht darum herum, eine Erhöhung vorzunehmen. Wir haben dabei sehr gut abgewogen und haben gesagt, es geht nicht, dass die Eltern die alleinigen sind, die die Kostensteigerung zu tragen haben. Deswegen haben wir gesagt, müssen wir einen Millionenbetrag hier in die Hand nehmen, um diese Kostensteigerung zumindest abzumildern. Dazu stehen wir. Deswegen haben wir hier diesen gemeinsamen Antrag eingebracht. Auch wenn die SPD natürlich an diesem grundsätzlichen Ziel Gebührenfreiheit in der Bildung festhält, ist uns völlig klar, dass wir es ohne Bund und Land nicht finanzieren können und dass wir hier in diesen Haushaltsberatungen nicht um die moderate Erhöhung drumherum kommen.

Viele haben jetzt schon über eine grundsätzliche Neukonzeptionierung gesprochen. Natürlich überlegen wir immer mit der Verwaltung, passt unsere Konzeption noch entsprechend dafür, dass wir genügend Plätze in Karlsruhe auch stellen können? Passt die Finanzierung noch gerade für die freien Träger und wie sind wir da aufgestellt? Ich kann meinem Vordner durchaus zustimmen, dass wir uns verwehren gegen eine bürokratische Mehrbelastung der Einrichtungen und der Verwaltung. Wir sind sehr gerne offen, gemeinsam mit der Verwaltung zu überlegen, wo müssen wir unsere Förderung verändern, wo ist sie vielleicht nicht mehr zeitgemäß. Auf der anderen Seite irrsinnig viel Bürokratie zu schaffen, die dann weitere Stellen bei Kitas erfordert, das halten wir nicht für den richtigen Weg. Gleichzeitig, und das will ich auch schon heute sagen, besteht für uns die Geschwister-Kind-Regelung für die SPD-Fraktion außer Frage. Die GRÜNEN haben sie ja bereits zur Diskussion gestellt. Für uns als SPD-Fraktion ist das ein unverzichtbarer Teil, in Karlsruhe Familien zu fördern. Deswegen rücken wir davon nicht ab. Das möchte ich direkt für die Diskussion mit auf den Weg geben. Ich weiß, Sie sehen hier viele anders, aber das sehen wir so. Heute müssen wir uns ja nur mit der Erhöhung auseinandersetzen, und da tragen wir eben die Hälfte mit, um es positiv zu formulieren.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Der Gemeinderat war seinerzeit schon mal auf dem Weg zur Beitragsfreiheit. Das ist uns völlig klar, dass das jetzt in der aktuellen Situation nicht mehr machbar ist. Aber gerade unter Berücksichtigung von verkürzten Öffnungszeiten und Ähnlichem halten wir in einer aktuellen Situation Erhöhungen nicht für vermittelbar und haben deshalb diesen Antrag gestellt. Der bezieht sich sowohl auf die städtischen wie auch die freien Träger.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Meine Damen und Herren von GRÜNE, CDU, SPD und FDP, ich denke, Bürgermeister Lenz, Sie können bestätigen, dass wir in diesen zehn Jahre wirklich diskutiert haben, Kompromisse gefunden, aber auch die Kita so in den Fokus gestellt haben, wie es niemals früher hier war, besonders, dass die frühkindliche Bildung so unglaublich wichtig ist. Ich erinnere mich, vor zehn Jahren, als wir das angefangen haben, besonders Frau Rastätter und ich in dieser Zeit, hat man über Betreuungsanstalten diskutiert und nicht über pädagogische Konzepte. Als ehemaliger Schulleiter und auch zuständig für ganz große Kitas muss ich sagen, ich freue mich, dass GRÜNE, CDU, SPD und FDP das wirklich zusammen gemacht haben, auch wenn wir an vielen anderen Punkten unterschiedlich sind. Das ist wichtig für die Familien, das ist unglaublich wichtig für die Wirtschaft, das merken wir schon jetzt, wo wir den Fachkräftemangel haben und in unserer

Stadt, wo wir so viele Träger haben, ist es auch eine gesellschaftliche Zusammenarbeit. Ich denke eigentlich, ohne das zu übertreiben, die Kitas sind ein Schlüssel für die ganze Entwicklung in unserer Gesellschaft, und deshalb ist es eines der wirklich positiven Erlebnisse, das wir in den letzten 10 Jahren gehabt haben, dass die GRÜNEN, CDU, SPD und FDP, wir können ganz verschiedene Meinungen über viele Dinge haben, aber die Kitas haben wir gemeinsam in den Fokus gebracht. Und ich denke, wir haben das gleiche Ziel, das dauert, aber wir haben das gleiche Ziel, früher oder später soll es gebührenfrei sein. Das ist nicht die Zeit jetzt, aber auch wenn es Millionen kosten, ist es das wert. Und ich bedanke mich bei allen vier Fraktionen, dass wir gemeinsam dieses Ziel erreicht haben.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Wir halten auch weiterhin an dem Ziel der Gebührenfreiheit fest. Wir sind auch über unseren Schatten gesprungen und haben keine Reduzierung gefordert, sondern natürlich erstmal eine Beibehaltung und eine Stabilität. Das kann man unterschiedlich sehen, das verstehen wir auch. Wir bleiben aber weiterhin bei dem Thema fest, dass wir die Gebühren stabil halten wollen, um dort auch nicht in Erhöhung reinzugehen.

Ich will nur zwei Statements vielleicht korrigieren. Ich verstehe natürlich, dass man sagt, wir nehmen viel Geld in die Hand, aber wir nehmen viel Geld in die Hand, was wir nicht erhöhen und zusätzlich einnehmen. Also das ist so ein Wording, man kann es jetzt positiver darstellen, wie es in Wahrheit ist, das kann ich auch verstehen, man muss es als Erfolg verkaufen, das ist okay, aber de facto, wir erhöhen trotzdem die Gebühren. Das ist total verständlich, dass wir das anders versuchen zu kommunizieren. Auch das Zweite, was ich versuchen würde gerade zu rücken, nur weil wir die Gebühren jetzt erhöhen - es kam in ein, zwei Beiträgen vielleicht kurz rüber oder vielleicht bei mir so rüber - erhöhen wir nicht gleich die Personalquote oder die Personalverbesserung, das sind nicht ganz miteinander vereinbarte Themen, nur wenn mehr Geld nicht da ist, bedeutet das nicht Personal, das sehen wir ja schmerzlich an vielen Stellen auch.

Was für uns wichtig war, deshalb haben wir trotzdem diesen generellen grundsätzlichen Antrag eingereicht, auch wenn wir natürlich verstehen können, dass das vermutlich in der Konzeption gemeinsam mit dem GRÜNEN Antrag und weiteren Anträgen behandelt werden muss, ist dennoch die Frage, wie können wir die Gebührenregelung neu machen. Da gibt es dieses Konstanzer Modell, und ich sage auch dazu, Konstanz ist nicht der Nabel der Welt und nur weil es in Konstanz funktioniert, muss es nicht in Karlsruhe funktionieren, aber dass wir da eine Weiterentwicklung finden. Wenn wir jetzt heute zu dem Schluss kommen, dass wir eine Gebührenerhöhung trotzdem durchführen, ist natürlich schon auch die Frage, wenn wir eine neue Konzeption irgendwann anstoßen und gemeinsam beschließen, ob wir es schaffen können, dass das, was wir an Gebühren mehr einnehmen wollen, vielleicht dann doch tatsächlich an der höheren Einkommensgrenze reinholen können. Das wollten wir eigentlich mit unserem Antrag unterstreichen. Das heißt, wir müssen heute wahrscheinlich die Kröte schlucken, dass wir erhöhen, aber wir wünschen uns tatsächlich in der Weiterkonzeption, dass wir die zweieinhalb Millionen, die wir erhöhen, jetzt nicht vergessen und in der Neukonzeption vielleicht gerade dann dort erhöhen, vielleicht im Januar 25, wo sich Menschen, es sich auch vielleicht leisten können und trotzdem berücksichtigen, dass das wir heute als Befreiung schon haben.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Ich glaube, die Vielzahl der Anträge und das Gezerre um die Kita-Gebühren zeigt eigentlich das eigentliche Problem ursprünglich. Und ich glaube, jeder

hier im Saal, wenn wir es uns leisten könnten, hätte es gern, dass die Kitas in Karlsruhe alle kostenfrei sind. Und die Realität holt uns da aber auf den Boden der Tatsachen. Wir bewegen uns gerade in die andere Richtung. Eines möchte ich auf jeden Fall noch anführen, es geht ja nicht nur hier ums Geld, sondern es geht auch um die Qualität. Wenn Sie mit den Eltern sprechen, 30 Prozent zahlen keine Kita-Gebühren, manche werden noch gefördert und den anderen ist es eigentlich wichtig, dass eine verlässliche Kita auch mit verlässlichen Öffnungszeiten und die nicht aufgrund von finanziellen Defiziten die Öffnungszeiten einschränken müssen. Zum Thema Bürokratiemonster, wenn wir ein neues Konzept für die Kita-Gebühren schaffen wollen, werde ich nachher noch unter unserem Antrag sprechen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte nur noch einmal hinweisen, Sie haben eben einen Satz gesagt, dass die finanziellen Mehrbelastungen und die Öffnungszeiten was miteinander zu tun haben. Ich sehe im Moment, dass die Öffnungszeiten nicht reduziert werden, weil es eine finanzielle Mehrbelastung ist, sondern weil wir einfach schlichtweg das Personal nicht mehr haben. Es ist mir aber ganz wichtig, dass wir da nicht im Grunde in Argumentationen verfallen, die nicht unmittelbar etwas damit zu tun haben.

Ich würde jetzt gerne erstmal die haushaltsrelevanten Aspekte rausziehen aus der Diskussion. Und da gibt es ja zwei Antragstellende, nämlich die LINKE. und Karlsruher Liste/Die PARTEI, die sagen, wir sollen die Erhöhung gar nicht machen. Und das stellen wir jetzt hier zur Abstimmung. Wir haben einen Erhöhungsvorschlag und die beiden **begehren ihn überhaupt nicht zu machen**. Und darüber wird jetzt abgestimmt, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann gibt es einen interfraktionellen Antrag GRÜNE, CDU, SPD, FDP, die sagen, wir wollen zwar nicht die ganze Gebührenerhöhung, die wir vorschlagen, aber die  **Hälfte** davon, wobei es sich nicht auf die einzelnen Gebühren bezieht, sondern auf den Gesamtbetrag, der daraus akquiriert werden soll. Und diesen interfraktionellen Antrag stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.143 (Seite 247): Keine Überforderung von Karlsruher Familien - Bessere Verteilung der Karlsruher Kindertagesstätten-Gebühren (DIE LINKE.)**

**Antrag 1.144 (Seite 247): Neuregelung der Kindertagesstätten-Gebühren in Karlsruhe (FW|FÜR)**

Jetzt gibt es in diesen verschiedenen Anträgen auch immer Einzelaspekte mit dem Auftrag, dass wir die ganze Gebührensartierung nochmal neu überarbeiten. Und dem schließen sich ja dann auch noch die Linken mit dem Antrag 1.143 und Freie Wähler|FÜR Karlsruhe mit dem Antrag 1.144. Also sie schließen sich nicht an, aber sie machen eigene Vorschläge und Aufträge. Ich möchte nur noch mal darauf verweisen, dass es in Karlsruhe ein besonderes Thema ist, weil wir so viele Träger haben. Und wir deswegen immer nicht nur für die städtischen Kindertagesstätten denken müssen, sondern immer versuchen müssen, ein Modell zu finden, das auch die anderen bereit sind zu übernehmen, denn zwingen können wir sie letztlich nicht. Und das macht es in Karlsruhe immer ein bisschen brisanter, weil wir natürlich keine soziale Entmischung wollen in diejenigen, die sich die freien Träger leisten können und diejenigen, die sich dann vielleicht durch eine Staffelung bei den Städtischen automatisch wohler fühlen oder sich das überhaupt nur dort leisten können. Und das ist

so ein bisschen die Herausforderung, bei der wir stehen. Jetzt hatten Sie, Frau Stadträtin Lorenz, angekündigt, Sie würden zu dem 1.144 noch sprechen. Ich hatte den Eindruck, alle anderen haben es zu dem jeweiligen schon gemacht. Dann gebe ich Ihnen jetzt das Wort.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Ich wollte noch kurz ergänzen. Also im Hauptgrund geht es uns bei diesem Antrag um die Nivellierung, das heißt um den Niveau-Angleich zwischen Städtischen und Freien. Das sehen wir sehr kritisch, weil wir da eben die Qualität leiden sehen, weil die freien Träger eben eine andere Kostenstruktur haben als die städtischen Kitas zum Beispiel. Und wenn die jetzt gezwungen werden, sich eben bis auf 10 Prozent an das städtische Niveau anzugleichen, die natürlich eben auf das, was ich vorhin erwähnt habe, auf das hinausläuft, dass sie dann eben an der Qualität und an Leistung einsparen müssen, weil sie das sonst nicht halten können. Prinzipiell freuen wir uns über die Antwort der Verwaltung, dass sie ergebnisoffen eine neue Konzeptionierung von den Kita-Gebühren offen gegenüberstehen. Und um das Thema natürlich, wie das gestaltet wird und dass wir kein Bürokratiemonster wollen, möchte ich hier nochmal anführen, einige von uns waren ja im Gespräch mit den freien Trägern. Das Bürokratiemonster ist, glaube ich, die Statistik. Wenn Sie hören, was die ganzen Kita-Betreiber für statistischen Aufwand, wo sie für jedes Kind genau festlegen müssen, in welcher Straße wohnt es und zu welchem Stadtteil gehört das Kind, wo ich mich frage, was für einen Nutzen wir daraus letztendlich ziehen, wenn es vielleicht in drei Wochen umzieht, keine Ahnung. Da wäre aber uns auf jeden Fall mehr daran gelegen, ein gerechteres Konzept für die Finanzierung der Beiträge und ganz wichtig eben für die Qualitätsbeibehaltung oder Steigerung bei den Kindertagesstätten, wichtig.

**Der Vorsitzende:** Mein Vorschlag wäre jetzt, dass wir 1.143, 1.144 und die jeweiligen Aspekte aus den anderen Anträgen einfach gemeinsam in den **Jugendhilfeausschuss verweisen**, wo Sie das dann mal gemeinsam diskutieren. Wir bieten Ihnen ja auch eine eigene Arbeitsgruppe dazu an, weil das ist echt noch eine tiefere Thematik. Wenn Sie damit einverstanden werden, können wir so verbleiben und dann können wir damit alles bis einschließlich 1.144 jetzt erstmal für heute als erledigt betrachten.

#### **Antrag 1.145 (Seite 249): HHSM\_V99 - Keine Einsparungen bei Schülerhorten (CDU)**

Ich rufe damit auf 1.145, ein CDU-Antrag, keine Einsparung bei Schülerhorten. Damit wollen Sie eine Haushaltssicherungsmaßnahme, die wir aus der Verwaltung alleine verantworten konnten, nämlich V99, sozusagen wieder einsammeln.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wir sind schon immer der Meinung, dass es einfach unheimlich wichtig ist, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch eine flexible Betreuung zu gewährleisten. Es ist klar, dass es natürlich grundsätzlich unterschiedliche Ansätze gibt, so etwas zu gewährleisten, aber wir haben in der Vergangenheit gemerkt, dass es wirklich nur in einer Kombination mit Horten funktioniert. Die Ganztagschule ist nicht die eierlegende Wollmilchsau, die der ein oder andere sich hier gerne vorstellt. Das Konzept ist oft viel zu starr. Man kann nicht reagieren. Man muss versuchen, sich da anzupassen. Und gerade in der heutigen Berufswelt ist es eben wichtig, auch flexibel agieren zu können. Und man kann nicht immer nur sich darauf anpassen. Es ist uns vor allem auch im Bereich jetzt, wenn es um den Fachkräftemangel geht, ist es immer schwieriger überhaupt Betreuungsleistungen zu gewährleisten, und ich glaube, dass hier die Horte eine extrem wichtige und

auch pädagogisch wichtige Arbeit leisten, gerade für diejenigen, die es brauchen, für die Eltern, die vor allem dann auch oft berufstätig sind, in unterschiedlichen Sportarten arbeiten und dann sehr unterschiedlich auch eben ihre Zeitfenster brauchen. Die aber andererseits auch, und das ist von dem einen oder anderen vielleicht auch nicht gewollt, auch noch ihre Kinder zum Teil selbst erziehen wollen. Und dies ist ein Mittelweg, in dem man dort flexibel in der Hortbetreuung das Ganze auch steuern kann. Von daher beantragen wir ganz klar, diese Einsparungen bei den Schülerhorten hier zurückzunehmen.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Wir stellen das Konzept für die Schulkindbetreuung in Karlsruhe im Rahmen der Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes aktuell grundsätzlich auf neue Beine, und davon sind auch die 24 Schülerhorte im Stadtgebiet betroffen, die samt ihrer Finanzierungsgrundlage in dieses neue Beitragssystem eben integriert werden müssen. Und ja, Horte sind als Jugendhilfeeinrichtungen sehr wichtig, aber jetzt ohne da weiter ins Detail zu gehen, für die hier heute strittige Haushaltssicherungsmaßnahme ist ja erstmal nur festzustellen, dass es sich um eine reine Budgetanpassung aufgrund nicht ausgeschöpfter Mittel handelt. So zumindest verstehen wir das und die Träger bekommen also nicht weniger Geld durch diese Maßnahme und deswegen stimmen wir dieser Maßnahme zu, beziehungsweise ihrem Änderungsantrag, liebe CDU, nicht.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Also es tut mir leid, aber der letzten Darstellung muss ich direkt widersprechen. Ich habe gehört, dass in den städtischen Schülerhorten schon kursiert, welcher Hort geschlossen wird. Also hier geht es nicht nur darum, irgendwas, was nicht abgeschöpft wird, nicht rauszugeben, sondern es geht darum, dass dann einzelne Schülerhorte über die Wupper gehen, wenn wir das jetzt so abstimmen. Deswegen unterstützen wir den Antrag von der CDU.

**Der Vorsitzende:** Also ich bin mir relativ sicher, ich würde da aber auch noch mal bitten, dass wir das kurz bestätigen können, dass die Einsparmaßnahme jetzt nichts mit dem Schließen von Schülerhorten zu tun hat, sondern das sind zwei verschiedene Prozesse. Die haben sicherlich indirekt was miteinander zu tun, aber diese Summe, die hier drinsteht, hat nichts mit dem konkreten Schließen von Schülerhorten zu tun, aber vielleicht, Herr Bürgermeister Lenz, können Sie das noch mal vertiefen.

**Bürgermeister Lenz:** Wir sind in der ganz großen Veränderung mit Blick auf den Anspruch, Ganztagsbetreuung zu 2026, 2027. Deswegen hat der Antrag jetzt, würde er stattgegeben, keinen direkten Einfluss darauf, beziehungsweise wird er abgelehnt, Herr Stadtrat Hofmann, auf Schließung von Schülerhorten. Also da gibt es keinen Zusammenhang.

**Der Vorsitzende:** Gut, damit stellen wir den Antrag zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir haben gerade auch noch mal geguckt, es steht der Begriff Budgetanpassung drin. Es ist nicht mit einer Reduzierung von Leistung verbunden.

**Antrag 1.146 (Seite 252): Stellenschaffung im Büro der Behindertenbeauftragten (DIE LINKE.)**

Wir kommen damit zur Ziffer 1.146, ein Antrag der LINKE. mit dem Begehren, eine halbe Vollzeitstelle beim Büro der Behindertenbeauftragten zu schaffen.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Wir sind uns sicherlich einig, dass das Büro der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen eine unglaublich wertvolle Arbeit für unsere Stadt leistet, aber die Aufgaben wachsen, aber weitere Aufgaben können nicht mit der derzeitigen Personalausstattung umgesetzt werden, sind nicht leistbar. Weitere Aufgaben sind zum Beispiel die Frage, wie auch die Istanbul Konvention, wie sie Frauen mit Behinderung betrifft, auch umgesetzt werden kann, und da sind einfach keine Kapazitäten zum Beispiel mehr für vorhanden, und deswegen fordern wir an dieser Stelle die Aufstockung um eine halbe Stelle.

**Stadträtin Moser (SPD):** Frau Göttel hat schon alles gesagt, und wir stimmen dem Antrag zu.

**Der Vorsitzende:** Damit stellen wir den Antrag zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 147 (Seite 252): Integrationsförderung pauschale Kürzung um 20 Prozent (Stadträtin Fenrich/pl.)**

Ich rufe auf die Ziffer 1.147, ein Antrag von Frau Stadträtin Fenrich, Integrationsförderung, pauschale Kürzung um 20 Prozent.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Das ist eigentlich das alte Lied. Ich bin jetzt im dritten Haushalt dabei, und ich habe das wiederholt schon im Ausschuss, aber auch im Gemeinderat gesagt, mir fehlt einfach die Evaluation dazu. Wenn ich höre, es ist alles gleich wichtig und ich finde immer wieder die gleichen Zahlen, aber es wird nichts dazu gesagt, was bringt es denn eigentlich, was ist das Ergebnis dieser Maßnahmen, die der Steuerzahler ja auch bezahlt, dann muss ich mich schon fragen, ob das so seine Richtigkeit hat und ich denke mal, das kann man eigentlich in der jetzigen Zeit, auch wo der Haushalt schwach ist und die Leute sehr stark belastet werden, die Bürger sehr stark belastet werden. Das kann man den Bürgern eigentlich auch nicht mehr vermitteln.

Und deswegen schwebte mir vor, dass man das kürzt. Ich denke 20 Prozent ist moderat, da kann man noch viel damit anfangen. Manche Beträge sind ja auch nicht ausgeschöpft worden. Und man muss sich einfach mal überlegen, wie man das in Zukunft macht, dass man das auch letztendlich auch mal auf die richtigen Gleise setzt, dass man sagen kann, ja, die und die Maßnahme bringt was und was anderes bringt nix. Und man findet vielleicht wieder eine neue Maßnahme, das sollte eigentlich das Ziel sein. Und deswegen hier diese Kürzung, die ich beantrage, um 20 Prozent. Und ich hoffe, es gehen doch einige hier im Gemeinderat mit.

**Stadträtin Sardarabady (GRÜNE):** An dieser Stelle möchte ich nur kurz auf die grundlegende Haltung in den Anträgen der AfD-Gruppe und von Frau Fenrich im Integrationsbereich prinzipiell eingehen. Alle elf Anträge durchzieht die gleiche Haltung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wenn man den anschaut, der jetzige, es geht in allen Anträgen auf verschiedene Weise immer wieder darum, dass Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sich hier auf keinen Fall zugehörig fühlen sollen. Alle Maßnahmen, die der Integration dienen könnten, mit unterschiedlichen Argumenten sollen gekürzt werden. Immer, wie gesagt, mit unterschiedlichen Argumenten, aber das Ergebnis ist klar, kürzen.

Ich möchte hier nicht auf die Unterstellungen, undifferenzierten Behauptungen und Informationsdefizite eingehen. Wichtig ist mir aber, die Narrative der Diskriminierung und Ausgrenzung aufzuzeigen, mit denen Spaltung und Nichtzugehörigkeit betrieben wird. Die Welt bzw. Karlsruhe scheint ganz schlicht und einfach aus zwei Gruppen von Menschen zu bestehen, die Fremden, die, wie die AfD zu wissen glaubt, ohne Bleibeperspektive sind, gegen die Bürger und Bürgerinnen und gegen die Bevölkerung. Die Bevölkerung, also zwei verschiedene Pole, sozialer Zusammenhalt sieht aber anders aus. Statt schlichter Freund-Feind-Bilder gibt es nur eine vielfältige Karlsruher Bevölkerung. Wir danken der Verwaltung dafür, dass sie alle Kürzungen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer angemessenen Aufgabenerfüllung im Integrationsbereich ablehnt.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich den Antrag 1.147 jetzt zur Abstimmung. Das ist Integrationsförderung, ein Antrag von der Frau Stadträtin Fenrich und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.148 (Seite 253): Dolmetscherpool (AfD)**

**Antrag 1.149 (Seite 253): Maßnahmen Ausländerbetreuung Projekte (AfD)**

Ich rufe auf den Antrag mit der Ordnungsziffer 1.148, AfD-Gruppe, Dolmetscher-Pool.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich rede auch gleich noch zu Punkt 1.149, Maßnahmen Ausländerbetreuung und Projekte. Frau Sardarabady, Sie sollten ein bisschen besser aufpassen, wenn Sie anderen Leuten gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorwerfen. Das finde ich ein ziemlich heftiger Vorwurf. Aber gegen die AfD ist alles erlaubt anscheinend bei den GRÜNEN. Sie sollten mal sich selbst an Ihren eigenen Standards messen. Das wäre meine Empfehlung. Denn bei diesen beiden Anträgen beantragen wir keine Kürzung, wir beantragen, das bisherige Niveau zu halten, und wenn wir der Bundesregierung mit ihren Ankündigungen glauben können, dann wird auch nicht mehr Geld erforderlich sein. Und deswegen bei diesen beiden Anträgen, wir wollen das Niveau von BISS erhalten, keine zusätzliche Aufstockung.

**Der Vorsitzende:** Dann stellen wir die Anträge jetzt zur Abstimmung. Einmal den Antrag 1.148, **Dolmetscherpool**. Über den stimmen wir jetzt ab und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den Antrag 1.149 Maßnahmen Ausländerbetreuung Projekte. Auch da darf ich gleich um Ihr Votum bitten, und zwar ab jetzt. Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt, ich darf trotzdem meiner Verwunderung Ausdruck geben, dass Sie oben bei den Projekten des Büros für Integration die Einbürgerungsfeier erwähnen und unten dann sagen, es ginge um Fremde, die keine Bleibeperspektive haben. Das kriege ich ehrlich gesagt dann vom Text doch nicht so ganz zusammen, einfach nur als kleiner Hinweis.

**Antrag 1.150 (Seite 253): Treffpunkt für Eltern/Elterncafés um 85.900 Euro kürzen (Stadträtin Fenrich/pl.)**

**Antrag 1.151 (Seite 253): Treffpunkt Elterncafés (AfD)**



Wir kommen dann zu 1.150, ein Antrag von Frau Stadträtin Fenrich, Treffpunkt Eltern, Elterncafés. Und ich würde auch 1.151, den Antrag der AfD-Gruppe zum selben Thema Treffpunkt Elterncafés mit aufrufen. Ich schaue zu den Antragstellenden.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ja, dann sage ich was dazu. Wir haben hier eine Halbierung vorgesehen. Wir sind der Meinung, auch bei den weiteren Punkten, die weiter unten kommen, es gilt auch hier das Konnexitätsprinzip. Das heißt, derjenige, der für dieses Problem zuständig ist, soll auch das Geld dafür bereitstellen. Bei einem früheren Tagesordnungspunkt haben auch die GRÜNEN, als es um die Kita-Gebührenerhöhung ging, gesagt, der Bund und das Land müssen uns helfen. Wir sagen es an dieser Stelle. Unser Haushalt ist stark belastet. Insgesamt müssen wir zusätzliche Stellen für die Betreuung der Asylbewerber bei der Verwaltung bereitstellen. Und wir sind der Meinung, dass diese zusätzlichen Aufgaben, um die es hier geht, nicht Sache der Stadt sind. Deswegen haben wir hier eine Halbierung vorgeschlagen. Weiter unten schlagen wir ebenfalls eine schrittweise Reduzierung auf die Hälfte vor. Und beim Menschenrechtszentrum, da geht es um 10.000 Euro. Da schlagen wir vor, das Ganze auf Spendenbasis umzustellen. Also die Hauptargumentation ist, der Bund soll das bezahlen, denn er ist für die Gesetze, die uns diese Probleme bescheren, zuständig.

**Der Vorsitzende:** Ich stelle die beiden Anträge getrennt zur Abstimmung.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Ich wollte auch zu beiden noch was sagen. Und zwar, ich denke, wenn ich das so höre, was von Ihnen als GRÜNE oder auch von den LINKEN kommt, Sie leben irgendwo in der Blase. Ich denke, wenn Sie mit den Bürgern sprechen, und die Bürger aber auch nicht infiltrieren, sondern sie lassen die Bürger kommen und fragen, was sie bewegt, dann sagen die ihnen ganz klipp und klar, was sie bewegt, denn im Bund haben wir annähernd 50 Milliarden, was uns die Migration kostet. Und es verstehen Bürger einfach nicht mehr, wenn Sie merken, Sie müssen immer mehr für Heizung bezahlen, was auch eine hausgemachte Sache von der linken Seite ist. Sie müssen mehr Preise wegen der Inflation bezahlen durch eine falsche Politik. Ich weiß nicht, das blenden Sie total aus.

Was den Antrag anbelangt, muss ich sagen, da haben die Leute, die Bürger, einfach kein Verständnis mehr, dass manche es sich eben bequemer machen. Sie sagten auch einmal irgendwann, als wir beantragt hatten, das war die AfD-Fraktion damals, gemeinnützige Arbeit. Die gemeinnützige Arbeit höre ich jetzt auch von Ihnen, von der CDU, von der FDP, von den GRÜNEN höre ich, dass die in Arbeit sollen. Damals ein Riesenaufschrei. Sie leben in einer Blase und ich denke, man muss es den Bürgern vermitteln können und das kann man eben nur so vermitteln, dass man sagt, okay, was geht und was geht nicht, deswegen diese Kürzung.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Frau Fenrich, ich finde es extrem anmaßend, dass Sie hier die Definitionshoheit darüber haben möchten, was die Bürger denken und für was sie Verständnis aufbringen. Ich kann es auch nicht ganz unwidersprochen lassen, was Herr Dr. Schmidt hier gesagt hat. Wir reden hier nicht über Probleme, wir reden hier über Elterncafés. Und ich finde Elterncafés was Fantastisches, nicht nur, weil ich sie selbst nutze. Während ich, und da zitiere ich Ihren Antrag, Frau Fenrich, während ich morgens nicht arbeite, jetzt nicht ausländisch, aber auch nicht arbeite, wenn ich mit meinem Kind zu einem Elterncafé gehe. So ist der Sinn der Sache. Hier soll man sich vernetzen. Und es ist

hervorragend, dass es in unserer Stadt läuft. Das sind niedrighschwellige Angebote und für niedrighschwellige Anlaufstellen ist natürlich nicht der Bund zuständig, sondern das ist kommunale Aufgabe und es ist auch gut, dass das in kommunaler Hand ist, weil wir die Bedarfe vor Ort sehen und hier gibt es Bedarfe. Wenn Sie sagen, Sie finden sie schlecht besucht, dann frage ich mich, wie viele dieser Elterncafés Sie tatsächlich besucht haben. Aber nichtsdestotrotz lehnen wir Ihre Anträge ab.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe auf den Antrag 1.150 von Frau Stadträtin Fenrich, Treffpunkt Eltern-Eltern-Cafés und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf 1.151, der Antrag der AfD-Gruppe. Da geht es um die Halbierung der entsprechenden Positionen. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.152 (Seite 253): Sonstige Projekte und Veranstaltungen um 69.900 Euro kürzen (Stadträtin Fenrich/pl.)**

Ich rufe auf 1.152, Frau Stadträtin Fenrich, sonstige Projekte und Veranstaltungen um 69.900 Euro kürzen können vielleicht direkt in die Abstimmung gehen, und zwar ab jetzt. Das ist auch **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag 1.153 (Seite 254): Integrationsmanagement (AfD)**

Wir kommen zu 1.153, Antrag der AfD-Gruppe, da geht es um das Integrationsmanagement. Auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitlich abgelehnt**).

**Antrag 1.154 (Seite 254): Freundeskreis Asyl (AfD)**

Dann rufe ich auf 1.154, Freundeskreis Asyl, auch ein Antrag der AfD-Gruppe.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Ich möchte doch jetzt an dieser Stelle diesen unsäglichen Anträgen der rechten Seite des Hauses was Positives entgegenstellen. Der Freundeskreis Asyl ist wirklich eine beeindruckende und gut arbeitende Organisation, die in der Stadt Karlsruhe, im Landkreis, in den LEAs, eine hervorragende Arbeit macht. Und das Positive aus unserer Sicht ist, wir möchten hier einen Antrag stellen auf Erhöhung der Zuschüsse für den Freundeskreis Asyl. Ich weiß nicht, inwieweit andere Fraktionen auch die Information bekommen haben vom Freundeskreis Asyl, dass der Verein aus Gründen, die ich jetzt nicht kommentieren möchte, die Antragsfrist praktisch übersehen hat, ihr nicht klar war, wann Antragschluss war, aber der Freundeskreis Asyl braucht dringend zusätzliche Unterstützung und von daher unser Änderungsantrag, den ich auch gern abstimmen lassen möchte, von 50.000 Euro.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Zu der ganzen Thematik, Sie haben jetzt alle Anträge von uns bisher abgelehnt. Drei Schlagzeilen, FAZ 1.11., Ricarda Lang und Kretschmann: „Wir müssen Flüchtlingszahlen reduzieren.“ Die Tagesschau, 29.10., Lindner zur Leistung für Asylbewerber: „So wie es ist, kann es nicht bleiben“. Olaf Scholz, Zitat, Spiegel, 20.10.: „Wir müssen endlich in großem Stil abschieben.“ Meine Damen und Herren, mit dem Ablehnen unserer Anträge haben Sie im Prinzip den Menschen gesagt, wir glauben nicht an das, was unsere obersten Herrschaften sagen, sondern das ist einfach nur Sand in die Augen

streuen der Wähler hier in Deutschland.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe jetzt den Antrag der AfD-Gruppe auf, 1.154 und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Herr Stadtrat Cramer, wir haben das Problem, dass wir uns eigentlich selbst gebunden haben, dass wir keine Anträge mehr nach einer bestimmten Antragsfrist einbringen. Insofern kann ich nur darum bitten, dass Sie das vielleicht dann nochmal in den weiteren parlamentarischen Verlauf des Gemeinderats bringen. Wenn es dann dort eine aktuelle Notlage gibt, werden sich sicher im Gemeinderat Menschen finden, die mit Ihnen darüber diskutieren, wie man der behelfen kann.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Sie haben Recht, es gab diese Vereinbarung, aber wir haben erst vor kurzem erfahren, wie das mit dem Freundeskreis Asyl und der Antragspflicht jetzt zustande gekommen ist. Die Frage ist, haben wir wirklich oder auch an Sie, Frau Erste Bürgermeisterin, wann hätten wir denn Möglichkeit da noch mal zu schauen und natürlich ganz klar, dann muss das dann im direkten Gespräch auch mit dem Verein stattfinden, dass jetzt hier die Mehrheit des Hauses und auch Sie oben auf der Bürgermeistertank jetzt nicht auf Zuruf von mir und auf Zuruf meiner Fraktion sagen, das machen wir so. Aber ich hätte schon gerne eine Alternative oder eine Möglichkeit, die man dann vielleicht auch in Richtung Freundeskreisasyl weiter transportieren kann.

**Der Vorsitzende:** Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir im Dezernat 3 die Sache besprechen. Ich fände es auch als Signal schwer, zum einen auf Zuruf, zum Zweiten, weil eine Antragsfrist versäumt wurde, zu sagen, gehen wir mal eben mit so einem Betrag hier raus. Aber wenn Sie es mit dem zuständigen Dezernat fachlich besprechen, wir haben noch ein, zwei Abschnitte, wo wir den Gesamthaushalt nochmal abstimmen. Und im schlimmsten Fall, wenn alle mitmachen, kann man dann noch an der einen oder anderen Stelle vielleicht eine Kleinigkeit ergänzen. Aber ich glaube, jetzt muss es der Freundeskreis erst einmal erklären, was eigentlich Sache ist und das können wir hier nicht entscheiden. Das wäre mein Vorschlag dazu.

**Antrag 1.155 (Seite 254): „Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten“ (AfD)**

Gut, dann rufe ich auf 1.155, Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten, auch ein Antrag der AfD-Gruppe und ich darf um Abstimmung bitten ab jetzt. Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.156 (Seite 254): Menschenrechtszentrum (AfD)**

Dann rufe ich noch auf 1.156 AfD-Gruppe, Menschenrechtszentrum und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir unterbrechen die Sitzung um eine halbe Stunde. Wenn Sie bitte alle so vielleicht fünf vor halb sieben wieder hier sein könnten, dann schaffen wir noch den Rest für heute.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:55 bis 18:27 Uhr)

**Antrag 1.157 (Seite 254): Jüdische Gemeinde Karlsruhe: Erhöhung Personal- und Sachkostenzuschuss (KAL/Die PARTEI | FW|FÜR | Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe | CDU)**

**Antrag 1.158 (Seite 254): Zeichen setzen für die Jüdische Kultusgemeinde – Priorisierung Flüchtlingsfonds (CDU)**

**Der Vorsitzende:** Wir sind auf der Seite 254 immer noch im Bereich Soziales und Jugend. Und ich darf aufrufen einen Antrag der Karlsruher Liste, einen Antrag der Freien Wähler | Für Karlsruhe und einen Antrag der Jüdischen Kultusgemeinde zur Erhöhung der Personal- und Sachkostenzuschuss. Dann gibt es einen CDU-Antrag, der in derselben Richtung geht. Und es geht noch um einen Teil eines des CDU-Antrags, der für eine Teilfinanzierung eine Priorisierung im Flüchtlingsfonds vorschlägt. Wie wir das jetzt miteinander verhackstücken, werden wir sehen. Jetzt schaue ich erstmal in die Runde, ob es hier Wortmeldungen gibt zu etwas.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Diesen Bürgerantrag der jüdischen Kultusgemeinde will ich und meine Fraktion unterstützen. Darum haben wir auch einen eigenen Antrag gestellt. Alle Fraktionen waren mehr oder weniger bei einem Treffen bei der jüdischen Kultusgemeinde, wo wir berichtet bekommen haben, dass die Arbeit, die sie bisher machen, im sozialen Bereich hauptsächlich, so nicht mehr schaffen mit ihren Ressourcen, die sie im Moment haben. Und daraus ergibt sich dieser Antrag der jüdischen Kultusgemeinde, die wir mit einem eigenen Antrag unterstützt haben.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Der Kollege Cramer hat es gesagt, wir hatten ein ausführliches Gespräch mit der Gemeinde, wir wurden auf die finanzielle Situation hingewiesen. Es wurde uns auch an Unterlagen belegt. Es ist nachvollziehbar, dass ein Bedarf gegeben ist, was personellen Sachkostenzuschusserhöhungen anbelangt. Nur wollen wir, ich spreche jetzt zu unseren beiden Anträgen, also 1.157 und 1.158, jetzt bei 1.157 15.000 Euro beantragen, was die Erhöhung der Personal- und Sachkostenzuschüsse angeht, und die weiteren 15.000 Euro in Antrag 1.158 beziehen sich bei ganz gezielt auf mehr Aufwand, den die Gemeinde hat, durch die Betreuung der Geflüchteten aus der Ukraine. Die Gemeinde leistet da bekanntermaßen, Herr Bürgermeister Lenz nickt, wirklich vieles in dem Bereich. Die Fallzahlen der Geflüchteten, die auch Betreuung und Hilfestellung benötigen bei der Gemeinde, wächst. Also das wird nicht weniger. Und insofern meinen wir, sollten wir diesen Betrag auch bezuschussen.

Wir würden den unter einen Sperrvermerk setzen wollen, denn uns ist signalisiert worden in der letzten Sitzung des Integrationsausschusses, dass ein Projekt wohl wieder vom Land aufgelegt wird, wo speziell es wieder Hilfestellung geben soll und Förderung. Wenn das klappt, wäre gut, aber ansonsten würden wir zumindest aus dem Haushalt, aus städtischen Mitteln unterstützen wollen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Auch ich war bei dem besagten Treffen, das Herr Cramer angesprochen hat, anwesend. Es war leider sehr kurzfristig direkt vor Antragsschluss, weswegen dann auch die Empfehlung von allen Beteiligten war, einfach einen Bürgerantrag zu stellen und dass wir uns dann damit auseinandersetzen, was denn die notwendigen Erhöhungen sind. Auch wir sehen die Arbeit, die die jüdische Gemeinde leistet in ihrer Sozialberatung, aber auch in den Unterkünften, als herausragend an und finden gerade in den vergangenen Jahren ganz viel Herzblut und viel Eigenengagement die Situation für viele

Geflüchtete hier in Karlsruhe verbessert. Von dem her unterstützen wir die jüdische Gemeinde, die sagt, sie braucht eine Anpassung der Mittel, die wir ihrem Haushalt gewähren. Seit 2019 geben wir einen Personalsachkostenzuschuss für die Sozialberatung von 90.700 Euro.

Meine Fraktion beantragt mit einem Änderungsantrag hiermit eine Dynamisierung dieser Mittel. Wir beantragen für diesen Haushalt die Mittel um 9.000 Euro zu erhöhen. Seit einigen Jahren haben wir diese Mittel unverändert eingestellt. Es ist deswegen eine Erhöhung um 10 Prozent. Künftig wünschen wir uns damit verbunden, dass sie in die Dynamisierung mit aufgenommen werden, weil es sonst immer wieder zu diesem Defizit kommt.

Zusätzlich haben wir ganz große Sympathie für den Antrag der CDU, der sagt, eigentlich muss man diese Flüchtlingsarbeit speziell unterstützen. Wir haben aber auch die Ankündigung gehört, dass Landesmittel hier wohl auch zur Verfügung stellen, um das Defizit, das die jüdische Gemeinde an der Stelle hat, das ja deutlich höher ist, als jetzt die von uns beantragten 9.000 Euro, einfach auszugleichen und deswegen würden wir dem CDU-Antrag 15.000 Euro mit Sperrvermerk einzustellen, zustimmen, nicht aus Mitteln des Integrationsfonds, sondern aus Mitteln des Haushalts, weil der Integrationsfonds bereits zu stark ausgeschöpft ist. Aber auch wir sind sehr zuversichtlich, dass sie sicher einen Zuschlag für Landesförderung bekommen mit der guten Arbeit, die sie wirklich leisten in Karlsruhe und von dem her glauben wir, dass einfach künftig in diesem Haushalt und dann auch künftig eine Dynamisierung der Mittel braucht.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich denke, wir sind viele Kollegen hier, die regelmäßig mit den jüdischen Gemeinden zusammen sind und nicht nur jetzt in dieser akuten Krise, sondern die letzten 10, 15 Jahre und ich finde das beeindruckend, wie aktiv die Gemeinde in unserer Gesellschaft ist und besonders jetzt mit der ukrainischen Situation. Ich finde das eigentlich wunderbar in einer Stadt zu leben, wo die jüdische Kulturgemeinde immer dabei ist, wenn wir etwas hier im Rathaus haben, wenn wir etwas wie Volkstrauertag haben. Wenn wir jetzt eine akute Situation mit den Flüchtlingen von der Ukraine haben, immer sind sie bereit, mit uns im Dialog zu helfen. Ich denke, wir sollen sie jetzt unterstützen, weil das ist richtig, das haben wir alle gehört, dass sie wirklich die letzten Kapazitäten nutzen, und die sind noch besser als wir als Verwaltung sein können, weil die sprechen oft die russische Sprache, die haben ein Verständnis für die Situation, also wir unterstützen sehr gerne diesen Vorschlag.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Auch wir würden gerne dem Antrag der CDU zustimmen, mit den 15.000 Euro, allerdings mit Sperrvermerk, weil wir davon ausgehen, dass das Land dann auch einspringt, aber zur Sicherheit dann eben der Sperrvermerk. Falls der Antrag nicht durchgeht, die 9.000 Euro sind für uns auch okay von der SPD, beziehungsweise darum geht es gar nicht. Dem mündlichen Antrag der SPD, dem würden wir auch gerne zustimmen und der Dynamisierung für die Folgejahre, weil wir die Arbeit der jüdischen Kulturgemeinde genauso hoch einschätzen und wissen, wie gut die Beratungsarbeiter ist und das möchten wir unbedingt, dass das weitergeführt wird.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Wir waren sehr sparsam, was den Haushalt 5000 betrifft, aber in diesem Fall war es uns ein Anliegen, erstens ein Zeichen zu setzen für die großartige Leistung, die die jüdische Kulturgemeinschaft in dieser Situation aufbringt und auch ein Zeichen zu setzen, dass wir sie nicht vergessen, auch in der aktuellen Situation.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Wir würden also das vergleichbar oder das, was die SPD jetzt sagt, dass sie den Antrag der CDU mitgeht, das würden wir auch dann tun und unseren eigenen Antrag sozusagen zugunsten des Antrags der CDU zurückziehen.

**Der Vorsitzende:** Gut, vielen Dank. Ich würde gerne, unabhängig davon, welchem Antrag Sie zustimmen, mit Ihnen vereinbaren, dass wir das gegebenenfalls als Kofinanzierung zur Akquise der Landesmittel einsetzen können. Das ist deswegen wichtig, denn den Antrag auf diese Landesmittel muss die jüdische Kultusgemeinde selbst stellen. Und deswegen ist mir wichtig, dass wir dann ein Commitment hinkriegen. Ob man das mit einem Sperrvermerk macht oder nicht, ist für mich jetzt erstmal nicht so furchtbar wichtig, sondern einfach Ihre klare Ansage, bitte diese Mittel einsetzen, falls es zur Kofinanzierung nötig ist. Sonst kann man es natürlich auch zusätzlich machen, aber ich meine, dass es nicht ganz 100 Prozent finanziert ist und dann ist das genau der richtige Ansatz.

Okay, dann haben wir, obwohl die Karlsruher Liste/Die PARTEI ihren Antrag im Grunde zurückgezogen hat, haben wir trotzdem von der jüdischen Kultusgemeinde zunächst den **Antrag auf 43.000 Euro Upgrade**, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann haben wir den Antrag der CDU, der sich aus zwei Bestandteilen zusammensetzt, einmal 15.000 Euro allgemein für die Sozialarbeit und dann noch 15.000 Euro aus dem Flüchtlingsfonds. Jetzt war die Bitte, die 15.000 Euro für die Sozialarbeit auch noch mit einem Sperrvermerk zu versehen. Sie hatten es, glaube ich, für den anderen Teil, aber ich habe das die anderen Kollegen so verstanden.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Wir würden nur den zweiten Antrag unter Sperrvermerk stellen, also was die Geflüchteten angeht, wegen der Finanzierung. Und den ersten Antrag haben wir nicht mit Sperrvermerk versehen.

**Der Vorsitzende:** Aber Sie haben den zweiten Antrag aus dem Flüchtlingsfonds genommen, da sagen die anderen, dass sie es nicht wollen.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Nein, unabhängig vom Flüchtlingsfonds.

**Der Vorsitzende:** Gut, also einmal 15.000 Euro mit Sperrvermerk allgemein und einmal 15.000 Euro für Flüchtlingsarbeit mit Sperrvermerk. Dann rufe ich die 15.000 Euro allgemein für die Erhöhung des Zuschusses auf, ohne Sperrvermerk und bitte um das Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt bleibe ich bei der Sozialarbeit. Da hat dann die SPD 9.000 Euro Erhöhungen verlangt und eine gewisse Dynamisierung. Dann würde ich das jetzt zunächst aufrufen und dann kommen wir zu den anderen 15.000 Euro aus dem CDU-Antrag.

Okay, wir wiederholen die letzte Abstimmung nochmal. Die Erhöhung für die allgemeine Sozialberatung um **15.000 Euro ohne Sperrvermerk**. Und das steht jetzt nochmal zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wenn ich das richtig weiß, Anträge aus den Reihen des Gemeinderats sind bei Stimmgleichheit nicht angenommen. Wir kommen damit zum **SPD-Antrag**, eine **Erhöhung um 9000 Euro**. Und Sie haben noch gesagt, ohne Dynamisierung, da müssten wir uns dann an dem anderen orientieren, wie wir das bei den anderen Trägern auch gemacht haben. Das würde ich jetzt hier zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. Das sieht ziemlich **mehrheitsmäßig** (Zustimmung) aus.

Wir kommen damit zum zweiten Teil des CDU-Antrags, noch mal speziell für die **Flüchtlingsarbeit 15.000 Euro** einzustellen mit einem **Sperrvermerk**, durchaus auch mit Verweis auf die Landesförderung. Und das stelle ich jetzt hier auch nochmal zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

**Antrag 1.159 (Seite 254): "Lobin e. V." Kulturküche Karlsruhe: 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des "Kulturring Karlsruhe e. V." (KAL/Die PARTEI)**

Wir kommen damit zum Antrag 1.159, Karlsruher Liste/DIE PARTEI, Lobin e.V. Kulturküche, 10%ige Zuschusserhöhung im Sinne dieser allgemeinen 10%-Antragsserie, und das können wir gleich zur Abstimmung stellen, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.160 (Seite 255): Innovative Pflege erhalten (GRÜNE, CDU, SPD, FDP)**

Wir haben dann einen Haushaltssicherungsvorschlag, der sich mit der innovativen Pflege beschäftigt. Und wir haben zum selben Thema jetzt einen interfraktionellen Antrag der GRÜNE, der CDU, der SPD und der FDP. Da geht es, wenn ich das richtig weiß, um eine Konzeption. Aber wir werden es sicherlich gleich hören.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Es ist mir eine ganz große Freude, heute den Antrag zur innovativen Pflege kurz hier einbringen zu dürfen, der bereits jetzt eine überwältigende Mehrheit hier im Hause hat. Das hat die Verwaltung auch gesehen und sie weist zu Recht darauf hin, dass es ein Neuantrag ist. Die innovative Pflege ist aber nichts Neues. Damit haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Fachlich sind wir absolut davon überzeugt, dass die innovative Pflege positive Auswirkungen für alle Beteiligten hat, für die älteren Menschen, für deren Angehörigen, für die Pflegekräfte, auch ein ganz wichtiger Aspekt in unserem Antrag, und die Stadtkasse, die sonst Kosten für ein Pflegeheim zu einem sehr großen Teil tragen muss bei vielen Leuten. Wir hatten dazu gemeinsam mit den GRÜNEN eine Anfrage gestellt, die das nochmal belegt hat, dass wir hier immense Kosten im Haushalt haben, die wir, wenn wir ambulante Versorgung verbessern, wenn wir nachdenken über andere Unterstützungssysteme im Sinne einer Caring Community in den Quartieren, dass es uns dann gelingen kann, etwas Positives für die Menschen umzusetzen und gleichzeitig Gelder tatsächlich auch einzusparen und alle Beteiligten auch damit eine Freude tun. Und deswegen haben wir uns nochmal hingesezt und haben überlegt, was muss dieser Antrag leisten, damit er nicht nur uns am Ende überzeugt, sondern dass er auch eine größere Strahlkraft hat. Und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir dafür eine ordentliche Evaluation brauchen. Deswegen haben wir jetzt die Mittel, die wir damals gebraucht hatten, nochmal ordentlich aufgestockt, um diese Evaluation durchführen zu können. Die muss aussagekräftig sein, die muss aus unserer Sicht dann auch Kassen und ähnliche überzeugen. Also es müssen tatsächlich Ergebnisse sein, die man dann auch weiter kommunizieren kann.

Das war die Kritik bei dem durchgeführten Projekt, dass einfach die Evaluation anhand von diesen wenigen Fallzahlen, Beobachtungen und dann auch kein Vergleich zwischen den beiden Trägern, weil jeder natürlich so evaluiert, wie er es auch für richtig gehalten hat, wie er es umsetzen konnte im Betrieb, dass wir das jetzt wirklich vom Grund auf anders angehen. Noch dazu haben wir die Mittel etwas erhöht, um auch den gestiegenen Kostenrechnung zu tragen, und wir sind ganz sicher, dass wir jetzt wieder Träger finden, die sich weiterhin der innovativen Pflege und des innovativen Ansatzes stellen und glauben, dass wir damit wieder sehr positive Erfolge für die Menschen, die es dann in Karlsruhe betrifft, natürlich können wir es noch nicht flächendeckend leisten, aber zumindest für die positive Wirkung entfaltet und dadurch auch eine Signalwirkung hat über Karlsruhe hinaus. Vielen Dank für die ganz große Unterstützung hier.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Wir GRÜNE freuen uns darüber, dass nun beim Thema Pflege der älteren Generation ein interfraktionelles Zusammengehen möglich ist, weil dieses Thema ist angesichts dessen, was da auf uns zukommt, nicht das Thema einer Partei, sondern da muss es darum gehen, dass alle Kräfte, Träger, die Verwaltung, die Parteien zusammenarbeiten. Deswegen ist es wunderbar, dass das hier gelungen ist und mit diesem Antrag gehen wir einen mutigen und sehr erfrischenden Weg in der Hoffnung, dass er zumindest einen Teilausweg aus dem Dilemma bieten könnte, und zwar nicht nur für Karlsruhe. Yvette Melchion hat das schon geschildert. Das ist das Neue, dass wir eine anständige Evaluation auf den Weg bringen, was auch bedeuten kann, dass das Projekt erst in einem halben Jahr oder so beginnt, weil man braucht auch die Zahlen, man muss vorher und nachher darstellen können, wie die Zahlen jetzt aussehen, wie sie später aussehen in diesem ganzen Bereich.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Vieles ist bereits von den Vorrednerinnen gesagt. Ich glaube, dass in diesen Zeiten, wo die Pflege sowohl im Altenpflegebereich als auch im stationären Klinikbereich ein großes Problem ist und auch im ambulanten Bereich, wir verschiedene Wege neu denken und gehen müssen, und damit auch nicht das einzig wahre, das ist jetzt das oder das ist da richtig, sondern es sind viele Mosaiksteine, die dazu führen, auch in Zukunft eine sinnvolle ambulante Pflege für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die vor allem älter und pflegebedürftig sind, zu erreichen. Die innovative Pflege hat gute Ansätze gebracht, weil sie eben ein ganzheitlicheres System hier darstellt, sodass wir nicht nur die reine medizinische Pflege haben, sondern darüber hinaus auch die Menschen ganzheitlich betreuen können. Und dies bedeutet vor allem das, dass sie auch länger im ambulanten und häuslichen Bereich bleiben können. Dies hat den Vorteil, dass die Stadt Karlsruhe auch Geld für die Unterbringung im stationären Bereich spart, und es hat natürlich vor allem für die Patientinnen und Patienten und zu Pflegenden einen großen Vorteil länger in ihrem häuslichen Umfeld zu sein. Außerdem scheint es so zu sein, dass auch die Zufriedenheit und das Engagement der Pflegenden sich sehr positiv zeigt, und ich glaube, dass wir eine wirklich gute Evaluation hinkriegen müssen, deswegen auch die Verlängerung des Projekts, um auch Kassen, Land und Bund auch zu überzeugen, dass hier ein neuer Schritt und ein guter Schritt getan werden kann, der nicht nur einfach so eine schöne Sozialromantik darstellt, sondern auch wirklich einen Benefit für die Patientinnen und Patienten und auch für eine Kasse der Stadt darstellt, und ich glaube, da sind wir auf dem richtigen Weg mit diesem Konzept.

**Stadtrat Hock (FDP):** Verena Anlauf hat mir aus dem Herzen gesprochen, was sie vorhin gesagt hat, die innovative Pflege ist ein riesiges Projekt für uns. Ich sage das ganz klar, das



ist ein riesiges Projekt und wird auch die nächsten Jahre eine große Aufgabe auch für uns hier im Gemeinderat bleiben. Und es wurde alles schon dazu gesagt und ich bin dankbar und froh, dass wir das heute zusammen im Großen hier anschieben können, weil das muss über alle Parteigrenzen hinweg gehen, weil ohne das kriegen wir das große Problem, was noch viel mehr auf uns zukommen wird, nicht gelöst. Wir können nur sagen, dass wir das heute zusammen machen, finde ich einen ganz tollen Schritt, auch mal irgendwas hier im Gemeinderat zu tun, ohne dass wir uns groß in die Haare kriegen. Wir sind uns da einig und das ist auch mal ein Zeichen nach draußen.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ich kann mich den Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen. Klar ist, dass das Thema Evaluation, sehr wichtig ist, damit wir eine dauerhafte Finanzierung auch hinbekommen können.

**Der Vorsitzende:** Damit können wir den Antrag zur Abstimmung stellen und ich bitte um hier Votum ab jetzt. Das sieht nach **Einstimmigkeit** aus.

Ich rufe auf die **Haushaltssicherungsmaßnahme HHS\_GR59, Kurzzeitpflege Caritasverband**. Der Caritasverband kommt ohne diesen städtischen Zuschuss aus. Das ist eine Budgetbereinigung. Wir haben es gerade nochmal geklärt. Deswegen können wir Ihnen das zur Annahme empfehlen. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **einstimmige Zustimmung**.

**Antrag 1.161 (Seite 256): Finanzielle Unterstützung der Karlsruher Tafeln (SPD)**

**Antrag 1.162 (Seite 256): Zuschuss "Herzprojekt Karlsruhe e. V." (KAL/Die PARTEI)**

Ich rufe auf den Antrag der SPD mit der Ziffer 1.161, finanzielle Unterstützung der Karlsruher Tafeln.

**Stadträtin Moser (SPD):** Leider gibt es in Karlsruhe Mitbürgerinnen und Mitbürger, bei denen das zur Verfügung stehende Geld so knapp ist, dass sie nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen, um sich und ihre Familien zu ernähren. Hier kommt das wertvolle, unterstützenswerte Engagement der Tafeln und deren Ehrenamtlichen ins Spiel, die den bedürftigen Menschen versuchen, mit Grundnahrungsmitteln zu helfen. Meine Betonung liegt auf versuchen. Ich muss hier nicht alle Gründe aufzählen, warum die Tafeln viel zu wenige Lebensmittel zum Verteilen haben. Damit Menschen nicht vor leeren Kisten oder Regalen stehen, brauchen die Tafeln Unterstützung, natürlich auch was die Miete und die Heizkosten anbelangt. Deshalb beantragt die SPD-Fraktion, die drei Tafeln mit je 5.000 Euro pro Haushaltsjahr zu unterstützen. Diesen maßvollen Beträgen müssten aus meiner Sicht alle Fraktionen zustimmen können, um so ihre Verbundenheit mit den Tafeln und der Arbeit der Ehrenamtlichen zu zeigen. Und jetzt möchte ich noch auf etwas hinweisen, das tut mir richtig weh, muss ich ehrlich gestehen, aber wir haben nur für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 die je 5.000 Euro beantragt und nicht bis 2028. Wir werden in zwei Jahren oder je nachdem, wer dann hier spricht zu dem Thema, da nochmal daraufzukommen.

Leider können wir den Antrag des Herzprojektes, also den nachfolgenden Antrag, nicht unterstützen, weil wir in diesem Doppelhaushalt keine neuen Projekte unterstützen werden.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Ich möchte gleich zu beiden Anträgen etwas sagen, zu den drei Tafeln und zum Herzprojekt. Die drei Tafeln und das Herzprojekt erfüllen eine wichtige Aufgabe, denn von Bürgergeld alleine kann man auf Dauer nicht leben. Deswegen sind die Tafeln so wichtig und sie werden im Augenblick besonders von den hohen Energiepreisen getroffen, weil sie Sprit und Strom natürlich für die Kühlschränke benötigen. Deswegen stimmen wir dem Antrag der SPD zu, allerdings tatsächlich für zwei Jahre, für die nächsten beiden Jahre und wollen dann weiterschauen oder der nächste Gemeinderat muss dann weiterschauen, wie es dann weitergehen soll und den Antrag Herzprojekt über 5.000 Euro unterstützen.

Hier ebenfalls, weil man sehen kann am Kühlen Krug, dass der Zulauf wirklich sehr, sehr zahlreich ist, auch schon seit einigen Jahren, aber auch eben für den nächsten Doppelhaushalt und dann weiter zu überprüfen, wie es dann weitergehen soll.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Die Tafeln stellen einen großen Beitrag in dieser Stadtgesellschaft dar. Es ist leider so, dass dies notwendig ist, aber es zeigt sich auch dort, dass auch immer mehr Schwierigkeiten bei den Tafeln existieren. Die Lebensmittelpenden laufen nicht mehr in dem Umfang, die Kosten werden steigen. Wir brauchen die Tafeln für die Versorgung unserer Bevölkerung, die sich vieles nicht leisten kann. Und wir werden deswegen diesen Antrag unterstützen, der SPD. Und zum Herzprojekt sage ich dann auch gleich was. Dies ist ein Neuantrag. Da können wir uns im Moment nicht durchringen, hier beizutreten.

**Stadtrat Braun (KAL/Die PARTEI):** Großen Dank an die SPD als Antragsteller für diesen Antrag, der aus Sicht meiner Fraktion vollkommen richtig ist, wenn auch gleich er eine Schande ist für die Sozialpolitik unseres Landes, dass er überhaupt gestellt werden muss. Die Tafeln können natürlich keine Armut beseitigen, aber sie können sie eben in hohem Maße abfedern und dabei helfen, dass die Menschen, die sie aufsuchen, über die Runden kommen. Wir hatten in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Krisen und von globalen Krisen, angefangen mit dem Ukraine-Krieg über eine Gaskrise bis hin zur Inflation. Die finanziellen Auswirkungen sind vermutlich für alle Menschen unserer Stadtgesellschaft und unseres Landes spürbar, aber eben für die einkommensschwachen und bedürftigen Menschen nochmal in deutlich erhöhtem Maße. Und das führt selbstverständlich zu einem erhöhten Andrang bei den Tafeln und Organisationen wie die Tafeln, die Lebensmittel direkt an Menschen aushändigen. Und deswegen unterstützen wir diesen Antrag der SPD sehr gerne.

**Stadtrat Hock (FDP):** Danke an die SPD-Fraktion. Die Tafeln und wer einmal dort war und geschaut hat, was im Moment da los ist, da muss man ganz ehrlich sagen, ich will jetzt als FDP-Mann das Wort nicht nennen, aber das, was wir jetzt hier tun, ist das Nötigste. Ich sage es ganz klipp und klar, das ist das Nötigste. Deshalb, meine Fraktion unterstützt diesen Antrag sehr gerne.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Sehr geehrte SPD, wir unterstützen Ihren Antrag, denn die Tafeln leisten viel ehrenamtlich, wenn man mit denen spricht, sind teilweise an der Leistungsgrenze und es wäre ein fatales Zeichen, diesen Antrag nicht zu tragen, denn es ist auch eine Wertschätzung für die Leistung, aber wie der Kollege Hock sagt, es ist tatsächlich nur

ein Tropfen auf den heißen Stein und die Problematik liegt viel tiefer und viel weiter. Aber das können wir hier vor Ort nicht beheben, leider.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung über den SPD-Antrag, finanzielle Unterstützung der Karlsruher Tafeln nur für die Jahre 2024, 2025 jetzt beantragt und nicht weitergeführt. Und ich bitte um das Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

Wir kommen damit zum Antrag Nummer 1.162. Herr Stadtrat Braun hat sich als befangen erklärt. Zuschuss zum Herzprojekt Karlsruhe e.V. Ein Antrag der Karlsruher Liste/Die PARTEI.

**Stadträtin Ansin (KAL/Die PARTEI):** Das Herzprojekt hat sich zu Beginn der Corona-Pandemie gegründet und gibt seit nun fast vier Jahren wöchentlich Lebensmittel, Hygieneprodukte, Tiernahrung und bei Bedarf sogar Kleidung an obdachlose und bedürftige Menschen in unserer Stadt aus. Inzwischen werden jeden Ausgabetag rund 250 Haushalte versorgt. Da auch die Tafeln seit Jahren an ihrer Belastungsgrenze sind, ist es völlig richtig, diese stärker zu unterstützen. Wir dürfen dabei aber nicht alternative Projekte zur Armutsbekämpfung außen vor lassen. Die beantragten 5.000 Euro pro Monat dienen der Sicherstellung des Angebots, vor allem in spendenschwächeren Zeiten.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir über den Antrag abstimmen, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.163 (Seite 256): Karlsruher Hausbesuche - Weiterführung des Projekts (GRÜNE, CDU, SPD, DIE LINKE.)**

Wir kommen damit zum Thema Karlsruher Hausbesuche. Da darf ich noch mal mitteilen, dass auf der ersten Veränderungsliste die Weiterführung des Projektes mit Mitteln für 2024 eingestellt ist und für 2025 wir ebenfalls Mittel aufgenommen haben, die aber mit einem Sperrvermerk versehen sind, so wie es auch in der Stellungnahme der Verwaltung auf den Antrag 1.163 der GRÜNE, CDU, SPD und LINKE dargestellt ist

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Auch dieser Antrag soll die Notwendigkeit von Pflege, hier von ambulanter Pflege verzögern oder verhindern, indem Senior\*innen rechtzeitig Informationen über Möglichkeiten zur Hilfe, zum Beispiel Hilfen beim Einkauf, Umzugshilfen usw. erhalten. Das Projekt hatte erst im Dezember 2022 begonnen. Es dauerte, bis es bei Ärztinnen-, Senior\*innentreffs usw. langsam bekannt wurde. Deshalb kann zu diesem Zeitpunkt zu den Auswirkungen noch keine abschließende Antwort gegeben werden. Das Projekt soll bis Ende nächsten Jahres verlängert und dann evaluiert werden. Dann kann, wenn das Ergebnis positiv ist, der Sperrvermerk für die Fortsetzung in 2025 aufgehoben und die Karlsruher Hausbesuche können weitergeführt werden. Auch hier finde ich es wieder sehr schön, dass es so eine weitgehende Einigkeit im Gemeinderat gab bei diesem interfraktionellen Antrag.

**Der Vorsitzende:** Wir haben jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Damit haben wir das Thema, glaube ich, zur Zufriedenheit aller jetzt gelöst.

**Antrag 1.164 (Seite 259): "Verein Schwerhörige und Spätertaubte" – Zuschusserhöhung (SPD | KAL/Die PARTEI | DIE LINKE.)**

Ich rufe auf den Antrag 1.164 SPD, Karlsruher Liste/Die PARTEI, DIE LINKE. Es sind drei Anträge. Da geht es um den Verein Schwerhörige und Spätertaubte, eine Zuschusserhöhung.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Der Verein der Spätertaubten und Schwerhörenden ist ein sehr aktiver, aber sehr kleiner Verein, der inzwischen im Haus des Sports aktiv ist. Er macht dort mehrfach in der Woche Beratungen, weil natürlich die Probleme recht unterschiedlich sind, auch akut. Er hat viel Kontakt auch zu den entsprechenden Akteuren und ist im Beirat für Menschen mit Behinderung aktiv. Aber die Miete wird bereits seit einiger Zeit von der Sozial- und Jugendbehörde bezahlt. Sie sind dieses Jahr überrascht worden von den hohen Nebenkosten, die bis jetzt nicht abgebildet waren. Also sowohl Energie als auch Heizung ist natürlich deutlich teurer geworden. Daher stellen wir den Antrag, den Zuschuss um 2.000 Euro zu erhöhen.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Unser Ziel war es, auch im Sozialbereich, wo es notwendig ist, zu erhalten. Hierzu gehört auch dieser Bereich, wo wir sagen, es ist wichtig, dass erhalten bleibt mit der bisherigen Förderung. Und es wird auch die Miete schon übernommen, also die Förderung ist damit schon höher als die 2836 Euro und wir meinen, dass dies notwendig bleibt, dass dies erhalten bleibt, aber nicht mehr.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme.**

**Antrag 1.165 (Seite 259): Frauenberatungsstelle Sozialdienst katholischer Frauen (CDU, SPD | KAL/Die PARTEI)**

**Antrag 1.166 (Seite 259): Unterstützung des "Vereins zum Schutz misshandelter Frauen e. V." (CDU, SPD)**

Ich rufe auf zwei Anträge zum Thema Frauenberatungsstelle Sozialdienst katholischer Frauen, einmal ein Antrag von CDU und SPD und einmal ein Antrag Karlsruher Liste/Die PARTEI. Es geht jeweils um 22.000 Euro Zuschusserhöhung.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ich rede jetzt zu den beiden Anträgen 1.165 und 1.166, die wir beide unterschiedlich interfraktionell eingereicht haben. Die Träger der Karlsruher Frauenhäuser, sowohl der SKF als auch der Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kindern, haben beide aufgewiesen, dass sie einen erhöhten Bedarf an Beratung haben, dass dieser Beratungsbedarf höher ist, als den, den sie derzeit abbilden können. Beide haben das gleichermaßen getan, dass sie uns nachdrücklich davon überzeugt, dass eine Anpassung der Stundenzahl im Rahmen der Umsetzung der Istanbul Konvention durchaus geboten ist. Deswegen haben wir diese Anträge gestellt, beide um 22.000 Euro zu erhöhen. Damit ist eine Erhöhung der Wochenstundenzahl ungefähr um 10 Stunden der Beratungsleistung möglich, und die würden wir gerne trotz aller angespannten Haushaltslage in diesem ganz vulnerablen Bereich durchsetzen und werben um Unterstützung.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Ich rede zu den Anträgen 1.165, 1.166 und 1.170, weil diese Träger im Bereich Prävention, Fachberatung und Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen bei häuslicher Gewalt und im Bereich von Prävention und Beratung bei sexualisierter Gewalt sehr viel leisten. Die Beratungsfälle steigen und die Stunden steigen

und wir wollen ja keine Abfertigung in diesen besonderen vulnerablen Situationen, sondern wir wollen eine rasche, zeitnahe und professionelle Unterstützung. Der Unterstützungsbedarf wurde im Rahmen der Vorlagen zur Istanbul Konvention mehrfach, zuletzt auch hier im Gemeinderat im Dezember 2022 festgestellt. Es ist also nichts Neues, was hier gefordert wird, aber was Notwendiges und daher stimmen wir Grüne diesen von mir genannten Anträgen mit den Ordnungszahlen 1.165, 1.166 und 1.170 zu.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Ich würde auch zu den Anträgen 1.165, 1.166 und 1.170 sprechen wollen, weil sie letztlich die gleiche Zielsetzung haben. Uns geht es darum, wir haben hier in diesem Haus uns immer moralisch in erster Linie verpflichtet gefühlt, hinter unseren Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern den Trägerverbänden, die hier uns bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention in unverzichtbarer Weise unterstützen, zu stellen. Wünschenswert gelöst wäre das Problem natürlich, wenn wir Mittel von Bund oder Land in irgendeiner Weise bekämen. Sie kennen die Problematik, es ist eine freiwillige Leistung, keine Pflichtaufgabe. Allerdings müssen wir jetzt die akute Situation lösen. Die beiden Trägervereine haben uns glaubhaft versichert und auch belegen können, dass sie einfach einen erhöhten Bedarf haben. Die Fallzahlen steigen, wir hatten es vorhin schon und das Problem ist jetzt, dass halt Wartezeiten vergeben werden an hilfeschuchende Frauen und Familien und das kann es natürlich nicht sein, denn wer schon die Hemmschwelle überwindet und sagt bei häuslicher Gewalt, ich wende mich an eine Beratungsstelle, dem muss akut und sofort geholfen werden. Also da darf man auch keine Zeit verstreichen lassen. Insofern werben wir auch um Zustimmung raus für unsere Anträge.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 1.165, Frauenberatungsstelle Sozialdienst katholischer Frauen, Erhöhung um 22.000 Euro. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.166 (Seite 259):** Unterstützung des "Vereins zum Schutz misshandelter Frauen e. V." (CDU, SPD)

**Antrag 1.167 (Seite 259):** „Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.“: Zuschusserhöhung Frauenberatungsstelle Kriegsstraße 148 (KAL/Die PARTEI | Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.)

**Antrag 1.168 (Seite 259):** "Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V." - Erhöhung Zuschuss Clearingstelle (GRÜNE, FW|FÜR | KAL/Die PARTEI | Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.)

Ich rufe auf 1.166, 1.167 und ich glaube 1.168 ist eine etwas andere Geschichte. 1.166, 1.167 sind jeweils auch etwa 22.000 Euro und die könnte ich zusammen aufrufen.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Ich habe eben auch mit unseren weiteren unterzeichneten Fraktionen gesprochen und wir würden den Antrag 1.168 zu dem Antrag von CDU und SPD hinzuziehen. Wenn der eine entsprechende Mehrheit bekommt, diese 2.000 Euro in diesen 22.000 Euro als abgedeckt sehen und unseren Antrag darin aufgehend sehen und erledigt betrachten.

**Der Vorsitzende:** Dann lassen wir jetzt aber doch erstmal diese 22.000 Euro abstimmen, sonst verwirren Sie mich hier. Und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Annahme**.

Jetzt kommt 1.168, den haben Sie damals quasi als **erledigt** erklärt.

**Antrag 1.169 (Seite 259): Dynamisierung der Personalkostenzuschüsse für die Frauenberatungsstelle (Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.)**

Da geht es jetzt um eine Dynamisierung. Das ist ein Antrag direkt des Vereins. Aber da geht es im Wesentlichen auch um die 22.000 Euro. Na gut, hier ist noch so einiges an Dynamisierung extra. Also ich würde jetzt gerne alles zur Abstimmung stellen aus diesem Antrag, was jetzt noch nicht durch die 22.000 Euro abgedeckt ist, weil da kommen noch so ein paar andere Positionen in dem Schreiben und stelle das jetzt hier zur Abstimmung, alles außer 22.000Euro, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.170 (Seite 259): Mietkostenzuschuss Fachberatungsstelle Wildwasser (CDU, SPD | KAL/Die PARTEI | Wildwasser Karlsruhe)**

Ich komme damit zu 1.170, ein interfraktioneller Antrag CDU und SPD, ein weiterer Antrag Karlsruher Liste/Die PARTEI und ein Antrag von Wildwasser Karlsruhe.

Da geht es immer um selbige 14.250 Euro, wenn ich das so schnell überfliege. Und da ist schon gesprochen worden, dann können wir es vielleicht gleich zur Abstimmung bringen und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. **Mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.171 (Seite 259): "9-Euro-Ticket" für Karlsruher Pass Besitzer\*innen - Bus und Bahn für alle! (DIE LINKE.)**

Ich rufe auf den unter der Ziffer 1.171, einen Antrag der LINKE., 9-Euro-Ticket für Karlsruher Pass Besitzer\*Innen fortführen, Bus und Bahn für alle.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Ich glaube, der Antrag erklärt sich ganz gut. Der Bund hat das 9-Euro-Ticket auslaufen lassen. Leider wollen wir das hier in dem Falle fortführen, auch angesichts dessen, dass wir darüber sprechen, wie wir zielgerichtet diesen Charakter vom Sozialticket fortführen können. Deshalb unser Antrag, glaube ich, wenig überraschend und wenig Neues dahinter. Es war doch unsere Zielsitzung, damit wir kostengünstig die Leute den Karlsruher Pass und ein Recht auf Mobilität verwirklichen können.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Nur für das Protokoll der vorigen Abstimmung, das war versehentlich Nein, ich wollte Ja drücken.

**Der Vorsitzende:** Gut, ich rufe damit auf 1.171 zur Abstimmung, 9 Euro Ticket für Karlsruher Pass Bezieher\*innen und zwar ab jetzt. Es ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.172 (Seite 259): Fortentwicklung Karlsruher Pass: Erhöhung der Einkommensgrenze um 10 Prozent zum 1. Januar 2024 (DIE LINKE.)**

Wir kommen damit zu 1.172. Ebenfalls ein Antrag der LINKE., Fortentwicklung Karlsruher Pass, Erhöhung der Einkommensgrenze um 10 Prozent zum 01.01.2024.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Da hatte ich tatsächlich jetzt geschlafen, dass noch zwei Anträge von uns kommen. Ich mache jetzt einen Beitrag zu dem Antrag und dem 1.173, dann können wir die beiden dann abstimmen lassen. Uns ging es nochmal darum, weil wir auch sehen, dass die Inflation weiter ansteigt, dass wir nochmals die Diskussion aufnehmen zur Einkommensgrenze-Anpassung, die wir von Karlsruher Pass langsam für notwendig erachten, dass wir die Debatte wieder beginnen und gleichzeitig auch die Zoll- und Bäderpreiserhöhung, die wir vermutlich jetzt im Rahmen der Haushaltsstabilisierung beschließen werden, ausgleichen können für die Karlsruher Passinhaberinnen und sie somit dort weniger stark betroffen sind.

Das sind, glaube ich, die zwei wesentlichen Bestandteile der Anträge.

**Der Vorsitzende:** Dann können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. 1.172, da geht es um die Erhöhung der Einkommensgrenzen um 10 Prozent, und ich bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.173 (Seite 259): Sozialer Ausgleich bei Eintrittspreisen für Zoo und Karlsruher Bäder (DIE LINKE.)**

Ich rufe auf 1.173, sozialer Ausgleich für Zonen Karlsruher Bäder. Die Eintrittspreise kommen an anderer Stelle auch noch mal zur Abstimmung. Hier geht es um die Systematik, dass man die Reduzierung von 50 auf 75 Prozent Reduzierung erhöht. Und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist jetzt eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.174 (Seite 262): Antrag auf Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Suchtberatungsstelle (Diakonische Suchthilfe Mittelbaden gGmbH)**

**Antrag 1.175 (Seite 262): Keine Mieterhöhung bei der Diakonischen Suchthilfe Mittelbaden (CDU)**

Wir kommen jetzt zum Antrag 1.174 der Diakonischen Suchthilfe, Antrag auf Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Suchtberatungsstelle. Ich gehe davon aus, dass es sich beim CDU-Antrag unter 1.175 um denselben Träger handelt. Da geht es um keine Mieterhöhung bei der Diakonischen Suchthilfe.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Der Antrag der Diakonischen Suchthilfe hat uns einiges Kopfzerbrechen gekostet. Es hat viele Gespräche auch interfraktionell dazu gegeben, und wir haben uns wirklich bis in die letzten Minuten viel Mühe gegeben, das Ganze raus zu klabüstern, wie man das am besten macht. Die Diakonische Suchthilfe Mittelbaden ging aus dem Diakonischen Werk hervor, das 2010 die Mitarbeit in der Suchthilfe eingestellt hat. Wir haben Gespräche gehabt mit der Suchthilfe, wir haben auch die Aufstellung gesehen und haben die Befürchtung, dass eine Insolvenz zumindest nicht ausgeschlossen ist. Wir haben sehr viele tolle soziale Projekte, aber da sind wir sicher noch ein bisschen mit Nachholbedarf zu versehen. Wir glauben, dass es einfach notwendig ist, dass diese Suchthilfe in Karlsruhe weiter besteht, vor allem für die Bereiche, wo es um die Störungen bei

Kinder und Jugendlichen geht und auch um diese Regenbogengruppe, wo es darum geht, dass Kinder betreut werden und geführt werden aus Familien, die suchtselastet sind. Wir glauben auch, dass es notwendig ist, bei all diesen Bereichen, nachdem noch die AOK aus dem Bereich der Essstörungen ausgestiegen ist, wir schauen müssen, wie wir hinkommen.

Wir haben uns Folgendes überlegt, wir werden 35.000 Euro mit Sperrvermerk einstellen und im Februar, Herr Bürgermeister Lenz, im Sozialausschuss darüber sprechen müssen, zusammen mit dem Träger und mit den Fachleuten des Amtes, dass wir das Ganze mit einer guten Konzeption, die zukunftsfähig ist, überlegen. Und ich denke, das wäre ein Weg jetzt das Risiko einer Insolvenz dieses Trägers, ich denke immer an initial dabei, durchzuführen, um bis dahin eine Lösung zu finden, wie es dann insgesamt weitergeht. Denn das sind auch Aufgaben, die sonst die Stadt als solches übernehmen müsste. Und ich glaube, es wäre gut, der Träger ist sehr bemüht, aber ich glaube, man muss ihm auch ein bisschen helfen, dass das auf diesem Wege weitergeht.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Die Diakonische Suchthilfe hat ihren Antrag hier als Bürger\*innenantrag eingebracht und die Kosten dieser wichtigen Aufgabe sind wirklich nicht gedeckt und die Lage ist wirklich prekär. Das wurde uns da immer wieder dargestellt und das war auch sehr glaubhaft. Da ist eine Erhöhung der städtischen Förderung aus unserer Sicht zwingend erforderlich, um deren Existenz zu sichern. Langfristig braucht es wahrscheinlich sogar die 75.000 Euro, aber darüber muss dann erst im nächsten Haushalt entschieden werden. Das ist jetzt, glaube ich, zu früh, darüber zu entscheiden. Die Existenz kann jetzt erst einmal mit einer Erhöhung um die 35.000 Euro gesichert werden, so wie es eben auch schon von der CDU vorgebracht wurde. Der Ausstieg der AOK aus dem Angebot BESS erschwert die Situation nochmal.

Aber nur eine Deckung des Betrags vom BESS, was jetzt eben wegfällt, um die 8.000 Euro, reicht bei weitem nicht aus. Und im Sinne der Haushaltssicherung und der Existenzsicherung der Diakonischen Suchthilfe ist es sicherlich gut, wenn wir die 35.000 Euro jetzt hier stellen. Ich hätte jetzt nicht unbedingt den Sperrvermerk hier gebraucht, aber ich glaube, daran soll es jetzt nicht scheitern, wenn wir da nochmal in die Diskussion gehen und den Sperrvermerk da drin haben.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Es ist extrem unüblich, dass wenn kein Antrag aus diesen Reihen hier erfolgt und nur ein Bürger\*innen-Antrag gestellt wird, dass der dann mehrheitsfähig ist. Und deswegen bin ich extrem froh, dass hier die Fachsprecher der verschiedenen Fraktionen sich geeinigt haben, gesagt haben, doch, die Situation ist so dringlich, da besteht Handlungsbedarf, und zwar jetzt und nicht, wenn die Haushaltslage sich verbessert und dafür erstmal herzlichen Dank an alle, die sich jetzt hier den Kopf zerbrochen haben. Ich glaube, es ist genau richtig, jetzt mit 35.000 Euro jährlich Zuschusserhöhungen zu starten und dann in die intensivere fachliche Beratung zu gehen im Sozialausschuss, nur dafür dient der Sperrvermerk. Keiner von uns denkt, dass sie diese Mittel nicht brauchen werden, sondern es geht darum, sich einfach intensiv mit dem Thema und wie mein Kollege Müllers ausgeführt hat, auch mit der Zukunftsfestigkeit der Diakonischen Suchthilfe Mittelbaden und ihre ganz wertvollen Bestandteile der Suchtberatung auseinanderzusetzen.

Ganz viel wurde schon angesprochen zu den Gründen, woher diese Schiefelage rührt. Was noch nicht angesprochen wurde, ich hier aber auch nicht unerwähnt lassen möchte, ist, dass seit 20 Jahren die Zuschüsse des Landes Baden-Württemberg für die Personalstellen,



gleichwohl sie gefordert sind, nicht erhöht wurden. Ich finde, das ist ein wunderbares Thema für den Städtetag hier auch nochmal aktiv zu werden, weil darunter alle Beratungsstellen in Baden-Württemberg leiden. Und deswegen finde ich es genau richtig, dass wir für Karlsruhe zumindest eine Lösung finden, um diesen unverzichtbaren Bestandteil der Karlsruher Suchthilfe nicht zu gefährden.

**Bürgermeister Lenz:** Zunächst einmal herzlichen Dank. Sie geben uns so einen gewissen Rückenwind einzusteigen und nicht zu warten bis zum Sozialausschuss im Februar. Deswegen habe ich gerade mit Herrn Oberbürgermeister vereinbart, dass wir uns unverzüglich mit der Suchthilfe zusammensetzen, aber auch aus der Tradition heraus zweierlei.

Erstens, Sie haben heute schon ein-, zweimal gehört, Kollegin Luczak-Schwarz guckt. Ich sage aber auch nicht, um wen es geht. Es gibt immer wieder mehrere, nicht Sie persönlich, wo wir einsteigen, und wir lassen niemanden hängen, wenn Insolvenz oder besondere finanzielle Herausforderungen, ich sage mal, eine Schieflage droht. Jetzt geben Sie uns hier diese Zeichnung, diese die Aufforderung, etwas zu tun. Da würden wir es gerne unmittelbar tun und nicht abwarten wollen und dann im Ausschuss etwas vorstellen, dann noch Sperrvermerkdiskussionen. Wir schlagen Ihnen vor, wir gehen jetzt in die Gespräche, es wurde auch die Regenbogengruppe, lieber Thomas Müller, von dir genannt, wir nehmen es dann aber den Jugendhilfeausschuss und dann hoffe ich einfach mal, dass wir es dann auch geklärt haben. Und Sie kennen uns, ich habe natürlich mit der AOK schon lange gesprochen, das ist auch verständlich, warum aus verschiedenen Gründen das nicht mehr so geht mit den 8.000 Euro, aber ich glaube, die Haushaltsberatung im Sozialdezernat in meinem Bereich zeigt doch, dass wir an der Stelle an 35.000 Euro auch unser Etat keine Schieflage erleiden wird. Wir werden immerhin auch noch ganz andere Summen ausgleichen, die sie bei uns ausbuchen. Und ich glaube, die Suchthilfe ist es einfach wert, deswegen herzlichen Dank und wir kommen auf Sie zu, allerdings dann informell früher als der 1. Februar und formell dann spätestens im Jugendhilfeausschuss.

**Der Vorsitzende:** Wir gehen jetzt in die Abarbeitung der Anträge. Zunächst liegt ein Bürgerantrag vor, von der Einrichtung selber. Und da sind wir jetzt auf **75.000 Euro** gekommen. Das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt gab es den Vorschlag von Ihnen, den **Zuschuss um 35.000 Euro zu erhöhen**. Sie begründen es damit, dass die finanzielle Schieflage der Beratungsstelle für Sie offensichtlich ist. Insofern würde ich Ihnen empfehlen, keinen Sperrvermerk dran zu machen, sondern die Zusage anzunehmen, dass wir im Jugendhilfeausschuss, Schrägstrich, dann im nächsten oder übernächsten Sozialausschuss von den Konzeptionsentwicklungen und den Gesprächen berichten. Aber wenn es absolut nötig ist, dass die Beratungsstelle über die Runden kommt, dann macht der Sperrvermerk an der Stelle auch keinen Sinn. Deswegen würde ich jetzt gerne 35.000 Euro **ohne Sperrvermerk** hier zur Abstimmung stellen und bitte Sie um Ihr entsprechendes Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

Und dann gibt es noch den Antrag der CDU auf Mietkosten.

(Zuruf: Den ziehen wir zurück!)

**Antrag 1.176 (Seite 262): Wohnungslosenhilfe durch freie Träger (AfD)**

Dann kommen wir zum Antrag Nummer 1.176, ein Antrag der AfD-Gruppe, Wohnungslosenhilfe durch freie Träger, eine entsprechende Zuschusserhöhung.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir beantragen hier eine Zuschusserhöhung um etwa ein Viertel, weil wir der Meinung sind, dass aufgrund des stagnierenden Wohnungsbaus, auch hier in Karlsruhe sind viele Wohnungsbauprojekte angehalten worden, durch die Inflation und die hohen Energiekosten werden wir Schwierigkeiten haben. Wir werden mehr Obdachlose haben. Deswegen braucht die Wohnungslosenhilfe mehr Geld. Das ist unser Antrag.

Und den Antrag 1.178 ziehen wir zurück.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Ich möchte nur kurz als Anmerkung sagen, es gibt für uns GRÜNE keinen Grund, auf diesen Antrag einzugehen, denn wir sehen ihn als Show-Antrag an, weil die AfD dafür bekannt ist, dass ihnen bundesweit und auch hier das Soziale vollkommen egal ist.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe auf 1.176 der AfD-Antrag und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.177 (Seite 266): Erhöhung Stundensatz für Schulbegleitungen / pädagogische und begleitende Hilfen (Umsetzung Bundesteilhabegesetz) (KAL/Die PARTEI)**

Ich rufe auf 1.177, Karlsruher Liste/DIE PARTEI, Erhöhung des Stundensatzes für Schulbegleitung, pädagogische und begleitende Hilfen.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Der Antrag meiner Fraktion hat sich durch die Antwort der Verwaltung **erledigt**.

**Antrag 1.178 (Seite 267): "Eltern und Freunde für Inklusion e. V. Karlsruhe" – Elternlotsen (AfD)**

Dann hat die AfD ihren Antrag **1.178 zurückgezogen**.

Wir kommen damit zur **Haushaltssicherung** ein, und zwar die numerische Nummer **HHS\_GR62**. Da bräuchte ich Ihre entsprechende Entscheidung und stelle das hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

**Antrag 1.179 (Seite 270): Schulsozialarbeit für die Heinrich-Meidinger-Schule (Berufliche Schule) (GRÜNE)**

Damit rufe ich auf den Antrag Nr. 1.179 der GRÜNE, Stellenschaffung Schulsozialarbeit für die Heinrich-Meidinger-Schule. Hier wollen wir Ihnen vorschlagen, dass wir die Kofinanzierung, die wir bräuchten, zudem, dass das Land ein Drittel mitfinanziert, aus diesen Stellenanteilen nehmen, die wir für Schulsozialarbeit bzw. Kindertagesstätten sowieso vorgesehen haben. Da geht es ja dann um 0,3 oder 0,35 oder sowas, und holen uns dann noch das Drittel vom Land dazu. Und damit würden wir meinen, dass wir den Antrag quasi als **erledigt** betrachten können, nachdem das eine der letzten Schulen ist, die keine

Schulsozialarbeit hat. Wäre das für die Antragstellenden in Ordnung? Frau Stadträtin Wolf, sorry, dass ich Sie jetzt überrasche.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE):** Ja, das ist in der Tat ein bisschen überraschend, aber das ist in Ordnung für uns. Ich will trotzdem noch ein paar Worte dazu sagen, denn die Heinrich-Meidinger-Schule ist die einzige berufliche Schule, an der es noch keine Schulsozialarbeit gibt, und das wollen wir ganz dringend ändern. Deswegen haben wir hier diese halbe Stelle beantragt. Und vielen Dank für Ihre Erläuterung, dass das auch in bestehenden Töpfen möglich ist und natürlich als Transferleistung dann an die zuständige städtische Gesellschaft, an die AFK. Und diese Stelle wird wirklich dringend benötigt, und zwar nicht erst in ein paar Jahren. Das ist auch der ausdrückliche Wunsch der Schule, der uns wirklich mehrfach erreicht hat. Und wir können und wollen uns das nicht leisten, hier Schüler\*innen zu verlieren, weil jeder Ausbildungsabbruch schadet erstmal den Schüler\*innen, aber letztlich auch uns allen. Und wir brauchen all diese Fachkräfte. Die Schulsozialarbeit kann an der Stelle niedrigschwellig und durch gezielte Kommunikation sowohl die Schüler\*innen als auch die Lehrkräfte unterstützen, und deswegen freuen wir uns sehr über eine große Zustimmung auch zu dem Antrag, beziehungsweise dass er jetzt erledigt erklärt wurde.

**Antrag 1.180 (Seite 270): Regenbogenstraße einrichten (MyCity.MyPlace; Stadtjugendausschuss) (GRÜNE, DIE LINKE.)**

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zum Antrag 1.180 interfraktionell GRÜNE, DIE LINKE, Regenbogenstraße einrichten. My City, My Place, Stadtjugendausschuss.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Als ehemalige Wienerin muss ich bei diesem Thema diese Stadt jetzt ins Spiel bringen. Da wird Pride ganz anders gelebt, da sind Ampelmännchen auch mal zwei liebende Frauen, da ist auch mal ein Regenbogen zwischen einem Zebrastreifen, bunt, vielfältig, eine Stadt für alle zum Wohlfühlen. Und zumindest bei dieser letzten Aussage fällt Ihnen allen, die schon mal in Wien waren, die Wien schon kennengelernt haben, sicher leicht zuzustimmen, aber heute geht es um Jugendbeteiligung. Das Projekt der Karlsruher Jugendkonferenz geht nämlich einen Schritt weiter. Die Jugendlichen in dem Team arbeiten an einem Projekt mit einer Regenbogenstraße, also zum Beispiel schon umgesetzt in Utrecht oder in Reykjavik, und zwar eine Straße mit einer dauerhaften Bemalung in Regenbogenfarben und zumindest temporären Infostellen rund um das Thema LSBTIQ, Diversität, Queer und geschlechtliche Identität. Wozu das Ganze? Als offene Bekundung der Stadt Karlsruhe zu einer bunten und toleranten Stadtgesellschaft. Das haben sich die Jugendlichen im Rahmen von My City, My Place entwickelt, und sie haben sich zur Weiterentwicklung der Innenstadt Gedanken gemacht, sie haben recherchiert und ein Konzept aufgestellt, und sie haben uns das bei der Jugendkonferenz präsentiert und sind seitdem dran geblieben. Deswegen jetzt mal mein erster Appell an die Stadtverwaltung, prüfen Sie wohlwollend, lassen Sie uns einen Regenbogen in dieser Stadt auf die Straße bringen.

Sie argumentieren mit Verkehrssicherheit, aber ist es nicht auch so, dass optische Veränderungen auch das Fahrverhalten ändern? Also dass zum Beispiel durch optische Veränderungen die Sicherheit von gewissen Verkehrsteilnehmern sogar erhöht wird. In anderen Städten zieren beispielsweise in 30er Zonen Regenbogenabschnitte statt Zebrastreifen die Fahrbahn. Warum? Weil Zebrastreifen eben in diesen 30er-Zonen nicht erlaubt sind. Wäre das nicht auch zum Beispiel was für Karlsruhe als erster Schritt, als ein Kompromiss?

Deswegen mein zweiter Appell, schlagen Sie uns und vor allem schlagen Sie dem Projekt Team zeitnah machbare Kompromisse vor. Und wir möchten nicht, dass dann am Ende irgendwo ein paar Tausender fehlen, und das Projektteam hat sich bei den anderen Städten in Deutschland erkundigt. Die Jugendlichen haben hier über den Sommer recherchiert, und so kommen diese Zahlen für zumindest einen kurzen Straßenabschnitt zustande. Und da nun mein dritter Appell, lassen Sie uns alle hier dieses Projekt nicht auf Basis der Finanzierung scheitern. Lassen Sie uns jetzt heute auf den nächsten Schritt heben und beschließen, und wir freuen uns, wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier im Sinne der Jugendbeteiligung klare Kante für diese Idee heute zeigen und dem Antrag zustimmen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Jetzt haben wir sehr viel zusammen und gemeinsam heute Abend auch beschlossen, aber alles können wir jetzt wirklich auch nicht machen. Ich bin großer Fan, Sie kennen mich als fast ständiges Mitglied im Bereich eben der Jugendkonferenz. Hier ist es natürlich ein Anliegen der Jugendlichen, eines kleinen Teils der Jugendlichen, aber da haben Sie vollkommen recht. Wir wollen alle irgendwo sichtbar machen. Nur das Problem ist hier ganz einfach die Verkehrssicherheit. Sie überlegen sich, was wir im Bereich der Waldstraße allein schon mit den Kacheln gemacht haben, die dann farbig und rutschig sind. Ich glaube, wir können der Karlsruher Bevölkerung einfach dieses Problem nicht zumuten. Dann kommen die total durcheinander, so wird es auch geschrieben. Ich denke, hier müssen wir andere Lösungen suchen und andere Lösungen finden und dann auch die Jugendlichen entsprechend mitnehmen. Denn das Anliegen, da unterstützen wir Sie immer, dass wir versuchen, einfach nochmal ein Zeichen zu setzen, aber nicht mit einer Regenbogenstraße. Ich glaube, das können wir einfach hier in Karlsruhe nicht machen. Natürlich ist die Finanzierung auch ein Punkt, denn wir wissen, wie schwer es ist, auch diese ganzen Dinge dann überhaupt straßentechnisch umsetzen zu können. Von daher appelliere ich daran, die Kinder und Jugendlichen eben mitzunehmen, dass wir versuchen, einen anderen Weg zu finden, um dies darzustellen. Aber ich glaube eine Regenbogenstraße wäre in dem Fall allein aus, wie es die Verwaltung auch sagt, aus verkehrstechnischer Sicht der falsche Ansatz, und wir lehnen dies ab.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion ist grundsätzlich dafür, einen Weg zu finden, eine sogenannte Regenbogenstraße einzurichten. Wir werden darum diesem Antrag zustimmen, hauptsächlich auch deswegen, weil er in der Jugendkonferenz praktisch vorgestellt wurde, auf den Weg gebracht wurde durch die Aktivitäten der Antragsteller, aber ich habe schon in der Jugendkonferenz-Check befürchtet, dass es keine Mehrheit geben wird und, mein Vorschlag ist an sich, dass wir jetzt nicht, weil es vielleicht keine Mehrheit bekommt, hier das Anliegen ganz vom Tisch wischen. Wir sollten einen Weg finden, wie das in den Gremien irgendwie weiter behandelt werden kann.

Und ich möchte doch nochmal auf eines hinweisen. Es geht den Jugendlichen nicht nur um diese Regenbogenfarben auf einer Straße, auf einer Fahrbahn, sondern es geht ihnen auch darum, das ist auch nochmal ganz deutlich genannt worden im youcoN-Check, dass es um sogenannte, ich nenne es mal, Stelen geht, wo einzelne Menschen, die zur queeren Community gehören, so habe ich es verstanden, sich persönlich darstellen können. Das ist natürlich nochmal ein ganz anderer Schritt. Das würde für uns nochmal das verstärken, dass man sagt, es muss nochmal in zuständigen Gremien, welchen auch immer besprochen werden, wie man vielleicht diesen Anliegen, was die jungen Leute in ihrer Gesamtheit sich wünschen, irgendwie auf den Weg bringt. Wie gesagt, wir werden, um das Signal an die Jugendlichen zu geben, heute zustimmen, damit die nicht meinen, wir machen

etwas, wir bringen uns ein und dann kümmert sich im Gemeinderat niemand drum. Aber wir wünschen uns doch, dass das dann in irgendeiner Form weitergeht, das Anliegen, auch wenn es hier heute keine Mehrheit gibt.

**Stadträtin Moser (SPD):** Ich war in der gleichen Gruppe beim youcoN-Check dabei, wo Jorinda Fahringer und der Lüppo Cramer auch dabei waren und meiner Meinung nach war das noch nicht so weit, dass man das umsetzen könnte. Ich glaube, da müsste erst noch viel geprüft werden oder einiges geprüft werden, wo das überhaupt umsetzbar ist, weil es tatsächlich nicht so ist, wie der Lüppo eben schon gesagt hat, dass es nur um die Regenbogenfarben geht, sondern auch um die Stählen und eins muss das andere ergänzen und deswegen können wir heute so nicht zustimmen. Aber mein Vorschlag war auch schon gewesen in unserer Gruppe, dass wir das vielleicht im nächsten Jahr im entsprechenden Ausschuss nochmal auch oder auch mit den Jugendlichen besprechen, dass vor allem die einbezogen werden.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Ich habe durchaus Verständnis für das Anliegen, aber für mich gehören Regenbögen an den Himmel und nicht auf die Straße. Ich muss auch sagen, jetzt mal abgesehen von der verkehrstechnischen Seite, als nächstes kommen vielleicht dann die Klimakleber und sagen zu uns, wir wollen eine Straße komplett mit Händen zukleben oder die Hundehalter kommen und sagen, wir wollen eine Straße komplett mit Hunden bemalt haben. Das ist natürlich schwierig. Wo fangen wir da an? Wem gestehen wir das zu, sowas auf die Straße zu malen als Zeichen und bei wem lehnen wir es ab? Daher können wir leider nicht zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Ich war zwar nicht in der youcoN, aber ich kenne das mit dem Regenbogenstraße als dauerhafte Installation und das mit den Stählen als vorübergehende Installation. Deswegen ist es für mich nicht automatisch von einer gleichen grundsätzlichen Wertigkeit. Mein Vorschlag wäre, dass wir Ihnen einen Vorschlag machen, den wir uns auch sicherheitstechnisch vorstellen können und dann wird es nochmal erneut diskutiert in den entsprechenden Ausschüssen. Wäre mein Vorschlag, wir können es aber auch hier zur Abstimmung stellen. Wäre das okay?

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Ja, wenn das zeitnah passiert, dann freuen wir uns über diesen Vorschlag.

**Der Vorsitzende:** Vielleicht scheitere ich auch, dann sage ich es, dann können Sie es wiederbeleben, aber es geht da um ästhetische und um sicherheitstechnische Fragen. Da haben wir eine etwas andere Haltung als manche anderen Städte, aber vielleicht kriegen wir das Thema der Sichtbarkeitsmachung trotzdem hin. Und ich sage mal so, wenn man einen Straßenabschnitt irgendwie oder irgendwas bemalt, das kriegen wir dann auch noch hin. Da brauchen wir jetzt keine separate Finanzierung.

**Antrag 1.181 (Seite 279: Jubez: 10 Prozent Zuschusserhöhung an die Mitglieder des "Kulturring Karlsruhe e. V." (KAL/Die PARTEI)**

Ich rufe auf die Ziffer 1:181, Karlsruher Liste/Die PARTEI, eine 10-prozentige Zuschusserhöhung für das Jubez.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Wir ziehen den Antrag zurück.

**Der Vorsitzende:** Dann brauchen wir noch nicht abstimmen.

**Antrag 1.182 (Seite 270): Keine Kürzungen im Bereich Jugend- und Familienhilfe (FDP)**

Ich rufe auf 1.182, ein Antrag der FDP, keine Kürzungen im Bereich Jugend- und Familienhilfe.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Unser Haushaltsredner Thomas Hock hat eine sehr gute Rede gehalten. Er lobte uns, aber ich weiß nicht, ob alle das gehört haben. Er hat gesagt, dass wir in der FDP wirklich Respekt haben für die schwierige Situation, die wir als Stadt haben, dass wir sparen müssen. Aber es gibt bestimmte Gebiete, wo wir nicht einsehen, dass es notwendig ist, zu sparen. Das eine war Kultur, das andere war das Soziale. Wir finden, viele Jugend- und Familienhilfe geht in Familien, die das noch schwieriger haben als unser Haushalt, und deshalb wollen wir also keine Kürzungen hier haben.

**Der Vorsitzende:** Dann stellen wir den Antrag jetzt zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum, ob jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich will noch mal darauf hinweisen, dass auf die meisten Leistungen der Jugend- und Familienhilfe die Familien einen Rechtsanspruch haben, den sie auch durchaus kennen, so dass ich jetzt trotz unserer Ansatzkürzung keine Befürchtung habe, dass hier relevante Leistungen nicht entsprechend auch finanziert werden von uns.

**Antrag 1.183 (Seite 270): Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (AfD)**

Ich rufe damit auf 1.183, ein Antrag der AfD-Gruppe, Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Ich habe vorhin die Herrschaften Lang, Kretschmann, Lindner und Scholz zitiert. Wenn das nicht nur hohle Phrasen waren, dann passt unser Antrag genau zu deren Äußerungen. Wenn Sie also unseren Antrag ablehnen, konstatieren Sie erneut, dass Sie diesen Äußerungen keinen Glauben schenken.

**Der Vorsitzende:** Wenn Sie beim Thema Klimaschutz genauso glaubhaft an das glauben würden, was die Herren sagen, hätten wir nicht so viele Konflikte. Ich stelle den Antrag hier gerne zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.184 (Seite 270): HHSM\_GR60 - Ferienerholungsmaßnahmen für Kinder (AfD)**

Jetzt rufe ich auf die **Haushaltssicherung HHS\_GR60**, diverse kleine **Budgetanpassungen** im Bereich der **Förderung freier Träger**. Ich soll jetzt hier das zusammen mit 1.184 aufrufen. Das ist mir jetzt im ersten Moment nicht so ganz klar, aber ich tue es dann. Der 1.184 bezieht sich darauf. Okay, dann passt es ja. Also ich rufe auch auf den Antrag 1.184 der AfD-Gruppe. Gibt es da eine Wortmeldung dazu?

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich weiß jetzt wirklich nicht, was sich bei Ihrem Antrag dahinter verbirgt, aber unser Antrag ist einfach nur, die finanziellen Zuschüsse für die Ferienerholungsmaßnahmen für Kinder nicht um 50.000 Euro zu reduzieren, sondern auf dem bisherigen Niveau beizubehalten, weil wir jetzt gerade eine Situation haben, wo viele Familien gar nicht mehr in Urlaub fahren können. Deswegen sind diese Ferienerholungsmaßnahmen aus unserer Sicht besonders wichtig. Wir sollten die Mittel dafür nicht reduzieren, sondern wenigstens beibehalten.

**Der Vorsitzende:** Ich will noch darauf verweisen, was auch in der Stellungnahme steht, es ist mit den Fachleuten abgestimmt und es ist eine Budgetanpassung, die wir Ihnen guten Gewissens vorschlagen können, ohne die Angebote zu reduzieren. Dann kommen wir zur Abstimmung Ihres Antrags und ich bitte hier um das Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich werde darauf hingewiesen, dass sich die **Haushaltssicherungsmaßnahme HHS\_GR60**, da sie sich über mehrere Positionen hinwegzieht, als nur die **Ferienerholungsmaßnahmen**, jetzt Ihnen nochmal zur Abstimmung hier ans Herz legen soll und muss. Und damit rufe ich unsere Haushaltssicherungsmaßnahme Nummer GR60 nochmal insgesamt zur Abstimmung auf und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.185 (Seite 270): HHSM\_GR57 - Personalkostenzuschüsse für die Arbeitsförderungsbetriebe (AfD)**

Ich würde jetzt die **Haushaltssicherungsmaßnahme HHS\_GR57** aufrufen. Da haben wir zusätzliche **Landeszuschüsse für Schul-, Sozialarbeitsstellen** und Budgetanpassungen vorgenommen. Dazu passt der Antrag 1.185 der AfD-Gruppe zum Thema Personalkostenzuschüsse für Arbeitsförderungsbetriebe. Dann rufe ich erst einmal den AfD-Antrag auf, Personalkostenzuschüsse für die Arbeitsförderungsbetriebe, und bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

Da ich nicht genau weiß, ob jetzt der AfD-Antrag alle von uns veränderten Zuschüsse unter dieser **Haushaltssicherungsmaßnahme GR57** erfasst, würde ich die gerne nochmal separat zur Abstimmung stellen, damit wir keinen Fehler begehen und bitte auch da jetzt um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 186 (Seite 270): Antidiskriminierungsarbeit in Karlsruhe stärken - Zusätzliche Gelder für die Antidiskriminierungsstelle (DIE LINKE.)**

Wir kommen zum Antrag 1.186, DIE LINKE., die Antidiskriminierungsarbeit in Karlsruhe stärken, zusätzliche Gelder für die Antidiskriminierungsstelle der Stadt. Meines Wissens ist die aber gar nicht von der Stadt.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Der Titel ist, den ignorieren wir jetzt an der Stelle mal, die ist woanders angesiedelt, der ist vielleicht durchgerutscht. Uns geht es darum, dass wir für die Antidiskriminierungsstelle nochmal die Finanzmittel erweitern. Ich glaube, der Anlass ist genügend in den letzten Wochen zu lesen. Die Antidiskriminierungsstelle, das ist glaube ich gar nicht die Diskussion, leistet unverzichtbare Arbeit. Wir sehen eher, dass aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung die Arbeit leider eher zunimmt, statt sie abnimmt. Das Budget ist in den letzten Jahren, glaube ich, relativ stabil geblieben. Wenn wir die

Situation an den Schulen betrachten, was wir da alles eigentlich an Wünsche haben, dann sehen wir Richtung Sensibilisierung und Antidiskriminierungsberatung eigentlich die Notwendigkeit, dass die Antidiskriminierungsstelle ihr Personal im moderaten Maße aufstocken kann, deshalb unser Antrag hier an der Stelle.

**Der Vorsitzende:** Gut, vielen Dank. Dann können wir hier gleich zur Abstimmung kommen und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.187 (Seite 273): Institutionelle Förderung für "queerKastle e. V." (DIE LINKE. | queerKastle e. V.)**

**Antrag 1.188 (Seite 273): Förderung eines queeren Begegnungsraums von "queerKastle e. V." (GRÜNE)**

**Antrag 1.189 (Seite 273): Förderung eines queeren Begegnungsraums von "queerKastle" – Dynamisierung (GRÜNE)**

Jetzt kommt die ganze Thematik queerKastle. Da geht es unter 1.187 um einen Antrag der Linken und einen Antrag von queerKastle e.V. zur institutionellen Förderung. Dann gibt es unter 1.188 einen Antrag der GRÜNEN zum Zuschuss für die Miet- und Mietnebenkosten. Und wir haben noch mal unter 1.189 einen weiteren Antrag der GRÜNEN zur entsprechenden Anpassung, falls Mietsteigerungen auftreten. So habe ich das jetzt verstanden.

**Stadtrat Riebel (GRÜNE):** Bereits im Jahr 2019 haben wir GRÜNEN den Antrag zur Agenda Vielfalt @KA gestellt. Ein Jahr später dann haben Anja Stegbauer-Bayer von der Aidshilfe Karlsruhe und ich queere Organisation und Personen zum ersten Treffen der queeren Vernetzung eingeladen, denn uns war nämlich klar, dass in Karlsruhe noch einiges zu tun ist. Ich brachte bereits beim ersten Treffen die Idee eines queeren Zentrums, die an mich herangetragen wurde, aus Überzeugung ein. Von Anfang an habe ich auch auf die finanziell schwierige Situation der Stadt Karlsruhe hingewiesen. Aus der queeren Vernetzung ist 2022 dann queerKastle entstanden. Nun hat der Vorstand von queerKastle mit der Boston Consulting Group zusammengearbeitet und einen Businessplan erstellt. Hierfür wurden die Marktpotenziale zugrunde gelegt. Daher wurden als Grundlage des Business Plans andere queere Zentren in anderen Städten nach ihrem Angebot und andere queere Organisationen in Karlsruhe nach ihren Bedarfen befragt und Potenziale aufgezeigt. Diese Bedarfe sind sicherlich da, aber sie münden auch nicht immer gleich in einer Nachfrage.

Durch das Zentrum wird das Angebot sichtbarer und langfristig steigt die Nachfrage wahrscheinlich auch. Dann muss sicherlich nachgesteuert werden. Im Sinne des sorgsamem Umgangs mit Geldern der Stadt besteht unsere Aufgabe als Gemeinderat, darin diesen Plan im Gesamtbild mit bereits vorhandenen Angeboten und sozialen Zusammenhängen aber im Hier und Jetzt zu betrachten. In Karlsruhe gibt es bereits die LSBTIQ-Beratung der pro familia und andere Beratungsangebote von ZeSIA. Diese Beratungsangebote sind oft ein erster Zugang zur so wichtigen Vernetzung mit der Peer Group. So braucht es jedoch entsprechende Vernetzungs- und Begegnungsangebote in Safe Spaces. Die zunehmende Queerfeindlichkeit und die Gewalt gegen queere Menschen, die sich in Karlsruhe besonders zum CSD 2022 zeigte, macht einen solchen Safe Space noch wichtiger. In Bezug auf einen Safe Space für Menschen über 27 Jahren besteht in Karlsruhe jedoch noch ein nicht



gedeckter Bedarf. Daher sollte das Ziel des Queeren-Zentrums darin bestehen, diese Lücke als Begegnungsraum zu decken. Für einen solchen Begegnungsraum werden in den Anfangsjahren 2024 und 2025 jeweils 35.000 Euro für die Miete und Nebenkosten benötigt, ab 2026 um 20 Prozent reduziert, aber dennoch dynamisiert. Persönlich hatte ich mir hierfür noch eine personelle Unterstützung auf geringfügiger Basis zur Entlastung des Ehrenamts gewünscht, doch ich verstehe hier angesichts der aktuellen Lage meiner Fraktion, sich auf das hier Beantragte zu beschränken. Zumal fraglich ist, ab wann diese Stelle überhaupt zu besetzen wäre und ob dies so schnell möglich wäre. Bei dem jetzt kleinen und realistischen Beitrag für das absolut Notwendige zur Umsetzung eines Safe Spaces bitte ich nun die anderen Fraktionen erst recht mitzumachen.

Bitte geben Sie sich einen Ruck. Geben Sie Karlsruhe ein queer-freundliches, ein gastfreundliches, ja einfach ein offenes Gesicht. Ich danke dem Vorstand von queerKastle und den queeren Organisationen sowie Engagierten in Karlsruhe für ihre tolle Arbeit und den großen Einsatz für das große Ziel eines Zentrums.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Wir können uns in Karlsruhe wirklich glücklich schätzen über ein sehr breites zivilgesellschaftliches Engagement für queere Sichtbarkeit und Akzeptanz. Wir haben wirklich eine Vielzahl von Gruppen wie den CSD-Verein, Chöre und Sportangebote, die auch ein sehr breites Angebot auf die Beine stellen für queere Menschen, aber auch für die gesamte Stadtgesellschaft über den CSD hinaus. Und was eben fehlt, ist ein gemeinsamer Raum, ein queerKastle, in dem sich Gruppen und Einzelpersonen insbesondere auch diverse Stammtische treffen können. Vielfach müssen nämlich Stammtische noch auf zum Beispiel gastronomische Orte ausweichen und gerade in einer Situation, wo wir leider einen ziemlich gesellschaftlich auch queer-feindliche Stimmungen erleben müssen, braucht es da einfach einen Safe Space, wo die Leute sich treffen können, gerade auch Transmenschen. Und genau dafür ist ein queeres Zentrum genau der richtige Ort für diese Initiativen, für die Vereine, für dieses Ehrenamt. Und das haben wir auch in anderen Städten wie Mannheim zum Beispiel und der Verein hat in der vergangenen Zeit ein tolles Konzept erarbeitet und auch sich um Fragenfinanzierung und so weiter sehr detailliert auch gekümmert. Und deswegen möchten wir dem jetzt hier auch unterstützen, dass das entstehen kann. Und so ein Raum muss natürlich auch mehr sein als nur ein Zimmer, in dem man sich irgendwie aufhalten kann. Der muss auch offen sein. Und dafür braucht es eben auch natürlich eine personelle Unterstützung. Und deswegen würden wir jetzt diese Summe stellen und wünschen dem Verein alles Gute.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Auch wir haben uns der Vergangenheit des Öfteren immer schon zur Stärkung von queeren Menschen in Karlsruhe stark gemacht. Wir haben aber klar auch gesagt, dass wir jetzt nicht unbedingt immer wieder neue Projekte hier verstetigen können, dass wir nichts Neues anfangen wollen. Trotzdem haben wir uns mit den Initiatoren von queerKastle auch getroffen und haben dort versucht, auch hier einen Antrag anzubringen. Deswegen wundert es mich jetzt, dass der Kollege Riebel damals eben nicht uns zugestimmt hat, denn genau da ging es um einen queeren Begegnungsraum, den wir da in Zusammenhang auch mit der VoWo eben einrichten wollten. Das ist natürlich nicht ganz so einfach, wir sehen dies aber als ersten Schritt, den wir gerne auch mitgehen wollen. Ich denke, man muss auch solche Gruppierungen schon in den ersten Schritten unterstützen. Eine grundsätzliche institutionelle Förderung, wie sie hier gefordert wird, von 80.000 Euro, können wir natürlich bei der jetzigen Haushaltslage nicht mittragen, denn hier müssen wir es ja vergleichbar auch mit anderen Vereinen, mit anderen Gruppierungen

sehen. Und wenn wir hier in so eine Vorleistung gehen, dann würden wir unverhältnismäßig auch agieren, und dies wäre sicher nicht im Sinne der Stadtgesellschaft. Und wir wollen ja durchaus die Stadtgesellschaft hier nicht entzweien. Deswegen können wir trotzdem diesen Schritt, den jetzt die Grünen auch mitgehen, zwar etwas anders, wie wir ihn damals vorgeschlagen hatten, in Zusammenarbeit mit der VoWo, dass sie hier einen gewissen Betrag von 35.000 Euro für einen queeren Begegnungsraum zur Verfügung stellen, mit Sperrvermerk, bis der Mietvertrag vorliegt. Den würden wir mitgehen, die anderen Anträge lehnen wir jedoch ab.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Die Wichtigkeit spezieller Angebote für diese Personengruppe ist bestimmt gerade aus den Erfahrungen heraus des queeren Jugendzentrums unumstritten, und wir sind alle froh, dass wir dieses Jugendzentrum haben und dass wir so ein ähnliches Angebot für Erwachsene brauchen, ein Zentrum. Ich glaube auch, diesen Wunsch teilen die meisten hier im Raum. Jetzt ist queerKastle ein guter Verein, der wichtige Vernetzungsarbeit leistet, die zuvor noch nicht geleistet wurde. Und deswegen sind wir sehr froh, dass wir diesen recht neuen Verein haben. Ich bin aber der Meinung, dass hier durchaus auch hier im Hause falsche Signale gesendet wurden, weswegen wir jetzt einen Businessplan hier vorliegen haben, bei dem alle sagen, im Rahmen dieser Haushaltssituation können wir dem so nicht zustimmen. Und ich finde auch, es ist einfach das falsche Vorgehen. Man kann nicht sagen, ihr bekommt einen Begegnungsraum mitten in der Stadt und dann in den Haushaltsberatungen, aber nicht entsprechend die Gelder dafür einstellen. Es ist richtig, dass jetzt quasi diese volle Summe von keinem hier gefordert wird, weil wir das Konzept noch nicht in einem Ausschuss beraten haben und das wäre der richtige Weg. Wenn Herr Riebel sagt, die 35.000 Euro sind die, die benötigt werden, dann ist das eine Summe, die ich nur von dem Antrag der GRÜNEN kenne, diese 35.000 Euro. Ich weiß nicht, für was diese 35.000 Euro tatsächlich dann reichen. Wir haben nicht miteinander vereinbart, was soll dann in diesem Zentrum für dieses Geld geleistet werden, bezuschussen wir, wie es üblich ist, nur die Miete, geben wir auch, wie es im Businessplan klar artikuliert wird, auch einen Personalkostenzuschuss, ist das realistisch für die Zukunft. Hier wird schon Nein gesagt, aber wir haben es nicht beraten. Deswegen tue ich mich einfach schwer, jetzt diese 35.000 Euro heute zu beschließen.

Ich finde, wir müssen darüber sprechen im Ausschuss, was ist möglich, was ist auch in Anbetracht der Haushaltssituation möglich. Wir hatten schon im ersten Gespräch mit queerKastle gesagt, natürlich unterstützen wir euch und eure Arbeit, aber wir müssen Synergien finden, wenn wir jetzt bei der Frage nach einem Zentrum uns auf die Suche gemeinsam begeben. Deswegen haben wir als SPD-Fraktion auch keinen Haushaltsantrag gestellt. Das heißt nicht, dass wir uns für queere Anliegen nicht stark machen, aber es legt noch keine haushaltsreife Entscheidung vor aus unserer Sicht.

**Der Vorsitzende:** Also wir gehen jetzt der Reihenfolge nach. Der weitestgehende Antrag ist der von 80.000 Euro von den LINKEN und vom Verein queerKastle e.V. selbst. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um das Votum ab jetzt. Der ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Dann gibt es den Antrag der GRÜNEN, 35.000 Euro für Miete und Nebenkosten steht explizit im Antrag drin, und das baut auf dem Businessplan auf, den uns queerKastle ja geschickt hat, mit 30.000 Euro Miete und entsprechenden Nebenkosten, so habe ich es verstanden, versehen aber mit einem Sperrvermerk. Falls Sie diesen Antrag beschließen,

würde ich aber dringend darum bitten, dass man das verbindet mit einer Konzeptionsdiskussion im Fachausschuss und da gegebenenfalls dann dem Gemeinderat eine Empfehlung geben, wie mit dem Sperrvermerk umzugehen ist. Dann würde ich das jetzt zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

Ich bitte auch zu überlegen, ob man nicht mal queerKastle mit unseren soziokulturellen Zentren zusammenbringt, denn die soziokulturellen Zentren kriegen von Land und Stadt ausdrücklich Zuschüsse, um neuen Gruppen in der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, Treffpunkte und Ähnliches bereitzustellen, und von daher wäre es sinnvoll, dass man erstmal abcheckt, ob man nicht ein schon bestehendes soziokulturelles Zentrum ausbauen kann. Dann braucht man auch, denke ich, diese Mietkosten nicht. Dann können Sie aber immer noch fachlich dann eine andere Empfehlung oder eine Empfehlung aussprechen. Den Teil der Dynamisierung würde ich jetzt nicht extra abstimmen, sondern wir nehmen das, was in dem GRÜNE-Antrag steht, 35.000 Euro ab 2026, 2028. Die Dynamisierung können wir dann im nächsten Doppelhaushalt gucken, wie sich die Dinge entwickeln.

**Antrag 1.190 (Seite 274): Erhöhung Zuschuss Familienzentren (CDU, SPD | KAL/Die PARTEI | DIE LINKE.)**

**Antrag 1.191 (Seite 274): Aufnahme der Förderung der Familienzentren in die Dynamisierung der Freiwilligen Leistungen im Sozialbereich (KAL/Die PARTEI)**

**Antrag 1.192 (Seite 274) Zuschüsse für Familienzentren dynamisieren – Erhöhung (DIE LINKE.)**

Dann kommen wir hier zum Thema Familienzentrum. Ich rufe auf 1.190, 1.191, 1.192, einmal ein interfraktioneller Antrag SPD und CDU, dann einen der Karlsruher Liste/DIE PARTEI, dann einmal DIE LINKE. Da geht es um die Erhöhung des Zuschusses. Dann gibt es einen Antrag der Karlsruher Liste/Die PARTEI. Da geht es um die Dynamisierung. Und ähnlich ist auch der Antrag der LINKEN zu verstehen. Gibt es dazu Wortmeldungen?

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Familienzentren können eine wichtige Rolle spielen und können super in die Nachbarschaft hineinwirken, direkt vor Ort. Das unterstützen wir. Wir würden aber gerne zunächst die Evaluierung, die schon zugesagt ist und geplant ist, abwarten und deshalb diesen Antrag mit einem Sperrvermerk versehen. Also ich rede jetzt von der Ordnungszahl 1.190, bevor wir dann in die automatische Dynamisierung einsteigen. Wir würden da einfach gern nochmal im Fachausschuss drüber reden.

**Stadträtin Moser (SPD):** Die Familienzentren sind Anlaufstelle für Eltern mit Kindern von Geburt an bis sechs Jahren. Ich glaube, das wissen wir alle, die schon einmal in einem Familienzentrum gewesen sind und es kennen. Sie sind Orte der Begegnung, des Austauschs für Familien, sodass sich diese in der Gemeinschaft zugehörig fühlen können. Unschätzbar ist die individuelle Unterstützung für Familien in schwierigen Lebenslagen, wie Beratungen, Bewältigung von Lebenskrisen oder einfach ein Ankerplatz sein für Menschen mit individuellen Problemen im Leben mit ihren Kindern. Aus diesem Grund ist es dringend geboten, die Familienzentren in die Dynamisierung bei den Zuschüssen einzubeziehen, damit diese ihre Aufgaben auskömmlich ausüben können. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Es ist wichtig, dass die Dynamisierung jetzt in diesem Bereich kommt. Das war ja schon einmal vorgesehen für die Familienzentren. Irgendwo ist man ein bisschen versandet gewesen, das müssen wir jetzt wieder ausbuddeln. Deswegen sollte man da so verfahren.

**Der Vorsitzende:** Also ich habe jetzt aus den verschiedenen Anträgen zwei Stoßrichtungen, einmal eine 10-prozentige Erhöhung in 2024 und dann ab 2025 eine jährliche Dynamisierung, die den freiwilligen Leistungen ansonsten entspricht. So würden wir das mal verstehen. Ich würde es dann getrennt abstimmen, weil diese 10 Prozent nicht in allen Anträgen stehen.

Also es gibt den Antrag **10 Prozent den Zuschuss zu erhöhen**, das sind 50.000 Euro und das gebe ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das wird **mehrheitlich angenommen**.

Jetzt ist die Frage, ob Sie darüber hinaus noch ab 2025 dynamisieren wollen oder ob wir nicht dann im nächsten Doppelhaushalt wieder darüber reden. Das ist für mich ein bisschen die Frage. Nächster Doppelhaushalt?

**Stadträtin Melchien (SPD):** Künftig möchten wir dynamisieren. Das würden wir gerne heute beschließen.

**Der Vorsitzende:** Also ab 2025 dynamisieren, wie wir es sonst bei den sozialen Trägern oder bei anderen freiwilligen Leistungen auch haben.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Also ich würde da gern den Sperrvermerk dazu machen, dass wir vorher die Evaluierung abwarten und nach der Evaluierung darüber reden.

**Der Vorsitzende:** Alle Anträge sind bisher ohne Sperrvermerk. Wenn es das quasi als Ergänzung gibt, stelle ich es nochmal zur Abstimmung, ob Sie noch einen Sperrvermerk auf diese Zuschusserhöhung möchten oder nicht oder auf die Dynamisierung, Frau Fahringer.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Wir stimmen jetzt gleich über die Dynamisierung ab, der weitestgehende ist eine Dynamisierung ohne Sperrvermerk. Danach kommt der der GRÜNEN mit einer Dynamisierung mit Sperrvermerk. Und dann hätten wir alles abgearbeitet.

**Der Vorsitzende:** Ich habe es noch nicht ganz verstanden, ob der Sperrvermerk sich auf die Dynamisierung oder auf die Zuschusserhöhung bezieht.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Die Zuschusserhöhung haben wir jetzt gerade beschlossen, oder? Also das heißt, da wäre auch jetzt ohne unsere Stimmen eine Mehrheit zustande gekommen. Das heißt, wir brauchen das nicht zurückholen. Und die Dynamisierung steht jetzt zur Abstimmung und da wollte ich nochmal einbringen, dass wir gerne zuerst darüber reden würden und dann dynamisieren.

**Der Vorsitzende:** Dann stelle ich jetzt den weitergehenden Antrag, der ist quasi **Dynamisierung ohne Sperrvermerk**, und zwar ab jetzt. Also der Antrag ist **abgelehnt**.

Jetzt gibt es Dynamisierung mit Sperrvermerk. Das stimmen wir jetzt ab.

(Unruhe im Saal, Frage von der linken Seite: Was stimmen wir denn ab?)

Also, das kann jetzt auch nicht stimmen (*mit Blick auf das Abstimmungsergebnis*).

Nachdem die Dynamisierung ohne Sperrvermerk abgelehnt wurde, wenn auch nur knapp, kommt jetzt noch mal die Dynamisierung mit Sperrvermerk ab 2025. Und das stellen wir jetzt noch mal zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.193 (Seite 277): "The Justice Project e. V.": Zuschuss für Anlauf- und Beratungsstelle 'Mariposa' (KAL/Die PARTEI | The Justice Project e. V.)**

Ich rufe auf 1:193, ein Antrag Karlsruher Liste/Die PARTEI und ein Antrag von The Justice Project. Da geht es um eine Stärkung der Zuschüsse für die Beratungsstelle Mariposa.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Ich bin jetzt nicht Antragstellerin, deswegen bin ich überrascht, dass ich jetzt rede. Der Justice Project ist seit Jahren in Karlsruhe sehr wichtig in der Beratung von Prostituierten und auch in der Beratung zur beruflichen Neuorientierung und zum Umstieg aus der Prostitution. Dabei ist der Verein ein verlässlicher Partner, Stadtverwaltung und auch die Beratungsstellen und andere Institutionen arbeiten sehr gerne mit diesem Verein und ist eine wichtige Anlaufstelle für Frauen in der Prostitution und Zwangsprostitution. Aktuell erhält das Justice Project keinerlei städtische Förderung. Der Unterstützungsbedarf wurde aber im Rahmen der heute schon von mir angesprochenen Vorlagen zur Istanbul Konvention, mehrfach, zuletzt im Dezember 2022, hier im Gemeinderat auch festgestellt. Es ist also nichts Neues, das hier gefordert wird, aber es ist was Notwendiges, und daher stimmen wir GRÜNE diesem Antrag zu. Vielen Dank für die Antragstellung.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Die Kollegin Fahringer hat es vollumfänglich auf den Punkt gebracht. Wir würden dem Antrag auch gerne zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Damit stelle ich den zur Abstimmung und bitte um ein Votum ab jetzt. Das ist eine **Mehrheit** dafür.

**Antrag 1.194 (Seite 277): Suchtberatung durch Freie Träger (AfD)**

Jetzt kommt der Antrag 1.194 zur Abstimmung, AfD-Gruppe, Suchtberatung durch freie Träger.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Da wir Mittel für die Diakonie bei dem Thema verabschiedet haben, können wir den **Antrag zurückziehen**.

**Der Vorsitzende:** Damit sind wir mit dem Teilhaushalt Jugend und Soziales durch.

Ich schließe für heute die Sitzung.

(Ende der Beratung am ersten Tag: 20.07 Uhr)

**Der Vorsitzende** setzt am 2. Tag um 9 Uhr die unterbrochene Sitzung fort:

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen des Stadtrats, werte Frau Erste Bürgermeisterin, werte Bürgermeister\*innen-Kollegen, ich darf auch alle anderen Anwesenden, ich verkürze das heute mal, herzlich begrüßen zur Fortsetzung unserer Gemeinderatssitzung mit dem Tagesordnungspunkt Haushaltsberatung. Ich darf feststellen, dass am heutigen zweiten Tag Herr Stadtrat Müller, Frau Stadträtin Meier-Augenstein, Frau Stadträtin Binder, Herr Stadtrat Bauer und Herr Stadtrat Kalmbach weiterhin nicht anwesend sein können.

Wir schauen mal kurz auf die entsprechende Liste, der Sie entnehmen können, dass wir gestern noch mal den Haushaltsentwurf um 5,3 Mio. Euro beziehungsweise 5,8 Mio. Euro belastet haben in der Bilanz und die entsprechenden Redezeiten-Kontingente haben Sie heute Morgen ja auch schon wahrnehmen können.

### Teilhaushalt 5200

**Antrag 1.195 (Seite 291): HHSM\_GR63 - Erhöhung der Eintrittspreise in Schwimmbäder nur einmalig, nicht jährlich (CDU)**

**Der Vorsitzende:** Damit setzen wir den Durchgang durch den Haushalt fort. Mit dem Teilhaushalt 5200 Bäder ab der Seite 291 rufe ich dann auf die Ertragssteigerung durch die jährlichen Preiserhöhungen. Das ist die **Haushaltssicherungsmaßnahme** mit der **Nummer GR63**. Und hierzu rufe ich auf den Antrag der CDU unter der Ziffer 195. Erhöhung der Eintrittspreise in Schwimmbädern nur einmalig, nicht jährlich.

**Stadtrat Lamprecht (CDU):** Auch heute Morgen erkennen wir natürlich noch die Notwendigkeit zum Sparen, und daher gehen wir die einmalige Erhöhung der Eintrittspreise für die Karlsruher Schwimmbäder auch dementsprechend mit. Jedoch eine jährliche Erhöhung wollen wir den Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten und daher unser Haushaltsantrag.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte mal darauf hinweisen, dass wir dargestellt haben, dass wir eine nur einmalige Erhöhung vorhaben. Insofern wäre jetzt die Frage, ob Sie sich unserer Einschätzung anschließen, dass es erledigt ist oder nicht.

**Stadtrat Lamprecht (CDU):** Ja.

**Der Vorsitzende:** Alles klar. Dann weitere Wortmeldungen.

**Stadträtin Moser (SPD):** Vielen Dank an die CDU für diesen Antrag. Wir gehen ihn gerne mit.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Herr Oberbürgermeister, Sie hatten uns darauf hingewiesen, dass es eigentlich erledigt ist und es nur eine einmalige Sache ist.

**Der Vorsitzende:** Alle gehen den Antrag mit und auch der Feststellung, dass es **erledigt** ist. Das ist schon mal gut. Ein guter Einstieg in den Tag.

**Antrag 1.196 (Seite 291): Reparaturen und Instandsetzung des Freibades "Wölfler" (GRÜNE, CDU, SPD | Ortsverwaltung Wolfartsweier)**

Wir haben noch einen zwei weitere Anträge, einen interfraktionellen Antrag GRÜNE, CDU, SPD und aus dem aus dem Ortschaftsrat Ortsverwaltung Wolfartsweier. Da geht es um Reparaturen und Instandsetzung des Freibades Wölfler, auf der Seite 196. Gibt es Wortmeldungen? Es geht um einen Sperrvermerk.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ich könnte jetzt eine flammende Rede zum Auftakt des Tages halten auf das Wölfler. Aber ich glaube, das, was das Wölfler leistet, ist uns allen bewusst und bekannt. Und diese breite Mehrheit, die sich unter dem Antrag des Gemeinderats versammelt hat, unterstreicht das auch noch einmal. Deswegen erspare ich uns die Zeit. Der Tag wird lang. Und ich bitte einfach um Unterstützung und bin mir sicher, dass ich sie auch bekomme.

**Der Vorsitzende:** Mir ist jetzt immer noch nicht klar, ob wir abstimmen müssen oder nicht.  
- Wir müssen abstimmen. Alles klar. Gut, dann stimmen wir den jetzt ab, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Gut, das ist eine **einstimmige Zustimmung**.

Dann darf ich auf der **Seite 297** ebenfalls darauf hinweisen, dass wir über die erste **Veränderungsliste** hier noch entsprechende Mittel umgeschichtet haben. Zur Gegenfinanzierung **Therme Vierordtbad, Sanierung, Kopfbau West**. Genau zwei Positionen auf der Seite 297 über die erste Veränderungsliste.

## Teilhaushalt 6100

### Antrag 1.197 (Seite 303): Personalstelle für das Parkraummanagementkonzept (GRÜNE)

Damit hätten wir diesen Teilhaushalt abgeschlossen und kommen in den Teilhaushalt 6100 Stadtplanung. Da gibt es zunächst auf der Seite 303 den Antrag Nummer 197 Personalstelle für das Parkraummanagementkonzept. Ein Antrag der GRÜNEN.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Wir können der Verwaltung folgen, weil die Stellen bereits vorgesehen sind für Konzeption und Umsetzung des Parkraummanagementprojekts, das aktuell erarbeitet wird. Von daher können wir den Antrag für **erledigt** erklären. Und es sind sogar zwei Stellen insgesamt.

### Antrag 1.198 (Seite 304): Gutachtenkosten reduzieren - Teilhaushalt Stadtplanung (SPD)

**Der Vorsitzende:** Das fängt ja gut an heute, sehr gut. Wir kommen gleich zum nächsten Antrag der SPD. Das ist der Antrag mit den Gutachtenkosten klären, den wir schon mehrfach aufgerufen haben und der sich jetzt hier auch noch mal auf das Stadtplanungsamt bezieht.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Beim Stadtplanungsamt sind für Zählungen in Sanierungsgebieten für Fußgänger 32.500 Euro im Jahr eingeplant, für Verkehrswert-Gutachten 130.000 Euro im Jahr. Das sind 160.000 Euro insgesamt. Wir halten hier 15.000 Euro pro Jahr weniger für angemessen.

**Der Vorsitzende:** Der Antrag begehrt, die Position Gutachtenkosten um 15.000 Euro zu reduzieren beim Thema Stadtplanungsamt. Und es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Ich sehe schon, Sie beschäftigen sich schwer mit der Gegenfinanzierung (**mehrheitliche Zustimmung**).

### Antrag 1.199 (Seite 304): Fahrradleihsystem (AfD)

Wir kommen damit zum Antrag der AfD-Gruppe, zum Fahrradleihsystem unter der Ziffer 1.199.

**Stadtrat Schnell (AfD):** 200.000 Euro, die wir uns problemlos sparen können, denn es gibt privatwirtschaftliche Alternativen dazu, die uns keinen Cent kosten, aber Sie schmeißen dann lieber gern das Geld der Stadt zum Fenster raus.

**Der Vorsitzende:** Wir stimmen über den Antrag ab. Und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit auf der Seite 306 zu einer Veränderung. Ja, wir werden auch mit den Versehen entspannter, stelle ich fest. Herr Stadtrat Zeh meldet für das Protokoll ein Versehen an.

Wir kommen trotzdem zur **Seite 306**. Hier weiß ich auf die erste **Veränderungsliste** hin. Hier ist eine **summenneutrale Verschiebung von Planansätzen** zwischen den Haushaltsjahren vorgenommen worden.



## Teilhaushalt 6200

### **Antrag 1.200 (Seite 317): Gemeinwohlorientiertes Wohnen fördern - Vergabe von Erbpachtverträgen für Grundstücke an gemeinwohlorientierte Wohnprojekte (DIE LINKE.)**

Wir kommen damit zum Teilhaushalt Liegenschaften. Hier rufe ich auf der Seite 317 einen Antrag der LINKE. auf, gemeinwohlorientiertes Wohnen fördern, Vergabe von Erbpachtverträgen für Grundstücke an gemeinwohlorientierte Wohnprojekte.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Wir haben in den letzten Tagen sehr viel von knappen Kassen gehört, aber ich glaube, noch mindestens genauso knapp ist das Angebot an bezahlbarem Wohnraum in Karlsruhe. Eine wertvolle Maßnahme der Vergangenheit oder weiterhin ist natürlich die Förderung von sozialem Wohnraum im KAWoF-Programm. Jetzt ist hier in diesem Haushalt eine Kürzung dieser Mittel vorgesehen. Das hängt auch damit zusammen, dass große Player wie die Volkswohnung, die diese Mittel abgerufen haben in der Vergangenheit, sehr stark ihr Baugeschehen einschränken.

Wir stellen uns an dieser Stelle aber die Frage, wie kann es dann trotzdem dazu führen, dass diese Mittel doch noch ihr Ziel erreichen und nicht irgendwie eingespart werden. Und da kann man einfach sehen, wer will denn jetzt noch bauen? Da haben wir sehr mutige Akteure mit den Wohnprojekten, und die kann man an dieser Stelle sehr direkt unterstützen, indem man die Erbpacht absenkt. Und das ist eine Maßnahme, die dann direkt dazu führt, dass die Mieten später im Bestand gesenkt werden können, weil das natürlich deren Businesspläne und Finanzierungspläne massiv verbessert. Die Wohnprojekte sind ein sehr wertvoller Beitrag hier an der Stelle für ein soziales, für ein gemeinschaftliches und auch platzoptimiertes Wohnen. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass wir in den nächsten zwei Jahren endlich mit der ersten Konzeptvergabe in der Nordstadt starten können. Deswegen ist es auch umso wichtiger, jetzt schon einen Punkt zu machen und Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, sich das vorzuhalten und nicht zu warten. Man kann auch meinetwegen, wenn man jetzt sagt, da brauchen wir noch mal eine Abstimmung im Gemeinderat, einen Sperrvermerk machen, daran soll es nicht scheitern. Aber wichtig ist natürlich, dass man die unterstützt, die wirklich einen Beitrag zu unserem sozialen Wohnraum in Karlsruhe leisten wollen, und das trotz der schwierigen Zeit.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Frau Kollegin Göttel, Sie haben gerade genau zum Ende eigentlich angesprochen, warum der Antrag an der Stelle nicht besonders sinnvoll ist, weil wir noch überhaupt kein Grundstück wirklich aktiv ausgeschrieben haben in der Konzeptvergabe. Und wenn wir in die Konzeptvergabe gehen, dann gehen wir erst in die Kriterien, beispielsweise dass der soziale Wohnraum ein Positivkriterium ist auch für dieses Konzept. Da würde ich jetzt auch erst mal mitgehen, aber all das steht auch heute überhaupt noch nicht fest. Und wenn wir dann in die Konzeptvergabe gehen, können wir für das jeweilige Grundstück über die Höhe des Erbbauzinses dann auch sprechen in der Range, die wir uns in diesem gesamten Konzept auch gegeben haben.

**Der Vorsitzende:** Ich würde auch mich der Empfehlung insofern anschließen, Ihr Antrag, Frau Göttel, besteht aus zwei Ziffern. Bei der ersten Ziffer fordern Sie, dass wir das KAWoF-Programm nicht reduzieren. Wir haben zwar die Ansätze im Haushalt reduziert, die sind

aber in den letzten Jahren nie abgerufen worden. Wir sagen Ihnen zu, dass wir keinen Antrag nicht am Ende bedienen werden. Da im Moment eher weniger gebaut wird, werden auch die niedrigeren Ansätze nach unserer Einschätzung zunächst ausreichen. Sollten sie nicht ausreichen, werden wir einen Weg finden, dass kein Antrag abgewiesen wird. Das ist klar.

Unter der Ziffer 2 würde ich auch denken, dass wir den wieder aufrufen, wenn wir in konkrete Projekte gehen und dann darüber diskutieren, ob wir dann den Erbpachtzins aus bestimmten begründeten Argumenten heraus noch weiter reduzieren können, aber im Moment haben wir dazu kein Konzept, und insofern würde ich Ihnen empfehlen, dass wir das dann aufrufen, wenn es dann konkret wird und es dabei jetzt heute belassen. Aber wir können auch gerne abstimmen, dann müssten wir allerdings Ablehnung empfehlen, weil es den Haushalt unter Ziffer 1 verschlechtert, obwohl wir nichts davon haben. Und unter Ziffer zwei würden wir was beschließen, von dem wir nicht wissen, welche Kriterien wir ansetzen. Das ist ein bisschen kritisch.

Abstimmen, nicht abstimmen?

(Zuruf seitens Stadträtin Göttel: „Nicht abstimmen“)

Okay, vielen Dank. Dann hat sich das **für heute erledigt**. Aber die beiden Punkte haben wir damit schon mal geklärt.

#### **Antrag 1.201 (Seite 317): HHSM\_GR64 - Erbbaupacht für Vereine (AfD)**

Wir kommen jetzt hier zur **Haushaltsicherungsmaßnahme** mit der **Ziffer GR64. Ertragssteigerung durch die Erhöhung der Erbbaupacht für Vereine**. Und hier gibt es einen Antrag der AfD-Gruppe, die hier die Rücknahme dieser Erhöhung begehrt, und ich würde deswegen dann den Antrag aufrufen. So haben wir es gestern auch immer gemacht.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Was die Verwaltung hier vorhat, ist für mich Wahnsinn. Es sollen die Teile der Grundstücke, die zu Wohnzwecken und dem Betrieb einer Gastwirtschaft genutzt werden, jetzt mit einer sehr hohen Steuer, mit einer sehr hohen Pacht belegt werden, was die Vereine in der Stadt mit 50.000 Euro pro Jahr belastet. Ich habe für einen Sportverein die Grundsteuererklärung gemacht, und ich weiß, in welchem schlechtem Zustand die Unterlagen sind, sowohl bei der Stadt als auch bei den Vereinen. Es wird eine Riesenarbeit, es auseinander zu dröseln, welche Teile der Grundstücke tatsächlich für Wohnzwecke oder für Gastwirtschaft genutzt werden. Und am Ende belasten wir damit unsere Vereine. Aus meiner Sicht wird es viel mehr kosten, als es uns in den ersten Jahren bringt, und zwar nicht nur an Arbeit für die Verwaltung, sondern auch an sehr viel unnötiger Arbeit für viele Ehrenamtliche. Deswegen sind wir dagegen.

**Der Vorsitzende:** Damit stelle ich den AfD-Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag 1.202 (Seite 321): HHSM\_GR65 - Sanierungsrechtliche Genehmigungen (AfD)**

Wir kommen zur **Haushaltssicherungsmaßnahme** mit der **Nummer GR65, Ertragssteigerung, Gebührenerhöhung für sanierungsrechtliche Genehmigungen**. Auch hier gibt es einen Antrag der AfD-Gruppe, der begehrt, dass wir diese entsprechende Ertragssteigerung

nicht vornehmen. Auch hier stellen wir dann den Antrag zur Abstimmung und können direkt hier einsteigen. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Auf der Seite **326** darf ich darauf hinweisen, dass hier über die erste **Veränderungsliste** beim **Grunderwerb eine Reduzierung des Planwerts** vorgenommen worden ist.

#### **Antrag 1.203 (Seite 328): Geld für den Ankauf von Grundstücken durch die Stadt zur Umwandlung in FFH-Mähwiesen (Ortsverwaltung Stupferich)**

Auf der Seite 328 kommen wir zu einem Antrag des der Ortsverwaltung des Ortschaftsrats Stupferich, Gelder für Ankauf von Grundstücken durch die Stadt zur Umwandlung in FFH-Mähwiesen. Da hatten wir Ihnen empfohlen, dass wir das für erledigt erklären. Jetzt weiß ich nicht, wie der Ortschaftsrat das sieht. Der ist nicht da. Dann betrachten wir es als **erledigt** und lösen die Probleme, die sich dann vielleicht doch ergeben, anderweitig.

Dann darf ich auf der **Seite 330** darauf hinweisen, dass wir hier den **Planansatz zur Förderung sozialen Wohnungsbaus** reduziert haben, dass wir aber hier eine Verpflichtungsermächtigungen eingeplant haben, wir hatten es ja erst an einer anderen Stelle schon gesagt, dass wir hier jetzt dadurch keine Verschlechterung letztlich unserer Möglichkeiten der Förderung feststellen können, aber über die Veränderungsliste mussten wir trotzdem diese Beträge noch mal entsprechend anpassen.

#### **Antrag 1.204 (Seite 330): Gemeinwohlorientiertes Wohnen fördern - Keine Kürzung des Haushaltspostens für das Karlsruher Wohnraumförderungsprogramm (DIE LINKE.)**

Jetzt kommt der zweite Teil des Antrags der LINKEN. Das haben wir eben schon gemeinsam besprochen. Dann brauchen wir den nicht noch mal aufrufen. Damit wären wir mit den Liegenschaften durch.

#### **Teilhaushalt 6600**

Wir kommen zu 6300 Bauordnung. Da darf ich die **Haushaltsicherungsmaßnahme GR66** aufrufen, **Ertragssteigerung durch neue Kalkulation, Personalverrechnungssatz**. Ich kann vielleicht auch gleich mit Ihrer Zustimmung **GR68** aufrufen, Ertragssteigerung neu Kalkulation der Personalverrechnungssätze, und wir können auch **GR67** gleich aufrufen, Ertragssteigerung durch Erhöhung der Stellplatzablösebeiträge. Wenn Sie einverstanden wären, würde ich alle drei gemeinsam aufrufen, nicht, aber die ersten beiden vielleicht, die ich aufgeführt habe. Okay, also die **Sicherungsmaßnahmen HHS\_GR66** und **GR68** würde ich zusammen aufrufen und bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**). Das würde sich dann in entsprechenden Satzungen noch mal am 19.12.2023 im Gemeinderat wiederfinden.

Jetzt kommen wir zur **Haushaltssicherungsmaßnahme GR67**. Die haben ja am 25.04.2023 schon umgesetzt. Dann brauchen wir sie heute nicht abstimmen. Auch gut.

#### **Antrag 1.205 (Seite 342): Umschichtung von Mitteln - Weg vom Autoverkehr - Hin zum Fuß- und Radverkehr (DIE LINKE.)**

Dann komme ich zur Seite. 342, ein Antrag der LINKEN, Umschichtung von Mitteln weg vom Autoverkehr, hin zu Fuß und Radverkehr.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** In einer Anfrage dieses Jahr haben wir erfahren, dass ungefähr 10 Millionen Euro an Mitteln für reine Autoverkehrs Maßnahmen in der Vergangenheit in diesem Jahr eingestellt werden und 1,6 Mio. Euro oder 1,9 Mio. Euro für Radverkehrsmaßnahmen. Da sieht man ein sehr großes Ungleichgewicht. Wenn man immer von der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer spricht, ist ganz klar, was an dieser Stelle getan werden muss.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Ich möchte die nächsten Anträge gleich zusammenfassend besprechen. Wir sind natürlich auch für Umschichtung zum Fuß- und Radverkehr hin, aber in den Haushaltsberatungen muss man eben konkret sagen, wo man nun Geld schieben will, und das sehen wir hier nicht, wo es gemacht werden könnte. Beim Fuß- und Radverkehr braucht man Projekte, für die dann Geld eingestellt wird, aber davon haben wir zu wenig, um jetzt Geld einzustellen. Und beim Autoverkehr gucken wir uns auch immer ganz genau an, wo man einsparen könnte. Aber wir dürfen die Straßen auch nicht verlottern lassen, weil anschließend die Sanierung dann noch mehr Geld kostet. Deshalb sind wir sehr vorsichtig. Wir wollen realitätsnahe Anträge stellen, nicht irgendwas, was schön aussieht, aber dann doch nichts bringt. Und deshalb können wir jetzt nicht mitgehen.

Und bei der Umfahrung Hagsfeld sind wir natürlich auch dagegen. Da haben wir das Problem, dass es im Haushalt nirgendwo vorkommt. Ich habe mir bestätigen lassen, es gibt irgendwo Planungsmittel, die wir hier nicht sehen auf der politischen Ebene. Die sind irgendwo tief unten versteckt. Deshalb können wir dem Antrag zustimmen, wegen dieser Planungsmittel, aber die weiteren Kosten, die kommen erst in viel späteren Haushalten dran. Auch darüber können wir jetzt nicht beschließen. Aber wir retten uns damit dann, dass diese Planungsmittel dann wenigstens rausgenommen werden können. Natürlich sind wir gegen die Südumfahrung, das ist gar keine Frage. Aber man muss auch eine Handhabe finden.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Herr Honné, wenn Sie dann noch mit dem Auto demnächst in die Gemeinderatssitzung vorfahren werden, kriegen Sie von mir ein extra Gummibärchen geschenkt. Also ich bin sprachlos, und ich kann die Worte nur begrüßen, die Sie gesagt haben. Und lassen Sie mich, liebe Frau Göttel, vielleicht eines noch sagen Wir bekommen jedes Jahr im Bauausschuss den Straßenzustandsbericht vom Tiefbauamt, und wir wissen, dass wir sehr gute Straßen haben, aber wir wissen auch, dass wir einen unheimlich großen Handlungsbedarf haben. Und es ist nicht richtig, dass wir das Tiefbauamt, die eben unsere Straßen unterhalten, als Steinbruch benützen. Deshalb Ablehnung zu diesem Antrag.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Als ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich mich erst mal gefragt, ob das rechtlich zulässig ist, so einen Antrag in den luftleeren Raum zu setzen. Straßen sind ja auch immer für Fußgänger und Fahrradfahrer bei Neubauten gedacht. Jede Straße wird überprüft, wie der Kollege Honné schon bereits erwähnt hat, ob auch nicht Maßnahmen des Fahrradverkehrs benutzt wird. Dann haben wir den Straßenzustandsbericht, der uns zwingt, Straßen zu sanieren. Und ich glaube auch, dass der Inhalt dieses Antrags hier gar nicht zur Abstimmung zulässig ist, weil es einfach ein Antrag ist, der rein

populistisch gestellt ist. Und damit war es, glaube ich, das letzte Mal, dass ich hier an diesem Tag einen LINKEN-Antrag kommentiert habe.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Das ist doch fantastisch, so ein Morgen mit zwei Überraschungen. Erste Überraschung, dass so junge Menschen wie in der Linkspartei wirklich so altmodisch denken können. Das ist die erste, aber das zweite ist wirklich eine Überraschung, dass Herr Honné überhaupt weiter als sein Anti-Auto denken kann. Das ist ein schöner Morgen hier.

**Der Vorsitzende:** Es könnte auch Anlass sein, darüber nachzudenken, ob die Einschätzung von Herrn Honné falsch ist und nicht er überraschenderweise Position wechselt. Nein, deswegen ist mir wichtig, dass ich noch mal öffentlich auf die Stellungnahme der Verwaltung hinweise. Wir werden oft damit konfrontiert, dass für alleinige Radwege Maßnahmen, ich glaube nur 1,6 Millionen Euro drinstehen. Dann wird das durch die Einwohnerzahl geteilt, und dann wird gesagt Mensch, gibt die Stadt wenig für Radverkehr aus. In vielem, was wir in dem großen Topf Straßenerneuerung haben, geht es am Ende auch um Rad- und Fußverkehr. Und wenn wir das mal alles zusammenrechnen, kommen wir allein im Jahr 2023 auf 10 Millionen Euro, die hier dem Rad- und Fußverkehr zugutekommen. Und dann hat man, wenn man das mit den Einwohnern in Relation setzt, ein völlig anderes Verhältnis, weil bei einer Straßenerneuerung, wir haben keine einzelnen Pötte, die noch mal bei einer Gesamtstraßenerneuerung unterteilen, wie viel ist hierfür und wie viel ist dafür, sondern es gibt den Gesamtansatz Straßenerneuerung. Das gilt erst mal für alle Verkehrsarten. Und dann gibt es noch einen Sonderposten für alleinige Radverkehrsmaßnahmen. Und insofern kann man nicht nur das eine dann in der Betrachtung heranziehen, sondern man muss auch anteilig das andere heranziehen. Und dann kommen wir eigentlich auf eine ganz gute Quote, wenn ich mal diese 10 Millionen Euro, die wir allein im Jahr 2023 für Rad- und Fußverkehrsmaßnahmen aufrufe.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den LINKEN-Antrag, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**).

Ich darf für die **Seite 343** darauf hinweisen, dass hier über die erste **Veränderungsliste** Aufwendungen vom Tiefbauamt an den **Eigenbetrieb Team Sauberes Karlsruhe** verlagert wurden. Ich darf ebenfalls auf der **Seite 351** auf einen Punkt in der Veränderungsliste hinweisen, dass wir hier in einen **Sammeltopf für Ausgleichsmaßnahmen** summenneutral umgeschichtet haben, nur dass Sie sich da an der Stelle nicht wundern. Es ist aber nichts reduziert worden.

**Antrag 1.206 (Seite 358): Ausgaben auf das Notwendigste beschränken? Standards reduzieren? - Keine Vergoldung der Kaiserstraße! (DIE LINKE)**

Wir kommen damit auf der Seite 358 zu einem Antrag der LINKEN, Ausgaben auf das Notwendigste beschränken, Standards reduzieren, keine Vergoldung der Kaiserstraße.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Wir haben schon lange auch immer wieder darauf hingewiesen, dass wir es einfach nicht vertretbar finden in den Zeiten, wo man über so viele Kürzungen spricht, wo man eine riesige Investitionsliste hat, wo man für den Klimawandel unfassbare Investitionen braucht. Das braucht Man- und Woman-Power, das braucht finanzielle Investitionen. Und in so einer Zeit sich mit Kosmetikmaßnahmen wie dieser Umgestaltung der Kaiserstraße zu beschäftigen, da Power und Geld rein zu investieren, ist einfach

völlig zur falschen Zeit. Und dazu kommt auch, dass es für den gebeutelten Einzelhandel in der Innenstadt sicherlich auch nicht so förderlich ist, gleich nach Abschluss der Kombimaßnahmen die nächste Baustelle und wieder die nächste, und die nächste wird sicher über Jahre hinziehen. Deswegen halten wir das Projekt einfach für schwierig und falsch in diesen Zeiten und wollen nicht, dass es fortgeführt wird.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Natürlich kann man dem nicht zustimmen. Es ist kein Betrag, denn man muss Einzelmaßnahmen im Prinzip angehen. Aber grundsätzlich steckt schon was dahinter. Das muss man wirklich so sehen. Wir haben auch immer öfters die Standards angeprangert und haben immer öfters gesagt, dass wir hier einen neuen Weg gehen müssen. Nur wir können nicht in bestehende Prozesse jetzt hier direkt wieder eingreifen. Das ist keine Kosmetikmaßnahme, liebe Kollegin Göttel, sondern es ist einfach unsere Straße direkt mitten in der Stadt, wo wir auch mit entsprechenden Geschäften und entsprechender Gastronomie natürlich später auch Geld verdienen wollen. Also von daher muss man schon etwas tun. Aber es ist vollkommen richtig, dass man nicht über die Maße hinaus Standards anwenden muss. Und man muss vor allem auch gucken, ob diese Planungsprozesse, diese ewig dauernden Planungsprozesse und diese komplette Bürokratie, denn diese Entscheidungen wurden in dem Gemeinderat vorher schon geschaffen, schon ob man da nicht bessere Wege findet, einfach auch um Kosten einzusparen. Denn die Bevölkerung draußen versteht zum Beispiel nicht, warum wir den gleichen Belag, mit dem wir jetzt auf dem Marktplatz schon das eine oder andere Problem haben, jetzt komplett in der Kaiserstraße auch einlegen. Dies muss man vielleicht transparent rüberbringen, und für die Zukunft muss man gucken, dass man entsprechend vielleicht auch dort Mittel und Wege findet, anders reagieren zu können.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Die Innenstadtentwicklung und besonders die Kaiserstraße ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben, die wir überhaupt haben. Und das ist eine absolut notwendige Modernisierung. Klar kann man immer über Standards sprechen, aber hier ist es überhaupt nicht konkret, und wir müssen selbstverständlich ablehnen. Das ist ein unglaublich altmodischer Vorschlag.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Da sieht man schon ein bisschen auch die Denkweise. Ich muss Ihnen sagen, liebe Frau Göttel, das, was Sie fordern, das ist eigentlich eine schallende Ohrfeige an alle Ansässigen in der Kaiserstraße, die jetzt zehn Jahre Blut und Wasser geschwitzt haben, alle Maßnahmen ertragen haben, auf einen Großteil ihres Einkommens verzichten mussten oder Verluste gemacht haben, Kredite aufgenommen, ihre private Lebensversicherung verpfändet, um diese Zeit zu überstehen und die ganze Zeit eigentlich jetzt nur noch darauf warten, dass es irgendwann endlich fertig ist und schön. Und wie sollen wir denn von den Immobilienbesitzern erwarten, dass sie ihre Häuserfronten und ihre Erdgeschosslagen sanieren und auf Vordermann bringen, wenn wir als Stadt sagen, jetzt lassen wir diesen Thermo-Flickenteppich aus Teer und Resten und Schienen so liegen? Das kann auf gar keinen Fall gehen.

Es gibt Kommunen, die haben tatsächlich ihre Fußgängerzonen zum Teil vergoldet, aber die haben Gewerbetreibenden mit einem Stern vorne dran. Die haben dann irgendwann die Zebrastreifen aus Marmorsteinen gemacht und nicht mehr als Farbe auf die Straße gemalt. Ich glaube, davon sind wir in Karlsruhe weit entfernt, zumal sich bei uns sicherlich auch kein großer Automobilhersteller ansiedeln wird. Sicherlich, da gebe ich dem Kollegen

Pfannkuch recht, muss man Standards überdenken, und wir müssen auch in eine andere Art und Weise denken, ob es Sinn macht, eine Fußgängerzone komplett zuzupflastern oder ob wir nicht einfach auch die Sache auflockern und für mehr Grün und für mehr Beschattung sorgen müssen durch Pflanzen. Eine Möglichkeit zum Sparen, aber das wurde mehrheitlich hier abgelehnt, wäre wahrscheinlich gewesen, die Platanen stehen zu lassen und die Leitungen anders zu verlegen.

**Der Vorsitzende:** Ich will fürs Protokoll nur festhalten, dass ich einen Teil Ihrer Analyse über die Kausalitäten der Probleme, die es bei uns in der Straße gibt, nicht teile. Aber das können wir an anderer Stelle noch mal ausführlich ausdiskutieren, wir werden aber vermutlich nie ganz zusammenkommen. Ich stelle jedenfalls fest, dass wir hier sehr hochwertig, und das war eine Entscheidung, die der Gemeinderat schon lange getroffen hat, die Kaiserstraße entwickeln, dass wir auch gewisse Möblierungselemente versprochen haben, die eine hohe Hochwertigkeit signalisieren. Wir gehen in anderen Bereichen jetzt schon von der Qualität herunter. Das ist auch in der Stellungnahme angesprochen. Aber in der Kaiserstraße sollten wir hier die Zusagen festhalten. Und ich bin auch immer gegen Bürokratieabbau. Aber dass sich das so lange hinzieht, hat weniger mit Bürokratie als damit zu tun, dass wir die Bauabläufe schrittweise machen müssen und nicht hier in einer Globalsanierung der ganzen Kaiserstraße in einem Schritt einsteigen könnten. Das wäre natürlich viel zügiger, aber danach hätte Frau Lorenz Berechtigung, so zu argumentieren, wie sie tut, und das wäre dann für uns alle am Ende auch nicht gut. Damit stellen wir den Antrag zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich komme jetzt zu drei Positionen auf der **Veränderungsliste**. Auf den **Seiten 358 und 359**. Hier haben wir jeweils summenneutrale Mittelverschiebungen zwischen Gemeindestraßen, bezogen auf **Bannwaldallee bezogen auf Theodor-Heuss-Allee und Innenstadt** vorgenommen, aber in der Gesamtsumme hat sich nichts geändert.

**Antrag 1.207 (Seite 361): Kein Geld für Pläne von gestern - Einstellung aller Planungsleistungen für eine "Umfahrung Hagsfeld" (DIE LINKE.)**

**Antrag 1.208 (Seite 361): Kein Geld für Pläne von gestern - Einstellungen aller Planungsleistungen für eine "Umfahrung Hagsfeld" - Umschichtung der Kapazitäten für Fuß- und Radverkehr (DIE LINKE.)**

**Antrag 1.209 (Seite 361): Kein Geld für Pläne von gestern - Einstellung aller Planungsleistungen für eine "Umfahrung Hagsfeld" - Streichung aus der mittelfristigen Finanzplanung (DIE LINKE.)**

Wir kommen damit zu drei Anträgen der LINKEN, die ich gerne gemeinsam aufrufen möchte, bezogen auf die Seite 361. Da geht es um Einstellung aller Planungsleistungen für die Umfahrung Hagsfeld in Umschichtung der Kapazitäten für Fuß und Rad. Es geht im Grunde immer um denselben Komplex. Genau, das ist ein Antrag der LINKEN mit drei verschiedenen Ziffern. Dann kann ich es kürzer handhaben. Den Titel habe ich schon richtig wiedergegeben. Und damit steigen wir in die Diskussion ein.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Das ist jetzt das zweite Thema, wo man sich darüber unterhalten kann, dass man vielleicht liebgezwungene Beschlüsse der Vergangenheit oder nicht ganz so liebgezwungene Beschlüsse in dem Fall überdenken muss und sich fragen, wo

setzen wir denn im Investitionsbereich noch Prioritäten? Was müssen wir umsetzen? Wo müssen wir vielleicht auch darüber nachdenken, dass es einfach zu viel ist und andere Sachen wichtiger sind. Und da ist die Umfahrung Hagsfeld ganz klar ein Beispiel für. Sie ist noch nicht auf der mittelfristigen, also auf der Umsetzung konkret drin oder auf der Investitionsliste. Aber natürlich rumort der Dinosaurier unterschwellig weiter, weil es werden Planungsleistungen gemacht. Er kommt auch immer wieder in den Planungsausschuss mit neueren Entwicklungen. Und wir fordern einfach an dieser Stelle, dass für dieses Projekt sämtliche Planungsleistungen oder auch Gutachten, Ausschreibungen usw. gestoppt werden, damit dieser Dinosaurier nicht weiter rumort, sondern endlich versteinert.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Lassen Sie mich eine private Anmerkung machen. Ich habe heute Nacht gut geschlafen, und der Herr Oberbürgermeister hat gestern 12 Uhr beim Mittagessen zu mir gesagt, ich soll mich nicht immer so aufregen. Aber wenn man in manche Diskussionen Herzblut einbringt, dann muss man sich aufregen. Es würde viel zu sagen geben, Frau Göttel, zum Dinosaurier allein, ob Sie mich meinen oder die Straße, weiß ich nicht. Ist mir auch egal. Jedenfalls sage ich nur eines zu diesem Thema von Ihnen zu diesem Antrag, Schwamm über Ihre Ideologie legen und somit ist das Thema für uns beendet.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Frau Göttel, bitte stellen Sie sich einfach mal beim Berufsverkehr abends auf die Brückenstraße. Schauen Sie sich den Stau und den Lärm an und sagen zu Bürgern, das ist die Zukunft. Die Südumfahrung Hagsfeld ist von gestern. Dann werden Sie die Begeisterung der Mitbürgerinnen und Mitbürger erleben. Nein, erst durch den Lückenschluss kann tatsächlich die Brückenstraße verändert, vielleicht sogar gesperrt werden. Klar ist, die Stadt Karlsruhe wird die Miete nicht allein aufwenden können. Da braucht man Mittel noch von dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, aber das ist doch eine Zukunftsfrage.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Die Pläne sind nicht von gestern, aber der Antrag ist von vorvorgestern. Das haben wir hier 100 Mal diskutiert. Und jetzt ist es wirklich Zeit, das durchzusetzen. Wir erinnern uns, wegen Corona konnten wir hier das letzte Mal nicht tagen, sondern in der Schwarzwaldhalle. Sogar als es eine Mehrheit hier in diesem Kreis gab, waren draußen Demonstrationen. Also bitte, die ganze Ideologie ist von vorvorgestern. Lasst uns ein bisschen modern und jung sein.

**Stadträtin Lorenz (FW/FÜR):** Es ist schon spannend. Ich habe in meiner Zeit als Gemeinderätin gelernt, es gibt guten Lärm, und es gibt schlechten Lärm. Der schlechte Lärm ist der von den Autofahrern, und den möchte die Frau Göttel weiterhin den Hagsfeldern zumuten. Und der gute Lärm, das sage ich Ihnen auch, weil Sie das nicht wissen, dass ich da von den Straßenbahnen, wenn sie um die Kurve fahren und so schrecklich quietschen. Wir werden den Antrag natürlich ablehnen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir im Moment in der mittelfristigen Finanzplanung noch keine entsprechenden Mittel für die Umsetzung eingesetzt haben. Deswegen kann man die im Grunde auch nicht wieder streichen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir sehr viele Planungsleistungen schon vergeben haben. Die können wir auch nicht mehr zurückholen und dass unsere eigenen Planungen auch fast vor der kurz vor dem Abschluss sind. Wir haben hierzu auch im Dezember noch mal eine öffentliche Informationsveranstaltung. Also der Eindruck, dass es hier im Moment um große Beträge gehen könnte, der würde falsch sein. Und vieles von dem lässt sich auch gar nicht umsetzen,



weil wir da schon in entsprechenden Aufträgen nach außen stehen. Damit stelle ich diesen Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Herr Stadtrat Hock, Sie haben hier anders abgestimmt. Ach so, es ging nicht. Okay, alles klar. Dann werden wir bei einer Gegenstimme mehr. Für das Protokoll festgehalten.

Wir kommen noch einmal zur **Seite 361**. Unter dem Titel **Schlossplatz-Tunnel** haben wir die Anpassung aktivierungsfähiger Eigenleistungen vorgenommen in der ersten **Veränderungsliste**.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Ich hätte nur noch eine klarstellende Bitte. Diese Mittel sind keine Vorbereitungsmittel für einen Unterbrechung der Durchfahrung dieses Schlossplatz-Abgangs. Das war nämlich unklar.

**Der Vorsitzende:** Nein, es geht hier um reine Sanierungsgeschichten. Also noch mal, da haben wir noch mal Eigenleistungen angepasst und ebenfalls auf den **Seiten 362 und 363** wurden summenneutral Mittel verschoben zwischen den verschiedenen Sanierungsgebieten.

**Antrag 1.210 (Seite 364): Sanierungsgebiet Grünwettersbach - Dorfplatz Wettersbach – Zuwege (Ortsverwaltung Wettersbach)**

Ich rufe dann auf der Seite 364 einen Antrag der Ortsverwaltung des Ortschaftsrats Wettersbach, Sanierungsgebiet Grünwettersbach, Dorfplatz Wettersbach. Ich glaube, dass sich das erledigt haben könnte. Frau Ortsvorsteherin, Sie sehen das genauso. Also der Antrag wird als **erledigt** betrachtet, die entsprechenden Mittel sind eingestellt, und damit kann das alles dort so umgesetzt werden.

Ebenfalls über die **Veränderungsliste** darf ich für die **Seite 370** darauf hinweisen, dass wir hier die aktivierungsfähigen Eigenleistungen sowie Einzahlungen zur **B10, Kriegsstraße zwischen Karlstor und Kühlen Krug** angepasst haben, und auf der **Seite 374**, auch über die Veränderungsliste, die Anpassung der Baukosten und Einzahlungen zur **Breitbandverlegung im Rheinhafen**.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Könnten Sie mir vielleicht noch mal als Laie erklären, bei der Seite 370 ist es dann B10. Was bedeutet es also? Die Anpassung aktivierungssicherer Eigenleistungen sowie der Einzahlungen, das sind Formulierungen, die ich nicht verstehe.

**Herr Dollinger (Stadtkämmerei):** Die Anpassung der Einzahlungen bedeutet im Wesentlichen, dass wir Zuschüsse diesem Projekt konkret zuordnen. Deswegen gibt es auch auf der Veränderungsliste im investiven Bereich, und die aktivierten Eigenleistungen bedeutet alle Leistungen, die im Prinzip aus dem Personal, aus der Belegschaft selber getan werden, werden investiv mit draufgepackt. Also sie ersetzen im Prinzip investive Leistungen und können dadurch aktiviert werden. Also Eigenleistungen der Belegschaft selber können aktiviert werden und abgeschrieben werden. Das ist im Endeffekt eine Verschiebung aus dem Ergebnishaushalt in den investiven Finanzhaushalt.

**Der Vorsitzende:** Also für den Gesamthaushalt, rechte Tasche/linke Tasche für die Reduzierung des Ergebnishaushaltes positiv. Und manchmal sind auch die Zuschusshöhen abhängig davon, dass wir die Eigenleistungen anrechnen können oder darstellen können. Ob das hier auch der Fall ist, weiß ich nicht, aber das ist manchmal deswegen auch ganz wichtig, die Eigenleistung zu aktivieren, damit man dann dem Zuschussgeber nachweisen kann, welche Komplementärfinanzierung man hier geleistet hat über eigene Leistung. Damit können wir den Tiefbau abschließen und kommen zum Teil Haushalt 6700, Gartenbau.

## Teilhaushalt 6700

### **Antrag 1.211 (Seite 381): Förderung der Biodiversität auf Schulhöfen durch Beratungsangebot und Startkapital für jährlich sechs Schulen (GRÜNE)**

Da haben wir zunächst auf der Seite 381 zugeordnet den Antrag der GRÜNEN, Förderung der Biodiversität auf Schulhöfen durch Beratungsangebot und Startkapital für jährlich sechs Schulen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Das ist ein Antrag mit einer geringen Summe, aber mit großer Wirkung. Denn es geht hier darum, dass wir noch mehr Schulen gewinnen wollen, die einen Schulgarten anlegen oder eine andere praktische Naturschutzaktivität, Naturschutzprojekt an ihren Schulen umsetzen. Wir haben viele Schulen in Karlsruhe, die wunderbare Schulgärten haben. Manche haben sogar schon Preise gewonnen, Aber viele Schulen wegen es noch nicht oder haben keinen Zugang oder keinen Anreiz. Und dieses kleine Programm soll einen Anreiz dafür schaffen, dass eine Schule ein Projektmittel von 500 Euro beantragen kann. Damit ist aber vor allem auch die Beratung gemeint. Das ist auch im Gespräch mit der Pädagogischen Hochschule so entstanden, die Idee der Beratung. Es gibt externe Berater\*innen auch vom Naturschutz, die dann mit der Schule klären können, wie viel Arbeit ist notwendig, was können wir anlegen, was passt zu dieser Schule. Manche können schon mehr machen, manche weniger, und dann können sie auch so auch etwas Material dazu bekommen, auch Infomaterial. Insoweit wäre das jetzt ein Anreiz für die Schulen. Das würden wir sehr begrüßen, denn auch im Bildungsplan des Landes Baden-Württemberg ist das Ziel enthalten, aktives Umwelt-und-Naturschutz-Lernen, weil durch das praktische Tun, kennenlernen, Pflanzen ziehen, Kräuter ziehen, Gemüse anbauen, die Entwicklung von Stauden beobachten, dadurch wird natürlich eine Liebe und eine Kenntnis der Natur natürlich verstärkt, und deshalb bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag. Wenig Geld, große Wirkung, bitte machen Sie mit.

**Stadtrat Maier (CDU):** Das wäre natürlich eine schöne Sache. Auch wir würden uns freuen, wenn wir mehr Geld hätten im Haushalt und vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung in Teilen solche Dinge ja bereits umsetzt und sicherlich die Schulen auch intern solche Töpfe bereits haben, wiederraten wir ebenfalls der Ausweitung dieses bereits bestehenden Angebotes und lehnen den Antrag ab.

**Der Vorsitzende:** Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Damit stellen wir den Antrag zur Abstimmung. Und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Das ist ein **Patt**. Damit ist der **Antrag abgelehnt**. Jetzt guckt noch mal jeder, ob er richtig gedrückt hat. Finden sich alle wieder. Also es gibt keine. Es hat alles geklappt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 1.218 (Seite 399): HHSM\_GR77 - Keine Zoo-Eintrittsgebühr für Vierjährige (CDU)

TOP 2.1: Anpassung der Eintrittspreise sowie der Entgelte für die Gondoletta im Zoologischen Stadtgarten Karlsruhe

Änderungsantrag: SPD

Wir kommen damit zur **Haushaltssicherungsmaßnahme** auf **der Seite 381** mit der **Ziffer HHS\_GR73**, Ertragssteigerung durch Erhöhung der Einnahmen bei der Gondoletta im Stadtgarten. Ich rufe auch gleich die **Ziffer HHS\_GR74** auf, Ertragssteigerung durch Erhöhung der Eintrittsentgelte Zoologischer Stadtgarten. Hier geht es dann um den Anteil des Gartenbauamtes. Und im Grunde können wir gleich aufrufen, auch **Haushaltssicherung HHS\_GR 76**, Ertragssteigerung durch Anpassung der Eintrittsentgelte für den Zoologischen Garten, Anteil Zoo.

Dazu gibt es jetzt einzelne Änderungsanträge oder Anträge dazu. Jetzt muss ich erst mal gucken, wen wir da alles haben. Wir haben unter **2.1 auf der Tagesordnung** den Antrag der SPD stehen, der sich weiter dafür ausspricht, die Altersgrenze nicht auf vier Jahre zu senken. Und ich glaube, es gibt dazu auch noch einen Antrag der CDU, wenn ich das richtig im Kopf habe. Ich muss mal gerade gucken, wo er ist, der, wenn ich das richtig weiß, gleichlautend ist. Der ist auf der Seite 32. Also das ist der Antrag mit der laufenden **Ziffer 218** da geht es auch in derselben Richtung wie mit dem SPD Antrag. Insofern würde ich jetzt erst mal die Anträge der SPD und der CDU aufrufen. Anschließend müssten wir trotzdem noch mal über die anderen Bestandteile der Eintrittspreis-Anpassungen abstimmen, nur dass Sie wissen, was jetzt auf Sie zukommt.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wie wir es bereits in unserem Antrag geschrieben haben, ist die Harmonisierung im Prinzip der Verwaltungsprozesse zwischen den Zoos in Heidelberg und Landau für uns nicht ausreichend, um jetzt diese Änderung einfach vorzunehmen. Ich denke, gerade für uns in Karlsruhe war es immer wichtig, dass wir das relativ einfach gestaltet haben und dass wir vor allem den Kindern unter vier Jahre dort eine Möglichkeit in der Innenstadt gegeben haben, auch ein Naturerlebnis auch mit den Tieren entsprechend im Zoo zu haben. Eigentlich war es uns immer heilig. Dieses jetzt zu brechen, nur um einen Prozess in Gang zu bekommen und dort eventuell etwas einsparen zu können, dies wollen wir so auf keinen Fall haben. Deswegen wollen wir weiter den Eintritt für die Kinder unter vier Jahren auch frei haben, und dadurch haben wir es auch ein bisschen einfacher, weil dann musst du nicht immer fragen, wer ist jetzt wie alt. Und deswegen wollen wir also keine Erhöhung für unter Vierjährige.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Herr Hofmann, Sie haben sich hoffentlich versprochen. Ihr Antrag ist eintrittsfrei für unter 6-jährige. Das ist natürlich das Kennzeichen des familienfreundlichen Karlsruhes. Das wollen wir als SPD auch beibehalten. Mit den restlichen Erhöhungsmaßnahmen im Zoo und bei der Gondoletta, da sind wir alle einverstanden, aber wir wollen familienfreundlich bleiben. Und Kinder unter sechs bleiben frei.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Die Absenkung auf vier Jahre wäre tatsächlich ein Paradigmenwechsel in praktisch allen Einrichtungen. In Karlsruhe beginnt das Alter mit sechs für Eintritte und mit wenigen Ausnahmen. Und ich denke, das ist auch so das richtige Alter, bei dem man dann den Eintritt auch weiterhin verlangen sollte. Dazu kommt eben noch, dass künftig, wenn eine Mutter mit einem Kind in den Zoo ginge, würde das 20 Euro

kosten. Da greifen also diese günstigen Karten auch nicht, die es für Familien gibt, oder auch die Jahreskarte, die eben auch nicht von allen gekauft wird. Insofern unterstützen wir auch das Ziel, dass mit dem Alter von sechs Jahren dann weiterhin auch der Eintritt beginnt.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Wir folgen dem Antrag der CDU und der SPD, keine Eintrittsgelder für Kinder unter sechs Jahren. Das halten wir für sehr wichtig, auch als Signal. Das andere, ich weiß nicht, ob der Antrag für die Servicepauschale auch da reinkommt. Wir finden, das ist ein ganz falsches Zeichen, dass man eine Pauschale zahlen soll, wenn man eine Karte an einem Schalter nimmt und das per Handy. Ich sage Ihnen, wenn ich aus dem Berufsleben ausscheide, geht mein Handy in den Rhein. Es wird einem sozialen Zweck zugeführt, weil mich diese ganze Geschichte irgendwann mal nicht mehr belasten soll. Und es gibt viele, die genauso denken wie ich. Auch meine Töchter, die sagen, das Leben besteht hier und nicht in einer Parallelwelt an diesem kleinen Automat. Also wenn jemand wirklich für Eintrittsgelder zahlen muss, dann ist ja schon das Ende des Bargeldes eingeleitet, und das kann ich leider so nicht mittragen, und wir als Fraktion komplett mit Karlsruhe auch nicht.

**Stadtrat Hock (FDP):** Die Einsparsuche hat natürlich auch beim Zoo so komische Blüten. Ich glaube, dass viele beim Zoo gar nicht überzeugt waren von dem, was da so alles vorgeschlagen wurden. Deshalb sind sie auch, glaube ich, froh, dass wir heute diese Anträge gerne auch unterstützen. Meine Fraktion wird das gerne tun, weil ich sage mal ganz ehrlich, wir würden schon Paradigmenwechsel hinbringen, wenn wir das jetzt so befürworten würden. Das geht mit unserer FDP-Fraktion auf keinen Fall, deshalb sind wir da gerne dabei. Vielleicht könnte man auch getrennt abstimmen zur Gondoletta. Das würde ich gerne so haben wollen.

**Der Vorsitzende:** Haben Sie Verständnis dafür, wenn in anderen Städten das so gehandhabt wird, dass es kein völlig abwegiger Vorschlag ist, es hier einzubringen. Sie korrigieren es aus Ihrer Sicht. Und damit haben wir, glaube ich, allen Rechnung getragen. Wir haben jetzt zwei Anträge. Einer bezieht sich auf Gondoletta und Eintritt. Das ist der von der SPD, einer nur auf Eintritt. Der SPD-Antrag umfasst beides von der Überschrift, der CDU-Antrag nicht. Also wir reden jetzt nur über die Eintrittspreise. Dann ist es wirklich identisch. Wir reden jetzt über den Änderungsantrag der SPD und der CDU, die **Eintritte des Zoos** doch erst wieder **ab dem sechsten Lebensjahr** zu erheben. Darüber sind wir uns einig. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Jetzt haben wir nach wie vor aber bei der Ertragssteigerung durch Erhöhung der Einnahmen bei der Gondoletta, das ist die Ziffer GR73, nach wie vor eine Haushaltsicherungsempfehlung von uns, über die ich jetzt mit Ihnen noch abstimmen müsste. Und insofern rufe ich jetzt die **Haushaltsicherungsmaßnahme HHS\_GR73** auf, **Ertragssteigerung durch Erhöhung der Einnahmen bei der Gondoletta** und bitte jetzt um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Dann haben wir unter der **Haushaltssicherung Maßnahme HHS\_GR74** und unter der Haushaltsicherung Maßnahme **HHS\_GR76** die **Erhöhung der Eintrittspreise für den Zoo**. Das sind zwei Positionen, weil es einen Gartenbauanteil gibt und einen Zooanteil. Für den Kunden ist es trotzdem ein Eintrittspreis, und deswegen nehme ich die beiden jetzt zusammen.

Und wir haben es korrigiert mit der Altersgeschichte, und unter Berücksichtigung dessen gebe ich jetzt die Haushaltssicherung hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Da gibt es eine **Mehrheit**.

Wir kommen nachher noch mal zu dieser Entgeltpauschale. Also ich mache es aber trotzdem in der Reihenfolge, sonst kommen wir da durcheinander. Wir kommen damit auf die **Seite 383**. Da geht es über die **Veränderungsliste** noch mal um eine **Neupositionierung bei der Schlammentsorgung Stadtgarten See**, und über die Veränderungsliste wird noch mal die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge für die **Schnakenbekämpfung** aufgenommen.

#### **Antrag 1.212 (Seite 383): Stellenaufstockung bei der Abteilung Gartenbau beim Stadtamt Durlach (Stadtamt Durlach)**

Wir haben dann ebenfalls auf der Seite 383 einen Antrag mit der Ziffer 212 vom Stadtamt Durlach, Stellenaufstockung bei der Abteilung Gartenbau beim Stadtamt Durlach.

**Ortsvorsteherin Ries (Durlach):** Ich kann an dieser Stelle in Erinnerung rufen, was vielen gar nicht so klar ist, dass 40 Prozent des Stadtgebietes in der Grünflächenpflege Zuständigkeit der Ortsverwaltungen und des Stadtamtes Durlach ist. Also da ist ein ganz großer Bereich, den wir manchmal auch vielleicht leicht vergessen, wenn wir auch Stellen für das Gartenbauamt oder Ähnliches genehmigen. Und in diesem Zusammenhang hat jetzt eine Organisationsuntersuchung des Personal- und Organisationsamtes ergeben, dass ein eklatanter Stellenfehlbedarf beim Stadtamt Durlach von knapp zwölf Stellen vorliegt. In Anbetracht der Haushaltssituation und auch der ganzen Haushaltssicherungsmaßnahmen ist es natürlich illusorisch zu glauben, dass man in diesem Maße da eine Nachjustierung gehen kann, aber der Ortschaftsrat hat einstimmig entschieden, zumindest einen Einstieg im Rahmen von drei Stellen zu beantragen, dies auch vor dem Hintergrund, vielleicht sagt der Kollege Wolfartsweier auch noch dazu.

Wir sind wirklich in prekären Situationen, dass wir auch Teile von Grünflächen derzeit auch nicht mehr adäquat pflegen können. Da geht es wohl Wolfartsweier ähnlich wie uns. Wir haben uns zusammengesetzt, Kooperationsplanungen gemacht. Nur wenn eben, wie hat er das ausgedrückt, aus zwei lahmen Eseln macht man kein Rennpferd, und die Grünflächenpflege, es wird so einfach gesagt, es ist eine freiwillige Aufgabe, in der Antwort zum Antrag. Das mag rechtlich vielleicht so sein, aber nicht, wenn ich die Beratungen dieses Gemeinderates über die letzten Jahre verfolgt habe. Grünflächenpflege ist eigentlich die direkteste Maßnahme, die einfachsten Maßnahmen, die wir in der Klimaanpassung machen. Die Kolleginnen und Kollegen, die in der Grünfläche arbeiten, die sorgen für direkte Klimaanpassungsmaßnahmen, Klimaschutz. Sie pflegen unsere Bäume, sie gießen sie, sie pflanzen sie. Sie machen in vielerlei Hinsicht aber auch im Bereich Aufenthaltsqualität, auch was diesem Gremium wichtig ist Sie pflegen in den Innenstädten, in den Außenbereichen, aber wirklich auch sorgen für Jung und Alt für die Aufenthaltsqualität. Und irgendwann geht es auch an eine Grenze, wo wir über Verkehrssicherungspflichten reden müssen. Deswegen, ich bitte um Ihre Unterstützung in diesem Sinne für diese drei Stellen, die in dieser Höhe oder in noch größerer Höhe unstreitig vom Personal- und Organisationsamt auch festgestellt sind.

**Stadträtin Weber (GRÜNE):** Wie die Antragstellerin Frau Ries eben schon ausgeführt hat, besteht ein Missverhältnis im Hinblick auf die Verteilung der Personalstellen. Das

Gartenbauamt der Stadt ist nur für 60 Prozent aller Karlsruher Grünflächen zuständig, die anderen 40 Prozent verteilen sich auf die restlichen, die Grünflächenpflege trägt einen entscheidenden Beitrag zu Klimaschutz und zur Klimaanpassung bei. Diese Aufgaben in diesem Bereich nehmen weiter zu, sind sehr arbeitsintensiv und müssen deshalb auch besser organisiert werden. Eine Kooperation und Zusammenarbeit, zum Beispiel zwischen der Ortsverwaltung Wolfartsweier und dem Stadtamt Durlach scheiterte aber momentan leider an der mangelnden Personalausstattung. Deshalb sind die Stellenaufstockungen nicht nur bei dem Städtischen Gartenbauamt, sondern auch in der Abteilung Gartenbau beim Stadtamt Durlach unbedingt notwendig. Wir möchten dem Antrag deshalb auf Aufstockung der Stellen um drei Vollzeitstellen unterstützen.

**Stadtrat Maier (CDU):** Ich kann jedes Wort der Ortsvorsteherin zum Thema Klima und Verkehrssicherungspflicht in dem Kontext nur unterschreiben. Wir hätten uns als Fraktion gewünscht, dass wir die Dringlichkeit etwas früher erfahren hätten. Nichtsdestotrotz sehen wir die Notwendigkeit. Und auch die Kollegin Weber hat ja hier einige Ausführungen richtigerweise gemacht. Wir stimmen dem Wunsch aus dem Ortschaftsrat demnach gerne zu.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Auch wir von der SPD-Fraktion unterstützen diesen Antrag gerne. Es ist, wie Frau Ries ausführte, gelebter Klimaschutz, gelebte Klimaanpassung. Für uns ist allerdings auch wichtig, dass noch einmal mögliche Synergien auf den Prüfstand gestellt werden. Das heißt, dass auch geprüft wird, inwieweit angrenzende Flächen in angrenzenden Ortsteilen mit gepflegt werden können. Ich denke, im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung sollten wir hier auch mutiger vorgehen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wenn man hört, dass es jetzt schon so ist in vielen Bereichen oder in einigen Bereichen, dass man einiges schon nicht mehr tun kann in Durlach, dann muss man ganz klar sagen, sind wir jetzt an dem Punkt, wo wir, Herr Oberbürgermeister wird es wahrscheinlich nachher anders darstellen wollen, aber ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt, dass wir das, was jetzt hier gerade eben gesagt wurde, dass man ja festgestellt hat, dass so und so viel Stellen dort fehlen. Wir tun ja jetzt nur das Notwendigste, wenn man so will. Und wenn man sieht, wie in Durlach alles ordentlich ist und schön gemacht werden soll, dann muss man einfach jetzt auch mal sagen okay, dann müssen wir jetzt in die Bütt und sagen ja, wir sehen, dass dort ein Bedarf ist. Und meine Fraktion geht diesen Bedarf gerne mit. Das ist sinnvoll, und wir unterstützen das gerne., weil die Mutter von Karlsruhe, da soll es auch schön aussehen.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Werte Ortsvorsteherin von Durlach, nicht nur als Durlacher, sondern als Bürger, der die Durlacher Parks, der Alte Friedhof, Schlosspark, nutzt, weiß ich die Arbeit unseres Gartenbauamtes in Durlach zu schätzen, auch die anderen Ortsteile. Wir denken nur an die Bergteile oben in der Bergwaldsiedlung. Da weiß man, wie viel Grünflächen wir haben. Und im letzten Haushalt hatte die Stadt Karlsruhe fünf Stellen für Karlsruhe, was auch richtig war, bestätigt und wir für den Stellenplan, drei ist wirklich das Minimalste vom Minimalen. Aber es geht nicht anders, und ich möchte gar nicht das noch mal ausbreiten, was meine Vorredner gesagt haben. Dem kann ich nur zustimmen, auch von der Frau Weber. Aber die Verkehrssicherung, denken Sie an den speziellen Fall, den spektakulären im Schlossgarten mit der alten Buche. Das zeigt, wie wichtig die Baumbegehung, wie wichtig die Arbeit ist. Es geht nicht nur um Schönheit, es geht um aktive Pflege und aktive Klimaanpassung. Und den kann man nicht nur als Durlacher, sondern als Karlsruher voll und ganz nur zustimmen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube nicht, dass die Stellen in der Stadt ungleich verteilt sind. Den Eindruck möchte ich gar nicht erwecken, sondern ich glaube, wir haben einfach in allen Bedarfen, sowohl beim GBA als auch bei den Ortsverwaltungen, dem Stadtamt Durlach, einfach zu wenig Stellen für die Grünflächenpflege. Das ist ein Problem, das kennen wir. Wir haben auch die Organisationsuntersuchungen von Durlach und vom GBA schon vorgetragen bekommen. Und das ist ein Problem. Das müssen wir mittelfristig lösen, weil ich denke, es ist wenig sinnvoll, wenn wir jede Haushaltsberatung wieder hier Einzelstellen draufpacken und dann feststellen, dass es am Ende eigentlich sowieso nicht reicht.

Ich möchte jetzt trotzdem ganz konkret zu diesem Antrag sprechen als Ortsvorsteher von Wolfartsweier, was vielleicht jetzt erst mal ungewöhnlich ist bei einem Antrag des Stadtamts Durlach. Aber ich möchte auch hier für Unterstützung werben. Die Kollegin Ries hat es gerade schon gesagt Wir sind gemeinsam mit unseren Expertinnen und Experten schon eine ganze Weile im Austausch und schauen, wie wir unsere Bauhöfe zusammenlegen können. Wolfartsweier kommt dazu Wir machen nicht nur die Grünflächenpflege im Stadtbild, sondern wir machen auch die Friedhofspflege und die Spielplatzkontrollen. Das alles machen wir mit 2,8 Stellen für diesen ganzen Stadtteil. Und Sie können sich vorstellen, dass das teilweise sehr, sehr schwierig ist. Jetzt habe ich mit der Kollegin Ries gesprochen. Für Wolfartsweier wären diese drei Stellen in Durlach sehr, sehr wichtig, weil wir jetzt tatsächlich den ersten Schritt der Zusammenarbeit gehen könnten. Das Zündhüttele, das kennen vielleicht die einen oder anderen, ist ein Teil von Wolfartsweier, könnte dann von Durlach wieder mit gepflegt werden, zusammen auch mit unseren Mitarbeitenden, denn das wäre wirklich ein erster, ganz wichtiger Schritt. Und unser Ziel ist es tatsächlich, dass wir dann auch in Absprache mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, natürlich, dass wir in den nächsten Haushaltsberatungen dann wirklich eine Lösung finden für uns, sodass wir da auch mal längere Zeit ruhig sein können und das dann einfach funktioniert. Also deswegen an dieser Stelle auch noch mal Bitte um Unterstützung aus Wolfartsweier.

**Ortsvorsteherin EBrich (Grötzingen):** Ich kann das, was Ortsvorsteher Huber jetzt gerade benannt hat und auch natürlich Ortsvorsteherin Ries, nur unterstreichen, auch im Namen von Ortsvorsteherin Tron. Ich glaube, es ist ein längeres Thema. Es freut uns als Ortsvorsteher, dass dieser Antrag auf so eine große Mehrheit wahrscheinlich stoßen wird, weil auch in unseren Ortsteilen sieht es ähnlich aus. Auch dort sind wir eigentlich nur noch beschäftigt mit der Verkehrssicherungspflicht, die natürlich dringend notwendig ist. Aber zur Grünflächenpflege kommen wir nicht, und wir halten gleiche Standards im gesamten Stadtgebiet für unabdingbar, und das muss einfach noch mal genauer überprüft und geprüft werden.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Der Vortrag von Frau Ortsvorsteherin Ries ist aus meiner Sicht sehr schlüssig. Und ich freue mich, dass, wenn wir jetzt abstimmen und ich bin da zuversichtlich, dass Sie dieses Personal bekommen, denn es ist tatsächlich ein Beitrag zur Klimaanpassung, den ich natürlich auch unterstütze. Aber das Wesentliche ist aus meiner Sicht auch, wenn diese Grünflächenpflege vonstattengehen kann mit entsprechend ausreichendem Personal, dann sieht es natürlich auch gepflegt aus. Das spricht dann auch natürlich für die Stadt, für den Stadtteil Durlach und für die Stadt Karlsruhe. Und ich freue mich darauf, wenn das tatsächlich dann so kommt, dass wir nicht sagen müssen, es sieht aus wie hinterm Bahnhof, wenn die Züge ausfahren, also das heißt sehr naturnahe Grünfläche.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte jetzt nicht erzählen, dass es alles gut ist, aber ich möchte darauf hinweisen, dass wir ähnliche Probleme, wie es jetzt in Durlach beschrieben sind, in der ganzen Stadt haben, und das wissen Sie, dass wir Stadträt\*innen das wissen. Wenn Sie diesem Antrag heute zustimmen, laden Sie alle Ortschaftsräte und auch noch viele mehr ein, mit den Ergebnissen von Organisationsuntersuchungen hier Einzelanträge zu stellen, dann werden wir beim nächsten Mal noch einen Tag mehr brauchen, weil wir haben in fast jedem Amt Organisationsuntersuchungen, die in vielen Bereichen dann auch Unterdeckungen aufweisen, und im Gartenbaubereich ist es nun mal am ausgeprägtesten. Und wir sitzen im Moment in Krisenrunden zusammen zwischen den ganzen Ämtern, die was mit Baumpflege und Baumkontrolle zu tun haben. Und wir müssen im Moment versuchen, alle Kräfte, die wir überhaupt dazu einsetzen können, zunächst in Baumkontrolle, dann in Baumpflege und dann kommt irgendwann die Grünflächenpflege. Und wenn Sie diesen Prozess jetzt sozusagen dadurch konterkarieren, dass Sie sagen, uns ist jetzt aber die Grünflächenpflege besonders wichtig, und wenn Sie dann auch noch der Argumentation des Ortschaftsrats folgen, weil letztes Mal schon der Gemeinderat fünf Stellen für die Gesamtstadt beschlossen hat, muss er jetzt aber wenigstens für Durlach noch drei Stellen nachlegen, dann machen wir hier ein völlig unstrukturiertes Fass auf, wie wir denn in Zukunft mit der Umsetzung von Organisationsergebnissen in vernünftiger Haushaltsplanung umgehen. Auf diese Gefahr will ich Sie einfach nur hinweisen.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass Sie die Stadtverwaltung noch mal eindringlich beauftragen, Ihnen ein Konzept vorzulegen, wie wir in diesen Bereichen für die Gesamtstadt unter Abstufung dieser Priorisierungen in den nächsten, ich sage mal zwei bis drei Doppelhaushalten die Probleme lösen können, wobei wir sie auf der einen Seite durch Stellenschaffungen lösen können, aber damit sind sie oft nicht gelöst. Im Bereich der Baumpflege haben wir auch Stellen geschaffen, die wir nicht besetzt kriegen. Also das alleinige Zurverfügungstellen von Mitteln löst an der Stelle manches auch nicht. Deswegen habe ich totales Verständnis für Ihre Argumentation, aber mit derselben Argumentation könnten sämtliche anderen Ortschaftsräte hier auftreten, und wir müssten dann eigentlich in der Theorie auch noch mal uns mit dem Gesamtorganisationsergebnis des Gartenbauamtes beschäftigen. Meine Empfehlung wäre aber, ich kann Ihnen da natürlich nicht reinreden, dass Sie uns lieber beauftragen, unter Einbeziehung natürlich auch von Durlach, hier noch mal eine vernünftige Gesamtstrategie zu entwickeln und jetzt nicht hier im Grunde diejenigen, die Regeln, die wir bisher so stillschweigend miteinander vereinbart hatten, ein Stück weit aufgehoben haben, dafür auch noch ein Stück weit belohnen. Ich muss das leider so offen hier ansprechen, weil es sonst einen Prozess auslöst, der, glaube ich, für uns alle am Ende nicht dienlich ist.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Ihren Gegenargumenten kann ich jetzt nicht vollständig folgen, denn der Umgang der Stadtverwaltung insgesamt mit der Organisationsuntersuchung beim Gartenbauamt war leider eher ein sehr zurückweisender. Wir haben die Defizite erkannt, wir haben aber nicht gehandelt. Und wenn die Stadtverwaltung vorgeschlagen hätte, von diesen 50 oder mehr Stellen, die benötigt werden, kommen alle zwei Doppelhaushalte fünf oder zehn Stellen hinzu und wir hätten einen klaren Fahrplan auf dem Tisch, dann wäre die Ausgangssituation eine andere. Sie haben jetzt gerade angekündigt, dass Sie sich dieser Aufgabe noch einmal annehmen würden. Das können wir gerne so unterstützen, allerdings nur als Zusatz zu dem Status Quo, den



wir jetzt haben, beziehungsweise auch zu diesem Antrag, der jetzt vorgelegt wurde, der hier dann doch auch eine sehr breite Mehrheit hat.

Dann noch zu dem zweiten Punkt der Priorisierung innerhalb des Amtes, was denn nun wichtiger ist, die Baumpflege, die Verkehrssicherungspflicht, die Grünflächenpflege. Das obliegt doch immer der Stadtverwaltung, in der Stellenschaffungsverfahren dann noch mal draufzuschauen. Das jeweilige Amt hat jetzt eine bestimmte Anzahl von Stellen bekommen, wofür werden sie denn tatsächlich am dringendsten eingesetzt. Sie haben dann natürlich die Richtung vorgegeben, aber das macht die Verwaltung jederzeit. Ich erinnere an einen teilweise beliebten, teilweise unbeliebten Antrag zur Milieuschutzsatzung, wo es unterschiedliche Herangehensweise gab, eine bestimmte Anzahl von Stellen zur Verfügung zu stellen. Und die Verwaltung hat gesagt, wenn wir sie genauso aufteilen und einsetzen, ist es der sinnvollste Einsatz dieser Stellen. Und genau das können Sie auch jetzt mit diesen drei Stellen machen, die möglicherweise gleich eine Mehrheit bekommen werden.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir nicht verweigert haben, die Organisationsuntersuchungsergebnisse umzusetzen. Nur mit der Priorisierung Baumkontrolle und Baumpflege sind wir da eingestiegen. Das geht auch ein bisschen dann noch um die Spielplatzaufsicht oder Spielplatzkontrolle, die ja da auch noch ressortiert ist. Und da haben wir dann in der Tat auch ausgehend von der Organisationsuntersuchung begonnen, zusätzliche Stellen zu schaffen. Nur die Grünpflege war bei der Situation, dass wir eben nur eine begrenzte Anzahl an Stellen zusätzlich schaffen konnten, nicht prioritär. Und insofern weise ich den Vorwurf zurück, dass wir das Ergebnis der Organisationsuntersuchung nicht ernst genommen oder auch nicht begonnen hätten, umzusetzen.

Wir stellen den Antrag jetzt hier zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Also, ich hatte mit Nein gestimmt, aber warum das nicht angenommen wurde, weiß ich nicht. Da muss ich dann ja doch Farbe bekennen an dieser Stelle (**mehrheitliche Zustimmung**).

Gut, wir kommen auf der **Seite 383** zu einer **Haushaltssicherung, Reduzierung der naturnahen Mahd**.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Diesen Vorschlag des Gartenbauamts betrachten wir als Akt der Verzweiflung, weil alles wichtig ist, was in diesem Amt gemacht wird. Und dann hat man die Ausweitung der naturnahen Mahd als Kürzung vorgeschlagen. Wir halten das aber für eine ganz wichtige Sache, denn die Insekten außerhalb der Städte werden totgespritzt auf den Feldern im ländlichen Raum. In den Städten ist noch das letzte Refugium, wo überhaupt noch Insekten in größeren Mengen überleben können. Deshalb ist es extrem wichtig, dass eine Stadt wie Karlsruhe die naturnahe Mahd ausweitet. Und es hat nicht nur Auswirkungen auf Insekten, sondern die Vögel sterben uns auch weg, weil die Massen von Insekten nicht mehr da sind. 10 bis 20 Prozent sind dann noch übrig. Insofern hat das riesige Auswirkungen, wenn wir diese naturnahe Mahd nicht weiterverfolgen. Deshalb raten wir dringend dazu, diesen Antrag abzulehnen.

**Der Vorsitzende:** Damit stelle ich die **Haushaltssicherungsmaßnahme** hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der Antrag, also unsere Haushaltssicherungsmaßnahme, **abgelehnt**. Frau Lorenz, haben Sie sich jetzt noch dazu gemeldet? Sie wollten

Rot drücken. Ja, dann wird es ja noch deutlicher. Frau Großmann, Sie auch, Rot? Wer bietet mehr? Gut. Also dann. 27 zu 15, wenn ich richtig rechne.

Dann kommen wir zur nächsten **Haushaltssicherungsmaßnahme**, die im Bereich der **Spielplatzunterhaltung** angesiedelt ist. Da bitte ich Sie auch jetzt um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitlich angenommen**.

**Antrag 1.213 (Seite 383): HHSM\_V140 - Keine Verschlechterung für Hundehalter (CDU | SPD | FDP)**

Wir kommen damit zum Thema der Anträge 1.213. Da geht es jeweils um einen Antrag von CDU und FDP und einen Antrag der SPD. Da geht es um keine Verschlechterung für Hundehalter beziehungsweise Beschaffung von Hundekot-Tüten. Da sehe ich Wortmeldungen oder nicht?

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Im Juli wurde die Hundesteuer erhöht. Wir haben bisher mit der Vergabe von den Hundekot-Tüten einen guten Erfolg gehabt. Es gab ein sauberes Stadtbild, und es wurde vor allem viel ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich reingelegt, sodass wir dieses ehrenamtliche Engagement würdigen und weiterhin auch in Anspruch nehmen sollen, für unsere Stadt und für die Hundehalter. Und wir wollen keine Reduzierung in diesem Bereich.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Kollege Dr. Müller hat schon gesagt, wie wichtig dies ist. Die Hundehalter bezahlen Steuer, aber eine Perspektive ist besonders wichtig. Dies ist ein ehrenamtlicher Einsatz, jahrelang ist das eine Aktion. Man macht ein halbes Jahr oder so. Die Eimer sind von privaten Sponsoren, und wir sprechen über Hunderte, sie sind Teil davon. Wir haben Hunderte Ehrenamtliche, die jeden Tag, jede Woche diese betreuen. Es ist wirklich ein Beispiel. Es ist steht besonders ein Mann dahinter, Andreas Gold. Aber es sind auch Hunderte von Ehrenamtlichen, es ist nicht eine kurze Aktion. Deshalb ist der Einsatz für die Beutel selber, diese 15.000 Euro, eine Kleinigkeit, vergleichbar mit dem Einsatz. Übrigens wurde dies auch geehrt von der Stadt mit dem Tierschutzpreis.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Es leuchtet ein bisschen aus dem Antrag der CDU hervor, dass die Hundesteuer eine zweckgebundene Steuer ist. Das erkläre ich seit 20 Jahren da oben als Ortsvorsteherin den Besuchern der Hundemeile, dass es nicht so ist, weil jetzt die Hundesteuer erhöht worden ist, dass ich jetzt verpflichtet bin, Hundekot, Tütenspender oder Hundekotbeutel zu erhalten. Also das eine hat nichts mit dem anderen zu tun. Die Hundesteuer fließt in die allgemeine Steuer, in den Steuersack der Stadt Karlsruhe. Unabhängig davon schließe ich mich meinen Vorrednern an. Ich erlebe es tagtäglich. Ich habe auch den Kampf gegen den ehemaligen Gartenbaudirektor Kern erlebt, der sich vehement gewehrt hat gegen die Aufstellung dieser Behälter und die Befüllung dieser Behälter mit den Ausgabestationen in den Ortsverwaltungen, in den Bürgerbüros. Es hat sich bewährt. Wenn ich irgendwas sagen kann, wo man einen Bürger mitnehmen und, in Anführungszeichen, auch zur Pflicht erziehen kann, wobei ich das Wort erziehen nicht gerne nehme in dem Zusammenhang, dann hat das da funktioniert. Es ist wirklich unwahrscheinlich vorbildlich, wie die Hundebesitzer mit den Hundekottüten durch die Gegend gehen und ihre Hinterlassenschaften wegmachen oder die der Hunde. Also ich muss sagen, in der Tat findet man bei mir keine Gegenliebe, dass es abgeschafft wird. Es tut mir leid. Also das müssen wir erhalten.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Wir sind auf keinen Fall für die Abschaffung aller Hundetüten, und wir freuen uns sehr über die Arbeit der Ehrenamtlichen, die diese Behälter bestücken, schon allein deshalb, weil vielleicht der eine oder andere Hundehalter oder die Halterin kurz vor dem Gassigehen bemerkt, dass er oder sie keine Tüte mehr zu Hause hat. Aber wir folgen jetzt in diesem Fall der Verwaltung, ganz einfach, weil wir auch sehen, dass eine Hundehaltung nicht nur Freizeitbeschäftigung, sondern auch Verantwortung ist. Und wir sehen das, dass das für die einzelnen Hundehalter machbar ist. Denn im Vergleich zu anderen Städten ist unser Angebot hier in Karlsruhe immer noch ganz gut, und wir hoffen, dass Sie da auch mitgehen.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Zunächst müssen wir mal sehen. Ich kenne auch Ihre Argumentation, Herr Oberbürgermeister. Heute drehe ich den Spieß mal um. Sie sagen natürlich zu Recht, das ist keine städtische Aufgabe, und es liegt in der Verantwortung jedes Hundebesitzer, wenn man sich so ein Tier hält, auch seine Tüten zu beschaffen. Das ist auch richtig. Das sehe ich in gewisser Weise auch so, aber - jetzt kommt das große Aber - in dem Zusammenhang auch mein großer Dank an Andreas Gold, der in unwahrscheinlichem persönlichem Einsatz über das ganze Stadtgebiet 300 dieser Spenderboxen organisiert und auch persönlich zum Teil aufgestellt hat. Und es waren auch viele Spender, die selbst mit Hunden nichts am Hut hatten, die er einfach dazu gebracht hat, zu sagen, für die gute Sache, um unsere Stadt sauber zu halten, spende ich so eine Box. Hinzu kommen die ganzen Freiwilligen, die im Ehrenamt jetzt diese Boxen befüllen. Und natürlich dient es auch dazu, unsere Stadt und unsere Grünanlagen sauber zu halten. Und mit der gleichen Argumentation, wenn ich jetzt mal Ihren Gedankengang nachvollziehe, müssten wir eigentlich auch sagen, dass wir in der Stadt Karlsruhe alle Mülleimer abbauen, weil jeder, der Müll unterwegs verursacht, wäre auch verpflichtet, ihn mit nach Hause zu nehmen. Und dann müssten wir gar keine öffentlichen Mülleimer aufstellen, und wir hätten einen Haufen Entsorgungskosten weniger. Wahrscheinlich hätten wir mehr, denn jeder würde seinen Müll dann irgendwo in die Ecke werfen. Von dem her von uns natürlich volle Zustimmung, dass diese Hundetüten erhalten bleiben. Jeder Hundehalter hat seine Tüte zu Hause und nimmt sie mit. Aber es kommt tatsächlich mal ein Malheur vor oder man hat keine dabei. Und das hilft, das ist ein großer Beitrag, unsere Stadt einfach ein bisschen sauberer zu halten.

**Stadtrat Braun (KAL/Die PARTEI):** Vorneweg, meine Fraktion wird den Antrag unterstützen. Ich möchte aber dazu sagen, dass zumindest für mich nicht der Aspekt der Sauberkeit im Vordergrund steht, sondern eine Erleichterung für die Hundehalter. Und ich möchte auch sagen, ich bin verwundert, wie oft wir hier über Hundekot diskutieren. Wir vermüllen diesen Planeten, wir vergiften ihn, aber uns stört der Hundehaufen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass die Stadt nicht vorschlägt, diese Hundetütenaktion komplett abzuschaffen, sondern wir haben nur die Beträge halbiert.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Dieses Thema Hundekottüten war bei Ihrem Vorgänger, Herr Oberbürgermeister, schon mal ein Thema. Ich weiß, damals ging es um 13.000 Euro für die Hundetüten. Ich habe es damals hochgerechnet, aber es war tatsächlich, glaube ich, auch so eingepreist gewesen im Gemeinderat. Die Hundesteuer war 1 Million Euro. Frau Kollegin Ernemann, Sie haben natürlich recht, das ist keine zweckgebundene Steuer. Die Steuer

fließt irgendwo in den allgemeinen Haushalt. Es ist richtig. Und dennoch muss man sagen, der Aufschrei damals in der Bevölkerung, ich weiß, ich bin selber Hundehalter, der war sehr groß. Also die Leute waren richtig sauer gewesen und haben gesagt, das sehen sie jetzt nicht ein, dass sie da noch rumlaufen. Es ging auch nicht um ein paar Cent für die Hundekottüten, die man bei den Drogerien oder sonst wo kaufen kann, sondern einfach, dass die Leute sich irgendwie hinten angestellt gefühlt haben. Und ich glaube, das war es.

Ich finde, es ist ein schlechter Vorschlag, wenn man diese Hundetüten jetzt einsparen will. Die paar Euro, das sind 15.000 Euro, 50 Prozent, also ein bisschen teurer als bei Ihrem Vorgänger, Herr Oberbürgermeister. Aber wir müssen doch eins bedenken, die Sauberkeit, und das habe ich selber festgestellt, die Sauberkeit insofern, als die Hundehalter\*innen die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner wegräumen, finde ich persönlich, ist in der letzten Zeit größer geworden in den letzten Jahren. Das war vorher eigentlich nicht so. Und das ist natürlich auch geschuldet dem Herrn Gold, dankenswerterweise, der sich sehr darum kümmert, um die Aufstellung dieser Spenderboxen und die zum Teil auch wirklich selber betreut, sehr engagiert ist, weiterhin, dann natürlich auch die Ehrenamtlichen, und das sollte man natürlich auch nicht unterschätzen. Die Leute würden sich vielleicht doch auch vor den Kopf gestoßen fühlen, wenn man hier jetzt hergeht und sagt wir machen wir nicht mehr oder machen wir nur noch zum Teil. Also von daher von der Sauberkeit, vom Engagement und auch von den geringen Kosten, letztendlich sollte man davon absehen, dass man hier Einschränkungen macht. Ich bin also weiterhin dafür, dass man die Hundekottüten in den entsprechenden Umfang auch kostenlos zur Verfügung stellt.

**Der Vorsitzende:** Ich wollte nur noch mal darauf hinweisen, dass wir die Summe nur halbieren als Vorschlag und das auch nur für zwei Jahre. Meine persönliche Meinung könnte ich jetzt gut anknüpfen und das, was Frau Lorenz mir schon in den Mund gelegt habe, darauf verzichte ich jetzt. Und wir kommen zur Abstimmung. Wir können die Anträge alle zusammenfassen, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Damit sind die Anträge **mehrheitlich angenommen**.

#### **Antrag 1.214 (Seite 383): HHSM\_GR71 - Christbäume und deren Beleuchtung erhalten (SPD)**

Wir kommen zur Haushaltssicherung, Vorschlag der Verwaltung Nummer GR71, Reduzierung Anzahl der Christbäume und Beschränkung der Beleuchtung. Hier gibt es einen Antrag der SPD, der sich gegen diese Maßnahme ausspricht und den ich dann auch hier zur Abstimmung stellen würde. Jetzt gucke ich, ob es Wortmeldungen gibt.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Nur einen Satz, weil es geht von unserer Redezeit ab. Als Weihnachtsstadt Karlsruhe, wie man das immer wieder suggeriert bekommt und wie der Werbeslogan ist, gehört es einfach dazu, dass wir die Weihnachtsbeleuchtung aufrechterhalten und nicht einsparen. Deshalb dieser Antrag von uns.

**Stadtrat Lamprecht (CDU):** Wir unterstützen den Antrag von der SPD, indem sie betonen, was für eine Tradition die Christbäume in Karlsruhe haben bzw. für uns alle haben. Besonders herausheben möchte ich aber auch die religiöse Bedeutung der Christbäume. Sie symbolisiert das ewige Leben und die Hoffnung, die mit der Geburt Jesu Christi verbunden ist. Und gerade in der Vielfalt, wo auch hier im Gemeinderat immer wieder diskutiert wird,

möchten wir darauf hinweisen, dass wir auch die Tradition und die christlichen Symbole nicht vernachlässigen dürfen, und daher unterstützen wir den Antrag der SPD.

**Stadträtin Weber (GRÜNE):** Wir sollten aber auch darauf schauen, was wir in Karlsruhe an weihnachtlicher Atmosphäre bereits bieten und damit viele Menschen aus der ganzen Region anziehen. Wir haben den Christkindlesmarkt, wir haben das Kinderland St. Stephan. Wir haben das weihnachtliche Stadtsingen. Wir haben ein weihnachtliches Event mit dem Christmas Garden im Zoologischen Stadtgarten. Wir haben die Eislaufbahn, das Schlittschuhfahren, das Stockschießen, das kulinarische Winterdorf auf dem Karlsruher Schlossplatz. Wir denken, dass eine Verkürzung der Beleuchtungszeit sehr gut zu verkraften ist zugunsten des Haushalts und des Energieverbrauchs. Und auch aus ökologischen Gründen können wir gut mit einer Reduzierung der Weihnachtsbäume mitgehen. Wir denken, dass dadurch uns sicher nicht die Vorfreude auf Weihnachten genommen wird.

**Stadtrat Hock (FDP):** Werte Kollegin Weber, Sie haben jetzt alles aufgezählt. Das betraf alles, wenn ich das richtig vernommen habe, die Innenstadt. Es gibt aber auch noch etwas um die Innenstadt herum.

(Zuruf: Hagsfeld!)

- Richtig, auch Hagsfeld.

Es wurde jetzt schon die christliche Seite angesprochen. Kollege Lamprecht hat vollkommen recht, und es gibt Anträge, die die Verwaltung vorschlägt. Herr Oberbürgermeister, ich bin schon lange hier, aber dieser Antrag, der gehört jetzt auch mal von Ihnen in die Hand genommen, dass der nicht immer wieder hier erscheint. Der gehört hier nicht her. Das ist ein Antrag, der ist von vorgestern, und den bringen Sie jedes Mal wieder. Und ich kann Ihnen nur jedes Mal wieder sagen, das gehört zu unserer Tradition und zur weihnachtlichen Stimmung in unserer gesamten Stadt dazu. Deshalb verkneifen Sie sich in den nächsten Haushaltsberatungen die Einsparmaßnahmen bei den Christbäumen, weil das ist unsäglich mittlerweile.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Die Christbäume sind aus meiner Sicht ein Zeichen unserer christlichen Tradition. Und ich möchte diese Tradition einfach ganz gerne bewahren. Wir kennen doch alle auch die leuchtenden Kinderaugen, die kleinen Kinder, die vor den zehn großen Christbäumen stehen und die begeistert die Lichter betrachten und die sich daran freuen. Will die Stadt den kleinen Kindern diese Freude nehmen? Ich denke nein.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Um es ganz kurz zu machen, Weihnachtsstadt ohne Weihnachtsatmosphäre, und dazu gehören Christbäume und Beleuchtung, das würde nicht passen, auch nicht in unserer Außendarstellung. Deshalb Zustimmung für den Antrag.

**Der Vorsitzende:** Wir haben Ihnen für insgesamt 90 Millionen Euro Einsparvorschläge machen müssen. Wir haben alles abgefragt in der Verwaltung, und ich finde es hochgradig unfair, Herr Hock, und ich verwehre mich auch dagegen. Sie sehen, wie groß unsere Mühe war, uns mit Kleinbeträgen am Ende zu dieser Gesamtsumme zu entwickeln. Hier geht es um zwei bis drei Bäume von 32 Bäumen. Es geht weder um das christliche Abendland, es geht nicht um die Gesamtstimmung in der Stadt. Es geht nicht um Kinder, denen man dieses Symbol verwehrt. Es geht um zwei bis drei Bäume. Und in Anbetracht dessen, dass

jeder bei uns in der Stadtverwaltung gucken musste, wie er denn sein Ränzlein ein bisschen kleiner schnürt, ist das ein ernst zu nehmender Vorschlag. Sie können den hier gerne ablehnen, aber ich sehe es nicht ein, dass ich mir jetzt im Grunde von Ihnen erzählen lassen soll, welche Vorschläge der Verwaltung, die wir fachlich für außerordentlich gut tragbar halte und die überhaupt keinen negativen Einfluss auf die Stadt haben, warum ich Ihnen diese Vorschläge nicht durchreichen soll. Sie können sie ablehnen, das ist in Ordnung, aber Sie machen es sich im Moment, nicht Sie persönlich, sondern das wende ich hier auch an andere Stellen, Sie machen sich im Moment manchmal auch in der öffentlichen Darstellung ein bisschen zu einfach. Wenn wir von irgendeiner Position 1/10 wegnehmen oder 1/5 wegnehmen, dann wird gleich die Behauptung in den Raum gestellt, dass wir das ganze Thema insgesamt irgendwie kritisieren oder abschaffen wollen. Und das schafft natürlich eine gute Stimmung da unten bei Ihnen und vielleicht auch manchmal in den Medien. Aber es sind schon sehr wohlüberlegte Vorschläge, und bei zwei bis drei Bäumen von 32 bitte. Da kann man uns doch nicht vorwerfen, dass wir jetzt hier die ganzen Dinge tun, die Sie uns jetzt hier teilweise vorgeworfen haben.

**Stadtrat Hock (FDP):** Herr Oberbürgermeister, sagen Sie uns noch vielleicht die Passage, denn es gibt hier ein bisschen Unruhe, wo das mit den zwei, drei Bäumen steht.

**Der Vorsitzende:** Stadtweit geben wir 320.000 Euro aus insgesamt. Das hat auch etwas mit Stadtwerken und anderen zu tun. Es werden 32 Bäume stadtweit aufgestellt. Ein einzelner Baum verursacht Kosten von etwa 8.000 Euro. Und dann können Sie die 20.000 Euro durch acht teilen. Dann kommen Sie auf zweieinhalb Bäume. So einfach ist das. Und wir reduzieren diesen Gesamtansatz um 20.000 Euro. Das hat nichts mit dem kompletten Verzicht auf Weihnachtsbäume zu tun. Das steht in der Informationsvorlage, höre ich gerade.

Also wir stellen das zur Abstimmung jetzt, den Antrag der SPD, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Der **Antrag ist abgelehnt**. Aber ich muss über die Haushaltssicherungsmaßnahme trotzdem noch mal abstimmen. Hat jemand da falsch oder anders gedrückt? Der Herr Jooß hat dafür gestimmt. Und damit haben wir eine Mehrheit für den Antrag. Damit ist die **Haushaltssicherungsmaßnahme abgelehnt**. Sind wir da korrekt unterwegs? Dann sind wir uns einig. Herr Jooß, Sie haben auch für den Antrag gestimmt, damit gegen die Haushaltssicherungsmaßnahme, die damit mehrheitlich abgelehnt wurde. - Wie bitte? Er enthält sich. Der Antrag der SPD ist damit abgelehnt. Aber wir müssen die Haushaltssicherungsmaßnahme trotzdem noch abstimmen, weil das ein Antrag der Verwaltung an Sie ist, dass wir das reduzieren. Und wenn da dasselbe Ergebnis rauskommt, ist damit die Haushaltssicherungsmaßnahme auch abgelehnt. Von daher findet die Haushaltssicherungsmaßnahme nicht statt, und wir rüsten die 20.000 Euro wieder auf. Sind wir uns da einig von der Bewertung? Dann brauchen wir nicht noch mal abstimmen. Nein, das machen wir nicht.

Damit kommen wir zum nächsten Punkt. Die Haushaltssicherungsmaßnahme ist abgelehnt. Mit dem Ergebnis. Wir kriegen das gleiche Ergebnis noch mal, und damit ist der Antrag der Verwaltung auch abgelehnt.

**Stadtrat Schmidt (AfD):** Bei den Verwaltungsanträgen ist das so, wenn Stimmengleichheit ist, ist angenommen oder nicht.

**Der Vorsitzende:** Nein, das stimmt nicht, Herr Dr. Schmidt. Bevor wir jetzt noch lange rumdiskutieren, können wir nochmal abstimmen. Aber dann machen wir es formal jetzt richtig,

weil einige das wünschen. Ich will mir auch nicht vorwerfen lassen, dass ich formal irgendwas falsch mache. Also der Antrag der SPD ist abgelehnt, denn trotzdem brauche ich für unsere Haushaltssicherungsmaßnahme die Mehrheit des Gemeinderats. Die kann ich nicht einfach umsetzen. Deswegen muss ich die Haushaltssicherungsmaßnahme auf Kürzungen von 20.000 Euro für die Bäume nochmal hier zur Abstimmung stellen. Und das tue ich jetzt und ich bitte um Ihr Votum. Ja, ich stelle die Haushaltssicherung unter der **Ziffer HHS\_GR71** jetzt noch mal zur Abstimmung. Es geht um die **Kürzung um 20.000 Euro bei Weihnachtsbäumen und Beleuchtung**. Und die Ihr Votum bräuchte ich ab jetzt. Und damit ist auch der **Antrag der Verwaltung abgelehnt**. Und damit bleibt alles, wie es ist.

**Haushaltsicherungsmaßnahme Nummer GR72, die Modifizierung des Zuschusses an den Bezirksverband der Gartenfreunde.** Wir kommen damit zum Zuschuss an den Bezirksverband der Gartenfreunde. Auch da bräuchte ich Ihr Votum und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Gut, dass es **mehrheitlich angenommen**.

#### **Antrag 1.215 (Seite 383): HHSM\_GR75 - Grünflächenpflege/Gartenbauamt (AfD)**

Wir kommen jetzt zum Haushaltssicherungsmaßnahme GR75, Reduzierung der Grünflächenunterhaltung. Da gibt es einen Antrag der AfD-Gruppe, die Reduzierung nur auf 305.000 Euro vorzunehmen.

**Stadtrat Dr. Schmidt: (AfD)** Die Stadt will die Grünflächenpflege um eine halbe Million Euro pro Jahr reduzieren, und wir wollen nur um 300.000 Euro.

**Der Vorsitzende:** Dann stelle ich jetzt erst den Antrag der AfD-Gruppe zur Abstimmung und bitte um ihr Votum ab jetzt. Damit bleibt es bei der **unveränderten Summe**, die ich Ihnen jetzt als **Haushaltsicherungsmaßnahme zur Kürzung** vorschlage. Und bitte da um ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitlich angenommen**.

#### **Antrag 1.216 (Seite 384): Jährliches Lichterfest (KAL/DIE PARTEI)**

Wir kommen zum Antrag mit der Ordnungsziffer 216, Karlsruher Liste/Die PARTEI, jährliches Lichterfest.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Das Lichterfest im Stadtgarten ist eine Sache, die meine Fraktion immer wieder und sehr gerne vorträgt. Es ist ein Fest mit sehr langer Tradition. Ich weiß nicht, ob ich das Zitat vom Kollegen Høyem noch umwandeln darf. Es ist sehr schön altmodisch. Es ist für Leute, die nicht in Urlaub gehen können, ein Highlight. Ich war dieses Mal mal wieder dort. Die alten Karlsruher\*innen sind auch mit dort. Ich kenne kein Fest, das wirklich so vielfältig in der Zuschauerschaft ist. Es ist wirklich ein Fest für alle.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abarbeitung des Antrags, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich darf auf der Seite auf den **Seiten 387 bis 391** noch auf vier Punkte in der **Veränderungsliste** hinweisen. Einmal für **Fahrt im Sammelansatz Grünanlagen** eine Verschiebung von Ansätzen von 2024 auf 2025 stattgefunden, **keine Erhöhung der Gesamtmittel**. Dann haben wir einen **Sammeltopf für Ausgleichsmaßnahmen** geschaffen, der auch summenneutral ist im Vergleich zu vorher. Und wir haben ebenfalls bei den **Kinderspielflächen**

Ansätze von 2024 nach 2025 verschoben, aber in der Gesamtsumme ist es dann, wenn man es zusammenzählt, wieder gleich. Und bei dem bei der Haushaltsposition **Stuttgarter Straße** haben wir die Bezeichnung verändert, das heißt jetzt Verlagerung von Sportflächen und andere, unter anderem Stuttgarter Straße und Cougars, so dass wir hier eine Position haben, aus der wir gegebenenfalls anfallende Kosten für die Verlagerung der Cougars entnehmen können, ohne dass wir die Haushaltspositionen aufblähen müssen, weil es ja sowieso immer relativ unklar ist, wie viel von den jeweiligen Mitteln in den Jahren abfließt.

#### **Antrag 1.217 (Seite 393): Antrag auf Errichtung eines kombinierten Bolz- und Basketballplatz (Ortsverwaltung Neureut)**

Damit kommen wir auch zum Antrag 217 der des Ortschaftsrats Neureut, Antrag auf Einrichtung eines kombinierten Bolz- und Basketballplatzes.

**Ortsvorsteher Weinbrecht:** Wir ziehen den Antrag zurück.

**Der Vorsitzende:** Damit gehen wir jetzt in die Pause.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:49 bis 11:10 Uhr)

#### **Teilhaushalt 6800**

**Der Vorsitzende:** Wir setzen die Sitzung fort. Ich rufe auf den Teilhaushalt 6800, das betrifft den Zoo. Ich darf zunächst auf der **Seite 398** darauf hinweisen, dass wir hier summenneutral von der Stadtkämmerei zu den Fachämtern **PayPal-Gebühren** verschoben haben. Das ist ein Thema, das über die erste **Veränderungsliste** abgebildet ist. Und wir haben auch bei der **Zoo-Quarantäne** vom Ergebnis in den Finanzhaushalt etwas verschieben können, auch das ist in der ersten Veränderungsliste abgebildet Die Haushaltssicherung Ertragssteigerung durch lineare Anpassung der Eintrittsentgelte haben wir bereits hier miteinander besprochen und abgestimmt, ebenso die Reduzierung des Alters für zahlungspflichtige Kinder auf vier Jahre. Das ist schon bereits abgelehnt worden, und den CDU-Antrag 1.218 haben wir auch schon abgearbeitet, genauso den TOP 2.1.

Damit kommen wir auf der **Seite 398** nach wie vor zur **Haushaltssicherungsmaßnahme Ertragssteigerung, Einführung einer Servicepauschale an den Kassen des zoologischen Stadtparkens**. Das hätten Sie ja in einer der Beiträge auch schon mal angesprochen, und wir schlagen Ihnen das als Haushaltssicherungsmaßnahme vor. Das entspricht auch der Umgangsweise in verschiedenen anderen Institutionen, wo Sie, wenn Sie eine Verwaltungsleistung verursachen, gegebenenfalls auch eine zusätzliche Servicepauschale zahlen müssen. Das erleben Sie auch bei jeder Abendkasse. Gibt es dazu Wortmeldungen?

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Ich habe dazu nur eine Frage Die Ertragssteigerung bei Einführung einer Servicepauschale an den Kassen, ist es diskriminierungsfrei?

**Der Vorsitzende:** Es ist keine Diskriminierung, weil sie eine zusätzliche Serviceleistung in Anspruch nehmen, und die wird an der Stelle durch einen Aufschlag sozusagen sowieso nicht vollumfänglich abgegolten, aber ein Stück weit vergütet.



**Stadträtin Fenrich (pl.):** Eine Nachfrage, ich meinte das jetzt im Hinblick auf Menschen, die eigentlich auf Kassen- und auf Bargeldzahlungen angewiesen sind, sei es, weil sie älter sind, sei es aus anderen Gründen. Insofern meine Frage der Diskriminierung.

**Der Vorsitzende:** Ich denke, dass ich Ihnen jetzt keinen juristischen Vortrag halten kann. Wir gehen der Frage nach. Wir müssen am 05.12. und am 19.12. das sowieso noch im Rahmen der endgültigen Satzung beschließen. Ich sage Ihnen zu, dass wir uns bis dahin darüber noch mal Gedanken machen.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Und wenn wir jetzt dann abstimmen und Sie entscheiden das später, weil Sie es erst später prüfen können, wie können wir dann jetzt abstimmen?

**Der Vorsitzende:** Sollten wir zu dem Ergebnis kommen, wovon ich nicht ausgehe, dass wir dann diese zusätzliche Servicepauschale nicht einführen können, dann würde das die Haushaltssituation aber erst nach unserem Beschluss verschlechtern, und dann müssen wir irgendwie damit leben. Da sehe ich jetzt keine Schwierigkeit. Wir können jetzt darüber abstimmen, über unseren Haushaltssicherungsvorschlag der Verwaltung. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme**. Wie gesagt, das Thema kommt dann noch im Rahmen der Satzung Ihnen noch mal auf den Tisch.

Wir kommen damit zur **Haushaltssicherungsmaßnahme** mit der Nummer **HHS\_GR79**, Ertragssteigerung durch **Entgeltanpassung des Kombitickets Karlsruhe, Landau, Heidelberg**. Auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Gut, das ist auch **mehrheitlich angenommen**.

### Teilhaushalt 6900

Damit kommen wir zum Teilhaushalt 6900, Friedhof und Bestattung. Hier darf ich noch auf die **Veränderungsliste** hinweisen mit zwei Positionen, die sich auf die **Seite 411** beziehen, einmal die Aufhebung der Maßnahme, die wir in der Haushaltssicherung mal vorgenommen hatten, nämlich die **Reduzierung der Mitarbeiter**. Das haben wir wieder rückgängig gemacht über die Veränderungsliste. Und wir haben die **Sanierung der Ofenlinie 1 und 2 im Krematorium** eingepreist oder anders dargestellt in der Veränderungsliste, jedenfalls taucht das da jetzt entsprechend auf. Wir kommen damit zu zwei Haushaltssicherungsmaßnahmen, die wir jetzt hier beschließen müssten, einmal unter der Ziffer **HHS\_GR80** die **Ertragssteigerung durch Entgeltanpassungen** und unter **HHS\_GR81**, **Ertragssteigerung durch die Erhöhung des Kostendeckungsgrades**. Da würde ich vorschlagen, dass wir beides zusammen aufrufen können. Wenn Sie einverstanden wären, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme für beide Positionen**.

### Teilhaushalt 7200

**Antrag 1.219 (Seite 422): HHSM\_GRV175 - Weihnachtsdekoration erhalten - Traditionen bewahren (CDU)**

Ich rufe jetzt auf den Teilhaushalt 7200, Märkte. Da gibt es einen Antrag der CDU-Fraktion unter dem Titel Weihnachtsdekoration erhalten, Traditionen bewahren. Der bezieht sich auf eine Haushaltssicherungsmaßnahme, die wir aber im eigenen Verwaltungsvollzug unter

der Ziffer 175 im Haushalt schon eingeplant hatten, nämlich eine Reduzierung der entsprechenden Ansätze.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Der Antrag braucht insoweit der Erläuterung, dass er sich auf die Weihnachtsdekoration des Friedrichsplatzes bezieht. Nun hat der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, dass der Friedrichsplatz für die Weihnachtszeit nicht mehr bespielt werden soll auf lange Sicht. Die CDU-Fraktion ist allerdings der Meinung, dass es sich hierbei um einen wichtigen Punkt handelt, den man auch dem neuen Gemeinderat noch einmal zur Entscheidung vorlegen sollte, zumal die bisherige Entscheidung des Gemeinderats höchst umstritten ist in der Bevölkerung, aber auch bei den Beschickern, sodass wir der Meinung sind, wir sollten nicht vorschnell jetzt die Dekorationsmittel einsparen und streichen. Natürlich braucht man die im Moment gerade nicht. Ich weiß nicht, wie man das haushaltstechnisch dann löst, vielleicht mit einem Vorbehalt. Die CDU-Fraktion will darauf hinweisen, dass wir diesen Punkt nicht aufgeben wollen, weil wir so viel Rücklauf aus der Bevölkerung und von den Beschickern bekommen haben.

**Stadträtin Weber (GRÜNE):** Dieser Antrag spielt nun wieder mit dem Reizwort, an der Tradition Weihnachten sparen und geht eigentlich in die gleiche Richtung wie der Antrag, Christbäume und deren Beleuchtung erhalten. Und es geht schlussendlich um Wählerstimmen, um nicht mehr und nicht weniger. Die Tradition Weihnachten wird sicher nicht durch eine, wenn überhaupt merkbare Verringerung der Dekoration durch die Stadt Schaden nehmen. Auf dem Friedrichsplatz ist die Weihnachtsdekoration bereits aufgebaut. Dass hier eine weihnachtliche Atmosphäre entsteht, ist schon das ureigene Interesse der Beschicker\*innen, die damit für guten Umsatz sorgen. Schlussendlich geht es aber an Weihnachten um Werte wie Familie, Freundschaft und Mitgefühl und um das Zusammenkommen und das Gemeinschaftsgefühl. Eine Dekoration trägt aber nicht entscheidend zur Qualität der menschlichen Begegnung bei.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Ich finde schon, dass eine Dekoration dazu beiträgt, dass sich Menschen gerne treffen und zusammensitzen. Und ich bin auch der Meinung, dass man hier eigentlich nicht sparen soll. Das geht auch nicht jetzt um Wählerstimmen, aus meiner Sicht zumindest mal nicht, sondern man muss einfach sagen, wer schon mal in Straßburg war auf diesem Weihnachtsmarkt, mit dieser Illumination, mit dieser Dekoration, der findet es einfach grandios. Also ich wüsste nicht, dass die Franzosen, die Straßburger, hiervon Abstand nehmen wollen. Karlsruhe ist jetzt nicht Straßburg, aber das, was wir haben, das sollten wir erhalten. Und da denke ich auch nicht dran, dass es jetzt den Umsatz fördert für die Beschicker, sondern das ist einfach das Gefühl von Weihnachten. Es ist eine gute Tradition, eine alte Tradition. Ich bin dafür, diese Tradition zu erhalten. Es gehört zu unserer Identität.

**Stadträtin Lorenz (FW/FÜR):** Ich kann im Moment nicht so ganz nachvollziehen, was die CDU mit ihrem Antrag begehrt. Also soweit ich mich erinnere, haben wir beschlossen, wenn die Kaiserstraße fertig ist, dass der Weihnachtsmarkt komplett auf den Marktplatz und die Kaiserstraße sich wieder ausbreiten soll, weil wir auch planen, den Friedrichsplatz umzugestalten, einfach mit mehr Biodiversität, mit mehr Stauden und mehr nachhaltiger Bepflanzung. Die Dekoartikel, diese Holzzäune oder um was es da jetzt geht, die sind da. Die kann man sicherlich in die Dekoration in der Kaiserstraße und auf dem anderen Weihnachtsmarkt einbauen. Aber dann wäre es im Prinzip jetzt eine Grundsatzdiskussion. Weichen wir von unserem damaligen Beschluss ab, dass der Friedrichsplatz, wenn mal alles

fertig ist, nicht mehr Platz für Weihnachtsmarkt ist, oder sagen wir, wir wollen das jetzt offen lassen, sondern wir wollen weiterhin den Friedrichsplatz als Plätze für Weihnachtsmärkte nutzen, in Anlehnung auch an das Kinderland St. Stephan? Aber das ist eine Grundsatzentscheidung, also geht es nicht nur um die Dekoration, sondern wie soll es in Zukunft weitergehen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Frau Kollegin Lorenz, genau das ist der Punkt. Es wird eine Grundsatzentscheidung dazu geben müssen. Ich kann für meine Fraktion sagen, ich will da nicht alte Kamellen rausholen, aber, Herr Oberbürgermeister, wir werden im nächsten Jahr einen neuen Gemeinderat haben. Und sicherlich wird es dann in diesem Bereich für den Friedrichsplatz auch eine Initiative geben. Davon gehe ich aus. Der Kollege Hofmann wird es noch einmal genau konkretisieren, denke ich, was das bedeutet, der Antrag, da muss ich auch Kollegin Lorenz recht geben. Ich habe das nicht so ganz verstanden, aber da wird jetzt was dazu gesagt. Wenn Sie wissen wollen, wenn man damit Wählerstimmen gewinnen kann, dann sage ich ganz klar und deutlich Ja, dann machen wir das doch. Wir sind für den Friedrichsplatz, wir sind für das Bespielen des Friedrichsplatzes und nicht so, wie es jetzt ist, sondern im alten Stil.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Es wurde jetzt schon einiges dazu ausgeführt. Das Problem war, dass, als wir den Antrag gestellt haben, unter diesem Haushaltstitel so viel zusammengefasst war, dass wir erst nach Erhalt der Antwort wussten, was genau damit gemeint ist. Grundsätzlich ging es natürlich darum, in dem ganzen Bereich weihnachtliche Dekoration nicht zu sparen. Mit der Erklärung haben wir natürlich dann auch noch mitbekommen, dass es hier insbesondere auch um den Friedrichsplatz ging. Und da hat der Kollege Hock natürlich vollkommen recht, wir wollen dies nicht. Der Kollege Pfannkuch hat es ausgeführt, dass sowohl von Beschicker-Seite als auch von Bürgerinnen- und Bürgern-Seite uns immer wieder gesagt wurde, bitte gebt diesen Platz nicht auf. Und deswegen haben wir jetzt in die Argumentation einfach auch noch mal ganz klar mit eingebracht, dass uns dies wichtig ist, zumal auch die Fertigstellung der Kaiserstraße sich noch ewig hinziehen wird. Also ich denke, dass wir diese ganze Geschichte deswegen auch eingebracht haben und hier auch noch klar um Zustimmung bitten, dass wir dies erhalten wollen erst mal, und diese Grundsatzdebatte, die Kollegin Lorenz angesprochen hat, die brauchen wir nicht hier führen, die müssen wir irgendwann mit dem nächsten Gemeinderat führen. Aber hier geht es jetzt erst mal noch um die ganze Geschichte, wie wir jetzt hier mit diesem Haushaltsantrag umgehen. Und das war vielleicht ein bisschen verwirrend, da wir beim Antrag der Antragstellung noch nicht genau wussten. Aber ich denke, jetzt müsste es klar sein.

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz:** Der Vorschlag bezieht sich auf die Kosten für die Realisierung des Teil Christkindlesmarkt Friedrichsplatz im Jahre 2025. Es sind 50.000 Euro für die Tannenbäume und für die Holzhackschnitzel, die dort verteilt werden. Diese 50.000 Euro haben wir zur Disposition gestellt auf der Grundlage des Gemeinderatsbeschlusses, dass er, wenn der Marktplatz, wenn die Kaiserstraße rechts und links bespielbar sind, nicht mehr zur Verfügung steht. Diese 55.000 Euro wurden dann dem Markt dahingehend aufgeteilt, dass sie davon angerechnet bekommen in 2024 25.000 Euro und in 2025 25.000 Euro. In 2024, so wie es aussieht, soll der Friedrichsplatz doch bespielt werden. Da wird jetzt die Ausschreibung rausgehen. Also es geht eigentlich um den Christkindlesmarkt 2025/2026. Das wäre mir nochmal wichtig, aber de facto ist die zur Verfügungstellung dieser 50.000 Euro die Grundlage des Gemeinderatsbeschlusses. Der Friedrichsplatz steht

nicht mehr zur Verfügung, da brauchen wir keine Tannenbäume, dann brauchen wir auch kein Holzhackschnitzel.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch mal daran erinnern, dass wir den Friedrichsplatz nicht komplett aus der Bestuhlung rausnehmen, sondern entlang der Häuserreihe durchaus noch einige Buden ermöglicht haben. Das war damals ein schwer ausgehandelter Kompromiss zwischen allen Seiten. Aber wir brauchen dann mit Sicherheit nicht mehr so viel Hackschnitzel und alles, was da sonst noch drum herum ist, weil das einfach dann ganz normal wieder zugänglich bleibt und zugänglich ist. Ich will es nur vom Grundsatz her sagen, denn wir hatten es jetzt an einer anderen Stelle auch schon. Mit großer Mehrheit würde ich gar nicht mehr sagen, also wenn mit Mehrheit an irgendeiner Stelle hier mal Beschlüsse gefasst worden sind, dann finde ich es kritisch, wenn man versucht, über den Haushalt diese Beschlüsse wieder einzusammeln, sondern dann müssen wir uns an einer anderen Stelle nochmal grundsätzlich drüber unterhalten. Wir setzen hier nur das um, was der Gemeinderat irgendwann mal beschlossen hat. Und wenn jetzt der neue Gemeinderat der Meinung wäre, dass dieser alte Beschluss nicht in Ordnung ist, dann kann der neue Gemeinderat durchaus dann ab Sommer 2024 etwas anderes diskutieren und vielleicht etwas anderes in die Wege leiten, genauso wie Sie es natürlich auch jederzeit können mit dem entsprechenden Halbjahresabstand. Aber über den Haushalt quasi dann regeln zu wollen, das finde ich von der grundsätzlichen Strategie her schwierig. In dem Fall macht es jetzt nichts, weil sie mehr Geld wollen, und das geht nicht verloren, wenn man am Ende doch das ursprüngliche Konzept umsetzt und es vielleicht nicht braucht. Umgekehrt wäre es schwieriger, aber ich bitte da einfach nochmal, dass wir das versuchen, auseinander zu halten. Der weihnachtlichen Stimmung auf dem Friedrichsplatz tut das, glaube ich, keinen Abbruch, wenn wir zu dieser Ausbaustufe zurückkehren, die wir einmal vereinbart hatten, um die Grünflächen endlich dann auch wieder ein Stück weit zu schützen und nicht durch die entsprechende Beschallung noch zusätzlich zu belasten.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Also es geht um den CDU-Antrag mit der Ordnungsziffer 1.219, und ich bitte jetzt um Ihr Votum ab jetzt. Der ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Wir kommen damit zu drei **Haushaltssicherungsvorschlägen** von uns, die **Ertragssteigerung der Gebühr, neue Kalkulation der Jahrmarktgebühren**, einmal **für die Frühjahrsmesse**, einmal **für die Herbstmesse** und dann auch **für den Christkindlesmarkt**. Das sind die **Ordnungsziffern HHS\_GR84, GR85 und GR86**. Und wenn Sie einverstanden wären, würde ich die gerne gemeinsam aufrufen. Die kommen dann sowieso noch mal in eine Beschlussvorlage im Dezember, weil das etwas mit Gebührensatzungen zu tun hat. Das wäre mein Vorschlag zum Verfahren.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Ich möchte doch dafür plädieren, dass wir das getrennt abstimmen, weil von unserer Fraktion aus, wir können natürlich schweren Herzens bei den Ertragssteigerungen bei der Frühjahrsmesse und bei den Jahrmarktgebühren mitgehen. Allerdings beim Christkindlesmarkt beläuft die sich auf 30 Prozent. Das ist uns einfach auf einmal zu hoch, muss ich ganz klar sagen. Wir stellen in Ergänzung zu unserem Änderungsantrag bei einer zehnpromzentigen Erhöhung. Das können wir mittragen. Ich möchte Sie bitten, zu bedenken zu geben, dass die Schausteller auch extrem mit Personalproblemen kämpfen, dann natürlich die Energiekosten. Mir hat ein Schausteller erzählt, er hat vorher 900 Euro für Strom bezahlt, zahlt jetzt 2.000 Euro. Und wenn man sich vorstellt, ich habe

es im Ausschuss, ich habe den Kollegen Friedemann dort vertreten, dass es jetzt vielleicht über den Weihnachtsmarkt auch vier Wochen weiter regnet und von abends einer Stunde Glühweinausschank. Kann man nicht diese 30 Prozent Steigerung einfach finanziell verkraften. Und es macht dann auch keinen Sinn, wenn die Mehrheit hier nächstes Jahr den Friedrichsplatz noch bespielen will, wir aber die Hälfte der Schausteller verlieren, weil die sagen, Karlsruhe ist einfach zu teuer mittlerweile für uns.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Nur eine ganz kurze Nachfrage zum Prozedere. Nach unserer Information würde das noch mal in den Ausschuss kommen und dort erst abgestimmt werden. Im Gemeinderat muss es noch mal abgestimmt werden.

**Der Vorsitzende:** Ich habe gerade gesagt, dass es im Dezember noch mal als Satzung kommt. Aber Sie sollten trotzdem heute einen ernstgemeinten Beschluss fassen, denn wir können jetzt nicht hier so abstimmen, im Dezember wieder anders. Das macht keinen Sinn.

**Stadtrat Hock (FDP):** Kollegin Lorenz hat genau das gesagt, was meine Fraktion auch sieht. Wir wollen das auch getrennt abstimmen in dem Bereich des Christkindlesmarktes und bei der Erhöhung von Essen und Alkohol, also Glühweinstände um fast 30 Prozent. Ich habe gehört, dass das scheinbar leistbar wäre angeblich, sagt die Verwaltung. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, dass man dann Erhöhungen macht, das ist okay. Das würden wir auch mittragen, aber bei fast 30 Prozent muss ich ganz ehrlich sagen, das ist für meine Fraktion übertrieben. Und der Änderungsantrag ist auch schon geschrieben. Deshalb bitte ich um eine getrennte Abstimmung.

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz:** Wir haben das Thema im Ausschuss für öffentliche Einrichtung andiskutiert. In der Tat, das kommt jetzt noch im Hauptausschuss und in den Gemeinderat. Hintergrund für die Öffentlichkeit ist, dass wir einen Kostendeckungsgrad des Christkindlesmarkts über 50 Prozent zumindest darstellen wollten. Wir haben eine kleinere Erhöhung bei den kleineren Ständen vorgenommen, aber bei den Getränkeständen und den großen Ständen eine höhere Erhöhung. Das hat zu Diskussionen geführt im Ausschuss. Und ich habe auch gesagt, wir müssen das im Hauptausschuss im Dezember oder gegebenenfalls im Gemeinderat dann korrigieren, wenn der Gemeinderat der Auffassung ist, dass er einen Kostendeckungsgrad des Christkindlesmarkts unter 50 Prozent akzeptiert. Unsere Vorgabe war, dass wir mit mindestens über 50 Prozent einen Vorschlag dem Gemeinderat zur Diskussion vorlegen. Deswegen das vielleicht noch mal zum Hintergrund, dass der Sachverhalt komplett dann auch beleuchtet wird.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen jetzt genau an den Punkt, den ich gestern schon allgemein angesprochen habe. Wir haben laufende weitere Kosten, die anderen haben es auch. Und sollen wir deswegen am Ende sagen, uns ist der Kostendeckungsgrad egal, und wenn er unter 50 Prozent ist, macht es auch nichts. Also ich hätte Schwierigkeiten auch der Öffentlichkeit darzustellen, warum ich aus Mitteln der Bürgerinnen und Bürger am Ende einen Christkindlesmarkt zu über 50 Prozent nur aus städtischen Mitteln einbringe. Das wäre die Konsequenz. Ich finde selbst 50 Prozent eigentlich noch viel zu niedrig. Also mich überrascht das jetzt eher, und auch das bitte ich einfach mal zu bedenken. Wir nehmen es jetzt nicht von denen, die mit ihrem Kunsthandwerklichen mit großen Problemen gucken, dass sie überhaupt ihre Standunkosten reinbekommen, sondern wir nehmen es von denen, von denen wir wissen, dass es oft doch zu recht guten Umsätzen führen kann.

Dass die auch mit Energie und allem zu kämpfen haben, ist klar. Aber irgendwo müssen wir am Ende die Lasten dann auch ein Stück weit zwischen allen verteilen. Dass es damit am Ende für den Endkunden auch teurer wird, ist auch klar. Aber das ist in der Gastronomie nebedran...

(Zuruf: Stadtrat Hock/FDP)

- Ja, Herr Hock, aber in der Gastronomie nebedran übernehmen wir nicht 50 Prozent der Kosten. Die Gastronomie nebedran muss für ihre Miete alleine aufkommen, muss für alles Mögliche aufkommen. Da übernehmen wir nicht über 50 Prozent der Kosten und sagen, damit du auch bleibst, übernehmen wir das. Sie müssen irgendwann auch die Verhältnismäßigkeit von den verschiedenen Gruppen, die vergleichbare Angebote haben, akzeptieren und sich nicht hier nur immer hinstellen und sagen, die haben Inflationsprobleme, also übernehmen wir da auch noch alle Mittel. Das finde ich an der Stelle auch ein bisschen unfair. Und Sie wissen, was für einen Stress wir auch teilweise haben oder auch gerade während Corona hatten zwischen der fest installierten Gastronomie und anderen Angeboten. Wir müssen schon auch ein bisschen gucken, dass wir nicht die einen überproportional entlasten, und die anderen müssen halt gucken, wie sie dann über den Winter kommen.

Gut, also jetzt haben wir den Vorschlag, dass wir die beiden **Haushaltssicherungskonzept Maßnahmen HHS\_GR84 und GR85**, das betrifft Frühjahrsmesse und Herbstfest, die können wir gemeinsam zur Abstimmung stellen, und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitlich angenommen**.

Wir kommen jetzt zum **Haushaltssicherungsvorschlag der Verwaltung**, der der weitergehende ist. Und wenn der abgelehnt würde, dann würde ich den Haushaltsicherungsvorschlag mit den 10 Prozent aufrufen, der jetzt eingebracht wurde. Frau Lorenz, ich glaube, so ist es. Okay, dann rufe ich jetzt erst mal die **Ziffer HHS\_GR86 unverändert** auf. Ertragssteigerung, Gebührenneukalkulation, Christkindlesmarkt in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Höhe und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der Verwaltungsvorschlag **angenommen**. Damit hat sich das andere erledigt.

## Teilhaushalt 7400

Wir kommen damit zum Teilhaushalt. Stadtentwässerung. Da kann ich unter dem Teilhaushalt 7400, Stadtentwässerung, auf vier Positionen auf der **Veränderungsliste** hinweisen, einmal die Aufwendungen, die vom **Klärwerk an den Eigenbetrieb Team Sauberes Karlsruhe umgelegt** werden. Dann haben wir eine summenneutralen **Sammeltopf für Ausgleichsmaßnahmen** geschaffen. Dann haben wir beim **Klärwerk Karlsruhe die Installation eines Solarfaltdachs**. Da haben wir die Eigenleistungen aktiviert und dargestellt. Das hatten wir ja erst schon an einer anderen Stelle. Und wir haben bei dem Thema **Planungskosten für Klärwerkschlammbehandlung, Neubau einer Faulungsanlage Mittel umgeschichtet**, aber in der Summe gleich gelassen.

## Teilhaushalt 8000

### Antrag 1.220 (Seite 441): Wirtschaftsförderung der kurzen Wege (FW|FÜR)

Damit kommen wir zum Teilhaushalt 8000, Wirtschaftsförderung. Da gibt es einen Antrag der Freien Wähler | FÜR Karlsruhe, Wirtschaftsförderung der kurzen Wege, auch ein Auftrag nach einer Konzeption.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Das bedarf sicherlich ein bisschen der Erläuterung. Zunächst einmal, wir kennen die Antwort, dass die Wirtschaftsförderung, das, was wir fordern, schon macht. Das sehen wir auch so und auch ein großes Lob. Sie ist sehr aktiv. Allerdings sehen wir Entwicklungsbedarf dahingehend, dass sich die Parameter verändern. Wir möchten die Wirtschaftsentwicklung in ein Stadthaus umwandeln, zusammen mit der Wirtschaftsförderung und auch Förderbanken als zentrale Anlaufstelle für Gründer und Gründerinnen, und nicht nur das sie eine zentrale Anlaufstelle ist, sondern dass sie eventuell auch aktiv rausgeht. Wir haben das KIT, aus dem viele kluge Köpfe entspringen, die nach ihrer Ausbildung Karlsruhe verlassen. Und viele junge Menschen haben einfach Angst vor der Selbstständigkeit und sagen, für mich ist es sicherer, in einen großen Betrieb oder vielleicht zur Stadt zur Verwaltung zu gehen. Da habe ich regelmäßig Urlaub und ein festes Einkommen. Wir möchten denen Mut machen. Wir brauchen Unternehmen, wir brauchen Existenzgründungen hier in Karlsruhe und ganz vor allem möchte ich die Frauen in den Blick rücken, auch Vereinbarkeit von Selbstständigkeit und Familie und auch ein ganz großes Thema Migrantinnen und Migranten.

Dahingehend müssen wir unsere Wirtschaftsförderung neu aufstellen, zum Beispiel auch ist es für Gründer oft ganz schwierig, ein kleines Büro zu finden. Da muss man neu denken. Kann die Wirtschaftsförderung zusammen mit der Fächer-GmbH zum Beispiel ein Gebäude erwerben, in dem kleinteilige Büros für diese Gründerinnen und Gründer angemietet werden können? Das ist ein breites Feld. Ich könnte dazu sicherlich noch einiges ausführen. Ich glaube, das wird auch zu weit führen, das heute hier abzustimmen. Daher würde ich den Antrag gerne in den **Wirtschaftsförderungsausschuss verweisen** und mit den Kolleg\*innen dort dezidiert erörtern.

**Der Vorsitzende:** Den Vorschlag nehmen wir gerne auf. Das würden dann die anderen, die dazu sprechen wollen, das auch so tun, dann vielen Dank. Das wäre sonst, glaube ich, eine längere Geschichte geworden hier.

**Antrag 1.221 (Seite 449): Internationale Zusammenarbeit/India Board (AfD)**

Wir kommen damit zu einem Vorschlag der Haushaltssicherung unter der Ziffer HHS\_GR87 internationale Zusammenarbeit. Da reduzieren wir etwas die Kostenansätze. Und jetzt gibt es dazu von der AfD-Gruppe auch noch einen Antrag. Da muss ich mal gerade gucken, Sie wollen da noch weitergehend kürzen. Das ist getrennt, aber wir können sie trotzdem gemeinsam aufrufen, weil es beides unter internationale Zusammenarbeit läuft. Dann würde ich hier unsere Haushaltsicherungsvorschlag und den Antrag der AfD unter 1.221 gemeinsam aufrufen. Gibt es da Redebedarf? Das ist nicht der Fall. Dann würde ich erst mal den **Haushaltsicherungsvorschlag** der Verwaltung **Reduzierung um einen bestimmten Betrag** hier zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Dann rufe ich den AfD Antrag auf und bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.222 (Seite 450): Erstwohnsitzkampagne weiter aussetzen (SPD)**

Dann rufe ich auf, unter der Ordnungsziffer 1.222 einen SPD Antrag. Wir sind jetzt mittlerweile auf der Seite 450 angekommen, Erstwohnsitzkampagne weiter aussetzen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Gerne hätten wir hier einen großen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet. Etwas irritiert sind wir über die Ausführungen der Verwaltung. Einmal schlagen Sie uns das vor, im Haushalt 2022/23 hiermit den Haushalt zu sichern, indem wir die Mittel rausnehmen dieser Kampagne. Jetzt haben wir sie wieder im Haushalt gefunden, haben beantragt, sie herauszunehmen, weil wir uns immer noch in einer schwierigen Haushaltslage befinden. Sie führen aber aus, dass diese Mittel sich positiv auf den Haushalt auswirken wollen. Dem wollen wir natürlich nicht im Wege stehen. Ich glaube, ganz genau kann man es nicht sagen. Vielleicht noch eine letzte Anmerkung, ob man wirklich 900.000 Euro für diese positiven Effekte braucht, möchte ich infrage stellen. Aber da Sie bereits den Ansatz etwas reduziert haben und sicherlich auch weiterhin an einer Haushaltskonsolidierung arbeiten, ziehen wir den Antrag von heute zurück.

**Der Vorsitzende:** Wenn er **zurückgezogen** ist, brauchen wir nichts mehr sagen.

**Antrag 1.223 (Seite 449): Städtisches Handwerkerzentrum, Betriebskostenzuschuss (AfD)**

**Antrag 1.224 (Seite 449): Gründerzentrum Handwerk - Feldversuch realisieren – Personalaufwendungen (CDU)**

**Antrag 1.225 (Seite 449): Gründerzentrum Handwerk - Feldversuch realisieren - Konsumtive Maßnahme (CDU)**

**Antrag 1.226 (Seite 449): Gründerzentrum Handwerk - Feldversuch realisieren - Investive Maßnahme (CDU)**

Ich rufe damit auf die Ziffer 1.223, ein Antrag der AfD-Gruppe, Städtisches Handwerkerzentrum, Betriebskostenzuschuss. Und wir haben auch einen Antrag der CDU mit mehreren Positionen, die sich auf das Gründerzentrum ebenfalls beziehen. Insofern würde ich jetzt 1.123, 1.124, 1.125, 1.126 gemeinsam aufrufen.



**Stadtrat Lamprecht (CDU):** Die Stadt hat wieder ein ambitioniertes Investitionsprogramm vorgenommen. Wer sich ein solches Investitionsprogramm vornimmt, muss auf ein starkes Handwerk bauen. Als CDU-Fraktion setzen wir auf das Handwerk und wollen die vielen unverzichtbaren mittelständischen Betriebe in Karlsruhe fördern. Darüber hinaus ist klar, dass wir noch mehr größere Handwerksbetriebe an attraktiven Standorten benötigen. Diese helfen bei der Erreichung unserer klimapolitischen Ziele und sorgen für Steuermehreinnahmen, sondern begegnen mit ihren Ausbildungsplätzen auch dem Fachkräftemangel. Karlsruhe muss attraktiv bleiben und noch attraktiver werden. Große Chancen sehen wir in einem Gründerzentrum für das Handwerk, das wir als Gewerbezentrum sowohl als für neu gegründete Unternehmen als auch für bestehende Unternehmen errichten wollen. Im Laufe des zurückliegenden Jahres hat die Stadtverwaltung zusammen mit der Karlsruher Fächer GmbH unterschiedliche Immobilien auf ihre Eignung für einen Feldversuch untersucht und einen Kostenrahmen gesteckt. Es gilt, diesen Feldversuch für ein Gründerzentrum im Handwerk schnellstmöglich umzusetzen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir hatten im Ausschuss für Wirtschaftsförderung besprochen, dass wir die Betriebskosten brauchen, damit wir dieses städtische Handwerkerzentrum errichten können. Und deswegen haben wir es beantragt.

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Wir GRÜNE sind voll einverstanden damit, dass die Stadt ein Gründer\*innenzentrum für das Handwerk entwickelt und unterstützen damit auch grundsätzlich den Antrag der CDU, hier den Feldversuch ins Leben zu bringen, dass wir vorankommen. Wir sind auch der Meinung natürlich, dass wir ein Handwerk in Karlsruhe brauchen und auch neue Handwerksbetriebe, um eben die Stadt nach vorne zu bringen und auch die Transformation zum Klimaschutz umzusetzen, denn das ist ja wirklich praktische Arbeit. Wir haben uns dann noch mal die Kalkulation angeschaut, der dem Wirtschaftsförderungsausschuss vorgestellt worden ist, und haben den Antrag der CDU angestellt, und würden deswegen zwei kleine Änderungen vorschlagen. Ich glaube, es ist auch sinnvoll, über diese kleinen Änderungen separat abzustimmen. Das ist eine Stelle, die vorgeschlagen wird, glauben wir, brauchten wir frühestens ab 2025 und würden die für 2024 herausnehmen. Und wir haben auch noch mal die Größe eines Feldversuchs angeschaut. Und das ist ja noch nicht das Gründer\*innenzentrum, sondern ein Feldversuch, das aussagekräftige Ergebnisse bringen soll, und der könnte eben auch etwas kleiner dimensioniert sein als das, was im Wirtschaftsförderungsausschuss vorgestellt würde. Wir haben die Kalkulation ansonsten unverändert belassen, und das würde dazu führen, dass ein Feldversuch mit ungefähr 1.600 Quadratmeter, das ist plausibel von der Größe mehr als bisher als Bedarf angefordert worden ist. Da sollte im ersten Jahr tatsächlich 175.000 Euro sinnvoll sein. Da schlagen wir keine Änderung vor. Aber im zweiten Jahr müssten dann nach dieser Kalkulation der KFG auch 300.000 Euro für diese Größe ausreichen. Deswegen schlagen wir vor, nicht 375.000 Euro, sondern 300.000 Euro in 2025 aus dem Ertragshaushalt anzustreben. Bei den Investitionsmitteln schlagen wir keine Änderung vor, weil sie nicht absehbar sind.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Auch wir haben Interesse daran, die Leistungsfähigkeit der Handwerksunternehmen zu stärken sowie den im Handwerk tätigen Menschen zu erfolgreichen beruflichen Entwicklungen zu verhelfen. Wir sind auch davon überzeugt, dass wir ein neues, innovatives, aber auch zeitgemäßes Zentrum für das Handwerk brauchen, um eben auch den Mittelstand in der Außendarstellung weiterhin positiv zu beeinflussen. Wir sind auch bereit und möchten auch gerne diese Anträge unterstützen, weil wir die Mittel für

den Feldversuch für ein Gründerzentrum Handwerk ja bereitstellen wollen, um einfach auch mit der Umsetzung anzufangen. Interfraktionell haben wir hier auch eine große Mehrheit. Wir haben das ja mehrmals auch in der Wirtschaftsförderung signalisiert, dass wir auf jeden Fall das Handwerk weiterhin positiv stärken wollen. Wie das jetzt mit den Änderungsanträgen von den GRÜNEN sein wird. Da werden wir dann uns dementsprechend auch positionieren. In diesem Sinne wollen wir weiterhin das Handwerk als SPD-Fraktion stärken.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir haben im Wirtschaftsförderungsausschuss und auch in der Fächer GmbH dieses Thema tief diskutiert, und das ist auch notwendig. Wir, die im Wirtschaftsförderungsausschuss sitzen, wissen, wie dramatisch, und das ist wirklich dramatisch, die Rückgänge im Handwerk sind. Handwerker wollen lieber außerhalb von Karlsruhe sich ansiedeln als hier, und da ist prozentual der Rückgang sehr gefährlich für unsere Zukunft. Und deshalb haben wir alle versucht, etwas zu tun, und wir unterstützen den CDU-Vorschlag und hoffen wirklich, dass wir nicht nur eine Änderung, sondern dass wir diese rückgängige Handwerkersituation positiv beeinflussen können. Wir sind hinter allen Vorschlägen in dieser Richtung.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Wir unterstützen ebenfalls den Vorschlag. Herr Høyem hat es sehr schön ausgedrückt. Ohne die Handwerker in der Stadt, glaube ich, würden die Räder still stehen, irgendwann mal. Also wir brauchen die in allen Lebensbereichen, nicht nur beim Klimaschutz, sondern einfach auch in der Gebäudewirtschaft, im täglichen Leben tatsächlich, und das ist auch ein wichtiger Teil von Lebensqualität in der Stadt. Wer heute einen Handwerkertermin sucht, weiß, wie lange es dauert. Deshalb volle Unterstützung von uns für diesen Vorschlag. Ich glaube, es ist ein guter Schritt. Wir haben viel Zeit in das Konzept investiert. Ich bin der Meinung, dass es gut investierte Zeit war und um präzise zu sein, was wir überhaupt erreichen wollen und können mit diesem Ausschlag, aber deshalb volle Unterstützung, dass wir da in den nächsten zwei Jahren damit losgehen.

**Stadträtin Lorenz (FW/FÜR):** Auch wir unterstützen sehr gerne den CDU-Antrag. Es ist schon mehrfach gesagt worden von allen Parteien, wie wichtig das Handwerk ist. Wir finden allerdings auch, dass bei so einem Feldversuch schon eine gewisse Größe auch eingehalten werden muss, sonst gibt es keine Synergieeffekte. Also wir möchten das nicht zu sehr einschrumpfen oder schrumpfen, was uns ein bisschen von den GRÜNEN angeregt wird, sondern es muss wirklich auch ein Feldversuch sein, der Aussagekraft hat für das zukünftige reale Gründerzentrum von unserer Seite. Also volle Unterstützung für den CDU-Antrag.

**Der Vorsitzende:** Wir haben jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Jetzt gab es zwei Änderungswünsche. Sollen wir erst die Änderungswünsche nehmen als Änderungsaspekte für den eigentlichen Antrag und dann den eben veränderten oder nicht veränderten Antrag? Okay, dann würde ich die beide gemeinsam aufrufen, nämlich einmal das oder geteilt. Also der Änderungsantrag an den Hauptantrag war, dass man die Stelle erst **ab 25 einrichtet**. Das ist okay, übernehmen die Antragsteller. Dann brauchen wir es nicht mehr abstimmen. Und der zweite Punkt war, aus den 375.000 Euro Sachmittel **300.000 Euro Sachmittel ab dem zweiten Jahr** zu machen. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung als Änderungsantrag an den Hauptantrag und bitte eben um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **angenommen**.

Dann, wenn es okay ist, stelle ich jetzt den Hauptantrag zur Abstimmung. Da haben wir zwei Veränderungen vorgenommen. Einmal auch in Einvernehmen mit dem Antragsteller wird die Stelle erst ab 2025 eingerichtet und einmal entgegen dem ursprünglichen Antragsteller werden die Betriebskosten ab dem zweiten Jahr von 375.000 Euro auf 300.000 Euro reduziert. Sonst bleiben alle Summen gleich. Das würden sie verändern. Da müssen wir noch mal abstimmen.

Jetzt haben wir es nicht mehr da. Ich kann das jetzt gar nicht nachvollziehen. Wir müssen den zweiten Änderungsantrag, von 375.000 Euro auf 300.000 Euro zu gehen, noch mal zur Abstimmung stellen. Und da bitte ich um Ihr Votum ab.

Herr Lamprecht, Sie wollten eigentlich dagegen stimmen. Wir müssen noch mal abstimmen. Das ist vielleicht falsch. Ich will jetzt nicht urteilen, ob es technisches oder menschliches Problem ist. Wir wiederholen die Abstimmung noch mal. Weiß jetzt jeder, worum es geht? Und jetzt können wir noch mal zur Abstimmung kommen über die Änderung von 375.000 Euro auf 300.000 Euro. Und zwar ab jetzt. Herr Schnell, was haben Sie denn gedrückt? Auf Nein. Herr Jooß, was haben Sie gedrückt? Auch Nein. Also, dann sind wir bei 23 Nein zu 21 Ja. Und damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Jetzt kommt der um eine Position veränderte Originalantrag der CDU zur Abstimmung. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme**. Jetzt habe ich am Anfang vergessen, den AfD-Antrag als ersten abzustimmen. Der geht über diese Betriebskosten noch mal hinaus.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Der stimmt, mit dem, was wir jetzt bei der CDU verabschiedet haben, überein und ist damit erledigt.

## Teilhaushalt 8200

### Antrag 1.46 (Seite 157: Klimaanpassung Forstamt (AfD))

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zum Teilhaushalt Forsten. Da würde ich zunächst den aus der anderen Stelle verschobenen Antrag der AfD-Gruppe noch mal aufrufen, dass es die laufende Ziffer 1.46, die hatten wir gestern nicht abgestimmt. Und da geht es darum, dass Sie Stellenschaffungen hier begehren, um beim Forstamt Klimaanpassungsmaßnahmen durchzuführen. Da geht es um 300.000 Euro in den jeweiligen Haushaltsjahren. Und diesen Antrag, an den Sie sich vielleicht hoffentlich alle noch erinnern, den stelle ich jetzt zur Abstimmung. Ein Antrag der AfD-Gruppe, die laufende Nummer 46, da müssten Sie wieder zurückblättern. Das war irgendwo vorne drin. Es geht um drei Stellen, wenn ich es richtig weiß, die hier eingerichtet werden sollten oder fünf. Ich hab es hier leider nicht drin stehen, vier zusätzliche Stellen. Wir kriegen es gemeinsam hin, um beim Forst die Klimaanpassungsfolgen personell auffangen zu können. Und diesen Antrag stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

### **Antrag 1.227 (Seite 455): HHSM\_GR88 - Rückbau der Wildgehege stoppen (CDU)**

Wir kommen damit auf der Seite 455 zum Haushaltsicherungsvorschlag Teilrückbau von Wildgehegen. Das ist ein Vorschlag der Verwaltung. Und damit beschäftigt sich auch der CDU Antrag unter der Ordnungsnummer 1.227, der diese Haushaltsmaßnahme nicht mittragen möchte.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Ich brauche hier in diesem Hause nicht ausführen, welche Bedeutung die drei Wildgehege haben, um die es hier geht, und deren Rückbau die Verwaltung hier fordert. Wer diese Gehege kennt und dort immer mal wieder vorbeikommt, sieht, dass sie sich mit einem wirklich überzeugenden Interesse verbinden, dass also da sehr viele Leute hingehen. Sie werden mit Wegweisern von weit her dorthin geführt, und die Kinder und Eltern gehen mit großem Vergnügen dort hin und verweilen oft sehr lange um diese Gehege. Und jetzt hat die Verwaltung in einer Not, die ich nachvollziehen kann, vorgeschlagen, wir streichen das, da sparen wir viel Geld, wir sparen vor allem Gehälter, wir sparen natürlich Unterhaltungskosten. Und dann ging so ein bisschen in der Vorlage der Verwaltung auch darum, dass man sehr viel investieren müsste in die vorhandenen Anlagen, aber eigentlich müsste man sie ganz anders aufziehen. Zum Schluss war noch das Tierwohl ein Thema, das man noch gezogen hat. Ich will es vielleicht mal versuchen aufzudröseln.

Ich bin sehr dankbar der Verwaltung über die Gegenüberstellung der einzelnen Maßnahmen. Das hat zu einer gewissen Versachlichung geführt, und man hat einstufen können, wo die Probleme sind und wohin wir uns entwickeln. Gleichwohl ist es aus Sicht der CDU jetzt nicht angängig, dass wir einfach einen Kahlschlag machen, sondern dass wir die Erkenntnisse, die wir jetzt hier haben, dazu nutzen, eine Konzeption zu entwickeln, wie wir vielleicht auf einen Teil dieser Gehege mit Anstand verzichten können, ohne auf andere Bestimmungen und Anforderungen zu verzichten oder die zu übergehen. Daher, mit dieser Anlage könnte man so eine Konzeption vorbereiten, die wir letztendlich als CDU fordern. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass im Moment kein Bedarf besteht, die Gehege von jetzt auf nachher aufzulösen. Es ist sicherlich ein Bedarf da, dass man mittelfristig etwas unternimmt. Das will ich gerne einräumen, aber es ist in jedem Falle Bedarf da, dass man so eine Konzeption errichtet, in der uns nämlich vorgeführt wird, welche Anzahl von Gehegen können wir oder müssen wir reduzieren? Müssen wir Tierarten wechseln? Müssen wir vielleicht die Anzahl der Tiere innerhalb der Gehege reduzieren? Also ich habe mir sagen lassen, dass es da eine ganze Kiste von Werkzeugmöglichkeiten gibt, die man verändern kann. Und dafür werben wir als CDU-Fraktion, dass wir das uns noch einmal anschauen, bevor wir eine endgültige Schließung aller Gehege jetzt bringen. Und wenn ich jetzt von den Alternativen rede, die sich aus der Haltung dieser Tiere selbst anbietet, dann möchte ich auch anregen, dass wir weitere Fantasien entwickeln. Ich sage beispielsweise, wer hat denn schon mal mit der ortsansässigen Wirtschaft darüber gesprochen, ob es da nicht Synergien zu ziehen gibt, vielleicht auch Möglichkeiten, manche Kosten viel, viel günstiger dann im Ergebnis im Ergebnis abzuwickeln. Ich glaube, die Dinge müssen vorgeklärt werden, um dann von mir aus relativ rasch in so ein Konzept reinzugehen. Und erst dann sollten wir über eine nicht unwiderrufbare Streichung und eine Auflösung dieser drei wichtigen Einrichtungen reden.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Die drei Wildgehege in Karlsruhe sind extrem beliebt, und sie existieren schon seit sehr langer Zeit. Insofern ist natürlich klar, dass die Bevölkerung

insbesondere in den Teilorten, in denen es diese Wildgehege gibt, natürlich sich wünschen, dass diese erhalten bleiben. Es ist allerdings so, dass der Forst nicht aus Jux und Tollerei jetzt entschieden hat, die Mittel zu streichen für die drei Wildgehege. Das Wildgehege in Daxlanden muss aufgelöst werden, weil dort der Polder gebaut wird. Also von daher wird es dort mit Sicherheit auch keine Zukunft haben. Das Dammwildgehege ganz oben, da gibt es eigentlich auch so gut wie keinen Widerstand. Das heißt also, es wird auch akzeptiert, weil man weiß, dass dieses Dammwildgehege dort gar nicht mehr gehalten werden kann, auch aus gesetzlichen Vorgaben, sondern komplett an einen Waldrand in ein riesiges Gehege verlagert werden müsste. Also von daher kommen diese beiden künftig auch nicht mehr infrage. Und das müssen wir auch, auch wenn es uns auch selber leidtut, akzeptieren. Es geht eben insofern primär um das Wildschweingehege am Funkturm, und dort ist natürlich das extrem beliebt. Sie haben gesagt, ein bisschen Tierschutz, das Wildgehege ist 50 Jahre alt. Das ist einerseits natürlich so, dass man an dieser langen Tradition festhalten möchte. Andererseits ist natürlich dieses Alter das Hauptproblem, denn dieses Wildgehege nach 50 Jahren entspricht nicht mehr dem Standard der heute notwendig ist, ein Wildtiergehege in der Natur zu halten. Und es ist nicht ein bisschen Tierschutz, sondern die Tierschutzanforderungen in den letzten 50 Jahren haben sich eben entsprechend stark verändert zugunsten eines besseren Tierschutzes. Und das ist das Problem, und deshalb ist nicht damit getan, dass man das so macht, wie Sie das hier vorgeben, nämlich die Mittel, die jetzt praktisch für die derzeitige Bewirtschaftung notwendig wären, einfach zu streichen. Da machen Sie es sich einfach zu einfach.

Die Ortsverwaltung hat dankenswerterweise sogar 50.000 Euro eingestellt. Aber auch das wird nicht ausreichen, wenn wir davon ausgehen, dass wir auf jeden Fall, wenn das Tiergehege erhalten bleiben soll, mindestens 450.000 Euro, 500.000 Euro investieren müssen. Die Zahlen liegen Ihnen alle im Detail vor. Die sind da verwaltet, sind uns schon vor Wochen zugegangen und noch mal erneut für die Haushaltsberatungen. Auf jede einzelne der Maßnahmen kann einfach nicht verzichtet werden. Und deshalb, Herr Kollege Pfannkuch, wenn die CDU jetzt wirklich so fest entschlossen ist, dieses Tiergehege zu erhalten, dann wird es kein Sparmodell geben können, weil es dann keine Zukunft hat, sondern dann muss man überlegen, was ist im Wald möglich? Da bin ich bei Ihnen, da sind wir GRÜNEN bei Ihnen. Was kann man machen, um hier attraktive Bereiche im Wald auch zu verstärken? Das ist sicher notwendig für die Bevölkerung. Aber diesem Wildgehege muss man entweder bereit sein, die 500.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Und wenn man das nicht macht, dann ist es ein Blümentraum zu meinen, man kann es erhalten. Insofern würden wir heute Ihren Antrag ablehnen, aber wir sind offen für weitere Diskussionen, wie wir speziell auch in unseren schönen Wäldern eine Attraktivitätssteigerung hinbekommen. Aber sicher müssen wir heute einfach mal klare Ansprache machen, auch den Menschen muss man auch die Wahrheit sagen dort und nicht nur so, wir können irgendwas machen, sondern man muss ihnen auch klar sagen, was es bedeutet. Und deshalb würden wir jetzt heute so nicht zustimmen und hoffen, dass wir trotzdem interessante Diskussionen über die Zukunft in den Wäldern noch führen werden.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ich muss ehrlich sagen, diese Sanierung und Schließung der Wildgehege, das hat uns schon wie aus heiterem Himmel getroffen. Es war zwar schon vor Monaten angekündigt von dem neuen Forstdirektor, dass so was im Raume steht, aber all die Jahre, und ich wohne da oben und in unmittelbarer Nähe des alten Wildgeheges, war da nichts, da kamen keine Signale. Meine Fraktion sieht natürlich ein, dass alle drei Wildgehege nicht erhalten werden können, und wir wollen aber zumindest unser Augenmerk -

obwohl das Wildgehege im Bergwald, Distrikt Bergwald, mir geografisch näher liegt - auf das Wildgehege in Wettersbach richten. Fahren Sie mal am Wochenende hoch. Da gibt es richtige Verkehrsproblematik, weil da wirklich sehr viele Besucher hochströmen. Der Bedarf und der Wunsch, so ein Wildgehege zu besuchen, ist also auf jeden Fall da. Der Kollege Pfannkuch hat es auch schon gesagt. Meiner Meinung nach ist dieser sogenannte Schnellschuss seitens der Verwaltung oder der Forstbehörde nicht richtig untersucht worden, was es noch für Möglichkeiten gibt, wie die einheimische Wirtschaft. Wir reden auch von einem Gastronomen, der ein großes Zentrum in dem Berg hat, er hat wohl schon Signale gesendet, genauso wie wir dort oben zwei Aussiedlerhöfe haben, die Interesse haben, sich da unter Umständen einzubringen.

Und das wichtigste Argument, es gibt unabhängig davon eine Bürgerinitiative, die sehr aktiv ist und die das alles unterstützen würde. Das Engagement finden wir toll, und dafür bedanken wir uns auch. Aber das wichtigste Argument für mich, und das ist total in keiner Vorlage erkennbar, wir sind Teil des Naturparks Schwarzwald. Und hat man schon mal Kontakt aufgenommen, was Fördergelder angeht, da wir Mitglied in dem Naturpark Schwarzwald sind? Das wollte die Stadt Karlsruhe so. Und vor ein paar Jahren sind wir da beigetreten, und da bitten wir darum. Ich muss mich jetzt kurzfassen, habe schon Signale gekriegt, aber dass Kontakt aufgenommen wird und alle Möglichkeiten des Unterhalts und der Förderung dieses Wildgehege, ich spreche jetzt nur noch von einem, untersucht werden.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion möchte den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen und letztendlich unter dem Motto „Unser Dorf muss attraktiv bleiben“, uns für die beiden Wildgehege in den Bergdörfern stark machen. Was wir auf Dauer als kritisch sehen und letztendlich nicht mehr weiterführbar ist, ist natürlich unten am Rhein, bei Rapenwört das Tiergehege, allein schon eben wegen der zukünftigen Polder. Und wir wollen auch nicht, dass die Tiere dort irgendwann auf gut Deutsch absaufen. Aber oben in den Bergdörfern, das unterstützen wir weiterhin. Ich möchte auch das aufgreifen, was die Frau Kollegin Erdmann gesagt hat, gerade mit dem Naturpark Nordschwarzwald. Da sollte man wirklich alles genau anschauen und unterstützen.

Eine abschließende Frage, Herr Oberbürgermeister. Wir bekommen Signale, oder? Oder die Aussage von den Bergdörfern, dass das auch in den in den Eingemeindungsverträgen irgendwie benannt wird, festgeschrieben wird. Wie weit ist das stimmig?

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Ich würde jetzt gerne für die Höhenstadtteile die alte Ziege wieder ins Spiel bringen, die ich letztes Mal so salopp angeführt habe. Und es zeigt sich, ich weiß nicht, ob es den anderen Fraktionen auch so geht, wir wurden angeschrieben von Bürgern und dass es auch Landwirte gibt, die bereit sind, eine Kompromisslösung zu finden, dass wir einfach Tiere haben, die einfacher zu halten sind und bei der Stadt nicht so stark zu Buche stehen, dass wir die Gehege zunächst nicht abbauen. Die sind da. Den Zaun gibt es, und für andere Tierarten ist der wahrscheinlich auch zulässig, dass einfach die Verwaltung dann noch mal auf die beiden Höhenstadtteile zugeht oder wenn jetzt nur noch eins erhalten werden soll, dass wir eine Kompromisslösung findet, sodass wir es mit einem kleinen geringen Zuschuss für die Unterhaltung hinkommen, aber sonst eben in Eigenverantwortung mit den Landwirten und den Bürgern betrieben werden kann.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Wenn wir noch Zeit haben, wenn Sie von Ziegen sprechen, wir haben drei. Die einzuzäunen ist nicht leicht. Ich glaube, da muss man auch große Investitionsmaßnahmen machen. Das sehen wir auch als eine große Schwierigkeit hier, und auch an das Tierwohl zu denken, deswegen sind wir jetzt dagegen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Ist es möglich, dass man auch zum Tierschutz, weil es jetzt hier schon mehrfach angesprochen wurde und vielleicht auch zum Veterinärwesen, was man dazu sagt zu diesen Gehegen? Das ist nämlich auch eine wichtige Einschätzung, die bei der ganzen Diskussion meines Erachtens komplett außer Acht gelassen wird.

**Der Vorsitzende:** Also ich verwehre mich gegen den Vorwurf eines Schnellschusses. Genauso verweise ich mich gegen den Vorwurf, dass wir nicht ausreichend Zeit gehabt hätten, das in aller Detailtiefe und unter Heranziehung aller Informationen gewünschter Art hier miteinander vorzubereiten. Unser Forstamt wird rauf und runter gelobt, völlig zu Recht. Aber wenn es dann einen konzeptionell nachvollziehbaren Vorschlag macht, der Ihnen nicht passt, dann wird der in allen an allen Ecken und Enden in Frage gestellt. Das finde ich nicht in Ordnung.

Jetzt kommen wir zur Abarbeitung der Anträge. Wir haben es mit der **Haushaltsicherungsmaßnahme HHS\_GR88** zu tun, die von der CDU grundsätzlich in Frage gestellt wird mit ihrem Antrag. Deswegen stellen wir jetzt den Antrag der CDU hier zur Abstimmung. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Der Antrag ist **mehrheitlich abgelehnt**. Damit wäre die Haushaltssicherungsmaßnahme so durchzuführen, wie wir sie vorgeschlagen haben.

Jetzt habe ich gehört, dass es den Wunsch gibt, noch mal zu einem Standort sich in Konzeptionsentwicklungen zu begeben und Ihnen das noch mal darzustellen. Diesen Auftrag nehme ich jetzt als mündlichen Auftrag heute an. Ich habe jetzt die Details alle nicht drauf, um welches es genau geht und welche Tiere gehalten werden. Ich weiß nicht, ob Ziegen schon eingebracht worden sind und die Gastronomen, die unter Inflation und Personal-mangel leiden, habe ich gelernt in den zwei Tagen. Sie haben jetzt auch Möglichkeiten, ein Wildtiergehege zu unterstützen. Das nehme ich sehr dankbar als Stadt natürlich in Anspruch. Und das Thema Naturpark, wo ich von anderen Oberbürgermeistern und Bürgermeistern weiß, dass sie dran verzweifeln, dass man am Naturpark immer etwas machen will, aber dann keine Fördermittel dafür kriegt, auch das können wir gerne noch mal überprüfen. Solche Zurufe täten dann ein paar Tage vorher auch ganz gut. Dann könnte man nämlich nachfragen und die Themen dann auch gleich hier schon abräumen. Diesen Auftrag nehmen wir mit und legen Ihnen dazu noch mal was vor, wenn das in Ordnung ist.

**Antrag 1.228 (Seite 459): Sanierung Wildgehege Wettersbach (Ortsverwaltung Wettersbach)**

Dann kommen wir zum Antrag des der Ortsverwaltung des Ortschaftsrats Wettersbach, nochmal 50.000 Euro für die Sanierung des Wildgeheges einzustellen.

(Zuruf: Stadtrat Schnell)

Herr Stadtrat Schnell, Sie haben mit Ja gestimmt hat. Würde das was ändern? Ich habe das. Dann nehmen wir es fürs Protokoll auf.

Jetzt kommt der Antrag des Ortschaftsrats Wettersbach auf Einstellung von 50.000 Euro zur Sanierung des Wildgeheges. Das würde ich gleich zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.229 (Seite 455): HHSM\_V192 - Reduzierung des Wildschutzes aus Budget Forstamt (AfD)**

Ich rufe damit auf unter der Ordnungsziffer 1.229 einen Antrag der AfD-Gruppe. Der bezieht sich auf eine Haushaltssicherungsmaßnahme, die wir im Verwaltungsvollzug alleine entscheiden können. Die AfD begehrt aber, dass wir diese Entscheidung so nicht treffen, nämlich den Aufwand für den Wildschutz im Budget des Forstamtes zu reduzieren. Und deswegen stelle ich jetzt den Antrag der AfD-Gruppe hier zur Abstimmung und bitte um ihr Votum ab jetzt (**mehrheitlich abgelehnt**).

**Antrag 1.230 (Seite 455): Weiterführung einer Forstwirtschaftsstelle beim Forstamt (FDP)**

Jetzt rufe ich auf den Antrag der FDP unter der Ordnungsziffer 1.230. Da geht es um die Forstwirtschaftsstelle, die wir ursprünglich bei den Wildgehegen sozusagen quasi ersparen wollten. Und insofern müssen wir die jetzt noch mal separat aufrufen. Und sie ist auch nicht identisch mit der Stelle, die die GRÜNEN zur Klimaanpassung begehren. Das müssen wir alles auseinanderhalten.

**Stadtrat Hock (FDP):** Ja, Herr Oberbürgermeister, das haben Sie ganz genau richtig gesagt. Wir haben das jetzt gestellt, weil wir gedacht haben, vielleicht, wenn es hier eine Mehrheit für diese Geschichte mit den Wildgehegen gibt, dann ist diese Stelle, die das betreut, natürlich dann auch mit weg. Und es war uns wichtig, dass das nicht passiert, weil der Forst hat solche große Probleme im Beschau von Bäumen, die der Verkehrssicherungspflicht eigentlich dann herausgenommen werden müssen, dass es uns ganz klar war, dass wir diese Forstwirtschaftsstelle auf jeden Fall erhalten müssen für den Forst um die Arbeit, die vielfältige Arbeit im Forstbereich da weiterzuführen. Wenn ich das richtig sehe, ist es ja jetzt sowieso so, dass diese Gehege erhalten bleiben. Deshalb ist unser Antrag dann insofern dann da auch nicht mehr erforderlich. Nichtsdestotrotz, Herr Oberbürgermeister, haben wir zusammen schon angesprochen, dass es wichtig ist, dass Sie sich das auch mit Ihrer Verwaltung noch einmal genau anschauen, weil wir in dem Bereich Gartenbauamt und Forst große Probleme haben mit dem Personal. Herzlichen Dank. Dann wäre der Antrag von uns erledigt.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte nochmal darauf hinweisen, wir haben die Wildgehege abgeschafft. Wir machen Ihnen noch für die Fortführung eines Wildgeheges einen Vorschlag. Ich habe Ihnen das noch nicht zugesagt, dass wir das quasi damit schon alles sicher haben, weil hier noch eine Reihe von Detailfragen noch waren, die wir erst mal aufdröseln müssen. Insofern, Herr Stadtrat Hock, kann ich Ihnen jetzt nicht zusagen, dass aufgrund der Beschlusslage diese Forstwirtschaft automatisch erhalten bleibt.

**Stadtrat Hock (FDP):** Herr Oberbürgermeister, entschuldigen Sie bitte, dann habe ich das falsch verstanden. Dann wäre es natürlich so, dass wir den Antrag nicht zurückziehen. Entschuldigen Sie bitte für mein Missverständnis.



**Der Vorsitzende:** Nein, ist alles gut. Wir müssten dann natürlich, da haben Sie wieder recht, wenn wir einen Vorschlag machen, den man überhaupt umsetzen kann, Ihnen auch die personelle Ausstattung dafür vorschlagen. Wann wird denn die Stelle frei? Im Oktober 2024 erst? Also die Stelle ist bis zum Oktober 2024 besetzt. Ich glaube, dann hätten wir noch Zeit, im ersten Quartal 2024 darüber zu reden, und gegebenenfalls müsste man die Stelle dann verlängern. Da geht es dann beim Doppelhaushalt 2024/25 auch nicht um doppelte Beträge. Können wir so verbleiben? Damit haben wir den Antrag jetzt erst mal vorübergehend als **erledigt** betrachtet.

**Antrag 1.231 (Seite 455): HHSM\_V193 - Waldpädagogik Sachmittelkürzung zurücknehmen (GRÜNE | CDU | SPD | KAL/Die PARTEI | FDP | DIE LINKE.)**

Wir kommen damit zu ganz vielen Anträgen, die sich mit der Verwaltung, mit dem Verwaltungsvorschlag 193 als Haushaltssicherungsmaßnahme beschäftigen, und GRÜNE, CDU, SPD, Karlsruher Liste/Die PARTEI, FDP und LINKE jeweils getrennt diese Sachmittelkürzung wieder begehren, zurückzuziehen. Ich würde einfach vorschlagen, das sieht nach einer saten Mehrheit aus. Dann **ziehen wir das jetzt zurück**, und dann brauchen wir es auch gar nicht abzustimmen. Dann haben wir da schon mal ein paar Sekunden wieder gespart.

**Antrag 1.232 (Seite 455): Stellenschaffung im Forstamt zur Abmilderung des bestehenden Personalmangels und Umsetzung des Konzepts zur Klimaanpassung (GRÜNE)**

Wir kommen damit zum Antrag der GRÜNEN, Ziffer 1.232, Stellenschaffung im Forstamt zur Abmilderung der der Klimaanpassungsfolgen. Da hatten wir zurückgemeldet, dass wir das schon mit aufnehmen wollen in unserer 27er Liste. Damit können wir das auch als **erledigt** betrachten. Und damit werden wir durch den Forst durch.

## **Teilhaushalt 8800**

**Antrag 1.233 (Seite 463): Gutachtenkosten reduzieren - Teilhaushalt Hochbau und Gebäudewirtschaft (SPD)**

Jetzt rufe ich auf den Teilhaushalt 8800, Hochbau und Gebäudewirtschaft, und auf der Seite 463 kommt wieder das same Procedure, die Gutachtenkosten reduzieren.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Bei der HGW ist es etwas schwieriger. Das ist unklar, obwohl wir über rund 700.000 Euro Gutachten drin haben. Wir schlagen da 25.000 Euro vor.

**Der Vorsitzende:** Minus 25.000 Euro oder auf 25.000 Euro?. Das muss ich wissen. Dann können wir darüber gleich abstimmen. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Damit ist der Antrag **abgelehnt**. Wir kämpfen um 25.000 Euro. Herr Lamprecht, haben Sie teilgenommen? Nein. Gut, jeder hat sich bestätigt gefühlt.

(Zurufe)

Wenn er nicht teilgenommen hat, hat er nicht teilgenommen. Wir können jetzt niemanden zwingen, abzustimmen.

(Weitere Zurufe)

Ja, glauben wir das mal. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Dann kommen wir zur **Seite 465**. Da darf ich auf die **Veränderungsliste** hinweisen. Da haben wir eine **Mittelverschiebung** zwischen verschiedenen Teilhaushalten, auch der **Ortsverwaltungen** vorgenommen, die aber in der Summe neutral bleibt.

#### **Antrag 1.234 (Seite 466): Rekommunalisierung der Reinigungsarbeiten (DIE LINKE.)**

Wir kommen auf der Seite 466 zu einem Antrag der LINKE. unter der Ordnungsziffer 1.234. Da geht es um die Rekommunalisierung der Reinigungsarbeiten, ein Thema, das uns an anderer Stelle auch schon beschäftigt hat.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Sie haben es schon angesprochen. Wir haben über dieses Thema bereits im Gemeinderat gesprochen und beschlossen, dass wir eine Rückholung und Rekommunalisierung der Reinigungsdienstleistungen auf 50 Prozent wollen, und das kostet uns natürlich auch was. Deswegen haben wir diesen Haushaltsantrag eingebracht, um das umzusetzen. Die Reinigungskräfte leisten eine wirklich unverzichtbare Arbeit für unsere Stadt, die natürlich, weil sie sehr gut gemacht ist, auch oft unsichtbar bleibt. Aber die Bedingungen der Reinigungskräfte dürfen eben nicht unsichtbar bleiben. Auch hier braucht es einfach eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, eine Sicherung mit Tariflöhnen, damit auch gute Arbeitsbedingungen umgesetzt werden. Es kann auch wirklich nicht angehen, dass unser Rathaus zum großen Großteil von Minijobber\*innen geputzt wird. Das ist einfach nicht vorteilhaft. Dazu kommt, dass natürlich auch für die Beschäftigten in der Stadt das ein großer Vorteil ist. Das bringt deswegen auch der Betriebsrat immer wieder ein und ist auch auf uns zugegangen, dass ihnen das ein Anliegen ist, weil sie einfach von der Kontinuität profitieren. Wenn es immer die gleichen Personen sind, dann kann man sich absprechen, dann gibt es nicht ständig wieder neue Wechseln, die sich natürlich auch auf die Qualität der Arbeit auswirken. Deswegen ist das ein Vorteil sowohl für die Beschäftigten, die auf die Reinigungsleistungen in ihrem Alltag natürlich angewiesen sind und die, die da diese wichtige Arbeit machen.

**Der Vorsitzende:** Soll man den jetzt noch zur Abstimmung stellen? Das ist nächste Woche im Gemeinderat unser Konzept, das im Grunde auf der Linie Ihres Antrags liegt.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Braucht es nicht dann noch finanzielle Mittel dazu?

**Der Vorsitzende:** Das, was wir in der Konzeption Ihnen nächste Woche vorschlagen, ist im Haushalt eingepreist, sonst würden wir es Ihnen nicht vorschlagen. So dreist sind wir nicht, dass wir das trotzdem tun. Gut, damit hat sich das **erledigt**.

#### **Antrag 1.235 (Seite 466): HHSM\_V194, HHSM\_V199 - Bauunterhaltungsmaßnahmen in Kitas und Schulen fortsetzen (CDU)**

Ich rufe auf unter der Ordnungsziffer 1.235 einen Antrag der CDU-Fraktion. Das bezieht sich auf die Haushaltssicherungsmaßnahmen, die die Verwaltung selber verantworten kann, mit der mit der **Nummer HHS\_GR194** und **GR199**. Hier werden die **Globalbudgets** für die **Bauunterhaltungsmaßnahmen** der städtischen Gebäude insgesamt gekürzt. Und

weil damit eben auch Kitas und Schulen betroffen sind, möchten sie diese Senkung wieder sozusagen zurückholen. So habe ich das verstanden.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ja, das ist richtig, denn es ist wirklich den Bürgerinnen und Bürgern draußen nicht mehr zu vermitteln, dass wir ständig investieren, zu Recht investieren. Das ist keine Kritik an irgendjemand, aber im Bereich der Schulen eben das ein oder andere dann immer wieder zurückstellen müssen. Von daher ist es uns einfach wichtig, dass wir hier auch noch mal einen Schwerpunkt setzen und sagen, dass gerade im Bereich der Sanierung, im Bereich der Bauunterhaltungsmaßnahmen an Kitas und Schulen eben nichts zurückgestellt wird, sondern dass wir so schnell wie möglich dies einfach dann auch immer umsetzen. Und das ist uns einfach ein besonderes Anliegen, dass dies gemacht wird. Und das konnte uns jetzt auch in der Antwort der Verwaltung nicht so nachvollzogen werden, dass das nicht der Fall ist. Von daher haben wir den Antrag so auch aufrechterhalten.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir unterstützen sehr gern diesen Vorschlag. Viele Familien klagen über die Situation sowohl in Kitas als auch in den Schulen. Und das ist schwierig zu vermitteln, dass wir an anderen Stellen das Geld nutzen, aber nicht hier, wo es jeden Tag wichtig für die Schüler und die Familien ist. Also wir unterstützen das sehr gerne.

**Stadträtin Bischoff (GRÜNE):** Ich kann die Ausführungen natürlich verstehen. Allerdings habe ich den Antrag der CDU so verstanden, dass quasi eine Umschichtung innerhalb der bestehenden Mittel geplant ist, in der die Kitas und Schulen bevorzugt abgearbeitet werden, die entsprechenden Bauunterhaltungsmaßnahmen. Und aus unserer Sicht wird dadurch nicht ersichtlich quasi, welche anderen möglichen Prioritäten dann hinten ange stellt werden müssen, weswegen wir dem Antrag so nicht zustimmen würden.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Auch wir unterstützen gerne den Antrag von der CDU. Wir sehen das ganz genauso, dass bei den Kitas und bei den Schulen schon zu lange auch zu wenig passiert ist und wir jetzt keine weiteren Einsparungen und Kürzungen hinnehmen können.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir einen Gesamtetat von 30 Millionen Euro haben, und den haben wir jetzt für um 8 Millionen Euro ungrad reduziert. Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass wir Kitas und Schulen jetzt massiv hier in die Bauunterhaltung verlangsamend eingreifen. Und ich kann mir durchaus vorstellen, dass Sie uns beauftragen, dass wir bei der Verwendung dieser verbleibenden Mittel, eine gewisse Priorisierung, so weit das technisch überhaupt geht. Aber wir haben es auf der anderen Seite mit Maßnahmen zu tun, die man immer nur in den Schulferien machen kann. Sie kennen die Einschränkungen, die wir im Handwerk im Moment zum Teil haben. Also ich kann jetzt leider nicht sagen, an dieser Art von Sanierung ändert sich durch die Reduzierung der Mittel nichts. Aber ich vermute es fast, weil wir da sowieso so ein Abarbeitungsplan haben, und den werden wir jetzt nicht einfach verlangsamen an dieser wichtigen Stelle. Das vielleicht nur noch mal zur Erklärung, damit sie sich jetzt nicht in der Öffentlichkeit festsetzt, wir hätten irgendwie die Mittel zum Unterhalt für Schulen und Kitas speziell erheblich reduziert. Das ist nicht so. Wir haben aber den CDU-Antrag nicht so verstanden, dass wir jetzt anders priorisieren sollen, sondern wir sollen quasi diese Gesamtsumme wieder aufrufen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Nein, im Prinzip wenn Sie anders priorisieren, also wenn Sie uns jetzt in der Verwaltung in der Antwort geschrieben hätten, dass da keine oder fast keine Maßnahme, die nicht umgesetzt werden könne, in dem Bereich abgedeckt wird, dann werden wir mit der Antwort zufrieden. Aber hier steht drin, die Maßnahmen für Bauunterhaltungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden aller Kategorien werden nach Prioritäten geordnet und entsprechend abgearbeitet. Da steht nicht, dass Schulen und Kitas vordringlich, so wie Sie es eben angedeutet haben, wenn sie das machen würden, wenn wir mit der Antwort zufrieden, aber anders natürlich nicht.

**Der Vorsitzende:** Eher vordringlich bedeutet auch, dass ich, wenn ich zum Beispiel in einem anderen öffentlichen Gebäude dringend benötigte Toilettenanlagen sanieren muss, ich die dann zurückstellen soll, das natürlich weniger. Also ich kann Ihnen das pauschal so nicht zusagen, ich kann Ihnen nur zusichern, insofern würde ich das jetzt dann doch zur Abstimmung stellen, ich will aber für die Öffentlichkeit zusichern, dass wir eine Prioritätensetzung haben, die natürlich auch berücksichtigt, was für ein Gebäudetyp das ist und, und, und, und dass wir immer schon Schulen und Kitas natürlich mit einer besonderen Priorität betrachten. Aber ich kann Ihnen die pauschale Zusage natürlich nicht machen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Es tut mir leid, dass ich Ihnen jetzt zur Seite springen muss, aber ich möchte an der Stelle noch einmal betonen, wenn Sie denn den Planansatz für 2023 mit dem Ergebnis und den Planansatz für 2022 vergleichen, dann sehen Sie, dass wir viel zu viel Geld eingestellt hatten und viel weniger abarbeiten konnten. Und genau das, dieses Delta, wir reden immer davon, wir haben zu viele Ansätze und geben zu wenig aus. Und das tut uns den Haushalt belasten. Und das ist jetzt genau so eine Stelle, wo wir so eine Anpassung machen, liebe CDU. Und ich weiß, dass ihr genau diesen Wunsch auch habt. Nein, ihr wollt nicht erhöhen, aber es wurde jetzt gekappt um genau diesen Betrag, der nicht ausgegeben wurde. Und jetzt klingt es so, als wären jetzt alle, die dieser Kürzung zustimmen, Gegner der Schulsanierungen. Aber in Wirklichkeit ist es eigentlich nur eine Bereinigung von einem zu hoch angesetzten Ansatz.

**Der Vorsitzende:** Also, ich würde Ihnen Folgendes vorschlagen. Wir sagen Ihnen zu, dass wir **Schulen und Kitas genauso behandeln, als hätten wir die 30 Millionen Euro im Rahmen der Abarbeitung der entsprechenden Sanierungen.** Dann nehmen wir das so auf. Und dann, weil es hat glaube ich, am Ende wirklich etwas mit Abarbeitungsmöglichkeiten zu tun und nicht unbedingt mit der mit der absoluten Summe.

**Antrag 1.236 (Seite 466): Stellenschaffungen zur beschleunigten Bearbeitung von Einzelmaßnahmen der Gebäudesanierung: PV-Anlagen, Heizungs austausch etc. (GRÜNE)**

Dann kommen wir zu dem Antrag der GRÜNEN unter der Ordnungsziffer 1.236, Stellenschaffungen zur beschleunigten Bearbeitung von Einzelmaßnahmen der Gebäudesanierung, PV Anlagen, Heizungs austausch etc., einmal drei Stellen, einmal weitere zwei Stellen.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Die große Aufgabe, die vor uns steht, die klimaneutrale Verwaltung bis 2040, geht nur dann, wenn die Gebäude klimaneutral sind. Und wir haben jetzt eine neue Strategie vorgestellt bekommen, die sagt, wir gehen radikal in die Umstellung der Energieversorgung, Wärme und Stromversorgung, dass zum Beispiel selbst auf dem Dach des Gebäudes der Strom erzeugt wird oder dass die Heizungsanlagen getauscht werden, um in dieser Marathonaufgabe einen Zwischensprint einzulegen, um in den nächsten

8 bis 10 Jahren 80 bis 90 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren zu können. Und danach steht immer noch der große Anteil der Dämmung, der Gebäudehüllensanierung und der Dachsanierung und Ähnliches an. Das ist die Sache, die so oder so noch geplant werden muss. Uns geht es jetzt darum, diesen Zwischensprint zu beschleunigen mit insgesamt fünf Stellen. Das ist das, was kommuniziert wurde als eine notwendige, eine hilfreiche Beschleunigung. Und das ist auch das, was wir immer wieder kritisieren. Wir planen zu wenig und können dann die Investitionsansätze nicht abarbeiten. Das heißt, wir müssen ganz eindeutig auf der Seite der Planungskapazität nachsteuern, um dann auch weniger Haushaltsreste zu produzieren. Und damit schlagen wir mindestens zwei Fliegen mit einer Klappe.

**Stadtrat Maier (CDU):** Auch wir sehen in der Gebäudesanierung ein großes Vehikel, um in Richtung Klimaneutralität einen großen Schritt zu machen. Ob jetzt hier dann die PV-Anlagen und der Heizungstausch an erster Stelle stehen sollten oder eher die Hülle oder was auch immer, das möchte ich jetzt mal hier unbeantwortet lassen. Nichtsdestotrotz sehen wir an dieser Stelle keine Möglichkeit, im Rahmen des Haushaltes hier erneut Stellen zu schaffen, weil wir alle wissen, was Stellenschaffungen in der Folge dann auch an Kosten bedeutet. Und von daher gehen wir eins mit der Antwort der Verwaltung und lehnen den Antrag hier und heute leider ab.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Selbstverständlich ist diese Gebäudesanierung wichtig. Aber ehrlich gesagt, wenn man das Wort Klima sagt, dann kriegt man Stellen ohne Ende. In diesem Haushalt haben wir Stellen, Stellen, Stellen eingestellt für Klima. Das brauchen wir also wirklich nicht mehr.

**Der Vorsitzende:** Damit stelle ich den Antrag hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag 1.237 (Seite 478): Aussetzen von Planungswettbewerben für die Dauer des Doppelhaushaltes 2024/2025 (CDU)**

Ich rufe auf, unter der Ordnungsziffer 1.237 ein CDU-Antrag, Aussetzen von Planungswettbewerben für die Dauer des Doppelhaushalts.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Für die nächsten zwei Jahre wohlbemerkt kommt es unseres Erachtens darauf an, dass wir vor allem die notwendigen Baumaßnahmen möglichst zweckmäßig und schlank auf den Weg bringen. Und für diese Zeit brauchen wir keine Planungswettbewerbe. Da müssen wir uns einfach zurücknehmen. Es geht hier letztlich darum, dass wir aus den begrenzten Mitteln möglichst viele Effekte heraus erzielen. Und für diesen Grund regt die CDU-Fraktion an, dass wir Planungswettbewerbe für diesen Zeitraum nicht durchführen. Der Hinweis in der Verwaltungsvorgabe, dass uns § 78 der Vergabeordnung das auferlegen würde, das stimmt so nicht. Es ist lediglich so, dass der öffentliche Bauvorhabensträger dann erklären muss, warum er keinen Planungswettbewerb durchführt, aber er muss selbstverständlich nicht zwingend einen durchführen. Ich denke mal, in den nächsten zwei Jahren ist effektive Zielerreichung vor Schönheit zu ziehen. Und deswegen meine ich, dass man das durchaus vertreten kann.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Und genau diese effizienten Ziele könnten Vorgaben von Planungswettbewerben sein. Sie könnten Vorgaben machen, und wir könnten sie gemeinsam entwickeln, was für Gebäudetypologien und was für auch Gesamtkosten wir dann

erreichen wollen. Ein Planungswettbewerb muss nicht immer nur das teuerste und schönste Ergebnis geben, sondern der Planungswettbewerb soll die Ziele abbilden, die wir als Gemeinderat beziehungsweise die die Verwaltung als Nutzerin dem Wettbewerb vorgibt.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion wird diesem Antrag auch nicht zustimmen. Wir sehen es grundsätzlich so, dass in der Stadt Karlsruhe zu wenig Wettbewerbe stattfinden. Herr Kollege Pfannkuch, wenn wir Gespräche führen mit Stadtplanern und Architekten, dann bekommen wir dort immer die Botschaft, dass es für die Architekten vor Ort wichtig ist, dass Wettbewerbe durchgeführt werden. Und wenn man mal genau sich die Stadt anguckt, wo gebaut wurde, ohne dass es Wettbewerbe gab, da würde ich sagen, das zeigt doch, dass es besser ist, Wettbewerbe zu machen und gute Ergebnisse zu haben. Und das hat nichts mit Schönheit zu tun, sondern das hat was mit Stadtplanung zu tun, mit dem Stadtbild, was zu tun in der Stadt. Und das hat Auswirkung auf die nächsten 50, 60, 70 Jahre. Und da ist uns die Schnelligkeit, in Führungszeichen, dann zweitrangiger.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Werter Kollege Cramer, Sie haben recht. Planungen machen Sinn. Aber es geht hier um eine kurzfristige Aussetzung im Sinne der Haushaltssicherung. Und es ist nicht immer so, dass das, was die Architekten planen, wirklich nach einigen Jahren schön aussieht. Ich finde Planung immer gut, auch die Planungswettbewerbe, aber im Rahmen der Haushaltssicherung macht dieser Antrag kurzfristig Sinn. Und ich bin sicher, dass in 20 Jahren keiner merkt, ob es eine Planung war oder keine Planung. Und ich möchte damit auch nicht die Architekten dieser Stadt nebenanstellen, aber manchmal ist der Haushalt wichtiger. Wenn wir keinen Haushalt haben, können wir später vielleicht gar nichts mehr planen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte darauf hinweisen, dass man auch ohne Planungswettbewerb Planung braucht und dafür auch Architekten. Das heißt, die Strecke, dass sich jemand hinsetzt und das plant, wird dadurch nicht kürzer, dass man auf den Wettbewerb verzichtet. Was ein bisschen kürzer wird, ist die Vor- und Nachbereitung eines Wettbewerbsverfahrens und die damit verbundenen Kosten. Auf der anderen Seite habe ich dann mehrere Planungsentwürfe nebeneinander liegen, die ich teilweise auch noch mehr oder minder umsonst kriege, um mir dann den schönsten auszusuchen. Und von daher überlegen Sie, ob dieser Beschleunigungseffekt wirklich ein so gravierender ist. Auch die finanziellen Belastungen sind, verglichen mit den späteren Bausummen, ich sage mal, nicht die entscheidende Größe.

Wir kommen damit zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Es ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.238 (Seite 478): Aussetzen von "Kunst am Bau" für die Dauer des Doppelhaushaltes 2024/2025 (CDU)**

Ich rufe auf den CDU-Antrag mit der Ziffer 1.238, Aussetzen von Kunst am Bau für die Dauer des Doppelhaushaltes.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** In dem Zusammenhang kann ich Ihnen schon ein bisschen widersprechen. Die Planung ist natürlich schon ein ganz wesentlicher Bestandteil, nicht nur ein zeitlicher, sondern auch ein wirtschaftlicher. Und von daher gut, unser Antrag ist vorhin

nicht durchgegangen, aber aus den gleichen Erwägungen heraus wollen wir auch nur für einen Doppelhaushalt diese Kunst am Bau mal zurückgestellt wissen. Auch das sind Kosten. Natürlich wird wieder die Mehrheit sagen, das fällt alles nicht ins Gewicht, aber wenn wir schon bei Haushaltssicherung sind, muss man so etwas hier besprechen und abstimmen. Wir haben es vorgeschlagen und finden es im Moment sehr wichtig.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Der Alternativvorschlag, den Sie vorschlagen, ist schon ein wenig amüsant. Es sollen doch bitteschön die Schüler\*innen die Kunst am Bau vornehmen. Ich glaube, da muten Sie denen relativ viel zu, und gleichzeitig ignorieren Sie, dass gerade an Schulen ganz viele Kunstklassen oder Ähnliches immer wieder ihre Ergebnisse auch an der Schule präsentieren. Und das ist sozusagen jetzt zum Thema der Kunst am Bau noch hoch zu stilisieren, ist dann doch vielleicht ein bisschen zu übertrieben. Grundsätzlich stehen wir dazu, dass diese Kunst am Bau eine Möglichkeit ist für Künstler\*innen, ihre Werke im öffentlichen Raum zu zeigen beziehungsweise dafür beauftragt zu werden. Und das ist ein übliches Vorgehen, das wir auch durchaus durchführen sollten weiterhin. Wir können grundsätzlich natürlich über Höchstbeträge reden, die kann man aber auch für jedes einzelne Vorhaben konkret beschließen, beziehungsweise man kann auch bei einem einzelnen Vorhaben begründen, warum jetzt für dieses Vorhaben keine Kunst am Bau vorgesehen ist, weil es sich vielleicht um einen reinen Funktionsbau handelt oder einen reinen Technikbauern, an dem auch vielleicht wirklich wenig Publikumsverkehr ist, so dass wenig Menschen diese Kunst am Bau überhaupt wahrnehmen könnten. Daher sind wir gegen den Antrag und plädieren dafür, das im Einzelfalle bei den kostenkontrollierten Planungen beziehungsweise bei den Projektvorstellungen zu berücksichtigen.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Aufgrund der geschmolzenen Zeit nur drei Sätze. Wir stimmen dem CDU-Antrag zu und setzen die Kunst am Bau ab. Und zweitens bitten wir dringendst, und dazu werden wir irgendwann einen Antrag stellen, dass die Richtlinien für Kunst am Bau überarbeitet werden, spätestens bis zum nächsten Doppelhaushalt.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Liebe CDU, oft sind wir überein glücklicherweise, aber hier ist es wirklich zu kurzfristig. Kunst am Bau ist eine wichtige Entscheidung, getroffen vor langer Zeit für eine lange Zeit. Also hier treten Sie zu kurz und haben zu wenige Visionen. Und so furchtbar ist dies schon in Karlsruhe auch nicht, dass wir uns nicht Kunst leisten können.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Wir können diesem Antrag der CDU nicht zustimmen. Es wäre aus unserer Sicht auch ein fatales Signal in Richtung junger Künstlerinnen und Künstler, die hier in Karlsruhe an der Staatlichen Kunstakademie studieren oder bei der HfG studieren. Wenn man ihnen sagt, wir haben kein Interesse daran, dass Kunst am Bau noch durchgeführt wird, Sie sagen, zwei Jahre, aber die Erfahrung ist doch die, wenn sich sowas mal verfestigt, dann kommt dann am Ende der zwei Jahre ganz schnell das Argument, ich habe gesehen, das braucht man nicht und niemand vermisst es. Und lassen wir es doch dabei, grundsätzlich Kunst am Bau nicht mehr praktisch zu installieren. Und diese Politik ist in unseren Augen eine absolut falsche Politik. Vor allem bedenken Sie mal, was auch an Kunst am Bau überall für Kunstwerke geschaffen worden sind, die auch einen positiven Affekt wirklich im Stadtbild haben und auch immer wieder von Besucherinnen und Besuchern angeschaut wird. Dort wird hingegangen, um gerade von berühmten Künstlern dann das auch zu sehen, was sie dort gemacht haben. Also dieser Antrag ist aus unserer Sicht kontraproduktiv.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ich kann mich den Vorrednern in sehr vielen Punkten einfach nur anschließen. Kunst und Bau ist eine sehr große demokratische Errungenschaft. Sie bringen Kunst in den Alltag, raus aus dem Museum und verankert sie in der normalen, in der Lebensrealität der Menschen. Und es ist ein ganz wichtiger Bestandteil auch der Kunst und Kulturförderung, gerade auch für angehende Künstlerinnen und Künstler. Wenn man dann den CDU-Antrag durchliest, wo dann steht, das sollen alle Schüler irgendwie machen, dann ist das auch ein Schlag ins Gesicht, kann man schon fast sagen, also eine Aberkennung der Professionalität, die hinter diesen Künstlerinnen und Künstlern steht, die ein jahrelanges Hochschulstudium absolviert haben. Und das soll jetzt gleich sein mit Schülerarbeiten. Nichts gegen die Schüler\*innen, aber das ist natürlich einfach an der Stelle unverschämt. Ich sehe an dieser Stelle auch ganz viel, es sind gerade Schulbauten, die davon betroffen werden. Genau dort ist eine Verankerung von Kunst und Kultur sehr wertvoll.

**Stadtrat Wenzel (FWJFÜR):** Herr Oberbürgermeister, ich habe mich zwar nicht gemeldet, aber jetzt darf ich trotzdem etwas sagen. Gerade die Vordiskussion zeigt, wir reden hier über eine temporäre Einstellung der Kunst am Bau, was aus technischen und geldlichen Mittel Sinn macht. Wenn man die letzten Beiträge der Kunst am Bau betrachtet, das darf ich als Kunsthandwerker sagen, der damit auch noch Geld verdienen kann, was er macht, muss ich sagen, eine kleine Pause, wie die CDU vorschlägt, ist manchmal gut, um die Kreativität in der Zukunft zu fördern.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Im Vergleich zu den ganzen sinnlosen Ausgaben für das Klima-Gedöns, die unsere städtischen Gebäude sündhaft teuer machen, ist das wirklich Peanuts, was wir für Kunst am Bau ausgeben. Daher ein Nein zu diesem Antrag der schwarzen Kunstbanausen.

**Der Vorsitzende:** Ich würde jetzt doch langsam bitten, dass wir nicht völlig die Kontrolle verlieren.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Nun ja, der letzte Beitrag passt zum Niveau der AfD. Von daher würde ich sagen, ich glaube, die meisten haben unseren Antrag vielleicht gar nicht richtig durchgelesen, weil sie nur Kunst am Bau lesen. Kunst am Bau wollen wir natürlich überhaupt nicht komplett einstellen. Von daher ist es auch meiner Ansicht nach nicht eine wenige Vision, sondern es ist eine gute Vision. Wir wollten es nur für Schulen und Kitas, um dort auch einiges zu beschleunigen. Es ist auch kein fatales Signal für Künstler, denn ich denke, genau hier könnte man auch eine Chance sehen, noch mal das entsprechend zu machen. Und es ist schon gar kein Schlag ins Gesicht für irgendjemand oder unverschämt, sondern es ist einfach, versuchen, auch mal Schülerinnen und Schüler mitzunehmen. Denn Frau Göttel, da waren Sie, glaube ich, noch in der Schule, als wir Kunst am Bau diskutiert haben im Lessing-Gymnasium. Das hat großen Aufruhr gebracht, und dort kamen nämlich viele, sowohl Schulleitungen als auch Kinder auf uns zu und haben gesagt, warum kann nicht unser Kunst-Leistungskurs hier etwas entsprechend entwerfen? Dies war unsere Vision, die wird hier von Ihnen anscheinend nicht geteilt. Das war ein Vorschlag, es temporär nur an Schulen und Kitas mal zu versuchen. Und das war einfach eine Geschichte, wo wir auch gedacht haben, Herr Löffler, ja, Sie hören so viel auf die Juko und auf die Jugend, und hier haben wir auch mal auf die Leute gehört, hier passt es ihnen dann nicht. Also von daher, das ist auch nicht der richtige Weg, glaube ich. Es war von uns nur mal ein Versuch, in eine Richtung zu gehen, auch um etwas einzusparen. Von daher überhaupt nichts



gegen Kunst am Bau grundsätzlich, die schätzen wir weiter an allen öffentlichen Gebäuden. Wir wollten sie nur temporär für Schulen und Kitas für zwei Jahre aussetzen.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Ich will nur noch einen Satz erwähnen. Ich bin in der Kunstkommission und auch im Kulturausschuss. Bereits im letzten Haushalt wurden die Mittel für Kunst am Bau schon um 50 Prozent reduziert, nur das noch mal zur Einordnung. Und dann müssen natürlich auch die Richtlinien geändert werden. Das zieht noch Folgemaßnahmen mit sich. Und was die Unterstützung der regionalen Künstler anbelangt, da ist schon das Richtige gesagt worden. Wir werden den Antrag ablehnen.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.239 (Seite 478): Kostenkontrollverfahren für sämtliche Schul- und Kitaprojekte auf der Prioritätenliste 2 (CDU)**

Ich rufe auf einen weiteren Antrag der CDU unter der Ziffer 1.239, Kostenkontrollverfahren für sämtliche Schul- und Kitaprojekte auf der Prioritätenliste II voranbringen. So würde ich das mal formulieren. Also Kostenkontrollverfahren, ein Antrag der CDU. Wenn niemand redet, können wir gleich abstimmen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Es hat sich **erledigt**.

**Der Vorsitzende:** Alles klar. Okay, besten Dank.

**Antrag 1.240 (Seite 495): Neubau der Anne-Frank-Schule in Oberreut (FDP)**

Ich rufe damit auf, den Antrag der FDP unter der Ziffer 1.240, Neubau der Anne-Frank-Schule in Oberreut.

**Stadtrat Hock (FDP):** Die Anne-Frank-Schule ist auch schon in Oberreut seit Jahren in der Pipeline und hat steigende Schülerzahlen. Wir haben das aufgegriffen, weil es jetzt einfach, wenn man den Zustand der Toilettenanlagen dort besichtigt hat, an der Zeit ist, dass man in dieses Projekt wirklich einsteigt. Wir hören das zwar immer wieder von Haushalt zu Haushalt, aber beim besten Willen, da muss man jetzt wirklich einen Knopf dran machen, auf den Weg kommen. Deshalb der Antrag heute zur FDP und bitten um Unterstützung dafür.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch mal deutlich machen, dass wir vereinbart hatten, dass wir alle Planungen, die aus den Fraktionen gewünscht werden, für einzelne Objekte weitertreiben. Und wir haben Ihnen zugesagt, dass wir die Vorplanungen und die weiteren Planungen für die Anne-Frank-Schule auch weiter betreiben, sodass eine Einzelstellung im Doppelhaushalt 2026/27 möglich ist. Also von daher beantragen Sie etwas hier und erwecken den Anschein, als würden wir damit in den nächsten zwei Jahren mit dem Bau beginnen können, von dem Sie genau wissen, dass das nicht möglich ist, weil wir die Planung noch nicht haben, und wir haben in die weitere Planung zugesagt. Ich will das nur noch mal für die Öffentlichkeit sagen, genau das habe ich Ihnen jetzt erklärt. Und dann können Sie den Antrag eigentlich **zurückziehen**.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wunderbar. Genau so wollten wir es, dass Sie es so toll erklären, herzlichen Dank. Wir ziehen den Antrag zurück.

#### **Antrag 1.241 (Seite 497): Eichelgartenhalle realisieren (CDU)**

**Der Vorsitzende:** Okay, gut, dann kommen wir zum CDU-Antrag unter 1.241, Eichelgartenhalle realisieren. Das ist aktuell nicht in der Prioritätenliste, also es ist nicht in der Planung der Umsetzung. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass hier die kostenkontrollierte Planung aber im ersten Quartal 2024 vorliegen wird, auch wenn Sie es noch nicht vorliegen haben.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Das haben wir aus der Antwort gesehen. Von daher sind wir schon mal dankbar über die Antwort, aber wir wollen unbedingt, dass hiermit begonnen wird. Das ist uns ganz wichtig, weil die Eichelgartenhalle ist schon seit Jahren immer wieder von der Tränenliste runtergefallen. Sie wissen selber, wir hatten dort Wasserschaden, Brandschaden. Sowohl die Vereine als auch die Schulen sind nicht in der Lage, dort teilweise mehr Sportunterricht oder überhaupt irgendwas zu machen. Von daher ist da wirklich absolute Not geboten, und es muss so schnell wie möglich realisiert werden. Wir bitten aber bei diesen Planungen nochmal zu berücksichtigen, wir haben jetzt wieder diesen Kostenrahmen gesehen von 14 Millionen Euro. Ich könnte mir vorstellen, auch hier kann man noch mal drüber gucken und ob das nicht einfacher über Modulbauweise oder sonst irgendwas zu machen ist. Wir brauchen dort keine Bauten für die Ewigkeit. Das habe ich jetzt schon mehrfach hier gesagt. So kostengünstig und schnell wie möglich, und da habe ich auch mit den Kollegen schon gesprochen, da müssen keine Abstriche an Wärme oder Klimaschutzmaßnahmen gemacht werden. Man muss aber versuchen, dies Ganze kostengünstiger zu planen.

**Der Vorsitzende:** Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Wir würden Ihnen empfehlen, wenn hier es eine Mehrheit gibt, dass wir das mit einem Sperrvermerk einstellen und dann natürlich nur die entsprechenden Bestandteile auf die Jahre verteilt, wie wir sie denn voraussichtlich brauchen. Dann stelle ich das jetzt mit der Kondition zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Gut, dann kommen wir zu zwei Ansätzen, die ich Ihnen für die **Veränderungsliste** noch mitteilen möchte. Eines betrifft die **Seite 498, Modernisierung Gymnastikhalle der Leopoldschule**. Da haben wir die Zuwendungen eingestellt, die uns ja zugesagt worden sind, und ebenfalls eine summenneutrale **Verschiebung der Kosten für den Brandschutz bei der Ludwig-Erhard-Schule** im Hauptgebäude. Dort sind die Summen neutral um zwei Jahre verschoben worden.

#### **Antrag 1.242 (Seite 513): Neubau Kinder- und Jugendhaus Südstadt (SPD, CDU, KAL/Die PARTEI | FDP | DIE LINKE.)**

Wir kommen damit zu den Anträgen, die sich mit dem Neubau Kinder- und Jugendhaus Südstadt beschäftigen, unter der Ordnungsziffer 1.242. Ein interfraktioneller Antrag SPD, CDU, Karlsruher Liste/Die PARTEI, ein Antrag der FDP und ein Antrag der LINKEN.

**Stadträtin Moser (SPD):** Dass der Kinder- und Jugendtreff Südstadt erhebliche bauliche Mängel aufweist, keine Barrierefreiheit und unzureichenden Brandschutz obendrauf,

wissen wir schon seit Jahren. Und es ist an der Zeit zu handeln. Auch die Planungen für einen Neubau sind abgeschlossen, sodass mit dem Bau zügig begonnen werden könnte. Der Treff ist ein wichtiger und zentraler Anlaufpunkt für Kinder, Jugendliche und Familien in der Südstadt. Er fördert die Integration und den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil. Junge Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Hintergründe können sich dort treffen und voneinander in der Begegnung profitieren. Der Neubau des Jugendtreffs ist eine Investition in die Zukunft der Jugendlichen und Menschen des gesamten Stadtteils, nicht nur eine Investition in ein Gebäude. Die Umsetzung darf nicht weiter verzögert werden. Deshalb beantragen wir, die insgesamt geplanten 10,8 Millionen Euro für den Bau auf die nächsten Jahre entsprechend dem Baufortschritt aufzuteilen. Für diesen Doppelhaushalt 2024/25 werden 3 Millionen Euro eingestellt.

**Stadtrat Hock (FDP):** Der Schulterschluss zu dieser Geschichte ist einzigartig hier im Gemeinderat, weil wir uns in großer Anzahl einig sind, dass wir dieses Projekt, was seit Jahren in der Pipeline steckt, jetzt endlich und zügig auf den Weg bringen. Es ist viel Geld, das wird der ein oder andere sicherlich jetzt auch sagen. Wer aber dort war, wer mehrfach dort war, wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen, hat gesehen, in was für einem desolaten Zustand der Bau dort ist. Und ich kann nur sagen, ich bin vielen meiner Kolleginnen und Kollegen heute dankbar, dass wir zusammen ohne groß Ärger, ohne dass wir uns auseinanderdividieren lassen, hier diesen Schulterschluss heute zum sicheren Hafen bringen und diesen Auftrag heute erteilen. Ich bin meinen Kolleginnen und Kollegen dankbar, und die FDP-Fraktion war Antragsteller mit und war auch mit allen dort. Vielen Dank an Sie, an die Verwaltung und an meine Kolleginnen und Kollegen, dass wir das heute zusammen heute tun können.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Wir unterstützen diesen Antrag sehr gerne. Wir sehen die Notwendigkeit auf jeden Fall. Was wir jetzt aber auch sehen, ist, dass die Verwaltung sich richtig ins Zeug gelegt hat, um aus der Ankündigung eines Klimaschutz-Vorzeigeprojekts auch ein solches zu machen. Da danken wir auch für die Rückmeldung, die wir noch vom zuständigen Amt von HGW bekommen haben, dass es tatsächlich gelingen soll, mit 100 Prozent Recyclingmaterialien das Fundament in Keller zu bauen. Das ist schon ein Wort, das gelingt nicht aller Tage, und dass aus dem Ganzen auch ein Plus-Energie-Haus werden soll, sodass auch Ihre Ankündigung, Herr Oberbürgermeister, dass man einen Teil der Finanzierung aus dem Klimaschutzbudgets machen könnte, einen deutlich größeren Teil, als man das sonst machen würde, das können wir an der Stelle auch mitgehen, weil Sie da auch wirklich nachweisen, dass Sie sich da, wie gesagt, mehr ins Zeug legen, als sie das sonst tun und als man das vor allem auch tun müsste.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Ich möchte da anknüpfen. Es ist schon wirklich optimal gelaufen jetzt, wie die Verwaltung sich darauf eingelassen hat, doch einen Weg aufzuzeigen, dass die die Maßnahme aus der Prio-Liste 2 dann jetzt doch in die 1 kommt, in den Haushalt jetzt aufgenommen wird und so wie es aussieht, eine wirklich überwältigende Mehrheit bekommt. Ich möchte noch mal darauf abheben, was der Herr Kollege Hock gesagt hat. Wir waren vor Ort, haben uns das alles angeschaut, die Frau Kollegin Melchien, die Frau Kollegin Meier-Augenstein und Herr Hock und ich, und haben dann gesagt, wir müssen etwas zusammen machen, wir müssen interfraktionell agieren. Und das sehe ich auch so, das ist eine Sache, die so für mich nett, kein Tagesgeschäft ist, sozusagen oder normal ist, in Anführungszeichen. Das ist schon eine politische positive Aussage, dass man im Sinne der Kinder und Jugendlichen vor Ort und auch dem Personal, die eine gute Arbeit

dort leisten, mit diesem Ersatzbau jetzt unter die Arme greifen, dass sie dann, wenn das Gebäude mal fertiggestellt ist, wirklich gut arbeiten können, dass der Brandschutz stimmt, dass es behindertengerecht ist und, wie der Herr Kollege Löffler gerade gesagt hat, auch klimaneutral, nenne ich es jetzt mal, alles gemacht wird. Da hat sich die Verwaltung noch mal ein Stück weit bewegt und der Baubürgermeister Fluhrer, der uns das nochmal genau erklärt hat, was dann bei der Umsetzung beim Bau alles passiert, das kann ich mich noch mal ganz stark auch bei der Bürgermeisterbank und auch bei Ihnen, Frau Erste Bürgermeisterin, bedanken. Ich kann mir schon vorstellen, dass es nicht in jedem Fall so einfach war für Sie, in Anführungszeichen. Aber dass letztendlich die Bürgermeisterbank sagt, wir wollen das auch, also ein großes Dankeschön.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Dass der Neubau erforderlich ist, das ist ohne Zweifel so richtig. Ich möchte dazu aber noch Folgendes sagen. Wenn die Verwaltung jetzt zusagt, dass bei Zustimmung zu diesem Antrag das Geld aus dem Klimaschutzbudget herausgenommen wird, dann möchte ich doch anmerken, das ist wirklich eine sinnvolle Maßnahme, vielleicht eine der wenigen.

**Der Vorsitzende:** Dann kommen wir hier zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag 1.243 (Seite 514): Verlagerung - Neubau Bauhof Wettersbach / Stupferich (Ortsverwaltung Wettersbach)**

Ich rufe auf den Antrag des Ortschaftsrats Wettersbach. Da geht es um die Verlagerung, Neubau Bauhof Wettersbach/Stupferich.

**Ortsvorsteherin Tron (Wettersbach):** Wir verstehen, dass das Projekt derzeit nicht finanzierbar ist. Ich möchte aber auf die Synergieeffekte hinweisen, wenn zwei Ortsverwaltungen kooperieren. Da geht es um Personalausfälle zu kompensieren, Fuhrparkmanagement, und ich würde Sie einfach bitten wollen, auch wenn der Antrag wahrscheinlich abgelehnt wird aus Haushaltsgründen, das Projekt dennoch auf der Pipeline zu haben. Und für uns ist es einfach wichtig hier oben, dass das Projekt vollendet wird, auch im Zusammenhang mit der Wertstoffstation. Des Weiteren steht ja in der Vorlage.

**Der Vorsitzende:** Wir wissen um die sozusagen Dominoeffekte, und da müssen wir gegebenenfalls dann Lösungen finden, falls wir das an einer anderen Stelle anders brauchen, aber im Moment können wir es uns im Haushalt so einfach nicht leisten, schon gar nicht es einzustellen. Ich komme damit zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 1.244 (Seite 518): Streckung Finanzierung Stadthalle (SPD)**

Ich rufe auf den SPD-Antrag, Streckung Finanzierung Stadthalle unter der Ordnungsziffer 1.244. Ich darf noch mal darauf hinweisen, dass hier in der Stellungnahme ein Fertigstellungstermin Ende 2025/Anfang 2026 genannt ist. Das ist falsch. Die Fertigstellung ist Ende 2024/Anfang 2025, nur damit sich keine falschen Zahlen feststellen halten.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Die 3 Millionen Euro Verschiebung war gedacht als Gegenfinanzierung für das Kinder- und Jugendhaus Südstadt, dass man hier nicht mehr Geld aufnehmen

muss. Wenn bei der Stadthalle nicht weiter verschoben wird, sondern die Gelder tatsächlich pünktlich ausgegeben werden können, kann man es natürlich dann nicht machen, obwohl eine Verpflichtungsermächtigung auch vorgezogen werden könnte. Wir **ziehen daher den Antrag zurück**.

**Der Vorsitzende:** Ich darf darauf hinweisen, dass Herr Lamprecht sich zu dem Zeitpunkt nicht hier aufgehalten hat im Rund, weil er sich als befangen erklärt hat.

Wir kommen damit zu zwei **Haushaltsicherungsmaßnahmen**, die den Eigenbetrieb Team Sauberes Karlsruhe betreffen. Das ist einmal die **Nummer HHS\_GR82**, da ging es um die **Abschaffung der Wertstofftonne und Einführung der gelben Tonne**. Das hatten Sie am 28. März 2023 abgelehnt, und die Haushaltsicherungsmaßnahme **GR83, Ertragssteigerung durch Restmüllgebührenerhöhung**. Dem haben Sie schon am 20.12.2022 zugestimmt. Ich will das nur deswegen noch mal sagen, wir haben uns vorgenommen, alle Haushaltsicherungsmaßnahmen mit Gemeinderatsbezug noch mal aufzulisten.

Damit werden wir mit allen Teilhaushalten durch, bis auf den 2000er. Wir gehen jetzt eine Stunde in die Mittagspause. Ich möchte die relevanten Akteure hier, Frau Erste Bürgermeisterin und Kämmerei, bitten, dass wir uns schon um 13:45 wieder treffen Die Fraktionsvorsitzenden bitte ich, dass sie um 14:05 Uhr wieder hier sind, also in einer Stunde, und wenn der Rest vielleicht dann um 14:30 Uhr wieder hier ist, reicht das aus, damit wir uns kurz wegen einiger Gegenfinanzierungsgeschichten zwischen den Fraktionsvorsitzenden noch mal abstimmen können. Für die Verwaltungsseite bedeutet das, schon um 13:45 hier zu sein. Es ist aber nur der kleine Kreis gemeint, der etwas mit Geld zu tun hat.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:04 bis 15:30 Uhr)

**Der Vorsitzende:** Ich möchte Sie bitten, wieder ihre Plätze einzunehmen. Ich darf um Nachsicht bitten, dass wir doch etwas länger gebraucht haben, aber das ist der Ernst der Lage geschuldet. Bevor wir jetzt in den Haushalt 2000 eintreten, würde ich gern ein paar allgemeine Worte zur aktuellen Situation sagen.

Wenn wir die beim Teilhaushalt zu erwartenden Mehrheiten für die verschiedenen vorliegenden Änderungswünsche bezogen auf den Haushaltsentwurf der Stadt Karlsruhe mal unterstellen, kämen wir insgesamt auf ein Defizit im Ergebnishaushalt von, wenn ich die beiden Jahre 2024 und 2025 zusammennehme, annähernd 20 Millionen Euro. Die Zwischenstände lesen Sie da oben schon. Und deswegen war es jetzt, bevor wir in den Teilhaushalt 2000 eintreten, bei dem es auch noch mal um einige gewichtige Summen geht, wichtig, dass wir uns noch mal mit allen Fraktionen über die Situation einig sind und auch über die Ziele, die wir vielleicht gemeinsam erreichen können.

Wir haben zum einen das Ziel, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Da ist unsere Einschätzung, also zum einen wissen wir, dass der Haushalt, so wie wir ihn eingebracht haben, genehmigungsfähig ist, und eine Verschlechterung im Ergebnishaushalt von insgesamt 20 Millionen Euro bezogen auf beide Haushaltsjahre könnte die Genehmigungsfähigkeit infrage stellen. Es wäre aber etwas, was man eventuell als Letztrisiko noch akzeptieren könnte. Was viel gravierender ist, ist, dass das Regierungspräsidium bei den Vorgesprächen schon deutlich gemacht hat, dass unser Haushalt, so wie wir ihn eingebracht haben, zwar genehmigungsfähig ist, dass man sich aber nach wie vor extrem schwertut, weil

wir nach wie vor so eine hohe Investitionstätigkeit planen, an der 200 Millionen-Kreditobergrenze festzuhalten. Und man hat uns ein bisschen durch die Blume signalisiert, das könnten auch mal 150 Millionen Euro sein. Das würde vieles von dem, was wir hier im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert haben und was auch für überhaupt die Fertigstellung vieler investiver Maßnahmen erforderlich ist, in eine ganz, ganz schwierige Umsetzung bringen. Deswegen muss unser Ziel sein, und wir haben einen eigenen Termin schon mit der Regierungspräsidentin vereinbart, bevor wir dann hier über die endgültige Haushaltssatzung abstimmen, dass wir versuchen müssen, hier das Regierungspräsidium zu überzeugen, dass wir an den 200 Millionen Euro festhalten. Und deswegen ist es aus unserer Sicht absolut erforderlich, dass wir jetzt nicht auch noch mit einem zusätzlichen Defizit von 20 Millionen Euro zum Regierungspräsidium laufen, sondern dass wir einen Weg finden, über eventuelle Gegenfinanzierungsmaßnahmen diese Summe deutlich zu verringern, möglichst auf einen einstelligen Betrag, den wir dann über einen Vorschlag, den ich Ihnen nachher noch mache, trotzdem auch noch mal versuchen, im Haushalt so abzubilden, dass er nicht auf den ersten Moment so ganz furchtbar auffällt und dass dieser Haushalt dann aber von Ihnen auch mit einer möglichst großen Mehrheit mitgetragen werden kann. Denn wenn wir so wie beim letzten Mal nur einen äußerst knapp zugestimmten Haushalt hier vom Gemeinderat haben, der dann auch noch mal deutlich schlechter ist als der Entwurf, dann braucht sich keiner zu wundern, dass wir mit unserem Begehren, bitte aber die Kreditobergrenze jetzt nicht auch noch senken oder womöglich die Genehmigungsfähigkeit in Frage zu stellen, dass wir dann vermutlich gar nicht erst antreten müssen.

Und deswegen bin ich sehr dankbar für die Gespräche, die wir jetzt geführt haben. Und wir haben jetzt ein Paket hier gemeinsam vereinbart, dass zwar durchaus unterschiedliches Zustimmungsverhalten an der einen oder anderen Stelle nicht ausschließt, das aber am Ende dazu führt, dass wir doch mit einer großen Mehrheit absehbar dann auch diesem Haushalt zustimmen werden und diese Verschlechterung von 20 Millionen Euro, die einzelnen Positionen zugeordnet ist, durch andere Maßnahmen so auffangen, dass wir am Ende irgendwie bei 9,8, 9,9 Millionen Euro liegen über die zwei Jahre. Und das ist glaube ich, etwas, was man gut darstellen kann.

Dazu gehört, dass ich Ihnen nachher einen Vorschlag machen werde, dass wir die Ansätze für die PIA-Ausbildungsstellen um 2,5 Millionen Euro reduzieren. Wir hatten Ihnen in einer Stellungnahme dargestellt, dass wir dieses Jahr leider deutlich geringere Anmeldezahlen haben für die PIA-Ausbildung, dass wir einen Jahrgang haben, der jetzt im Jahr 2023 sehr hoch ist und seine PIA-Ausbildung abschließt und dass wir Ansätze haben im Haushalt, die deutlich über dem liegen, was wir heute schon brauchen, sodass wir der Meinung sind, dass wir ohne großen Stress die Haushaltsstelle um 2,5 Millionen Euro senken können. Damit können wir dann die von Ihnen vorgenommene Ausbremsung der Erhöhung der Kita-Beiträge bei den Kindertagesstätten auffangen. Das sind genau die 2,5 Millionen Euro. Und wir können Ihnen zusagen, dass wir an den Vergabebestimmungen oder Vergabe-Rahmenrichtlinien für die PIA-Ausbildungsplätze nichts verändern. Das heißt, jeder Träger, der einen PIA-Ausbildungsplatz einrichtet, hat über diese Förderrahmensetzung die Zusage, dass wir ihn fördern und die Ausbildungsvergütungskosten übernehmen. Und sollte dann am Ende wider Erwarten im nächsten Jahr plötzlich die Zahl der Anmeldungen so steigen, dass es haushaltstechnisch nicht mehr geht, dann müssen wir dann anschließend darüber reden, wie wir das hinkriegen. Das Angebot wird nicht schlechter, aber die Haushaltsposition können wir trotzdem reduzieren.

Dann haben wir noch mal geklärt, dass es jetzt aber mehr eine Mitteilung, dass diese 100.000 Euro für die Trinkbrunnen, das war eine Maßnahme zur Klimaanpassung, zusätzlich zu der 1 Million Euro in den Haushalt aufgenommen werden. Das trägt jetzt nicht zur Reduzierung des Defizits bei, ist aber noch mal eine Klärung da. Es war uns nicht so ganz klar, sodass wir dann im Grunde 1,1 Millionen Euro haben, von denen aber schon ein Teil für das Trinkbrunnen-Konzept vorgesehen ist.

Dann haben wir uns darauf verständigt, dass drei der Stellen, die sie beschlossen haben, aus unserem 30er Stellenkontingent abgedeckt werden. Das sind die zwei Stellen für die integrierte Leitstelle und die eine Stelle, die es bei der Feuerwehr gibt, um zusätzlich zu der von uns schon zugesagten Stelle jetzt die Sanierung der Freiwilligen Feuerwehr-Häuser voranzubringen. Das brauchen wir nicht an zusätzlichem Geld in den Haushalt aufzunehmen. Das sind drei Stellen, die hätte ich in spätestens 2025 sowieso vorgeschlagen, sie aus den 30er Kontingenten zu nehmen. Und die würden wir einfach ein Jahr vorgezogen nehmen, sodass wir hier auch wiederum 240.000 Euro nicht zusätzlich on top brauchen, sondern wir nehmen sie aus dem Bestand heraus.

Dann werde ich Ihnen nachher noch den Vorschlag machen, dass wir aus der Erstwohnsitz Kampagne noch mal 150.000 Euro reduzieren. Wir glauben, dass wir die dennoch so gut hinbekommen, dass wir dann von den entsprechenden positiven Effekten etwas einsammeln können. Und unter der Haushaltsposition 2000 haben wir jetzt zum einen die Diskussion um die Gewinnentnahme der Volkswohnung. Da werden wir dann zu der gegebenen Stelle etwas dazu ausführen, und wir haben eine Haushaltsposition Bettensteuer. Da würden wir auch noch mal davon ausgehen, dass wir eine neue Beschlusslage hier bekommen aus der Diskussion heraus. Da will ich jetzt nicht unbedingt schon in den Details vorgreifen.

Wenn wir das alles zusammennehmen, können wir aus den annähernd 20 Millionen Euro Defizite im Ergebnishaushalt in den zwei Jahren etwas weniger als 10 Millionen Euro oder knapp 10 Millionen Euro machen. Die würden wir dann noch über eine zusätzliche Haushaltsposition im Haushalt so verankern, dass es auf den ersten Blick dem bisherigen Haushaltsplan entspricht. Und da sage ich Ihnen an der Stelle auch was dazu. Dann haben wir, glaube ich, eine gute Ausgangsbasis, wenn dann auch der Haushalt von einer sehr großen Mehrheit mitgetragen werden kann, um hier beim Regierungspräsidium und auch anschließend da gut aufzutreten.

Die Situation im Haushalt insgesamt, und darauf möchte ich nochmal ausdrücklich hinweisen, warum mir da an der Stelle auch manchmal eine halbe Million oder so was so wichtig ist. Wir haben nach wie vor ein hohes Risiko bei den Einnahmen der Gewerbesteuer. Die sind zwar im Moment ziemlich gut, aber Sie kennen alle das Wirtschaftswachstumsbeschleunigungsgesetz, das im Moment ja zwischen Bundestag und Bundesrat hängt. Und in diesem Beschleunigungsgesetz ist ein Zugriff auf die Gewerbesteuereinnahmen bundesweit von 4 Milliarden Euro geplant. Wenn Sie das auf Karlsruhe runterrechnen, so PI mal Daumen, müssen Sie von 16 Millionen Euro Verschlechterung ausgehen. Wir haben darüber hinaus auch beim Klinikum und bei den Verkehrsbetrieben nicht das Worst Case, sondern tendenziell eher das Best Case Szenario in die Wirtschaftspläne und damit unseren Haushalt eingepflegt. Auch da gibt es durchaus noch Risiken, die in dem Bereich 20, 25 Millionen Euro liegen. Und wir hätten nach wie vor, auch wenn Sie nichts tun würden, ein Haushaltsdefizit im Ergebnishaushalt von zwischen 35 und 40 Millionen Euro. Das heißt, wir haben sowieso im Haushaltsvollzug noch einiges vor der Brust, um dann auch

von diesem an sich negativen Ergebnishaushalt runterzukommen. Und da haben Sie dann bitte Verständnis, dass wir etwas unruhig werden, wenn da noch mal 20 Millionen Euro on top kämen. Das wird dann am Ende doch insgesamt ein zu hohes Risiko, und wir könnten vieles von dem, was wir hier mal eben so beschlossen haben, dann vielleicht trotzdem nur mit angezogener Handbremse umsetzen.

Das, um noch mal zu erläutern und mich bei Ihnen abschließend zu bedanken. Wir werden jetzt die einzelnen Punkte noch mal aufrufen. Aber hiermit, glaube ich, alle haben ein Stück weit was abgegeben, alle haben ein Stück weit was versucht, auch noch mal für sich zu erreichen. Und wir haben, glaube ich, am Ende, wenn es denn zu einer sehr breiten Zustimmung kommt, für einen genehmigungsabhängigen Haushalt und wird dann von Ihnen dadurch noch mal munitioniert sind, dass wir diese 200 Millionen Euro Obergrenze weiter zugeschrieben bekommen und die nicht reduziert wird, haben wir glaube ich alle einen ziemlich guten Job gemacht.

Und ich darf mich insgesamt überhaupt schon mal an dieser Stelle bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Ich versetze mich mal in die Situation eines Gemeinderats, eines Stadtrats. Ich finde schon toll, an wie vielen Stellen Sie hier trotz der Situation mit für die einzelne Position ganz gut vertretbaren Beiträgen auch in Anbetracht der gesamten Finanzlage einiges an Weichenstellungen auch für die Zukunft vorgenommen haben, ich will nur sagen Kulturbereich, Dynamisierung und manches andere mehr, wo ich gesagt hätte, das hätte man sich vielleicht vor einem Dreivierteljahr so auch gar nicht zugetraut, damit zu rechnen, dass das überhaupt geht. Das hat aber auch viel damit zu tun, dass sie letztlich doch eigentlich fast alle Haushaltsicherungsvorschläge der Verwaltung letztlich auch akzeptiert haben oder auch durch eigene Beschlüsse mitgegangen sind. Auch das ist nicht unbedingt selbstverständlich. Und so haben wir, glaube ich, da jetzt ein ganz gutes Gemeinschaftswerk bisher schon vollbracht. Und so soll es dann jetzt auch weitergehen, wenn wir in den Teilhaushalt 2000 eintreten. Und deswegen machen wir das jetzt auch schrittweise.

## Teilhaushalt 2001

Wir steigen jetzt ein in Teilhaushalt 2001, und alles mache ich dann hinten dran. Wir sind auf der **Seite 114**. Hier will ich mitteilen, dass wir über die **Veränderungsliste** wieder, Sie kennen das schon, die **PayPal-Gebühren** wurden von der Stadtkämmerei zu den Teilhaushalten verschoben, und das ist hier eben auch erfolgt, allerdings summenneutral.

### Antrag 1.20 (Seite 114): Gutachtenkosten reduzieren (SPD)

Wir haben dann unter der Ziffer 1.20 einen Antrag der SPD. Da geht es wieder um die Gutachtenkosten.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Beim Beteiligungsmanagement sind Gutachten pro Haushaltsjahr von 100.000 Euro vorgeschlagen. Wir schlagen eine Reduzierung um 10.000 Euro vor, damit zusammen die 100.000 Euro kommen.

**Der Vorsitzende:** Dann stelle ich das gleich zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme**. Wir lassen das Bild noch einen Moment stehen.



Findet sich jeder wieder? Ich darf fürs Protokoll noch sagen, dass Herr Stadtrat Jooß sich entschuldigt hat. Also Antrag angenommen.

#### **Antrag 1.21 (Seite 108): Aufrechterhaltung der Ärzte-Weiterbildung (AfD)**

Wir kommen zum Antrag der AfD-Gruppe unter der Ziffer 21, Aufrechterhaltung der Ärz-teweiterbildung. Da können wir gleich abstimmen. Und ich bitte um das Votum ab jetzt. Das ist eine **Ablehnung**.

#### **Antrag 1.22 (Seite 118): Keine Erhöhung der Ausgaben für Gehälter der Geschäftsführun-gen der städtischen Gesellschaften (DIE LINKE.)**

Ich rufe auf den Antrag der LINKE. unter 1.22, keine Erhöhung der Ausgaben für Gehälter der Geschäftsführung der städtischen Gesellschaften. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir hier Verträge haben.

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Ich möchte jetzt nicht für den Antrag sprechen, sondern im Gegenteil, ich möchte darauf hinweisen, dass die Geschäftsführerin und Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften ganz wesentlich dafür Sorge tragen, dass diese Gesellschaf-ten gut geführt sind. Sie haben auch Arbeitnehmer\*innen-Verträge und sollten genauso in Verhandlungen über ihre Lohnentwicklung treten dürfen wie alle anderen Arbeitnehmerin-nen und Arbeitnehmer auch. Deswegen lehnen wir das ab.

**Der Vorsitzende:** Damit können wir gleich zur Befassung kommen. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Jetzt gucken wir noch mal kurz aufs Bild.

Gut, dann gebe ich bekannt, auf der **Seite 118** haben wir die **Verlustabdeckung des Klini-kums** noch mal angepasst. Das wird aus einem Vermerk in der ersten **Veränderungsliste** deutlich.

#### **Antrag 1.23 (Seite 120): HHSM\_GR23/24 – Rücknahme Gewinnabführung der Volkswoh-nung GmbH (GRÜNE | SPD | FDP | DIE LINKE.)**

Jetzt rufe ich auf Anträge der GRÜNEN, der SPD, der FDP, der LINKE. und ein Antrag der CDU. Da geht es um die Haushaltssicherungsmaßnahmen GR23/24, Gewinnabführung der Volkswohnung. Und damit ist die Diskussion eröffnet.

**Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE):** Grundsätzlich halten wir es für nicht den richtigen Weg, bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft wie der Volkswohnung Mittel zu entnehmen, auch wenn es sich um vergangene Gewinne handelt. Die Volkswohnung leistet einen ext-rem wichtigen Beitrag für unsere Stadtgesellschaft, indem sie bezahlbaren Wohnraum be-reitstellt. In Karlsruhe haben wir auch immer noch und auch perspektivisch in der Zukunft einen großen Mangel an Wohnraum. Wir brauchen eine starke Volkswohnung. Darüber hinaus tragen natürlich Gewinnentnahmen aus einer Gesellschaft immer das Risiko, dass die Finanzierung zukünftig teurer wird und damit auch Mieten teurer sein müssten. Wir wissen sehr wohl, dass die Stadt natürlich über Bürgschaften die Kreditaufnahme für die Volkswohnung erleichtert. Dennoch braucht die Volkswohnung eine starke finanzielle Basis an Eigenkapitalbasis, die auch aus diesen Gewinnen, die thesauriert werden, bereitgestellt

wird. Von daher sind wir erst einmal grundsätzlich sehr kritisch gegenüber dieser Maßnahme.

Weiter sind wir sehr kritisch dahingehend, dass für zwei Jahre Gewinne entnommen werden sollen, dann auch im Jahr 25, wo ein neuer Gemeinderat bestehen würde. Das ist fast schon die Reihe, die dann fortgesetzt werden könnte. Deswegen hatten wir diesen Antrag gestellt, komplett die Gewinnabnahme zu streichen. Wiewohl haben wir natürlich Ihre Ausführungen, Herr Oberbürgermeister, eben gehört, dass insgesamt die Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushaltes nicht unbedingt gefährdet ist, wiewohl aber natürlich ein hohes Risiko besteht, dass die Kreditaufnahme durch das Regierungspräsidium weiter eingeschränkt werden könnte. Uns als GRÜNE ist es natürlich sehr wichtig, dass wir in die Zukunft dieser Stadt investieren können, dass wir auch in den Klimaschutz investieren können. Nun stehen wir vor einer schwierigen Abwägungsentscheidung und schlagen deshalb vor, einen Änderungsantrag zu unserem Antrag, dass wir die Gewinnentnahme auf eine einmalige Entnahme im Jahr 2024 in der vorgeschlagenen Höhe begrenzen und im Jahr 2025 nicht mehr entnehmen. Dies würde die Mittel im Jahr 2025 im städtischen Haushalt wieder stärken, um die vorgeschlagenen 3,5 Millionen Euro, würde aber auch nicht diese Reihe ansetzen, aus der man jetzt sagen könnte, wir haben das schon zweimal gemacht, hat gut funktioniert, machen wir weiter. Wir glauben, das ist ein tragbarer Kompromiss. Und wir glauben auch, dass die Basis der Volkswohnung dadurch nicht in übermäßigem Maße geschwächt würde. Uns ist aber wichtig, dass die Volkswohnung weiterhin eine gute Kapitalbasis haben muss, um weiter eben Wohnungsbau für die städtische Gesellschaft betreiben zu können.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Ich nehme jetzt zur Kenntnis, Herr Oberbürgermeister, was die GRÜNEN nun beantragt haben. Ich neige aber trotzdem zur Klarstellung dazu. Zunächst mal die Position der CDU, und zwar in unveränderter Form rüberzubringen. Es ist eindeutig und mehrfach auch bestätigt, dass Ihr Ansatz, den eine ganz große links-grüne Mehrheit zusammenbringt, nicht zutrifft. Es ist nicht so, dass die Volkswohnung in irgendeiner Weise durch eine Gewinnabführung in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit oder ihrem Standing gegenüber Finanzinstituten beeinträchtigt ist, zumal sie, wie sie selber schon ankündigen oder zugeben, mit einer starken Stadt, die für alles bürgt, so was von abgedeckt ist, dass man sagen kann, diese Gläubigerstellung ist ungetrübt, und von daher ist das auch wirklich keine objektive Einschränkung. Um es deutlich zu sagen, kein Projekt der Volkswohnung, keine neue Wohnung, die wir planen, weil wir sie jetzt planen wollen, weil wir sie uns wegen der Kostensteigerung auch leisten, wird nicht gebaut. Keine Modernisierung unterbleibt. Das haben wir mehrfach auch an anderer Stelle versichert bekommen. Von daher verstehe ich diese notorische Position ihrer Seite nicht. Und wir als CDU haben deswegen konsequent auch gesagt, wir können und wollen hier weitere 1,5 Millionen Euro reingeben. Denn noch einmal, wenn die Volkswohnung Projekte hätte, sie aber nicht durchfinanziert bekommt, dann steht doch die starke Stadt dahinter.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Wenn uns die Bürgerinnen und Bürger alle fünf Jahre bei den Kommunalwahlen wählen, dann statten sie uns mit Einfluss, mit Macht und mit Gestaltungsspielraum aus. Und ich glaube, gerade in den Haushaltsberatungen zeigt sich das ganz deutlich. Wir sitzen hier eineinhalb Tage, bestimmen über 200 Anträge, und manchmal dauert es nur ein paar Sekunden und ein kleiner Knopfdruck, und dann verändert sich die Lebensrealität von vielen Menschen. Manchmal sind es nur kleine Beiträge, auch nur wenige Menschen, die es betrifft. Manchmal sind es aber wirklich große Summen, die wir

hier bewegen. Wir haben vorhin über die Kita-Beiträge gesprochen, wo wir wissen, das sind Hunderte, Tausende von Menschen, die von diesem Knopfdruck am Ende beeinflusst werden. Mit diesem Einfluss und diesem Gestaltungsspielraum, der oft sehr schön ist, kommt aber auch viel Verantwortung mit einher. Und an diesem Punkt heute gilt es für uns als Fraktion tatsächlich, Verantwortung zu übernehmen. Wir haben sehr oft als SPD gesagt, dass wir keine Gewinnabführung der Volkswohnung wollen. Und wir sehen das anders als Sie, Herr Kollege Pfannkuch, denn wir wissen, dass dieser geringe Überschuss, den die Volkswohnung erwirtschaftet, im nächsten Jahr immer wieder in Investitionen eingesetzt wird. Und diese Gewinnabführung führt automatisch dazu, dass die Volkswohnung mehr Kredit aufnehmen muss. Das bedeutet für uns, wenn man es ganz deutlich sagt, dass die Gewinnerführung kreditfinanziert ist. Jetzt hat die Volkswohnung eine Vergangenheit und die Bauträger Tätigkeit, die der Volkswohnung viel Geld beschert hat. Das ist etwas, das können wir nicht ignorieren.

Und wenn es darum geht, ob wir einen Haushalt haben, der genehmigungsfähig ist, dann sind wir als SPD so weit, so viel Verantwortung zu übernehmen und einer einmaligen Gewinnabschöpfung für das Jahr 2024 zuzustimmen. Ich kann das Wort einmalig nicht verbal stark genug unterstreichen. Einmalig bedeutet für die SPD einmalig. Wir zählen den ICT-Verkauf nicht dazu. Das war eine ganz andere Geschichte. Das war eine unvorhergesehene Geschichte, aber an dieser Stelle wollen wir ganz, ganz klar sagen, und das ist auch ein klarer Auftrag an die Verwaltung, wir werden in Zukunft unseren Haushalt weiter konsolidieren müssen. Aber kommen Sie zur SPD-Fraktion nie wieder mit dem Wunsch, den Volkswohnungen-Gewinn abzuführen. Denn hätten Sie unsere Warnungen der letzten Jahre ernst genommen, dann würden wir heute hier nicht sitzen. Aber wir als SPD übernehmen heute Verantwortung, auch weil wir wissen, dass es nicht anders geht, und weil wir wissen, wie viel auf dem Spiel steht und was es bedeuten würde, wenn unser Kreditrahmen weiter eingeschränkt werden würde. Das würde bedeuten, dass wir Schulen nicht sanieren können, dass wir Sporthallen nicht bauen können und viele, viele, viele weitere Dinge, die uns ganz stark betreffen würden. Und deswegen übernehmen wir heute Verantwortung und stimmen der einmaligen Gewinnabführung zu.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ich möchte erst dem Vorredner von den GRÜNEN danken, dass er eine ganz ausführliche Begründung gemacht hat dafür, warum eine Gewinnabführung an dieser Stelle falsch ist. Ich habe genug Zeit, um das auch noch mal zu begründen, denn die Volkswohnung ist unsere wichtigste Akteurin im Schaffen im bezahlbaren Wohnraum, und sie braucht auch ihr Eigenkapital für Investitionen. Es geht nicht nur darum, Neubau zu machen, sondern wenn man sich mal die Liste anschaut der Projekte, die da jetzt in den nächsten Jahren gemacht werden muss, für Barrierefreiheit, für Klimaschutz, das ist eine wahnsinnig lange Liste. Und wenn wir jetzt hier Geld abführen, bedeutet das natürlich auch, dass Kredite aufgenommen werden müssen. Und ich muss an dieser Stelle auch noch sagen, es ist einfach schwierig, Geld, was zum Teil auch aus Mieteinnahmen kommt, und das ist die Haupteinnahmequelle der Volkswohnung und dafür auch eine Zweckbindung haben sollte, für die Investition in sozialen Wohnraum, dieses Geld sollte im Bereich sozialen Wohnraum bleiben. Und ich finde es an dieser Stelle auch ein völlig schwieriges und falsches Signal. Nachdem wir jetzt in den vergangenen Monaten und Jahren eine Mieterhöhungsstrategie sehen und sehen, dass die Mieten erhöht werden, bei der Volkswohnung dann so eine Gewinnerführung machen. Und ich finde es auch wieder lustig, dass man wieder von einer erstmaligen Abschöpfung spricht. Man wird immer wieder neue Begründungen finden, warum das jetzt wieder passieren soll, und da können wir an

dieser Stelle einfach nicht mitgehen. Und ich finde es auch lustig, dass die CDU hier auf einmal davon spricht, dass die links-grüne Mehrheit da ihre Schwierigkeiten mit hätte. Ich kann mich dran erinnern, so lange bin ich noch nicht im Gemeinderat, da ist mein Gedächtnis vielleicht auch noch lang genug, dass Sie da am Anfang der Legislaturperiode auch ganz anders klangen und da auch ganz klar gegen eben eine Gewinnabschöpfung, eine Zweckentfremdung von diesen Geldern waren.

**Stadträtin Lorenz (FW/FÜR):** Eigentlich wollten wir dieser Gewinnabschöpfung nicht zustimmen, weil wir das ganz genauso sehen wie viele andere, also wir reden immer von Wohnungen, die fehlen, von bezahlbaren Wohnraum, von barrierefreien Wohnraum, für Wohnraum für Senioren. Wir haben ja auch noch einen Antrag gestellt für Fachkräfte. Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich fühle mir jetzt ein bisschen das Messer auf die Brust gesetzt. Ich würde es gerne manchmal umgekehrt machen. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen Wir haben uns jetzt draußen beraten, und wir würden wirklich schweren Herzens dieser einmaligen Abschöpfung zustimmen. Ob es bei der bleibt, weiß man nicht. Ich sehe das genauso. Und prinzipiell sehe ich das als Kaufmann so, dass man laufende Ausgaben nie mit Gewinnen aus Gesellschaften finanzieren sollte. Aber es liegt noch eine Kommunalwahl dazwischen, und da würden sich ja die Kräfte verschieben. Und dann werden wir sehen, auch in Bezug auf laufende Investitionen, wir kommen nachher noch zu unserem Antrag Turmbergbahn, wie sich das weiter gestaltet. Und wir dürfen halt nicht, wenn wir jetzt dieser Gesellschaft in die Tasche langen, sagen... Auf der anderen Seite werfen wir dann weiter, ich sage es mal so salopp, das Geld aus dem Fenster raus. Den Rest sage ich nachher, wenn wir zum Antrag kommen, wir würden der einmaligen Abschöpfung zustimmen wirklich mit Zähneknirschen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Man muss jetzt sich das alles schon anhören. Und mein geschätzter Kollege Dr. Huber hat vieles von dem gesagt, was mir und meiner Fraktion auch schwerfällt und auch schwerfallen wird, weil ich sage es mal ganz ehrlich. Die letzten Jahre, seit dem letzten Haushalt hat man hier Entscheidungen getroffen, Herr Oberbürgermeister, wo man sich schon Gedanken gemacht hat, wie das denn dann irgendwann mal kommen soll, wenn dann alles auf dem Tisch liegt und alles bezahlt werden muss und man einen neuen Haushalt aufstellt. Ihre einführenden Worte von ganz am Anfang, dass Sie ein Gespräch hatten mit dem Regierungspräsidium, wo man Ihnen so gesagt hat, dass es eventuell sein kann, dass Sie keiner 200 Millionen Euro Aufnahme zustimmen, sondern eventuell nur 150 Millionen Euro, diese Einführung, Herr Oberbürgermeister, die hätten Sie nicht hier vielleicht machen müssen, aber unter den Fraktionsvorsitzenden hätten Sie das schon mal gelegentlich. Oder hat man das schon mal durchklingen lassen? Ich wüsste nicht. Bei mir ist es nicht angekommen. Also bei meinem Kollegen Høyem auch nicht. Dann hätte man das ja auch vielleicht mal vorher sagen können. Dann hätte man ja auch vielleicht in diesem Rat, wo man jetzt vieles eineinhalb Tage zusammen verabschiedet hat, vielleicht untereinander noch einmal sich angeschaut und gesagt, wollen wir das jetzt wirklich durchdrücken. Wenn man das, was man da jetzt hört, vielleicht im Rücken hat, wäre mir bei der einen oder anderen Sache vielleicht etwas vorsichtiger rangegangen und hätte sich vielleicht zusammen in eine andere Richtung bewegt. Herr Oberbürgermeister, ich hätte erwartet, dass Sie das, was Sie jetzt gesagt haben, uns vorher schon einmal mitgeteilt hätten.

Jetzt zur Volkswohnung. Ich glaube, dass das, was jetzt, wie der Kollege Huber sagt: „Bitte kommen Sie nicht mehr“, „einmalig“. Herr Kollege Huber, ich schätze Sie sehr, aber glauben Sie mir, die Büchse der Pandora wird heute geöffnet bei der Volkswohnung. Und Sie

werden sehen, wir werden darüber wieder reden. Das wird so sicher wie das Amen in der Kirche sein, weil wenn einmal die Krake, und das sage ich klipp und klar, wenn einmal die Krake da zugelangt hat, dann wird sich das immer wieder fortführen lassen. Und ich sage Ihnen noch was. Der Herr Kämmerer hat mir ja mal erklärt, wie sich das verhält mit dem Geld, was die Volkswohnung aufnehmen muss. Aber viele hier im Rat sagen, und das sagen Sie zu Recht, mit dem Eigenkapital ist es einfacher, an die Banken heranzutreten und große Projekte anzuschieben.

Was haben wir für große Projekte vor der Brust bei der Volkswohnung? Wir müssen bauen, bauen und nochmals bauen, weil uns fehlen überall in der Stadt Wohnungen, überall, im Sozialbereich, im Normalbereich, überall. Und da wird die Volkswohnung die nächsten Jahre unser Hauptakteur sein, die das voranbringt. Da bin ich gespannt. Deshalb, der Oberbürgermeister hat ja nur noch davon gesprochen am Anfang, sanieren, sanieren, sanieren. Ich sage oder meine Fraktion sagt nein, bauen, bauen, bauen, das ist das Hauptaugenmerk, auf das sich die Volkswohnung definitiv zurückziehen muss. Wenn sie das nicht tut, dann haben wir in der Stadt zu wenig Wohnungen, die Mieten werden steigen, und das Soziale wird dann auch darunter leiden. Herr Oberbürgermeister, wir haben ganz am Anfang gesagt, und das sage ich ganz ohne Emotionen, wir haben diesen Antrag mit gestellt, wir stehen hinter diesem Antrag immer noch, und wir wollen diesen Antrag auch abgestimmt haben. Wir sind gegen die Gewinnabführung der Volkswohnung und die zur Ader lassen dieser wichtigen Gesellschaft für den Stadtwohnungsbau. Wir sind dagegen und werden das nicht mitgehen. Deshalb, da sind wir mit den LINKEN heute einer Meinung. In diesem Bereich wird mit uns nichts zu machen sein.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Meine Fraktion wird dieser einmaligen Gewinnabschöpfung heute, wenn sie zur Abstimmung jetzt kommt, zustimmen. Ich denke, wir sind in einer Situation, wo es darum geht, dass der Haushalt genehmigt wird, dass wir für den Haushalt einmal hier im Hause eine Mehrheit bekommen, eine gute Mehrheit, ich sage es mal, eine satte Mehrheit, um auch ein Signal nach außen zu geben, vor allem in Richtung Regierungspräsidium. Aber ja, also das Signal nach außen ist uns wichtig und natürlich, wie hier das Abstimmungsergebnis sein wird. Ich möchte jetzt nicht das Fass Volkswohnung aufmachen, aber Herr Kollege Hock, es ist doch mittlerweile so, dass die Volkswohnung und nicht, weil jetzt hier diese Gewinnabführung kommen soll, dass sie von geplanten Bauvorhaben im Moment absieht, weil sie sagt, weil im Moment das gar nicht finanzierbar ist. Also das muss man ja vielleicht auch berücksichtigen. Ich möchte nur mal ein aktuelles Beispiel nehmen. Kriegsstraße 200, wo ich die ganze Zeit davon ausgegangen bin, dass da hinten vor der Volkswohnung zwei, drei Punkthäuser reingebaut werden. Ich höre jetzt, dass die Volkswohnung davon im Moment Abstand nimmt, weil sie sagt, die Finanzierung, die Baukosten sind so hoch, das rechnet sich für uns nicht. Und das muss man meiner Ansicht nach auch mit einbeziehen in diese ganze Diskussion. Und ich gehe nicht davon aus, dass die Volkswohnung sozusagen jetzt auf einmal am Bettelstab ist. Das ist nicht meine Sichtweise, das ist nicht unsere Einschätzung. Und von daher kann ich verstehen, dass Sie jetzt so gesprochen haben. Sie haben auch in Ihrer Haushaltsrede das explizit benannt, aber wenn man eine neue Situation hat, dann muss man vielleicht auch vorgefasste Meinungen oder vorgefasste politische Aussagen vielleicht auch noch mal reduzieren, also verändern, weil es jetzt im Moment um was anderes geht, weil es darum geht, den Haushalt hier so in einer Art und Weise zu verabschieden. Dazu brauchen wir eben diese einmalige Gewinnabführung von 3,5 Millionen Euro. Und von daher, das muss heute gemacht werden. Ich verstehe auch, dass dann in Zukunft das nicht mehr stattfindet, und da bin ich

nicht so pessimistisch wie Sie. Also da ist auch immer noch eine Mehrheit des Hauses, die dann sagen kann, ob man sich noch mal auf so etwas einlässt in ein, zwei, drei Jahren. Davon gehe ich aber im Moment nicht aus.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Herr Stadtrat Hock, ich habe nicht mit dem Regierungspräsidium persönlich geredet. Das hat Frau Kollegin gemacht, und Frau Kollegin hat mehrfach in der Strukturkommission und in anderen Gremien immer wieder dargestellt, dass diese 200 Millionen-Obergrenze am Kippen ist. Sich jetzt hierher zu stellen und zu sagen, man würde das das erste Mal hören, wir können nicht zu Ihnen nach Hause kommen und es ihnen auch noch mal erklären, das macht mich ein bisschen ratlos. Und ich habe im Moment den Eindruck, Sie wollen manchmal bestimmte Dinge nicht wahrnehmen, weil Sie dann mit Ihrer Argumentationslinie irgendwie ein Stück weit nicht so überzeugend überkommen könnten. Ich will jedenfalls feststellen, dass diese Kreditobergrenze, die am Kippen ist, mehrfach angesprochen wurde. Es gibt natürlich vom Regierungspräsidium nie eine Wenn-Dann-Formulierung, aber es ist schon ein klares Signal gegeben, dass das auch mal 150 Millionen Euro sein könnten, wenn nicht klar ist, dass wir uns auf einen anderen Weg begeben. Und eine höhere Verschuldung bzw. eine negativere Ergebnis-Haushaltsbilanz wäre ein solcher Schritt.

Zweitens, ich habe gesagt sanieren, sanieren, sanieren, weil wir uns im Moment Neubau bei der Volkswohnung nicht leisten können. Das war meine Aussage für dieses Jahr und vielleicht auch das nächste Jahr. Aber da können Sie jetzt sagen bauen, bauen, bauen. Nur wir haben ja bei der Volkswohnung die Situation, dass sich die einzelnen Projekte wirtschaftlich tragen müssen, und das ist auch gut so. Und deswegen wird die Volksbühne natürlich wieder mit dem Neubau anfangen, sobald man das wirtschaftlich wieder darstellen kann. Insofern bitte auch da die Dinge, wenn Sie mich schon zitieren, umfassend und auch richtig wiedergeben.

Drittens, hier werden keine Mieten erhöht, weil man jetzt diese Gewinnentnahme macht, sondern die Logik, die dahinter steht, ist, dass über Bauträgergeschäfte der Volkswohnung in der Vergangenheit so was 32 Millionen Euro, ist die Zahl glaube ich, Einnahmen der Volkswohnung zugeflossen sind, die nicht von Mieterinnen und Mietern kam, sondern aus dem Bauträgergeschäft. Und die hat man dann wiederum verwendet, um natürlich mit größerem Eigenkapital dann wieder verschiedene andere Bauvorhaben günstiger zu machen. Und das hat sich wieder begünstigend auf Mieten ausgewirkt. Hätte man das nur im Projekt selber sozusagen beschlossen, wären von Anfang an in diesen Projekten möglicherweise die Mieten höher gewesen. Und von dieser Gesamtsumme, die sozusagen im Vermögen der Volkswohnung steckt, auch wenn sie natürlich nicht irgendwo auf dem Konto ist, ziehen wir jetzt 3,5 Millionen Euro raus, was in Anbetracht der Gesamtsummen, die die Volkswohnung sowieso am Markt aufnehmen muss, um hier in eine weitere Bau oder Sanierungstätigkeit zu gehen, keinen so großen Beitrag ausmacht. Und wir sind auch sehr sicher, dass sich die Kreditwürdigkeit der Volkswohnung und auch die Kreditrahmensetzung der Volkswohnung durch diese 3,5 Millionen Euro nicht verschlechtern. Das heißt, das einzelne Projekt bleibt weiter so, wie es auch dann wäre, wenn wir wieder in Neubau einsteigen könnten.

Und vierter Aspekt, diese 3,5 Millionen Euro Entnahme sind in den Wirtschaftsplan schon eingepflegt. Und der Aufsichtsrat hat schon festgestellt, dass die vorgesehenen Bautätigkeiten für das Jahr 2024 dort nicht beeinträchtigt sind durch diese Gewinnentnahme. Und

von daher würde sich auch bei einer Nichtgewinnentnahme jetzt an der Bautätigkeit und der ganzen auch Kreditwürdigkeit und alles im Jahr 2024 nichts ändern. Ob das in den nächsten Jahren noch mal eine Rolle spielt oder nicht, liegt im Wesentlichen natürlich an den Entscheidungen des Gemeinderats. Ich habe die Botschaft verstanden, und wir haben auch diesen Einsparvorschlag nur gemacht, weil uns nichts anderes eingefallen ist. Und ich habe in diesen zwei Tagen auch nicht mehrheitsfähige andere Vorschläge gehört, die uns in dieser Dimension eine Gegenfinanzierung für das ermöglichen würden, was Sie durch Veränderungen in den Haushalt eingebracht haben. Und deswegen ist uns auch jetzt in diesem acht Fraktionsvorsitzenden-Gespräch keine andere Alternative eingefallen, die mehrheitsfähig ist. Es gibt natürlich Leute, die nehmen es aus dem Klimaschutz und sonst wo her, aber es muss am Ende auch ein Stück weit zur Gesamtstrategie der Stadt und vor allem der Mehrheit des Gemeinderats passen. Das sind mir noch mal ganz wichtige Aspekte an dieser Stelle, Herr Stadtrat Hock.

**Stadtrat Hock (FDP):** Herr Oberbürgermeister, Ihren Ausführungen höre ich immer gerne zu. Ich möchte Ihnen nur noch einmal zurufen, wir hatten eine Sondersitzung, noch nicht allzu lange an einem Freitag, wo wir das alles noch einmal schön von Ihnen präsentiert bekommen. Entweder ich habe da irgendeinen Augenkatharr gehabt, oder da standen die 200 Millionen Euro Kreditermächtigung immer noch. Also von daher gesehen frage ich Sie, Was hat sich denn verändert in den acht Tagen? Es muss sich etwas verändert haben. Da stand es noch, jetzt ist es nicht mehr der Fall. Oder Sie sagen, es könnte nicht der Fall sein. Deshalb, ich frage nur mal. Wenn Sie sagen, ich habe etwas falsch verstanden, ist in Ordnung. Aber da standen ja immer noch die 200 Millionen Euro.

**Der Vorsitzende:** Bisher ist die Rahmensetzung des Regierungspräsidiums eine Kreditobergrenze von 200 Millionen Euro. Wir tun doch den Teufel, dass wir sozusagen im vorausliegenden Gehorsam jetzt in dem Haushaltsplan 150 Millionen Euro reinschreiben. Das ist jetzt wirklich aberwitzig, sondern wir gehen natürlich davon aus, dass das Regierungspräsidium an der Rahmensetzung bleibt, die es vorgegeben hat. Und das müssen wir natürlich zur Grundlage unseres Haushaltsentwurfs machen. Und genau das haben wir getan. Wir haben aber bei jeder Gelegenheit immer angesprochen, dass wir die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsentwurfs eigentlich als gegeben betrachten, auch nach der Rückmeldung, dass aber die Kreditobergrenze ein echtes Problem werden könnte und dass wir deswegen ein starkes Signal aus diesen Haushaltsberatungen brauchen, damit wir hier an dieser Stelle weiter das Vertrauen....

Es ist am Ende ein Ermessensentscheidung, und es ist eine Vertrauensfrage. Traut man uns als Gemeinderat und als Stadtverwaltung zu, hier einen richtigen Weg zur Konsolidierung weiterzugehen? Oder meint man, wir müssten man muss an der Stelle noch mal sozusagen eine Schippe drauflegen und unsere Investitionstätigkeit noch weiter ausbremsen, damit man uns hier an der Stelle das Signal gibt?

Wir haben jetzt drei verschiedene Anträge oder Antragsqualitäten, die können wir jetzt dann nach und nach abarbeiten. Die CDU hat den weitestgehenden Antrag gestellt. Wollen Sie den noch aufrecht erhalten? Ich rufe den Antrag 1.24 der CDU auf, dass wir die **Gewinnentnahme auf 5 Millionen erhöhen**. Und den stelle ich jetzt zur Abstimmung. Und zwar ab jetzt (**mehrheitliche Ablehnung**). Jeder findet sich wieder.

Dann gehen wir an das andere Ende des Spektrums. Und da gibt es die weitestgehenden Anträge der FDP und der LINKEN, dass wir in **beiden Jahren die Gewinn Rücknahme wieder zurückführen und zurücknehmen**. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. Auch das wird **mehrheitlich abgelehnt**. Dann haben wir den veränderten Antrag der GRÜNEN und der SPD, dass wir die Gewinnentnahme, die für beide Jahre vorgesehen ist, für das zweite Jahr zurücknehmen. also, dass sie das Zurücknehmen und die Gewinnentnahme nur im Jahr 2024 stattfindet. Diesen Antrag stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

Wir haben jetzt unter der **Haushaltssicherung Ziffer HHS\_GR23**, also der Haushaltsicherungsvorschlag der Verwaltung, einen **Beitrag städtischer Beteiligungen**. Dann haben wir dasselbe noch mal unter der **Ziffer HHS\_GR24** und unter der **Ziffer HHS\_GR27**. Ich würde die drei Sachen gerne gemeinsam aufrufen. Ich würde GR23, GR24, GR27 gemeinsam aufrufen, möchte aber darauf hinweisen, dass wir die Position der Volkswohnung, die da auch mit drinsteckt, jetzt für das eine Jahr korrigieren müssen, aber das unterstelle ich mal, dass wir das so verstanden haben, und bitte Sie jetzt um die das Votum ab jetzt.

Dann rufe ich oder gebe ich zur Kenntnis, dass wir in der **Veränderungsliste** auf der **Seite 119** oder bezogen auf die Seite 119 des **Haushaltsentwurfs** beim **Eigenbetrieb Fußballstadion im Wildpark** eine **Anpassung des Betriebskostenzuschusses** vorgenommen haben, ebenso die **Bereitstellung von Projektmitteln für eine Karlsruher Stiftung**, auch ebenfalls erste Veränderungsliste.

Dann kommen wir unter der numerischen Ziffer **Haushaltssicherung Nummer HHS\_GR25** zu einer **Ertragssteigerung durch Errichtung einer städtischen Stiftung**. Das hat auch was mit der Karlsruher Stiftung zu tun, die ich erwähnt habe. Und das da bitte ich jetzt um Ihre entsprechende Zustimmung mit Ihrem Votum ab jetzt.

Dann rufe ich auf die **Maßnahme Nummer HHS\_GR26**. Da geht es um eine **Ertragssteigerung durch den Verkauf der städtischen Allianzaktien**. Sie merken, wir haben wirklich alles rausgekruschelt, was wir noch irgendwo gefunden haben, und die brauchen wir nun wirklich nicht mehr. Und dafür bräuchte ich aber Ihren Beschluss und bitte hier um das Votum. Ab jetzt. Das ist eine **Einstimmigkeit**.

#### **Antrag 1.25 (Seite 120): Geförderte Wohnungen gegen Fachkräftemangel (FW|FÜR)**

Ich rufe auf den Antrag der Freien Wähler | FÜR Karlsruhe, geförderte Wohnungen gegen Fachkräftemangel, unter der laufenden Ziffer 1.25.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** So ein Antrag ist natürlich schwierig zu stellen, wenn man im Vorfeld eines Haushaltes ist, der, sage ich mal, sehr schwierig ist und eine Mehrheit zur genehmigungsfähig gefunden werden muss. Wir haben auch keine Summen eingetragen, aber wir wollen auf eine Thematik aufmerksam machen, die uns durch Rückmeldungen aus vielen Teilen der Bevölkerung, auch von Unternehmen, getroffen hat. Wir wissen, der Wohnraum, das haben wir auch eben den Redebeiträgen gehört, in Karlsruhe ist sehr knapp für alle Bevölkerungsschichten. Da ist gar kein Thema. Wir haben Unternehmen auch gerade in den Pflegeeinrichtungen und Erzieherinnen, die hier in Karlsruhe keine Möglichkeit haben, Wohnungen zu finden, und die wir tatsächlich verlieren, auch Fachkräfte, auch Geschäftsführer eines von mir betreuten Unternehmens, sogar Ärzte, die keine



Möglichkeit haben, hier in Karlsruhe Wohnraum... Es geht nicht mal um bezahlbaren Wohnraum, sondern überhaupt Wohnraum zu finden. Und das ist eine Aufgabe, da wir das Thema Volkswohnung hatten, in der Zukunft eine Strategie zu überlegen, dass es gerade die Berufsbereiche betrifft, Klinikum Es betrifft wirklich die Pflegekräfte. Wir haben das Thema PIA auch gehabt, uns zu überlegen, wie können wir gerade jene, die auch doppelt wichtig für die Stadt sind, ohne jemanden abzuwerten, denn der hier wohnt, bringt ja wie beim Erstwohnsitz ja uns richtig doppelt Geld. Wir möchten gar nicht darüber abstimmen, sondern wir halten es für wichtig, darüber strategisch in den nächsten Wochen und Monaten in den Ausschüssen entsprechend darüber uns Gedanken zu machen, dass Karlsruhe wirklich ein attraktiver Standort bleibt. Wir sind in allen Rankings relativ weit vorne, das muss man auch sehen. Aber wie gesagt, diese Zielgruppe dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

**Der Vorsitzende:** Ich würde das jetzt als **Vertagungsantrag** betrachten oder Vertagungsvorschlag und würde darauf verweisen, dass wir das an anderer Stelle mal ausführen. Grundsätzlich aber die Empfehlung, wenn es solche Kontingentfragen gibt, wie bestimmte Anzahl von Pflegekräften sich durchaus mal an die Volkswohnung oder auch an die Stadt zu wenden, weil wir durchaus bei bestimmten Projekten dann auch Sonderkontingente zur Verfügung stellen können. Eine allgemeine Diskussion darüber ist sehr schwer, denn Sie kommen automatisch immer dann in eine vergleichende Diskussion Wer ist wichtiger, gerade jetzt oder morgen oder vorgestern? Also das ist etwas, wo wir uns in den Fachgremien unterhalten sollten. Das können wir damit auch die Gesamtdiskussion vertragen.. Das ist mir jetzt gerade zu der Zeit auch gar nicht unrecht.

Wir kommen dann zu verschiedenen Aspekten der **Veränderungsliste**. Auf der **Seite 120** oder zugeordnet zur Seite 120 gibt es in der Veränderungsliste die **Anpassung der Konzessionsabgabe Stadtwerke**. Es gibt eine **Anpassung der Verlustabdeckung des Teams Sauberes Karlsruhe Eigenbetrieb** im Bereich Abfall. Es gibt auf der **Seite 121** eine **Anpassung der Verlustabdeckung Team Sauberes Karlsruhe** des Bereichs Straße, und es gibt summenneutral Ausgleichsmittel des Landes Baden-Württemberg im Rahmen des **Deutschlandtickets**, die dort auch über die Veränderungsliste eingepflegt sind, summenneutral deswegen, weil das eine durchlaufende Position ist, die wir hier zu bestreiten haben.

**Antrag 1.26 (Seite 122): Ausbau des ÖPNV-Netzes vorantreiben – Klima schützen statt kürzen (DIE LINKE.)**

Wir kommen damit zum Antrag der LINKE. unter der Ordnungsziffer 1.26, Ausbau des ÖPNV Netzes vorantreiben, Klima schützen statt kürzen.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Unser Antrag ist tatsächlich in den Punkten 1 und 3 erst einmal hinfällig, weil die mittelfristige Finanzplanung ohnehin in dem Wirtschaftsplan dann diskutiert wird und die Zuschüsse nicht gekürzt werden an den Verkehrsbetrieben, sondern sie leider steigen. Aber uns ging es im Punkt 2 tatsächlich darum, dass wir jetzt nach den durchgeführten Einsparmaßnahmen, die seitens der der VBK wesentlich durchgeführt wurden, es schaffen, irgendwann zu einem Modus zu kommen, dass zusätzliche Einsparungen nicht nur dazu dienen, dass das Gesamtdefizit verringert wird, weil so viel kann die VBK glaube ich wirklich nicht einsparen, sondern auch als Anreiz dafür gedient werden soll, dass es in die Infrastrukturen des Personals zur Sicherstellung der Qualität des ÖPNV

genutzt wird. Das heißt, wir würden nur noch an der Stelle über den 2 abstimmen lassen wollen.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Ich spreche dann auch nur zu Punkt 2. Einsparpotenziale sollen alle Ämter und alle Unternehmen suchen. Und das sollte auch wirklich eingespart werden. Die müssen trotzdem einsparen. Damit müssen wir leben, obwohl wir auf der anderen Seite sagen Whatever it takes. Geben wir an die VBK, um deren Defizit zu decken. Das ist auch völlig klar, aber das sind verschiedene paar Stufen. Trotzdem sollen die eben gucken, ob sie nicht doch noch einsparen können. Dass das ins Personal gesteckt werden soll, ich vermute, dass sie meinen, zusätzliche Stellen, das wäre dann die Maßnahme. Aber den VBK fehlen keine Stellen, sondern denen fehlen Leute. Das ist das Problem. Die Stellen sind nicht besetzt, und da müssen wir alles tun. Und das tun die VBK auch, im Moment mit mäßigem Erfolg, aber hoffentlich doch in der Zukunft, dass es besser geht. Aber es fehlt eben nicht an Stellen, sondern an Leuten, und also auch nicht an Geld an dieser Stelle da. Insofern können wir dem nicht zustimmen, obwohl wir nun wirklich für die VBK tun, was nur eben möglich ist.

**Der Vorsitzende:** Zum zweiten Punkt der Infrastruktur will ich ganz klar sagen, wenn wir die Infrastruktur verbessern wollen, indem wir beispielsweise stillgelegte Strecken reaktivieren oder irgendwelche bestehenden Strecken weiter ausbauen, werden wir es ohne massive Förderung über den Landes- und Bundesgesetzgeber nicht finanzieren können. Die bestehende Infrastruktur zu erhalten, das erleben Sie jeden Sommer, wenn wir ganze Haltestellen barrierefrei ausbauen und umbauen und Schienen erneuern. Das ist im Moment finanziell so weit abgesichert, dass auch keine Defizite in der Instandhaltung entstehen.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Ich will jetzt nur ergänzen, was auch der Kollege Honné gesagt hat. Das ist auch ein Grund, dass uns zugetragen wurde aus dem Bereich, weil auch hier die Fachkräfte nicht herkommen, weil sie keinen Bereich haben. Nur zur Ergänzung zu dem Vortrag, den ich vorhin gehalten habe.

**Der Vorsitzende:** Gut, dann kann ich die Ziffer 2 jetzt hier zur Abstimmung stellen des Antrags der LINKE., und ich bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Jetzt gucken Sie mal, ob Sie sich da richtig wiederfinden. Aber das sieht doch ganz ordentlich aus.

Wir kommen damit zu einigen Punkten auf der **Veränderungsliste** betreffend die **Seite 122** des Haushaltsentwurfs. Da geht es einmal um die Anpassung der **Transferaufwendungen an den KVV**, dann die Anpassung bezogen auf den Tarifausgleich. Dann haben wir die Anpassung bei der **Bestellung von Eisenbahnverkehren** im Stadtgebiet von der AVG und auch die **Förderung der B-Zentren**. Das hat etwas in dem Fall mit Mühlburg zu tun.

**Antrag 1.27 (Seite 125): Senkung der Ausgaben für die Modernisierung der Turmbergbahn (FW|FÜR)**

Wir kommen damit zum Antrag der Freien Wähler für Karlsruhe, Senkung der Ausgaben für die Modernisierung der Turmbergbahn. Das ist die Ziffer 1.27.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Uns ist wohl bewusst, dass die Turmbergbahn beschlossene Sache ist. Dagegen wollen wir uns auch nicht stellen. Ich beziehe mich jetzt aber in meinen

Ausführungen auch auf unsere Haushaltsklausuren, in der wir waren, in der Sie, Herr Oberbürgermeister, auch erwähnt haben, dass die VBK selbst ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, um Einsparpotenzial zu generieren bei der Modernisierung oder dem Umbau oder wie man es auch immer nennen möchte, der Turmbergbahn. Sie haben uns auch ein bisschen gesagt, was das Ergebnis aus dem Gutachten ist. Ich finde, in Anbetracht der ganzen Diskussionen, die wir in den letzten zwei Tagen geführt haben, müssen wir vielleicht dieses Fass auch noch mal aufmachen und in einen der nächsten Sitzungen beraten. Es ist letztendlich eine Sache, die weit in die Zukunft reichen wird. Im nächsten Gemeinderat und vor allem was uns große Sorge bereitet, ist der nächste Haushalt, also nicht der, den wir jetzt verabschieden. Wir sehen das auch mit großer Sorge, dass die Einnahmenseite immer kritischer wird und die Ausgaben steigen. Und letztendlich muss man es sehen. Es ist eine Investition in ein Ausflugsziel. Ob wir bis dahin auch nicht technisch andere Möglichkeiten haben?

Heute stand in der Zeitung, Ende 2024 ist es wirklich Ende Gelände mit dem Betrieb. Und deswegen möchten wir noch einmal eindringlich appellieren, dass ergebnisoffen zu prüfen, welche finanziellen Alternativen, auch wenn wir es der VBK zurechnen, letztendlich erscheint es dann doch irgendwo bei uns im Haushalt. Und ich würde jetzt mal aus meiner Erfahrung sagen, wir liegen aktuell bei irgendwo mit 60 Millionen Euro, und das ist halt schon ein dickes Brett, während wir hier jetzt um 3,5 Millionen Euro bei der Volkswohnung ringen und um andere viele Kleinbeträge. Wir verzichten auf die Abstimmung.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Noch mal, die Planung der Turmbergbahn ist richtig. Dadurch werden auch behinderte Menschen ermuntert, auf den Turmberg zu fahren, denn jeder Umstieg zum Beispiel in einen Bus wäre für Menschen mit Rollator oder Rollstuhl ein Aufwand und für viele ein Hinderungsgrund. Außerdem Kosten sparen kann die Stadt nur, wenn sie die Turmbergbahn stilllegt. Ganz einfach, das muss man sich mal klarmachen, und das wollen wir nicht. Also so weit sind wir jetzt mit den Sparmaßnahmen, glaube ich, noch nicht, weil der Turmberg ist einfach sehr wichtig für Karlsruhe. Und das ist hin und her gerechnet worden in verschiedenen Gremien.

**Stadtrat Maier (CDU):** Dieses Thema ist nun wirklich mehrfach in den unterschiedlichsten Gremien behandelt worden. Dass nach Kosten Einsparpotenziale gesucht werden muss und werden wird und werden soll, ist glaube ich auch unstrittig bei uns allen hier. Und ich glaube, dass das da auch bei der VBK in guten Händen ist. Wenn Sie jetzt den Antrag, liebe Kollegin, zurückziehen, dann fragen wir uns schon ein Stück weit, warum Sie ihn überhaupt hier gestellt haben, weil klar war, dass hierüber in diesem Gremium nicht abgestimmt wird. Von daher ist das für mich die Kategorie Showantrag, um einfach mal wieder schön in die Zeitung zu kommen, aber zielführend war das ganze nicht. Von daher wir lehnen den Antrag ab. Wobei, wir müssen ihn ja jetzt gar nicht mehr ablehnen.

**Stadtrat Uysal (SPD):** Wir haben hier mehrheitlich in diesem Hause für die Verlängerung der Turmbergbahn abgestimmt, abgestimmt auch deshalb, weil wir eine bessere Anbindung wollten und weil wir vor allem mit dieser Turmbergbahn, mit der Verlängerung, einen wesentlichen Beitrag zu einer vollständigen Barrierefreiheit beitragen, was ja auch meine Vorrednerin gesagt hat. Dass dieses Thema wieder aufgetischt wird, finde ich etwas irritierend, irritierend deshalb, weil wir es tatsächlich mehrfach hier ausdiskutiert haben und letztendlich auch mehrheitlich uns dafür entschieden haben, es durchzuführen, weil wir einfach dadurch ja erkennen, dass wir bessere Möglichkeiten haben, Menschen zu mobilisieren.

Von daher lehnen wir, also wir brauchen es nicht mehr ablehnen, aber wir würden diesen Antrag so nicht unterstützen.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Herr Oberbürgermeister, lassen Sie mich noch eine kurze Stellungnahme zu der Kritik nehmen. Wir sind aufgefordert, nach Möglichkeiten zu suchen. Wir wissen dieses Thema, ich als Durlacher habe auch zu dem Thema Ja gesagt. Aber sie ist nicht barrierefrei, die Turmbergbahn, denn man muss über die B3 kommen. Die Bahn geht nicht direkt bis zur Endhaltestelle. Und wenn wir nicht auch dieses Thema anschauen wie andere Städte, die ihre alten Bahnen sanieren, ich selbst als Durlacher habe für meine Zustimmung sehr viel Kritik bekommen, weil man auch der Meinung ist, man hätte das schöne Alte erhalten können. Und deshalb wollten wir das Thema einfach mal aufgreifen und nochmal bearbeiten. Und deshalb sehe ich darin keinen Showantrag, sondern Denken ist noch erlaubt, hoffe ich doch.

**Der Vorsitzende:** Der Antrag wird nicht abgestimmt, auch nicht vertagt, und Sie werden das zu gegebener Zeit in den entsprechenden Gremien aufrufen, da bin ich mir sicher.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister, dass ich noch sprechen darf. Über dieses Thema Turmbergbahn ist wirklich viel gesprochen worden. Und ich muss ganz ehrlich sagen, nach Gesprächen auch mit Behinderten war ich zunächst auch der Auffassung, man sollte das berücksichtigen und das barrierefrei auch bauen. Aber ich muss jetzt sagen, so wie der Haushalt aussieht und wie wahrscheinlich die künftigen Haushalte oder zumindest der übernächste dann auch aussehen wird, muss man sich wirklich Gedanken machen, wo man Kosten einsparen kann. Und nach meiner Auffassung kann man das da. Ich finde den Antrag von den Freien Wählern okay, wenn er jetzt auch nicht abgestimmt wird, aber ich finde das plausibel vorgetragen und das hat wirklich auch Hand und Fuß.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wir müssen aber doch auch ein Stück weit irgendwann mal ehrlich sein. Das ist ein Thema, wo auch die Presse immer wieder drauf springt. Dann seien Sie aber doch auch ehrlich. Dann müssen wir doch ganz klar sagen ja, dass, wenn wir dieses Projekt nicht durchführen, dass wir die Turmbandbahn schließen müssen, weil zurzeit liegen uns alle, deswegen gab es auch eine breite Mehrheit, noch Planungen vor, in dem die Verlängerung und der barrierefreie Ausbau sogar günstiger ist als ein alleiniger Umbau. Und das kann doch nicht wahr sein, dass immer wieder argumentiert wird, es gibt bessere Lösungen. Natürlich gibt es dort viele Betroffene, die es eben anders sehen, die aus berechtigten Gründen es sogar anders sehen. Aber wenn wir hier jedes Mal wieder anfangen und sagen, wir wollen einsparen. Das heißt, entweder wir sagen Nein zur Turmbergbahn, dann machen wir ein Museum draus und legen sie still. Oder wir sagen, wir machen das jetzt so, und dann müssen wir überlegen, wie wir es finanzieren. Aber ich finde es nicht gut, dass es immer wieder versucht wird, hier in einen anderen Kontext zu bringen und die Menschen draußen überhaupt nicht mehr wissen, was wir da machen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte auf zwei Dinge hinweisen. Die jetzt geplante Turmbergbahn mag von der Investition her teurer sein als eine kleine Sanierung der alten, aber wir schaffen damit auch die Voraussetzung für einen komplett automatisierten Betrieb. Und das ist etwas, was am Ende sich auf der Betriebskostenseite noch ganz anders abbilden wird als das, was wir im Moment haben. Und da muss man dann eine eventuelle Buslinie dagegenstellen, die aber natürlich nie die Barrierefreiheit schafft und auch nie den Service, den man

da hat. Das gehört auch alles zum Gesamtpaket dazu, mal davon abgesehen, dass wir durch die Verlängerung schaffen. Das ist zwar finanztechnisch ein Nachteil, aber für die Kundschaft ein Vorteil, dass es damit Teil des ÖPNV-Netzes insgesamt wird und wir deswegen auch an diese Infrastruktur-Zuschüsse für die Sanierung und die Erweiterung überhaupt nur herankommen. Würden wir nur auf den bestehenden Trassenabschnitt irgendwas erneuern, hätten wir keine Chance, das in einer Weise bezuschusst zu bekommen. Insofern müssen wir da ein paar Aspekte mehr einfach noch mit einpreisen. Aber da werden wir Gelegenheit haben, das noch mal uns anzugucken.

Gut, über die erste **Veränderungsliste** auf der **Seite 125** ist auch noch mal **KVVH Erhaltungsaufwand** angepasst, **KMK Schadensersatz Stadthalle**, **KME Betriebskostenzuschuss**, **KME Zuschüsse für Veranstaltungen** im gesamtstädtischen Interesse und auch noch der **Betriebskostenzuschuss für die KTG**, alles auf der Seite 125.

### **Antrag 1.28 (Seite 126): Übernachtungssteuer einführen (DIE LINKE.)**

Jetzt kommen wir zum Antrag der LINKEN, Übernachtungssteuer einführen unter der Ordnungsziffer 1.28.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Ich weiß nicht, ob Sie von der Verwaltungsseite gleich was sagen zur Jahreszahl. Zunächst war unser Antrag gedacht, weil die Übernachtungssteuer noch in der Diskussion war. Die haben sie ja auch vorgeschlagen für 1. Januar 2026. Wir haben die Vorziehung auf 1. Januar 2025 gefordert, wo Sie vielleicht antworten, was Sie von der Verwaltung planen. Wir können mit einem Kompromiss wunderbar leben, dass sie später dazwischen eingeführt werden würde. Dann würden wir unseren Antrag dementsprechend als, was weiß ich nicht, übernommen betrachten oder durchgeführt betrachten. Die kleinen Unterschiede, Frau Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz ist immer angesprochen in der Richtung, was wird denn von der Bettensteuer überhaupt gefördert? Ist Kultur dabei oder nicht? Ich glaube, die können wir als Teil der Ausgestaltung der Bettensteuer diskutieren. Die müssen wir jetzt nicht in dem Rahmen machen. Da glaube ich, das ist ein fließender Übergang. Wir würden dem zustimmen, dass die Bettensteuer ab 1. Juli 2025 so kommen würde.

**Stadtrat Frewer (GRÜNE):** Auch wir begrüßen die Einführung der Bettensteuer, auch wenn sie dann zu einem früheren Zeitpunkt kommt. Ich freue mich sehr darauf, dass das Dezernat 4 diese Aufgabe zusätzlich zur Einführung der Verpackungssteuer auch noch übernehmen möchte und so zeitnah durchführen will. Uns ist wichtig, dass es einen Satzungsbeschluss gibt, der dann eben genau feststellt, wohin die Einnahmen fließen und dass wir eben sowohl Kultur als auch KME sowie KTG an dieser Stelle mit ins Boot holen. Und ebenfalls wichtig ist uns, dass wir, wenn wir diese Einführung durchführen, dass wir das auch in Zusammenarbeit mit der DEHOGA tun, so dass wir also eine Bettensteuer bekommen, die auf eine breitestmögliche Akzeptanz trifft.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Wenn wir lesen, was für eine Flut an Steuererhöhungen auf uns zukommen, sei es die Grundsteuer, sei es die Verpackungssteuer oder eben diese Bettensteuer, dann erlauben Sie, dass wir als CDU-Fraktion uns natürlich schon Gedanken machen müssen, wie Sie es vorhin angesprochen haben. Es kommen schwierige, sehr schwierige Zeiten auf uns zu, aber wir können sie nicht nur auf der einen Seite durch Gebührenerhöhung immer wieder an Dritte weitergeben. Wir müssen auch an Strukturen in unserem

Haushalt. Und das ist die ganz entscheidende Botschaft, meine Damen und Herren, die wir, glaube ich, bei diesem Antrag von den LINKEN mitnehmen müssen.

Es ist richtig, und es ist auch nicht verwerflich, dass man sich Gedanken darüber macht von dieser Seite, wie es denn weitergehen kann. Aber eines müssen wir uns doch auch im Klaren sein, wir legen letztendlich heute das für morgen. Was natürlich dann erst umgesetzt wird, wenn wir es beschlossen haben. Und wenn nicht von morgen rede, dann spreche ich die Gastronomie an, die in wenigen Tagen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hinnehmen muss, die sie letztendlich an den Dritten weitergeben muss, an ihre Gäste. Und diese sind wiederum auch viele Privatkunden, die letztendlich diese Mehrwertsteuer aus ihrem privaten Geldbeutel tragen müssen. Und die Unternehmer können es sicherlich absetzen, aber das hatten wir gestern schon besprochen. Wir haben eine ganz andere finanzielle Belastung der Unternehmen, der Gastronomie. Die Beispiele sind alle bekannt. Ich muss das hier nicht weiter ausführen, Energiesteuer usw., aber das Entscheidende, und das ist doch die Botschaft, glaube ich, dass wir im Jahre 2019 eine Übernachtungszahl von 1,3 Millionen hatten, die in Karlsruhe hier über Nacht geblieben sind. Und ich glaube, es wäre doch viel wichtiger und richtiger, dass wir diese Zahl wieder erreichen an Übernachtungsgästen. Und wenn wir heute wieder hergehen würden und würden draufsatteln, dann würden sich manche private Touristen überlegen, dieses schöne Karlsruhe zu besuchen. Und deshalb, sagen wir uns, ist diese Umwegrentabilität, die jeder Gast nachher mit sich bringt, ob es auf der Messe ein Besuch ist bzw. ein Gewerbekunde, der draußen eine Fachmesse anschaut oder ob es der Privatmann ist, der unser Schloss anschaut als Beispiel, dann ist uns das viel, viel wichtiger, dass wir diese unbegrenzter Breite im gesamtstädtischen Haushalt sehen müssen. Deshalb zum heutigen Zeitpunkt werden wir dem Antrag der LINKEN nicht zustimmen, weil es mit der CDU auch in den nächsten Jahren keine weitere Erhöhung der Steuersätze in dieser Stadt geben wird.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Jeder von uns hat ja schon einmal Bettensteuer bezahlt, wenn er touristisch eine andere Stadt besucht hat. Es zahlen ja diejenigen, die die Stadt besuchen, tatsächlich diese Steuer, nicht die eigenen Bürger. Die Diskussion über die Bettensteuer ist in Karlsruhe schon etwas länger. Wir haben sie eigentlich zurückstellen wollen in der internen Diskussion, um die Steuer die Steuerabteilung nicht mehr zu belasten, die ja schon mit Grundsteuer ohne Weiteres gut belastet ist, aber in Anbetracht der Haushaltssituation stimmen wir einer vorgezogenen Einführung zu. Es müssen natürlich die Details noch mit einer einheitlichen Satzung geregelt werden. Über die braucht man jetzt im Moment heute nicht zu reden.

**Stadträtin Lorenz (FW/FÜR):** Der Herr Kollege Ehlgötz hat es eigentlich schon vollumfänglich ausgeführt. Auch wir können dieser Bettensteuer nicht zustimmen. Ich kann das verstehen in Städten, die touristisch sehr geprägt sind oder kurortmäßig, dass sie dort eine Bettensteuer verlangen, die haben auch einen hohen Zufluss, aber wir in Karlsruhe bauen ja gerade Betten ohne Ende. Und die Hotellerie hat große Angst, dass es mittlerweile ein Überangebot gibt, weil auch die Messen kleiner werden, weniger werden, viele Unternehmen ihre Leute hier nicht mehr vor Ort schicken, sondern online kommunizieren. Und so können wir zu diesem Zeitpunkt der Bettensteuer auf gar keinen Fall zustimmen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich finde es sehr überraschend, dass dieser Antrag von den LINKEN kommt und auch von der SPD unterstützt wird, weil Sie wenden sich damit auch gegen Handwerker, die hier in Karlsruhe dringend gebraucht werden, die hier übernachten

in irgendwelchen Unterkünften. Auch die müssen zukünftig diese Steuer zahlen. Damit machen sie all diese Gewerke deutlich teurer, und sie belasten die Arbeitnehmer.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Ich habe nur noch ein paar Sekunden, glaube ich, Redezeit deswegen auch ganz kurz. Wir sollten uns da jetzt noch gar nicht so große Gedanken machen wegen der Bettensteuer, sondern wir werden sehen, dass das Leben ab nächstes Jahr für die Bürger sehr viel teurer wird durch Energiekosten, gestiegene Energiekosten, durch die Inflation, durch vieles andere mehr. Und deswegen sollten wir dann betrachten, wie hoch sind eigentlich noch die Übernachtungszahlen und dann entscheiden, wenn es auch nicht in Karlsruhe betrifft, Externe, aber die Stadt profitiert trotzdem von den Gästen. Wir sollten dann also wirklich schauen, bekommen wir noch Gäste, genügend Gäste oder nicht.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Ich habe tatsächlich im Gegensatz zu anderen noch ein bisschen Redezeit, aber tatsächlich, Herr Kollege Ehlgötz, ich werde tatsächlich 95 Prozent von Ihrer Rede vollständig unterschreiben. Und es ist nun mal wichtig zu betonen, für uns ist diese Steuer nicht dafür da, irgendwie den städtischen Haushalt zu sanieren oder irgendjemanden zu schröpfen, sondern das, was wir als Aktivitäten seitens der Stadt zu machen, der KTG, der KME, der Kulturbereich, dass wir das auf nachhaltige Füße stellen und das systematisch stärken, dafür ist diese Steuer da, nur damit wir in der politischen Diskussion nicht den falschen Eindruck erwecken. Und auch zweitens, dass Sie die Verhältnismäßigkeit dieser Steuer betrachten, weil wir reden hier nicht über den Handwerker, der plötzlich 30 Euro in der Nacht bezahlt, sondern der bezahlt eine Abgabe von 2 oder 3 Euro die Nacht, die er zu leisten hat. Das ist ein wirklich kleiner Beitrag dafür, dass wir vieles bereitstellen. Das heißt von uns auch das klare Signal, wir wollen nicht dafür den städtischen Haushalt sanieren, sondern das zu stärken, was wir heute schon machen.

**Der Vorsitzende:** Mir ist nur mal ganz wichtig, dass die Ausgestaltung der Bettensteuer noch mal Thema wird. Und es gibt Bettensteuern, die müssen die beruflich Reisende nicht zahlen, sondern nur die touristischen. Das sind alles Dinge, die können wir da noch miteinander diskutieren. Ich kenne es aus anderen Städten unterschiedlich, das können wir ja noch diskutieren. Es steht jetzt so drin, deswegen kann man das auch kritisieren, aber diese Detaildetails, diese Rahmenbedingungen, die werden wir noch mal diskutieren. Mir ist noch mal ganz wichtig, Herr Stadtrat Ehlgötz, Sie haben gesagt, die Grundsteuer wird teurer. Ich will nur mal deutlich machen, wir haben mit diesem Haushaltsentwurf die Grundsteuer nicht teurer gemacht und ob es für den einzelnen Grundsteuerzahler am Ende teurer wird oder nicht im Rahmen der Umsetzung, das ist etwas, was wir hier sicherlich dann noch mal diskutieren, aber an sich sollte ja die Grundsteuerreform aufkommensneutral sein. Das wird nicht für jeden zutreffen. Nein, ich weiß, dass es nicht für jeden zutrifft, aber die Annahme ist, dass es für Gewerbegrundstücke tendenziell eher günstiger werden kann und für die Privatgrundstücke eher teurer. Das ist zumindest das, was ich überall lese. Das ist mir in dem Kontext auch noch mal ganz wichtig. Und in der Tat, wir haben schon im nächsten Doppelhaushalt große Schwierigkeiten gehabt, zum Beispiel bei KTG oder auch bei KME Einsparpotenziale zu finden. Wir haben auch die eigentlich vorgegebenen Einsparsummen nicht ganz erreicht, und das wird sich in den nächsten Jahren noch weiterentwickeln. Das heißt, wenn wir, weil wir ein touristischeres Ziel werden wollen, an diesen ganzen Anlockgeschichten und auch Überzeugungsarbeit, die wir hier mit Tourismus und KME machen, festhalten wollen, müssen wir irgendwann mal erklären, wo wir dafür dann das Geld hernehmen. Der städtische Haushalt alleine wird es nicht mehr leisten können. Und an der Stelle gibt es einen Konnex zwischen den beiden Themen, und zwar durchaus in der

Richtung, da bin ich ja ganz bei Ihnen, wir müssen die Zahl der Touristinnen und Touristen hochfahren.

Meines Wissens, Frau Stadträtin Lorenz, haben wir im Moment im Messegeschäft nach wie vor ziemlich gute Zahlen. Also es gibt viele, die sich aus dem Messegeschäft zurückziehen, da bin ich bei Ihnen. Aber bei uns in der Messe brummt der Laden trotzdem, und wir haben ja Umsätze, wie wir sie teilweise früher noch nie hatten. Nur damit hier kein falscher Eindruck entsteht.

**Stadträtin Lorenz:** Ein Urteil, das auch Geschäftsreisende umfasst.

**Der Vorsitzende:** Okay, aber das können wir dann noch bei der im Detail diskutieren.

**Stadtrat Hock (FDP):** Der Antrag jetzt soll abgestimmt werden, gehe ich davon aus, Da steht dann beruflich auch drin. Weshalb, Herr Oberbürgermeister, werden wir das schon wichtig, dass wir das jetzt noch einmal ausdiskutieren hier.

**Der Vorsitzende:** Da muss ich an die Erste Bürgermeisterin abgeben, weil die da etwas detailliertere Informationen hat zum Beruflichen oder Nicht-Beruflichen.

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz:** Also der Vorteil, und deswegen haben wir auch als Verwaltung gesagt, wir wollen es zum 01.01.2026 angehen, ist, dass durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts klargestellt ist, dass neben den Touristen auch die Berufsreisenden diese Abgabe zahlen müssen, sodass auch die Abführungsproblematik mit den Hoteliers, was bisher immer ein starker Hinderungsgrund war, was ich auch nachvollziehen konnte, differenzierte Erhebung, das ist weggefallen. Jeder Reisende, unabhängig von der Zielsetzung, beruflich oder touristisch, würde eine Übernachtungssteuer zahlen, wenn der Gemeinderat eine solche einführt. Die Ausgestaltung werden wir angehen. Die Mittel sollen dafür verwendet werden, dass wir unsere touristische Infrastruktur, KME, KTG, quasi damit finanzieren können. Also das Geld soll nicht in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern es soll über einen Beirat und über ein jährliches Jahresarbeitsprogramm von Ihnen entschieden werden, dass es schwerpunktmäßig dem Tourismus und Event oder auch Kultur, Stichwort City of Media Art, dann zur Verfügung steht. Und somit würde es natürlich einen hohen Entlastungsbeitrag für uns bedeuten.

**Der Vorsitzende:** Wenn das Gericht das so festgestellt hat, das Urteil kannte ich nicht. Ich kenne es nur aus eigenem Erleben, dass ich immer gefragt werde, ob ich Geschäftsreisender bin oder Tourist und dass dann unterschiedlich damit umgegangen wird. Ich muss aber auch zugeben, dass die Beträge, die dann auf meinen sowieso schon hohen Übernachtungspreis kommen, mich nicht am Ende für eine Entscheidung dafür oder dagegen beeinflussen würden.

Damit kommen wir zur Abstimmung dieses Antrags. Wir würden jetzt den 01.07.2025 anpeilen, und wir würden dann auch Einnahmen von 2 Millionen Euro in die Haushaltsgeschichte aufnehmen, wenn sich dafür eine Mehrheit ergibt. Nur, dass Sie wissen, was Sie hier verabschieden. Und jetzt bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Annahme**. - Also die Gegenseite, gegen den Antrag wird noch mal um eine Position verstärkt. Findet sich sonst jeder wieder? Alles klar. Dann haben wir 28 zu 15, wenn ich das richtig sehe.



Auf der Seite 126 habe ich noch festzuhalten, da müssen Sie nicht mitgehen, weil wir haben die **Vergnügungssteuer, die Zweitwohnungssteuer und die Hundesteuer** schon auf den Sitzungen zum 01.01.2023 und zum 01.01.2024 beschlossen. Damit hat sich die Haushaltssicherungsmaßnahme mit der **Nummer GR20** schon in der Haushaltsplanung wieder gefunden.

Wir kommen jetzt auf die **Seite 127**. Da gibt es über die **Veränderungsliste** eine ganze Reihe veränderter Positionen, Anpassung Gewerbesteuerertrag, Anpassung Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, Anpassung Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, Anpassung Familienleistungsausgleich, Anpassung Schlüsselzuweisungen vom Land, Anpassung Grunderwerbsteuer, Anpassung Gewerbesteuerumlage, Anpassung Finanzausgleichsumlage, Zinsaufwand für inneres Darlehen und summenneutral die Umschichtung vom Inflationsstopp für die Schülerbeförderung. Sie sehen, was diese November-Steuerschätzung immer alles mit sich bringt, weil wir den Haushalt so früh einbringen.

### **Antrag 1.29 (Seite 132): Weiteres Gießfahrzeug beschaffen (GRÜNE)**

Dann kommen wir damit zum Antrag Nummer 29, ein Antrag der GRÜNEN, ein weiteres Gießfahrzeug zu beschaffen.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Dieser Sommer war relativ feucht, da gab es nicht die Riesenprobleme, aber in den kommenden Sommern ist wieder zu erwarten, so wie es auch früher in den letzten Jahren war, dass erhebliche Trockenheit herrscht. Und es ist schon klar geworden, dass die neu gepflanzten Bäume nicht drei Jahre, sondern fünf Jahre gegossen werden müssen. Und da sprechen wir über große Zahlen von Bäumen. Das, worum es immer in der Kaiserstraße geht, das sind Winzigkeiten im Vergleich zu den Gesamtbaumzahlen, und die müssen alle gegossen werden. Das ist ein Wahnsinnsaufwand. Und da sind auch schon viele Bäume gestorben, weil sie nicht oft genug gegossen wurden, weil es einfach nicht zu schaffen war. Deshalb braucht das Gartenbauamt händeringend ein Gießfahrzeug, mit denen ganz wenig Personal ganz viele Bäume in kurzer Zeit gießen kann. Und wir haben dieses Gießfahrzeug beantragt, bewusst kein Personal dazugesetzt, weil das eine so hoch dringende Aufgabe ist, dass das Gartenamt sicherlich das Personal irgendwo abziehen kann, wo es weniger dringend ist, sodass dieses Gießfahrzeug dann eben dazu dient, die Bäume zu retten, denn das ist ja ganz wichtig, dass die neu gepflanzten Bäume dann auch wirklich durchkommen. Und die müssen eben sehr lange gegossen werden. Deshalb bitte ich dringend um die Annahme dieses Antrags.

**Stadtrat Melchien (SPD):** Auch der SPD liegen die Stadtbäume am Herzen und wir beschäftigen uns immer wieder mit Ideen, wie wir die Situation hier in Karlsruhe verbessern können. Daher unterstützen wir das Ansinnen, künftig mehr Bäume gießen zu können. Die Erkenntnis hat sich mittlerweile durchgesetzt, dass es einfach notwendig ist, länger gerade Jungbäume zu gießen. Deswegen vielen Dank für den Antrag. Unsere Unterstützung haben Sie.

**Stadtrat Hock (FDP):** Kollege Honné, wunderbarer Antrag. Meine Fraktion geht da gerne mit, weil wenn man den letzten Sommer und die Sommer davor gesehen hat, wie die Bäume im Stadtgebiet gelitten haben, muss man ehrlich sagen, so ein Antrag kommt zur richtigen Zeit, deshalb gerne Unterstützung der FDP Fraktion.

**Der Vorsitzende:** Damit stelle ich den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Also so, jetzt gucken wir mal an, ob sich jeder wiederfindet. Wenn die jungen Bäume doch auch zur Wahl gehen könnten (**mehrheitliche Zustimmung**).

Dann haben wir damit den letzten Antrag für den heutigen Tag hier, nein, nicht der letzte Antrag der eingebracht worden ist. Wir kommen noch zu ein paar Entscheidungen. Ich will noch bekannt geben, dass über die **Veränderungsliste** wir bei der **Fahrzeugbeschaffung** nochmal IP-Mittel für das **Stadtamt Durlach** bei der Fahrzeugbeschaffung nochmal einen Radlader auch für das Stadtamt Durlach und über die Veränderungsliste noch die Bereitstellung eines Grundstockvermögens für die Karlsruhe Stiftung eingebracht bzw. verändert haben.

Wir kommen jetzt noch zu einigen nachlaufenden Positionen, die etwas mit dem zu tun haben, was wir zu Beginn nach der letzten Pause besprochen haben. Da geht es einmal darum, dass wir hier noch über den Vorschlag abstimmen müssen, den **Budgetansatz von PIA um 2,5 Millionen Euro zu reduzieren**. Das würden wir jetzt als Vorschlag der Verwaltung hier bei Ihnen einbringen zur Haushaltssicherung. Wir sagen Ihnen zu, dass nach aktuellem Stand der Dinge der verbleibende Betrag dicke ausreicht, um hier die ganzen Plätze entsprechend weiter zu fördern, dass wir auch die Rahmenbedingungen für den Zugriff auf diese Förderung nicht verändern, sondern dass es weiter so sein wird, dass wir jeden Antrag, der die Rahmenbedingungen natürlich erfüllt, für einen solchen Platz dann auch entsprechend bezuschussen würden und aber dennoch den entsprechenden Ansatz um 2,5 Millionen Euro reduzieren können. Das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. Das ist **einstimmige Zustimmung**.

Dann müssen wir uns noch mal zur ersten **Wohnsitzkampagne** zurück orientieren. Da gab es ja einen Antrag, diese Position auszusetzen. Dem haben Sie nicht zugestimmt. Die Verwaltung schlägt Ihnen jetzt vor, anstelle der 900.000 Euro 750.000 Euro einzustellen. Und wir sagen Ihnen zu, dass wir natürlich aus dem dann eine vielleicht konzeptionell nicht ganz so umfassende, aber dennoch auch hoffentlich erfolgreiche Erstwohnsitz-Kampagne hinkommen. Und diese **Reduzierung des Ansatzes um 150.000 Euro** stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Dass wir die 3 Stellen aus den verbleibenden 15 Stellen zur Schaffung in 2024 über den Vorschlag, den ich Ihnen präsentiere, hinaus noch nehmen, hatten wir ja schon angesprochen. Ich glaube nicht, dass wir darüber abstimmen müssen.

## Teilhaushalt 2000

Es verbleibt noch der Vorschlag, dass wir im Teilhaushalt 2000 neue Haushaltsposition schaffen. Die nennen wir Stabilisierungsfonds und ziehen in dieser Haushaltsposition jedes Jahr 4,9 Millionen Euro ab, also entnehmen die dem Haushalt, und würden dann nach der Steuerschätzung im Mai, wenn wir auch wissen, wie sich die ganze Haushaltsbewirtschaftung entwickelt, mit ihnen darüber reden, wie wir diese 4,9 Millionen Euro auffangen, indem wir an bestimmten Positionen reduzieren oder indem wir über Mehreinnahmen das auffangen können. Das würde uns ermöglichen, dass wir trotz der ganzen Veränderungen am Ende einen Haushalt ans Regierungspräsidium weiterleiten, der in der Summe ziemlich genau dem entspricht, was wir im Moment schon im Haushaltsentwurf drinstehen haben.

Und dazu brauche ich aber auch von Ihnen das entsprechende Votum. Also noch mal in **2024 und 2025 jeweils 4,9 Millionen Euro ein sogenannter Stabilisierungsfonds**. Diese Mittel werden aber nicht eingestellt, sondern die werden an der Stelle rausgenommen. Das sind im Grunde Mindererträge, die wir einstellen und die wir dann im Lauf des Jahres mit ihnen klären müssen, wie wir die erbringen. Ich bitte Sie um Ihre Entscheidung ab jetzt. Das reicht bei einer **mehrheitlichen Zustimmung**.

Damit sind wir am Ende der Haushaltsberatungen für den heutigen Tag. Wir haben das Abendessen auf 17:00 Uhr vorverlegt. Sie können jetzt gleich im Nebenraum beim Flying Buffet sich noch ordentlich bedienen und noch gemeinsam anstoßen auf sehr erfolgreiche Beratungen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten  
13. Dezember 2023